Schriften des Centrums für Jüdische Studien
Band 26



Victoria Kumar

Land der Verheißung – Ort der Zuflucht

Jüdische Emigration und nationalsozialistische Vertreibung aus Österreich nach Palästina 1920 bis 1945

StudienVerlag

Victoria Kumar

Land der Verheißung – Ort der Zuflucht

Schriften des Centrums für Jüdische Studien

Band 26

Reihe: Geschichte und Kultur, hrsg. v. Gerald Lamprecht

Victoria Kumar

Land der Verheißung – Ort der Zuflucht

Jüdische Emigration und nationalsozialistische Vertreibung aus Österreich nach Palästina 1920 bis 1945

StudienVerlag
Innsbruck
Wien
Bozen



Der Wissenschaftsfonds.

Veröffentlicht mit Unterstützung des Austrian Science Fund (FWF):
[PUB 333–G28]

E-Mail: order@studienverlag.at
Internet: www.studienverlag.at

Buchgestaltung nach Entwürfen von hoeretzeder grafische gestaltung, Scheffau/Tirol
Umschlag: Studienverlag/Georg Toll, www.tollmedia.at
Satz: Studienverlag/Da-TeX Gerd Blumenstein, Leipzig
Umschlagabbildung: Flüchtlingsschiff „Tiger Hill" vor der Küste Tel Avivs, 1939. The Central Zionist Archives, Jerusalem.
Gedruckt auf umweltfreundlichem, chlor- und säurefrei gebleichtem Papier.

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-7065-5419-0

Inhaltsverzeichnis

Einleitung

„Die Pioniere genossen, so schien es, in jenen Tagen das höchste Ansehen. Doch sie lebten weit weg von Jerusalem, in den fruchtbaren Tälern, in Galiläa, in der Ödnis am Ufer des Toten Meeres. Ihre kräftigen und gedankenschweren Gestalten zwischen Traktor und gepflügter Scholle sahen und bewunderten wir auf den Plakaten des Jüdischen Nationalfonds.

Eine Stufe unter den Pionieren rangierte der so genannte organisierte Jischuw: diejenigen der jüdischen Bevölkerung des Landes, die im Trägerhemd auf dem sommerlichen Balkon den *Davar* lasen, die Zeitung der Arbeitergewerkschaft Histadrut, die Mitglieder der Histadrut und der Gewerkschaftskrankenkasse, die Aktivisten der Untergrundarmee Hagana, die Leute in Khaki, die Salat-, Spiegelei- und Dickmilchesser, die Befürworter einer Politik der Zurückhaltung, von Eigenverantwortung, solidem Lebenswandel, Abgaben für den Aufbaufonds, heimischen Produkten, Arbeiterklasse, Parteidisziplin und milden Oliven in den Gläsern von Tnuva[1]. ‚Von drunten blau, von droben blau, wir bauen uns einen Hafen! Eine Heimat, einen Hafen!'

Diesem organisierten Jischuw entgegen standen die Terroristen der Untergrundgruppen wie auch die Ultraorthodoxen von Mea Schearim[2] und die orthodoxen Kommunisten, die ‚Zionshasser', und ein ganzes Sammelsurium von Intelligenzlern, Karrieristen und egozentrischen Möchtegernkünstlern des kosmopolitisch-dekadenten Typs, allerlei Außenseiter und Individualisten und dubiose Nihilisten, Jeckes mit ihrem unheilbaren deutsch-jüdischen Gebaren, anglophile Snobs, reiche französisierte Orientalen, die sich in unseren Augen wie hochnäsige Butler gerierten, dazu Jemeniten und Georgier und Maghrebiner und Kurden und Thessaloniker – alle eindeutig unsere Brüder, alle eindeutig vielversprechendes Menschenmaterial, aber was kann man machen, man wird noch viel Mühe und Geduld in sie investieren müssen.

Daneben gab es noch die Flüchtlinge und die Überlebenden, denen wir im Allgemeinen mit Mitleid und auch ein wenig Abscheu begegneten: armselige Elendsgestalten – und ist es denn unsere Schuld, dass sie dort bleiben und auf Hitler warten mussten, statt noch rechtzeitig herzukommen? Und warum haben sie sich wie Lämmer zur Schlachtbank führen lassen, statt sich zu organisieren und Widerstand zu leisten? Und sie sollen auch endlich damit aufhören, ihr *nebbiches* Jiddisch zu reden und uns all das zu erzählen, was man ihnen dort angetan hat, denn das, was man ihnen dort angetan hat,

1 Tnuva ist ein 1926 gegründetes israelisches Agrarunternehmen, spezialisiert auf die Erzeugung von Milchprodukten.

2 Mea Schearim (hebr.: hundertfach) ist eines der ältesten Stadtviertel Jerusalems und wird überwiegend von ultraorthodoxen Jüdinnen und Juden bewohnt.

> macht weder ihnen noch uns viel Ehre. Und überhaupt ist unser Blick hier ja in die Zukunft gerichtet, nicht in die Vergangenheit, und wenn man schon die Vergangenheit ausgraben muss, dann haben wir schließlich mehr als genug erfreuliche hebräische Geschichte, die biblische und die hasmonäische, es besteht also keinerlei Notwendigkeit, sie mit einer derart deprimierenden jüdischen Geschichte zu verunstalten, die nichts als Nöte enthält. […]"[3]

Amos Oz erzählt in seinem 2002 im hebräischen Original und 2004 in der deutschen Übersetzung erschienenen umfangreichen Werk „Eine Geschichte von Liebe und Finsternis" die Geschichte seiner Familie und jene Palästinas, das spätestens seit den 1930er Jahren zum Zufluchtsort zigtausender in Europa bedrohter und verfolgter Jüdinnen und Juden wurde, aber auch das geographische wie ideelle Ziel zahlreicher Zionistinnen und Zionisten war, die ihrer Überzeugung wegen nach „Erez Israel" migrierten. Anschaulich zeichnet der 1939 in Jerusalem als Sohn zweier aus Osteuropa stammender Immigranten ein Palästina bzw. Israel nach, dessen Entwicklung er aus der Perspektive eines Kindes wahrgenommen hat, und gewährt Einblicke in Politik und Gesellschaft, wodurch die Situation der Einwanderinnen und Einwanderer und der Bevölkerung insgesamt bis zu ihrem alltäglichen Leben hin greifbar wird.

Die den ersten Seiten des Buches entnommenen Zeilen werden hier nicht nur deshalb wiedergegeben, weil sie die aus zahlreichen verschiedenen Gesellschaftsgruppen – unterschiedlich in ihrer Herkunft, Sprache, politischen Orientierung und beruflichen Tätigkeit – bestehende Bevölkerung Palästinas in all ihrer Vielfältigkeit und Heterogenität ausdrucksvoll (wenn auch deutlich wertend) beschreiben; was aus der Textstelle außerdem hervorgeht, ist der sich aus mehreren Gründen speisende Konflikt innerhalb der jüdischen Gemeinschaft, die alles andere als homogen zu charakterisieren war. Gestaltet sich das Verhältnis zwischen den im Aufnahmeland bereits etablierten Gemeinschaften und den nachkommenden Immigrantinnen und Immigranten häufig konfliktreich, so kamen im Falle des jüdischen Palästina weitere gewichtige Momente hinzu, die die Beziehung zwischen Yishuv[4] und Neueinwanderern und der jüdischen Bevölkerung insgesamt bestimmten. Spannungen ergaben sich zunächst durch das Aufeinandertreffen von unterschiedlichen Nationalitäten, Generationen und Weltanschauungen. Wie die Immigrantinnen und Immigranten aufgenommen wurden, hing in nicht unbedeutendem Maße von Zeitpunkt und Motivation ihrer Alijah[5], ihren sprachlichen und berufli-

---

3 Amos Oz, Eine Geschichte von Liebe und Finsternis, Frankfurt am Main 2004, S. 24 f.

4 Der Begriff „Yishuv" (auch: Jischuw) stammt vom hebräischen Verb „yashev" (besitzen) und bezeichnet die jüdische Gemeinde in Palästina. Unterschieden werden der „Alte Yishuv", der die vor der Entstehung der zionistischen Siedlungen, meist aus religiösen Gründen nach Palästina gewanderten Jüdinnen und Juden meint, und der „Neue Yishuv", die seit der Ersten Alijah (1882–1902/03) immigrierten Einwanderinnen und Einwanderer. Zur Geschichte des Yishuvs ab den 1930er Jahren siehe Yechiam Weitz, Die jüdische Gemeinde in Palästina („Yishuv") 1934–1948. In: Angelika Hagen/Joanna Nittenberg (Hg.), Flucht in die Freiheit. Österreichische Juden in Palästina und Israel, Wien 2006, S. 131–153.

5 Hebr.: Aufstieg; jüdische Einwanderung nach Palästina/Israel, einzelne Immigrationsperioden. Siehe auch das Unterkapitel „Begriffsbestimmungen".

chen Anpassungsbereitschaft und von ihrem Verhältnis zum Zionismus insgesamt ab. Die Massen an europäischen Jüdinnen und Juden, die speziell nach 1938 als Flüchtlinge ins Land gekommen waren, wurden von den früheren, sich selbst zur Pioniergeneration zählenden Einwanderergruppen keineswegs mit offenen Armen empfangen.

Für den Großteil der österreichischen und (mittel-)europäischen Jüdinnen und Juden blieb Palästina in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts aus einer Reihe von Gründen ein äußerst unattraktives Land. Spärliche Informationen über die Gegebenheiten, die unsichere politische und wirtschaftliche Situation, sprachliche und klimatische Unterschiede und die Befürchtung, einen beruflichen und sozialen Abstieg erleiden zu müssen, sind exemplarisch als Ursachen zu nennen, die selbst Zionistinnen und Zionisten vor einer Übersiedelung nach Palästina abschreckten. Ein persönliches Naheverhältnis zum Zionismus und die Mitgliedschaft in einem zionistischen Verein hießen noch lange nicht, dass auch die Alijah tatsächlich angestrebt wurde. Dass sich die Mehrheit der Sympathisanten und Befürworter der zionistischen Bewegung in den 1930er Jahren darauf beschränkte, das jüdische Palästina ideologisch und finanziell zu unterstützen, verdeutlicht die bekannte Charakterisierung des Zionisten als jemanden, der einen reichen Juden überzeugt, einem dritten Juden Geld zu geben, damit der nach Palästina auswandern kann.[6] Nicht nur in Österreich war der Zionismus für seine Anhängerinnen und Anhänger vorwiegend eine Suche nach jüdischem Selbstbewusstsein und eine Reaktion auf den Assimilationsdruck und weniger eine Identifikation mit den Vorstellungen und Zielen eines Theodor Herzl, wonach konsequenterweise auch die Niederlassung in Palästina Teil der zionistischen Überzeugung war.

Wenn auch in bescheidenem Ausmaß, waren österreichische Jüdinnen und Juden nichtsdestotrotz vereinzelt unter den frühen Einwanderungswellen zu finden und stellten ab den 1920er und 1930er Jahren einen beständigen Anteil an den Alijoth. Einen größeren Umfang nahm die österreichische Alijah erst in den Jahren 1938 und 1939 an, als infolge des „Anschlusses" Österreichs an das Deutsche Reich und der nationalsozialistischen Verfolgungs- und Vertreibungspolitik Fluchtmöglichkeiten gefunden werden mussten und auch Palästina (zwangsläufig) zur Option wurde. Die ideologische Haltung der Emigrantinnen und Emigranten kann sich in den Auswanderungszahlen für Palästina jedoch nur bedingt widerspiegeln – wie nachfolgend dargestellt wird, hing die Wahl des Ziellandes vor allem im Falle der österreichischen Jüdinnen und Juden, die im Unterschied zur jüdischen Bevölkerung Deutschlands binnen kürzester Zeit fliehen mussten, weniger von der persönlichen Entscheidung als von Faktoren ab, die außerhalb der eigenen Einflusssphäre lagen.

Die vorliegende Arbeit behandelt die Auswanderung und Flucht österreichischer Jüdinnen und Juden nach Palästina von 1920 bis 1945 und bettet diese in die Geschichte der allgemeinen Alijah vom Beginn des 20. Jahrhunderts bis zum

6 Gad Granach, Heimat los! Aus dem Leben eines jüdischen Emigranten, Augsburg 1998, S. 65.

Zweiten Weltkrieg ein.[7] Forschungsgegenstand ist sowohl die aus unterschiedlichen Motiven resultierte jüdische Palästina-Wanderung in den ersten Jahrzehnten des vergangenen Jahrhunderts als auch die vor dem Hintergrund der nationalsozialistischen Verfolgung und Vertreibung erfolgte Flucht der jüdischen Bevölkerung Österreichs nach Palästina.[8] Die Darstellung gliedert sich im Wesentlichen in zwei große Abschnitte – Migrationsbewegungen österreichischer Jüdinnen und Juden nach Palästina vor 1938 sowie die Flucht und Vertreibung österreichischer Jüdinnen und Juden nach Palästina zwischen 1938 und 1945 –, die umfangreiche Thematik und der großzügig angelegte Zeitrahmen erfordern allerdings die Untersuchung zahlreicher Themenkomplexe.

In einem ersten Schritt wird der Versuch unternommen, sich an die Spezifika der jüdischen Migrationsgeschichte und der Palästina-Wanderung sowie an die (nicht unproblematischen) Begrifflichkeiten, die im Kontext der Alijah auftauchen, anzunähern. Als Ausgangspunkt und Fundament der Emigration nach Palästina wird danach ein Überblick über die Entstehung und Entwicklung des Zionismus gegeben und der Beginn der zionistischen Bewegung in Österreich beleuchtet. Wie haben sich die unterschiedlichen zionistischen Gruppierungen in der Auseinandersetzung um die Gewichtung von „Palästina-Arbeit" und „Galuth-Arbeit" positioniert? Welchen Umfang hatte die Palästina-Wanderung in der Phase des Frühzionismus bzw. in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg im Allgemeinen und welchen Anteil stellten die österreichischen Jüdinnen und Juden daran?

Zum Verständnis der Rahmenbedingungen für die Immigration nach Palästina befassen sich die Folgekapitel mit dem britischen Palästina-Mandat. Eingegangen wird auf die politischen Interessen der Briten, die Balfour-Deklaration und den Mandatsvertrag, wobei die Einwanderungsbestimmungen, die die jüdische Migration bis zur Staatsgründung Israels 1948 geregelt und kontrolliert haben, im Zentrum stehen. Darauf folgend werden die Entstehungsgeschichte und Aktivitäten des Wiener Palästina-Amtes dargelegt: Wie gestalteten sich Organisation, Vorbereitung und praktische Durchführung der Alijah, in welcher Form kooperierte das Palästina-Amt mit der für die Einwanderung zuständigen Jewish Agency in Jerusalem und nach welchen Kriterien wurden die Immigrationszertifikate verteilt? In welchem Ausmaß und von welchen Stellen wurde in Bezug auf die Palästina-Wanderung in der Zeit vor 1938 Propagandaarbeit geleistet und inwieweit wurden Migrationsbewegungen tatsächlich vorangetrieben? Ein Überblick über die öster-

---

7 Das Buch ist das Ergebnis des vom *Nationalfonds der Republik Österreich für die Opfer des Nationalsozialismus*, vom *Zukunftsfonds der Republik Österreich* und vom Land Steiermark geförderten Projekts „Emigration, Flucht und Vertreibung österreichischer Jüdinnen und Juden nach Palästina in den 1930er und 1940er Jahren" (*Centrum für Jüdische Studien* Graz) und fußt auf der im Dezember 2011 fertig gestellten Dissertation „Auswanderung und Flucht steirischer Jüdinnen und Juden nach Palästina im Kontext der gesamtösterreichischen Alijah bis 1945" der Verfasserin.

8 Die im Titel angegebene zeitliche Begrenzung ist insofern unscharf, als die jüdische Flucht aus Österreich und den übrigen Reichsgebieten mit dem von den Nationalsozialisten erlassenen generellen Emigrationsverbot im Oktober 1941 im Wesentlichen als beendet galt. Flüchtlinge gelangten in den Folgejahren mithilfe illegaler Schiffstransporte und über Umwege dennoch nach Palästina. Die „Bricha", die nach dem Zweiten Weltkrieg einsetzende Flucht nach Palästina, wird in dieser Arbeit ausgeklammert.

reichischen bzw. Wiener zionistischen Vereine und Zeitschriften der Zwischenkriegszeit wird die Untersuchung ergänzen.

Nach der Darstellung der Einwanderungswellen der 1920er Jahre wird der Fokus auf die zeitlich längste und quantitativ größte Immigrationsphase vor dem Zweiten Weltkrieg, die Fünfte Alijah, gerichtet. Aufgezeigt werden die besonderen Charakteristika der jüdischen Masseneinwanderung sowie die Reaktionen der arabischen Bevölkerung und der britischen Regierung; ferner erfolgt eine detaillierte Quantifizierung – insbesondere des österreichischen Anteils. In einem weiteren Kapitel werden die Motive der Auswanderung aus Österreich nach Palästina vor 1938 herausgearbeitet.

Der zweite Teil behandelt die Flucht österreichischer Jüdinnen und Juden nach Palästina während der nationalsozialistischen Herrschaft. Eingebettet in den weiteren Kontext der jüdischen Emigration/Flucht aus Österreich und ausgehend von bereits vorliegenden Studien zur Judenverfolgung im Allgemeinen sowie zur Flucht im Besonderen soll erörtert werden, wie sich die Vertreibungspolitik der Nationalsozialisten dargestellt hat. Zunächst ist danach zu fragen, wie die nationalsozialistische Führung bzw. der dafür zuständige Sicherheitsdienst (SD) der Schutzstaffel (SS) die von Beginn an zum Hauptziel erklärte Förderung der jüdischen Vertreibung erreichen wollte und welche Rolle in diesem Zusammenhang dem Zielland Palästina zukam. Wie die vom SD entwickelten Konzepte in der Folge in die Praxis umgesetzt wurden, lässt sich wohl am besten am Beispiel Österreichs demonstrieren, war das Land doch unmittelbar nach dem „Anschluss" zum „Exerzierfeld" einer Vertreibungs- und Ausplünderungspolitik geworden, das mit der Gründung der „Zentralstelle für jüdische Auswanderung Wien" im August 1938 seine Techniken „perfektioniert" hatte. Die Reaktionen der jüdischen und zionistischen Institutionen auf die antijüdischen Maßnahmen und das Agieren unter nationalsozialistischer Kontrolle werden in einem weiteren Kapitel nachgezeichnet. Im Hinblick auf die Destination Palästina muss beleuchtet werden, wie sich die Einwanderungsbestimmungen auf die Fluchtmöglichkeiten der verfolgten Jüdinnen und Juden ausgewirkt haben. Welchen Einfluss hatte die Quotenregelung auf das Verhältnis zwischen Mandatsregierung und Jewish Agency und wie äußerte sich der Konflikt um die Zertifikatsverteilung – sowohl zwischen der Jewish Agency und den einzelnen Palästina-Ämtern als auch innerhalb Österreichs zwischen den zionistischen Verbänden und Zertifikatswerbern aus Wien und der Provinz? Welche Rolle spielten schließlich Jugend-Alijah und illegale Einwanderung, die „Alijah Beth", für die Rettung der österreichischen Jüdinnen und Juden und wie wurde letztere von den Briten bekämpft?

Forschungsstand und Quellen

Die Vertreibung der jüdischen Bevölkerung aus Österreich zur Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft und zahlreiche damit verbundene Aspekte sind bereits ausführlich untersucht worden und auch die Flucht österreichischer Jüdinnen und

Juden nach Palästina in den Jahren 1938 bis 1945 ist erforscht worden. Eine Studie, die die Emigration von den 1920er Jahren an bis hin zu den 1940er Jahren im Detail nachzeichnet und die auch die (zionistische) Auswanderung aus Österreich während der Zeit der Monarchie und der Ersten Republik mitberücksichtigt, fehlte hingegen bis dato. Speziell die Frage, ob und in welchem Ausmaß die mit dem Ende der Habsburgermonarchie und motiviert durch eine Welle des Antisemitismus in den 1920er und 1930er Jahren eingesetzte Hinwendung vor allem jüngerer Jüdinnen und Juden zum Zionismus dazu geführt hat, dass für Teile der jüdischen Bevölkerung auch eine tatsächliche Abwanderung nach Palästina in Betracht gezogen wurde, ist bisher kaum behandelt worden.[9] Desgleichen fehlte bislang eine detaillierte Untersuchung, die sich der Entstehungsgeschichte und der Entwicklung des Wiener Palästina-Amts und dessen Zusammenarbeit mit der Jewish Agency, der offiziellen jüdischen Vertretung in Palästina, widmet. Darüber hinaus stellte die Analyse der im Zuge der Organisation der jüdischen Auswanderung erfolgten Zwangskooperation von Kultusgemeinde, „Zentralstelle für jüdische Auswanderung" und Palästina-Amt ein Forschungsdesiderat dar.

Pionierarbeit im Forschungsfeld der österreichischen Alijah hat die Historikerin Gabriele Anderl geleistet. Die grundlegende Arbeit „Emigration und Vertreibung" erschien bereits 1992 in dem von Erika Weinzierl und Otto D. Kulka herausgegebenen Band über die israelischen Bürgerinnen und Bürger österreichischer Herkunft und liefert grundsätzliche Erkenntnisse über wesentliche Aspekte der Auswanderung, wobei der Schwerpunkt auf der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft liegt.[10] Vertiefte Einblicke in einzelne mit der Palästina-Wanderung verbundene Themenbereiche gewährt Anderl in zahlreichen Aufsätzen.[11] Mehrere Arbeiten befassen sich auch mit der Immigration, mit Aspekten des „Ankommens" und der Integration und den damit verbundenen vielfältigen Schwierigkeiten.[12]

Nachdem Wien einer der zentralen Ausgangspunkte der illegalen Palästina-Wanderung war und viele österreichische Zionisten zu den Organisatoren zählten,

---

9 Der frühe Zionismus in Österreich, der im Gegensatz zu Osteuropa hierzulande bis zum Ende des Ersten Weltkrieges eine zahlenmäßig kleine Bewegung war, ist Gegenstand der umfassenden Abhandlung von Adolf Gaisbauer: Davidstern und Doppeladler. Zionismus und jüdischer Nationalismus in Österreich 1882–1918, Wien u.a. 1988.

10 Gabriele Anderl, Emigration und Vertreibung. In: Erika Weinzierl/Otto D. Kulka (Hg.), Vertreibung und Neubeginn. Israelische Bürger österreichischer Herkunft, Wien-Köln-Weimar 1992, S. 167–337.

11 Einen Überblick über die zionistisch motivierte Auswanderung vor 1938 gibt sie u.a. im Aufsatz „Generationenkonflikte. Die zionistische Auswanderung aus Österreich nach Palästina in der Zwischenkriegszeit". In: Frank Stern/Barbara Eichinger (Hg.), Wien und die jüdische Erfahrung 1900–1938. Akkulturation – Antisemitismus – Zionismus, Wien-Köln-Weimar 2009, S. 71–98; außerdem: Gabriele Anderl/Angelika Jensen, Zionistische Auswanderung nach Palästina vor 1938. In: Traude Horvath/Gerda Neyer (Hg.), Auswanderungen aus Österreich. Von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart, Wien 1996, S. 187–209.

12 Z.B. Doron Niederland, Die Immigration. In: Erika Weinzierl/Otto D. Kulka (Hg.), Vertreibung und Neubeginn. Israelische Bürger österreichischer Herkunft, Wien-Köln-Weimar 1992, S. 339–444; Evelyn Adunka, Exil in der Heimat. Über die Österreicher in Israel (= Österreich-Israel-Studien, Bd. 2), Innsbruck u.a. 2002.

taucht die „Alijah Beth" österreichischer Jüdinnen und Juden in den meisten allgemeinen Darstellungen zur illegalen Einwanderung nach Palästina auf.[13]

Neben der Vielzahl an Gesamtdarstellungen zum NS-Staat im Allgemeinen und zur nationalsozialistischen „Judenpolitik" im Besonderen liegen auch Überblickswerke vor, die sich speziell der Flucht aus dem Deutschen Reich widmen. Wichtige Beiträge zur Erforschung der jüdischen Emigration/Flucht aus Österreich liefert die Reihe „Österreicher im Exil", herausgegeben vom „Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes".[14] Grundlegende Fragen zur nationalsozialistischen Vertreibungs- und Beraubungspolitik sind in den von der „Österreichischen Historikerkommission" herausgegebenen Studien „Die Zentralstelle für jüdische Auswanderung als Beraubungsinstitution" und „Die Entziehung jüdischen Vermögens im Rahmen der Aktion Gildemeester" beantwortet worden.[15] Ebenfalls befassen sich bereits vorliegende Arbeiten mit der Tätigkeit Adolf Eichmanns in Wien und der Bedeutung des so genannten „Wiener Modells" für die Entwicklung und Umsetzung der antijüdischen Politik der Nationalsozialisten ab 1938. Die Planung und Realisierung von Vertreibung und Deportation der jüdischen Bevölkerung Österreichs dokumentieren u. a. die Arbeiten von Hans Safrian[16] und Doron Rabinovici[17], wobei Letzterer insbesondere die Situation der jüdischen Funktionäre und den Kontakt zwischen der Gemeindeleitung und den nationalsozialistischen Machthabern darlegt.

Die vorliegende Arbeit stützt sich auf das zugängliche, teilweise von der Forschung bereits verwertete, teilweise neue Material – darunter vor allem archivalische Quellen und Zeitungen, sowie autobiographische Texte und Erinnerungsberichte. Während sich oben erwähnte Arbeiten zur österreichisch-jüdischen Emigration primär auf Aktenbestände in nationalen Archiven stützen, konnte die Verfasserin auf die im Jahr 2000 neu entdeckten Akten des Archivs der Wiener Kultusgemeinde zurückgreifen, die in den letzten Jahren geordnet und archiviert wurden. Erstmals erfolgte hier eine Erfassung von Dokumenten zur Auswanderung/Vertreibung, die bislang von der Forschung nicht berücksichtigt worden sind.

---

13 Z. B. in folgenden Erinnerungsberichten: Willy Perl, Operation Action. Rescue from the Holocaust, New York 1983; Ehud Avriel, Open the Gates! A Personal Story of „Illegal" Immigration to Israel, New York 1975; außerdem: Dalia Ofer, Escaping the Holocaust. Illegal Immigration to the Land of Israel, 1939–1944, New York 1990; Artur Patek, Jews on route to Palestine 1934–1944. Sketches from the history of the Aliyah Bet – Clandestine Jewish Immigration, Krakow 2012.

14 Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.), Österreicher im Exil. Großbritannien, USA, Frankreich, Belgien, Mexiko, Sowjetunion. Eine Dokumentation, Wien 1984–1995.

15 Gabriele Anderl/Dirk Rupnow (Hg.), Die Zentralstelle für jüdische Auswanderung als Beraubungsinstitution (= Veröffentlichungen der Österreichischen Historikerkommission, Bd. 20/1), Wien-München 2004; Theodor Venus/Alexandra-Eileen Wenck, Die Entziehung jüdischen Vermögens im Rahmen der Aktion Gildemeester. Eine empirische Studie über Organisation, Form und Wandel von „Arisierung" und jüdischer Auswanderung in Österreich 1938–1941 (= Veröffentlichungen der Österreichischen Historikerkommission, Bd. 20/2), Wien-München 2004.

16 Hans Safrian, Die Eichmann-Männer, Wien-Zürich 1993.

17 Doron Rabinovici, Instanzen der Ohnmacht. Wien 1938–1945. Der Weg zum Judenrat, Frankfurt am Main 2000.

Im Hinblick auf das Fluchtland Palästina waren insbesondere die „Central Zionist Archives" in Jerusalem und die britischen „National Archives" in London von Belang. Die Archivmaterialien beider Einrichtungen zur österreichischen Alijah vor 1938 sind bislang ebenfalls weitgehend unberücksichtigt geblieben. Die „National Archives" verfügen über unzählige Dokumente zur Palästina-Politik des Colonial und Foreign Office, die die britische Immigrationspolitik und damit die Rahmenbedingungen für die Auswanderung nach Palästina nachvollziehbar machen. Zudem wird anhand dieser Unterlagen ersichtlich, wie die Briten die auch für die jüdische Bevölkerung Österreichs wichtige illegale Einwanderung zu bekämpfen versuchten. Im Zuge zweier längerer Forschungsaufenthalte in Israel wurden außerdem „The Central Archives for the History of the Jewish People", „The Israel State Archives" und „Yad Vashem" (alle in Jerusalem), sowie das „Jabotinsky Institute" in Tel Aviv aufgesucht. Darüber hinaus wurden Interviews mit ehemaligen Grazer Jüdinnen und Juden geführt, die in den 1930er Jahren nach Palästina ausgewandert sind und sich dort niedergelassen haben.[18] Zur Untersuchung des für die Verfolgungs- und Vertreibungspolitik maßgeblich verantwortlichen Sicherheitsdienstes der SS und dessen Haltung zum Zionismus und zu Palästina wurde im „Bundesarchiv Berlin" recherchiert.

Zu den wichtigsten Quellen zählt insgesamt die Korrespondenz zwischen den mit der Auswanderung befassten jüdischen und zionistischen Organisationen sowohl in Österreich als auch in Palästina, darunter das Wiener Palästina-Amt, die Wiener Kultusgemeinde, verschiedene zionistische Vereine und Verbände, die „Jewish Agency for Palestine" in Jerusalem und die Immigrantenorganisation „Hitachduth Olej Austria". In umfangreicher Form liegt auch der Schriftwechsel zwischen den jüdischen Institutionen und den nationalsozialistischen Behörden (vor allem der „Zentralstelle für jüdische Auswanderung") sowie diversen internationalen Hilfsorganisationen vor. Anhand dieser Quellen lassen sich sowohl der Auswanderungsvorgang rekonstruieren, als auch zahlreiche organisatorische, finanzielle und rechtliche Fragen zur jüdischen Emigration beantworten.

Mehrere in den letzten Jahren veröffentlichte, zumeist auf lebensgeschichtlichen Interviews[19] basierende Publikationen porträtieren vertriebene österreichische Jüdinnen und Juden und zeichnen ihren Weg nach Palästina und ihr Fortkommen

---

18 Einige der interviewten Personen sind im Buch der Verfasserin „In Graz und andernorts. Lebenswege und Erinnerungen vertriebener Jüdinnen und Juden" (Graz 2013) porträtiert.

19 Die Relevanz der persönlichen Erinnerungsberichte und der seit den 1980er Jahren im Zuge einer intensiven wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit der Shoah erfolgten Befragungen von Überlebenden wird insbesondere durch die Quellenlage deutlich. Gerade für viele Fragen, die im Rahmen historischer Forschungen zum Nationalsozialismus zu stellen sind, existieren schlichtweg keine anderen aussagekräftigen Quellen außer autobiographische Aufzeichnungen oder Interviews. Diese Quellenform ist allerdings nicht unproblematisch: Die Retrospektive der Zeitzeuginnen und Zeitzeugen führt zwangsläufig zu einer Verbindung zwischen Vergangenem und Gegenwärtigem, das Erzählte ist sowohl durch den zeitlichen Abstand als auch durch eine selektive Erinnerung gefärbt. Vgl. Ulrike Jureit, Erinnerungsmuster. Zur Methodik lebensgeschichtlicher Interviews mit Überlebenden der Konzentrations- und Vernichtungslager (= Forum Zeitgeschichte, Bd. 8), Hamburg 1999, S. 27–32.

im neuen Land nach.[20] Ebenfalls sind vermehrt autobiographische Erinnerungsberichte von Betroffenen erschienen. Im Zentrum des vorliegenden Buches stehen deshalb nicht unmittelbar die Schicksale der nach Palästina bzw. Israel Ausgewanderten, sondern die mit der Emigration verbundenen Institutionen sowohl im Herkunfts- als auch im Zielland sowie die organisatorischen Rahmenbedingungen im Allgemeinen. Ziel dieser Arbeit ist es, die Tätigkeiten der in den Auswanderungs- bzw. Fluchtprozess involvierten staatlichen und nicht-staatlichen Stellen, Organisationen und Vereine und deren Zusammenwirken darzustellen, um damit sowohl die frühe Palästina-Wanderung als auch die Flucht österreichischer Jüdinnen und Juden nach Palästina nach 1938 nachvollziehbar zu machen.

20 Für Beispiele siehe u. a. Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus (Hg.), Erinnerungen. Lebensgeschichten von Opfern des Nationalsozialismus, Wien 2014; Neue Heimat Israel. NS-Überlebende aus Israel erzählen. Hg. v. erinnern.at, Wien 2011; Hagen/Nittenberg, Flucht, S. 191–533, Niederland, Immigration, S. 416–426; Embacher/Reiter, Gratwanderungen, S. 34 f.

Einleitendes zur jüdischen Migrationsgeschichte

Charakteristika und Spezifika

Die vergangenen Jahrhunderte kannten zahlreiche größere und kleinere Wanderungsbewegungen, die die einzelnen Kontinente in ihren demographischen, sozioökonomischen, sprachlichen und kulturellen Strukturen, kurz: in ihrer grundlegenden Beschaffenheit entscheidend prägten und veränderten. Europa wurde in besonderem Maße von den jüdischen Migrationen geformt, zeichneten sich doch europäische Jüdinnen und Juden als „Angehörige einer transterritorialen Diaspora-Bevölkerung“[21] gleichermaßen durch eine spezielle Dynamik und eine kulturelle Vielfalt aus. Obschon sich jüdische Migrationen in den allgemeinen Bevölkerungsbewegungen verorten lassen und sich deren grobe zeitliche Gliederung an Schlüsseldaten der allgemeinen Geschichte orientieren,[22] scheinen sie gleichsam spezifische Merkmale aufzuweisen, die sie von Wanderungen anderer Diaspora-Bevölkerungen zumindest auf den ersten Blick unterscheiden. Ebenso kontinuierlich wie kontrovers wird in der Forschung die Frage diskutiert, ob jüdische Migrationen seit jeher vor dem Hintergrund von Verfolgungen und Vertreibungen erfolgten und dadurch ein Unikum in der Migrationsgeschichte darstellen. Befürworter dieser These wurden noch in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts und verstärkt seit den 1960er Jahren mit Gegenstimmen konfrontiert, die Migrationen, auch wenn diese unter Druck und Zwang geschahen, als immer wiederkehrende Begebenheiten der Menschheitsgeschichte verstanden wissen wollten. Die jüdische Geschichte gesondert von ihrem jeweiligen Kontext zu betrachten, würde zudem Gefahren einer Verbreitung von antijüdischen Vorurteilen in sich bergen. Tobias Brinkmann führt in diesem Zusammenhang exemplarisch die Position des russisch-jüdischen Migrationsforschers Eugene Kulischer (1881–1956) an, der nicht zuletzt aufgrund des in der christlichen Tradition tief verwurzelten Stereotyps des zur Wanderung verdammten „Ewigen Juden“ mit Nachdruck davor warnte, Migration als einen „spezifisch jüdischen Habitus“ zu interpretieren. Im Hinblick auf die mehrfach existierenden Parallelen und Verflechtungen von Wanderungen jüdischer, christlicher

21 Vgl. Tobias Brinkmann, Jüdische Migration. In: Institut für Europäische Geschichte (IEG) (Hg.), Europäische Geschichte Online (EGO), Mainz 2010, o. S.; http://www.ieg-ego.eu/brinkmannt-2010-de [Abruf: 3. 6. 2014]; Gerald Lamprecht/Ulla Kriebernegg, „Nach Amerika nämlich!“ – Jüdische Migrationen in die Amerikas im 19. und 20. Jahrhundert. In: Ulla Kriebernegg u. a. (Hg.), „Nach Amerika nämlich!“ Jüdische Migrationen in die Amerikas im 19. und 20. Jahrhundert, Göttingen 2012, S. 9–12.

22 Tobias Brinkmann nimmt die folgende Unterteilung und Charakterisierung vor: 1492–1789: Vertreibung aus Spanien und Aufstieg der osteuropäischen Diaspora; 1789–1914: Massenmigration aus Osteuropa und „Metropolisierung“; 1914–1948: Vertreibung, Shoah und die Gründung Israels.

und muslimischer Gruppierungen einerseits und der in allen jüdischen Migrationsphasen starken Präsenz des wirtschaftlichen Motivs (die Suche nach Beschäftigungsmöglichkeiten etc.) andererseits, gewann die „Normalisierungsthese", wonach die Wanderung von Jüdinnen und Juden keineswegs als außergewöhnlicher Prozess anzusehen wäre, an Boden. Gleichzeitig wurden aber auch ihre Grenzen deutlich: Bei den Zwangsmigrationen während und nach dem Ersten Weltkrieg und vor allem bei den systematisch erfolgten Vertreibungen und Deportationen durch die Nationalsozialisten verliert der Ansatz weitgehend seine Gültigkeit.

Trotz Anerkennung der Vielzahl an unterschiedlichen Ursachen und des jeweiligen spezifischen Kontexts jüdischer Migrationsprozesse muss der Antisemitismus in all seinen Erscheinungsformen bei den meisten Wanderungsbewegungen als so genannter „Push-Faktor" und somit als unmittelbarer Auslöser mitberücksichtigt werden. Im weiteren Sinne wird auch daran angeknüpft, wenn es darum geht, die Wechselwirkung von Antisemitismus und Zionismus zu untersuchen, kann doch der politische Zionismus Theodor Herzls als nationaljüdische Antwort auf ein seit Ende des 19. Jahrhunderts zunehmend antisemitisch geprägtes Europa gesehen werden. Gleichzeitig markiert der Beginn der zionistischen Bewegung den Anfang der modernen jüdischen Masseneinwanderung nach Palästina.

Palästina-Wanderung

Der besondere Stellenwert, den die jüdische Migration innerhalb der allgemeinen Migrationsgeschichte trotz und wegen ihrer unterschiedlichen Bewertung in der Historiographie einnimmt, tritt nirgends deutlicher in Erscheinung als beim Zielland Palästina. Untrennbar mit der jüdischen Geschichte und Tradition verbunden, kommt der Destination in erster Linie durch die religiöse Komponente Bedeutung zu: Mit der Entstehung der jüdischen Diaspora außerhalb der Grenzen des „Landes Israel" begann ebenfalls die Hoffnung auf eine Rückkehr nach „Erez Israel"[23] bzw. nach Jerusalem und dem Tempel – zentrale Bezugspunkte, für welche im Laufe der Zeit das Synonym „Zion"[24] gebraucht wurde. Als „geotheologischer Begriff", der den Bezug auf den realen Ort mit der Erwartung von Heil vereint, meint „Erez Israel" dem Wortsinn nach „Land (Boden, Stadt, Berg) des Heiligen" und verknüpft dabei mehrere Dimensionen des Heiligen. Im Zentrum steht die Vorstellung, dass Gott der Besitzer des Landes wäre und in ihm präsent wäre. Als Bezeichnung für das von den Israeliten besiedelte Land setzte sich „Erez Israel" trotz mehrmaliger Erwähnung in der Hebräischen Bibel nur langsam durch. Aus jüdischer Sicht bewies die Vielzahl an biblischen Belegen die kontinuierliche Gegenwart und Bindung

23 Andere gängige Schreibweisen sind z. B. „Eretz Israel" und „Eretz Yisrael".

24 Ursprünglich meinte „Zion" nur einen Hügel Jerusalems, später auch den angrenzenden Tempelberg und schließlich ganz Jerusalem und das ganze Land.

des jüdischen Volks an dieses Land und rechtfertigte schließlich den Anspruch der Jüdinnen und Juden auf Palästina.[25]

Die „Zionssehnsucht" im Sinne der Hinwendung und Erinnerung an das „Heimatland" und der Hoffnung auf eine Rückkehr dorthin fand Eingang in die jüdische Frömmigkeit und Liturgie, drückte sich in Gebeten, Gedichten und Liedern aus und war häufig mit messianischen Vorstellungen verbunden.[26] Bis ins 19. Jahrhundert kamen dennoch keine Pläne auf, das erwartete messianische Zeitalter durch menschliche Eigeninitiative und mit der Bildung eines neuen Reiches in Palästina vorzubereiten, hätte dies doch dem religiösen Verständnis von der Rückführung und Erlösung durch Gott widersprochen. Ideen von einer auf Masseneinwanderung basierenden (Wieder-)Errichtung einer jüdischen Gemeinschaft in Palästina wurden erst ausformuliert, als die religiöse „Zionssehnsucht" durch die im späten 19. Jahrhundert aufgekommenen zionistischen Ideen eine politische Dimension erhielt. „Erez Israel" war nicht mehr nur ein religiöser „Bedeutungsort", sondern wurde nun auch politisch assoziiert – ein Wandel, im Zuge dessen völlig neue Inhalte und Argumente in die Diskussion um die Bedeutung „Erez Israels" für die jüdische Diaspora eingebracht wurden und die letztlich für eine breite Rezeption unabdingbar waren.[27] Die Ursachen dieses Prozesses müssen im Kontext gesamteuropäischer Entwicklungen und Ereignisse gesucht werden: Die aufkommenden Nationalbewegungen in Europa einerseits und der sich manifestierende moderne Antisemitismus andererseits sind jene zwei Faktoren, die die nationaljüdische bzw. zionistische Bewegung entscheidend beeinflusst und vorangetrieben haben. Ebenfalls spiegeln sich in diesen für die Entstehung des Zionismus wesentlichen Einflüssen die beiden Grundmotive der Palästina-Wanderung wider, die sie von Migrationsbewegungen anderer Destinationen grundlegend unterscheidet. In all ihren Phasen wies die jüdische Migration nach Palästina einen „doppelten Charakter"[28] auf, der sich durch das Aufeinandertreffen von der Rettungsbewegung für die Not und an Heimatlosigkeit leidenden Jüdinnen und Juden der Diaspora einerseits sowie der Verwirklichung der zionistischen Ideen andererseits ergab.

Kann bei Migrationsprozessen generell ein ganzes Bündel an Auslösern in Frage kommen, so tritt bei jenen von Jüdinnen und Juden – wie eingangs dargelegt – das Fluchtmotiv in den Vordergrund. Der in zahlreichen Ländern beständig existierenden oder wiederkehrenden Verfolgung, Verarmung und rechtlichen Benach-

---

25 Gudrun Krämer, Geschichte Palästinas. Von der osmanischen Eroberung bis zur Gründung des Staates Israel, München 2006, S. 12–31. Im Anfangskapitel ihrer Darstellung gibt Gudrun Krämer einen guten Überblick über die geographischen und religiösen Begriffe im Zusammenhang mit „Erez Israel".

26 Zu den verbreitetsten Formen zählt der Ausspruch „Nächstes Jahr in Jerusalem", der zum Abschluss des Pessach-Festes an den Auszug aus Ägypten erinnert, sowie der bekannte Psalm 137, 1–6, der mit den Worten „An den Wassern zu Babel saßen wir und weinten, wenn wir an Zion gedachten …" beginnt. Zit. in: Ebda., S. 37.

27 Vgl. Armin A. Wallas, Erez Israel – Land der Hoffnungen, Land der Konflikte. Streiflichter zur Vorgeschichte des Staates Israel. In: Das Jüdische Echo 47 (1998) S. 34.

28 Gerda Luft, Heimkehr ins Unbekannte. Eine Darstellung der Einwanderung von Juden aus Deutschland nach Palästina vom Aufstieg Hitlers zur Macht bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs 1933–1939, Wuppertal 1977, S. 17.

teiligung der jüdischen Bevölkerung versuchten die Betroffenen durch Auswanderung zumeist nach Amerika oder in westeuropäische Staaten zu entkommen. Auch wenn Palästina in vielen Fällen nur als Alternative aufgesucht wurde (etwa in den 1920er Jahren, als die Einwanderungsbestimmungen der USA drastisch verschärft wurden, insbesondere aber als die nationalsozialistische Bedrohung eine rasche Flucht erforderte, sich die potentiellen Aufnahmeländer aber zunehmend weigerten, diese Rolle zu übernehmen), wurde das Land seit dem späten 19. Jahrhundert allmählich häufiger als Emigrationsziel in Betracht gezogen. Als Unikum unter den Zielländern stellte Palästina aber nie bloß eine Zufluchtsstätte dar, sondern bot seit jeher gleichermaßen die Möglichkeit, das individuell umzusetzende zionistische Ziel zu realisieren und der Überzeugung wegen zu immigrieren. Dass sich Palästina zu jeder Zeit von allen anderen Emigrations- und Zufluchtsländern unterschied, wird noch einmal bei der Betrachtung der zahlreichen (nicht unproblematischen) Begrifflichkeiten deutlich, die im Zusammenhang mit der Palästina-Wanderung auftauchen und derer sich die Zionistinnen und Zionisten bei der Entwicklung und Verbreitung ihres Programms bedienten.

Begriffsbestimmungen

> „So spricht Kyrus, der König von Persien: Der Herr, der Gott des Himmels, hat mir alle Königreiche der Erde gegeben, und er hat mir befohlen, ihm ein Haus zu Jerusalem in Juda zu bauen. Wer nun unter euch von seinem Volk ist, mit dem sei sein Gott, und er ziehe hinauf nach Jerusalem in Juda und baue das Haus des Herrn, des Gottes Israels; das ist der Gott, der zu Jerusalem ist.“[29]

Mit dem Sieg der persischen Achämeniden über Babylon 539 v. Chr. wurde der jahrzehntelangen babylonischen Gefangenschaft, der folgenreichen Zäsur im Leben und Selbstverständnis der verschleppten Israeliten, ein Ende bereitet und es begann sich die Hoffnung der Exilierten auf die Alijah, auf das künftige „Hinaufziehen“ in die alte Heimat, zu erfüllen. Die Möglichkeit, nach Israel zurückzukehren, die der Perserkönig Kyros II. nach biblischer Überlieferung den – wie sie ab dieser Zeit genannt wurden – Juden mit oben zitierten Worten zugesprochen haben soll, konnte allerdings nicht von allen Betroffenen wahrgenommen werden, wodurch die Diaspora[30] zu einer Form jüdischer Existenz wurde, die sich spätestens mit der Eroberung Jerusalems durch die Römer und der Niederschlagung des Bar-Kochba-

29 Altes Testament, Buch Esra, Vers 1,2–1,3. Vgl. 2. Buch Chronik, Vers 36,23.

30 Der Begriff leitet sich vom griechischen Verb „dia-speirein“ ab und bedeutet „ausstreuen“, „sich zerstreuen“ bzw. „getrennt werden“. In der Septuaginta, der ältesten durchgehenden Bibelübersetzung, bezeichnet „Diaspora“ (hebr.: Galuth) sowohl den Vorgang der Zerstreuung Israels unter die heidnischen Völker als auch die Zerstreuten selbst. Positiv konnotiert meint der Begriff auch die besondere Situation, dass unzählige Jüdinnen und Juden bis heute außerhalb des Landes Israels leben, ihre Beziehung zum Mutterland aber beständig pflegen. Auch im Kontext anderer „verstreuter“

Aufstandes (132 n. Chr.) fest etablieren sollte. Gleichwohl löste das Edikt des Kyros eine Rückwanderungswelle aus, die die Voraussetzung für die Wiedererrichtung Jerusalems als Hauptstadt und des Tempels schuf.[31]

Obschon der Terminus der Alijah üblicherweise im Kontext der modernen jüdischen Einwanderung zur Anwendung kommt, wird die Palästina-Wanderung seit der Rückkehr der Jüdinnen und Juden aus dem babylonischen Exil mit dem hebräischen Wort für „Aufstieg", Alijah, benannt und umschrieb etwa auch jene Immigration, welcher die Vertreibung aus Spanien im 15. Jahrhundert vorausging. Ebenso kannte die jüdische Religion[32] den Ausdruck und gebrauchte ihn im Zusammenhang mit den drei Pilgerfesten des Jahres (Pessach, Shavuot und Sukkot) – das „Aufsteigen" bezog sich dabei auf das Bergland Judäas, im Speziellen auf den Berg Zion, den Tempelberg Jerusalems. Geläufiger wurde der Begriff, als ihn die zionistische Bewegung und ihre Vorläufer im 19. Jahrhundert für ihre Zwecke instrumentalisierten und die Alijah bzw. (im Plural) Alijoth als Bezeichnung für die zahlenmäßig erstmals bedeutenden Migrationsbewegungen von Jüdinnen und Juden nach Palästina verwendeten. Dass sich die Zionisten dieses Terminus, der wie viele andere Begriffe des zionistischen Vokabulars einen ursprünglich religiösen Charakter hat, bedienten, war keineswegs unproblematisch. Ihrer Ideologie zufolge war und ist die Einwanderung als „Alijah" (Aufstieg), sind die Einwanderer als „Olim" (Aufsteigende) zu bezeichnen. Damit wurde/wird nicht bloß stillschweigend vorausgesetzt, dass der Akt der Immigration für jede Jüdin und jeden Juden eine persönliche Höherentwicklung bzw. einen „geistigen Prozess" bedeute. Das in allen Phasen der Palästina-Wanderung existierende Motiv der Flucht aus einer im Herkunftsland bestehenden Notsituation jedweder Art wird mit dieser Prämisse völlig außer Acht gelassen, der Einwanderer wird hingegen als Idealist begriffen, der allein seiner Überzeugung wegen nach „Erez Israel" „hinaufstieg". Spätestens im Laufe der 1930er Jahre, als die Fünfte Alijah unzählige Flüchtlinge aus dem faschistischen Europa ins Land brachte, die nicht nur vom Judentum und vom Zionismus, sondern auch von den Verhältnissen in der neuen Heimat nur vage Vorstellungen hatten, wurde diese Annahme als utopisch entlarvt und musste korrigiert werden. Eine nicht unerhebliche Anzahl an Immigrantinnen und Immigranten betrachtete Palästina/Israel in der Folge auch nicht als „neue Heimat", sondern als (manchmal temporäres) Asyl. Der Konflikt zwischen dem Yishuv, der Palästina nicht nur als Zufluchtsstätte begriffen haben wollte, und den Neueinwanderern, die besonders nach 1938 zufällig und in Ermangelung alternativer Emigrationsmöglichkeiten eben dorthin gelangten, verstärkte das ohnehin spannungsreiche Verhältnis zwischen „Etablierten und Außenseitern", das bei der Zusammenkunft von bereits etablierten Gemeinschaften und Zuwanderern charakteristisch war.[33]

Gemeinschaften wird er gebraucht. Vgl. Erich Zenger, Einleitung in das Alte Testament, Stuttgart 2008, S. 733 (Anhang, Erklärung bibelwissenschaftlicher Fachbegriffe).

31 Krämer, Geschichte Palästinas, S. 35.

32 Der Begriff taucht auch beim jüdischen Ritus auf: Mit „Alijah laTora" wird in der Synagoge zur Thora-Lesung aufgerufen.

33 Brinkmann, Jüdische Migration, o. S. Siehe dazu auch das Kapitel zur Fünften Alijah.

Auf der anderen Seite galten Jüdinnen und Juden, die aus Palästina auswanderten, als „Yordim“ (Absteigende), die Emigration als „Jeridah“ (Abstieg). Der zweifellos negativ konnotierte Ausdruck hat seinen Hintergrund in den Ereignissen rund um den Auszug aus Ägypten, als sich Teile der Israeliten nicht der Wüstenwanderung angeschlossen hatten und dadurch mit dem Vorwurf konfrontiert wurden, materielle Vorteile den geistigen Werten und dem persönlichen Anteil an der Volkswerdung vorzuziehen. Im Hinblick auf die spätere jüdische Gemeinschaft in Palästina lagen die Ursachen des missbilligenden bis verächtlichen Beigeschmacks der Bezeichnungen darin begründet, dass der Aufbau und Erhalt der jüdischen Heimstätte als stetiger Existenzkampf verstanden wurde, wobei jede Einwanderin und jeder Einwanderer als Verstärkung, jede Auswanderin und jeder Auswanderer als Schwächung anzusehen war. Rückwanderung wurde als Fahnenflucht und Verrat betrachtet. Eine weitere Abgrenzung bzw. Hierarchisierung kam durch die Kategorisierung nach bereits in Palästina geborenen Jüdinnen und Juden, den so genannten „Sabres“[34], einerseits und nach zugewanderten oder immer noch in der Diaspora verharrenden Jüdinnen und Juden andererseits zustande.

Die hohen Ansprüche, die die Zionisten und der Yishuv an die Einwanderer hatten, betrafen nicht nur die geistige Einstellung, sondern auch die körperlichen Eigenschaften. Das zionistische Idealbild eines Immigranten war ein kämpferischer, physisch arbeitender Pionier, der aktiv zum Aufbau des jüdischen Staates beitrug und sich im besten Fall bereits vor der Einwanderung einer beruflichen „Umschichtung“ unterzog. Das Aneignen von spezifischen Qualifikationen stand schließlich im Zentrum der „Hachscharah“, dem zionistischen Programm, das den hebräischen Namen für „Vorbereitung“ bzw. „Tauglichmachung“ trägt. Die primär auf die Ausbildung in landwirtschaftlichen und handwerklichen Berufen abzielende Umschichtung war allein aus praktischen Gründen erforderlich, da für die Vielzahl an Akademikern und Kaufleuten, die einen großen Teil an der mitteleuropäischen Einwanderung der 1930er Jahre stellten, kaum Beschäftigungsmöglichkeiten existierten. Andererseits ging es darum, die in den Diaspora-Ländern typische Gesellschaftspyramide umzudrehen und den Arbeiterberufen (und anderen auf Körperkraft basierenden Tätigkeiten) eine bevorzugte Stellung einzuräumen. Die Idee dahinter war letztlich, eine „ideologische Brücke zu einem neuen Dasein“ zu bilden, „das die Bitterkeit der sozialen Deklassierung durch die der Arbeiterschaft gezollte Achtung weitgehend ausglich.“[35] Wie Gerda Luft in ihren Ausführungen festhält, stand die Vorstellung, dass die frühen Einwanderinnen und Einwanderer allesamt „Chaluzim“, so der hebräische Begriff für Pioniere, gewesen wären, im Gegensatz zur Wirklichkeit, da sich mit der Entwicklung der Städte zwangsläufig auch urbane Berufe (Angestellte, Ladenbesitzer etc.) etabliert hatten.[36]

Die „Erneuerung“ des jüdischen Volkes sollte nicht allein durch deren Trägerinnen und Träger – körperlich gesunde, sozial eingestellte junge Menschen – sondern auch durch eine neuartige Lebensform erreicht werden. Zu den Zentren des neuen

34 Vom hebräischen Wort „Tzabar“ für Kaktusfeige.

35 Luft, Heimkehr, S. 49.

36 Ebda.

jüdisch-nationalen Lebens wurden zwei genossenschaftliche Siedlungsformen, die Kibbuzim[37] und Moschawoth[38], die sich beide im Wesentlichen als Personen- und Produktionsgemeinschaften mit egalitären Strukturen charakterisieren lassen. Dass sich die auf Gleichheit und Gemeinschaft fußende Lebensweise an die sozialistische Ideologie anlehnte, ist in großem Maße auf die Angehörigen der um die Jahrhundertwende entstandenen „Kibbuz-Bewegung“ zurückzuführen – mehrheitlich waren dies Einwanderinnen und Einwanderer des „ostjüdischen“ Proletariats, die sich enttäuscht von der misslungenen russischen Revolution (1905 bis 1907) den Ideen des Zionismus zugewandt hatten und auf die Etablierung einer egalitären Sozialstruktur der jüdischen Gemeinschaft in Palästina abzielten.[39]

Vergegenwärtigt man sich die zahlreichen Anforderungen sowohl in ideologischer als auch in geistiger und körperlicher Hinsicht, die der Zionismus und seine Vertreter an die Immigrantinnen und Immigranten stellten, erscheint es – abgesehen von allen mit der Niederlassung verbundenen Schwierigkeiten – nachvollziehbar, dass jede Einwanderungsphase einen gewissen Prozentsatz an Rückwanderern aufweist. Auch unter den Angehörigen der Zweiten und Dritten Alijah, die weitläufig als Angehörige der Pioniergeneration bezeichnet werden, fand sich eine beträchtliche Zahl an Yordim, für die die Alijah aufgrund unterschiedlicher Einordnungsschwierigkeiten nichts mit einem „Aufstieg“ zu tun hatte.

Angesichts der vielfältigen persönlichen Migrationsmotive und der jeweiligen Besonderheiten der Einwanderungswellen ist der Gebrauch der Begrifflichkeit „Alijah“ im zionistischen Sinne, wonach die Palästina-Wanderung im Allgemeinen eine „Erhöhung“ für den Immigranten impliziert, problematisch bis fragwürdig. Schwierigkeiten birgt auch der Terminus „Exil“ in sich: Folgt man der oben skizzierten zionistischen Auffassung, die die Alijah als „Heimkehr“ bzw. als Rückkehr in die „altneue Heimat“ der Juden, die Diaspora- bzw. Galuth-Existenz hingegen als „Exil“ begreift, kann im Falle Palästinas/Israels trotz religiöser und politischer Verfolgungs- und Vertreibungserfahrungen der betroffenen Einwanderinnen und Einwanderer im Prinzip schwerlich von einem „Exilland“ gesprochen werden. Vielmehr, so der Standpunkt Armin A. Wallas', müsse stets die Komplexität und Widersprüchlichkeit dieses Ausdrucks bedacht und seine Eignung an Einzelfällen überprüft werden.[40]

---

37 Hebr.: Versammlung. Der Kibbuz ist im Prinzip eine Erweiterung der „Kwuzah“ (Gruppe), einem Zusammenschluss einer Anzahl (meistens zwischen 50 und 150) landwirtschaftlicher Siedler zu gemeinsamer Arbeit und Wirtschaft.

38 Der „Moschaw“ (Kolonie) wird als Nachahmung des europäischen Bauerndorfes beschrieben. Grund und Boden sind unbeschränktes Eigentum der Siedler, die sich in den meisten Fällen dem Pflanzenbau widmen.

39 Martin Kloke, Die Entwicklung des Zionismus bis zur Staatsgründung Israels. In: Institut für Europäische Geschichte (IEG) (Hg.), Europäische Geschichte Online (EGO), Mainz 2010, o. S.; http://www.ieg-ego.eu/klokem-2010-de [Abruf: 3. 6. 2014].

40 Armin A. Wallas, Palästina/Israel als Exilland. In: Siglinde Bolbecher/Konstantin Kaiser (Hg.), Zwischenwelt. Zeitschrift für Kultur und Literatur des Exils und Widerstands. 19. Jg. (2002) Nr. 4, S. 24. Wallas überprüft die Brauchbarkeit des Terminus anhand mehrerer Biographien von deutschsprachigen Autorinnen und Autoren, die zu unterschiedlichen Zeitpunkten und mit verschiedenen Motiven nach Palästina/Israel emigriert sind. Darunter sind sowohl Emigranten/Flüchtlinge, für

Semantische Schwierigkeiten bereiten nicht nur zahlreiche Begriffe der zionistischen Terminologie und der Palästina-Wanderung. Nicht wenige Bezeichnungen, die im Zusammenhang mit Migrations- und Fluchtbewegungen und ganz besonders mit jenen aus dem nationalsozialistischen Machtbereich auftauchen, erweisen sich als problematisch. Es erscheint notwendig, an dieser Stelle darauf hinzuweisen, dass der vorliegende Text trotz des Bewusstseins über die Unschärfe, Fragwürdigkeit und Unangemessenheit mancher Begrifflichkeiten nicht ohne eben diese auskommt.

Ausgehend von der Annahme, dass jüdische Migrationen seit jeher zumindest partiell unter Zwang erfolgten, da sie zumeist durch verschiedene Notsituationen in den Ausgangsländern ausgelöst wurden, ist die Verwendung der Begriffe „Auswanderung" und „Emigration" für Wanderungsbewegungen von Jüdinnen und Juden unabhängig von Ziel und Zeitpunkt im Grunde nur unter Vorbehalt möglich. Völlig inadäquat ist der Gebrauch im Kontext der NS-Zeit: Da es sich tatsächlich und unwiderlegbar um organisierte Vertreibung handelte – ein Reichsgebiet ohne Juden zu schaffen, wurde von den Nationalsozialisten von Beginn an zum obersten Ziel erklärt und offen als solches artikuliert – sind die Termini „Auswanderung" und „Emigration" nichts anderes als Euphemismen, die wesentliche Umstände verfälschen bzw. ausblenden.[41] Dass die Ausdrücke, die stets ein gewisses Maß an Freiwilligkeit implizieren, im Hinblick auf die Zeit nach dem „Anschluss" Österreichs an das Deutsche Reich mehr als unangebracht und widersinnig sind, wird zuallererst deutlich, wenn man sich die massiven Druckmittel, durch die die jüdische Bevölkerung außer Landes getrieben werden sollte, vor Augen hält. Die Repressionen reichten von Einschüchterungsmaßnahmen, gesellschaftlichem und wirtschaftlichem Ausschluss, über die Ausstellung von Ausweisungsbefehlen, bis hin zu physischen Übergriffen und der angedrohten oder tatsächlichen Deportation ins Konzentrationslager. Der Auswanderungsvorgang selbst war mit zahlreichen finanziellen Zwangsabgaben verbunden, während auf die individuellen Bedürfnisse der Betroffenen keinerlei Rücksicht genommen wurde. Von Freiwilligkeit kann schließlich auch bei der „Wahl" des Ziellandes kaum gesprochen werden: Durch die eingeschränkten finanziellen Mittel einerseits und die mit fortgeschrittener Zeit sin-

---

die das Land zur neuen Heimat wurde, als auch solche, die es als Asyl oder Exil betrachtet haben. Die Schwierigkeit, das eigene Verhältnis zu Palästina/Israel zu definieren, thematisiert etwa der Dramatiker Max Zweig (1892–1992): „Wenn mein Name in einer literarischen Zeitschrift oder sonst wo genannt wird, werde ich regelmäßig unter die Exilschriftsteller eingereiht. Dagegen muss ich protestieren, obgleich ich es verstehen kann, dass diese Einordnung aus deutscher Sicht zulässig sein mag. Ich würde sehr undankbar sein, wenn ich Israel, wo ich aufgenommen, ja gefördert wurde, und wo ich unangefochten als Staatsbürger mit allen seinen Rechten und Pflichten lebe, als ein Exil bezeichnete. Freilich kann ich es auch nicht mein Vaterland nennen; das Land meines Vaters, des Vaters meines Vaters und der vorangegangenen Generation […] war Österreich […]. Eine Heimat kann ich Israel nur in dem Sinne benennen, als ich jetzt hier daheim bin; […]. Am ehesten würde die Benennung ‚Asyl' zutreffen; ich habe hier ein freundliches, gastliches Asyl gefunden. Aber selbst die erlesenste Gastlichkeit und die allerherzlichste Freundschaft können den mitunter wilden Schmerz des Schriftstellers nicht lindern, der die Gewissheit besitzt, aus dem Bereich seiner Muttersprache auf ewig verbannt zu sein." Max Zweig, Religion und Konfession. Bruchstücke eines Bekenntnisses, zit. in: Armin A. Wallas, Max Zweigs Israel-Triptychon. Davidia – Saul – Ghetto Warschau. In: Max Zweig. Kritische Betrachtungen. Hg. v. Eva Reichmann, St. Ingbert 1995, S. 172.

41 Anderl, Emigration, S. 172; Anderl/Rupnow, Zentralstelle, S. 11.

kende Aufnahmebereitschaft der potentiellen Fluchtländer andererseits erübrigte sich das „Entscheiden“ für eine bestimmte Destination und wurden Zufluchtsorte vielfach rein zufällig zu ebensolchen. Ruft man sich schließlich das im Oktober 1941 verhängte Auswanderungsverbot aus dem Deutschen Reich ins Bewusstsein, kann in den Jahren davor im Prinzip nur von einem Auswanderungsgebot die Rede sein.

Das auf Verharmlosung und Täuschung abzielende nationalsozialistische Vokabular kam auch im Zusammenhang mit der „Zentralstelle für jüdische Auswanderung“ zum Tragen, die ausschließlich mit dem Ziel gegründet wurde, die Vertreibung der jüdischen Bevölkerung systematisch, schnellstmöglich und verknüpft mit einer umfassenden Beraubung umzusetzen, bevor sich ihr Tätigkeitsbereich auf die Organisation und Durchführung der Deportationen verlagerte.

Werden also im Folgenden die Begriffe „Auswanderung“ und „Emigration“ verwendet, so ist damit speziell für die Zeit nach 1938 *erzwungene* Auswanderung und Emigration, genauer Flucht und Vertreibung gemeint, tauchen „Auswanderer“ und „Emigranten“ auf, sind diese als Flüchtlinge und Vertriebene anzusehen.

Migrationsbewegungen österreichischer Jüdinnen und Juden nach Palästina vor 1938

Zionismus

Hintergründe und Vorläufer

Folge des im 18. Jahrhundert in zahlreichen europäischen Ländern einsetzenden Emanzipationsprozesses der jüdischen Bevölkerung war – besonders im kulturellen und wirtschaftlichen Bereich – eine Integration in die nichtjüdische Umgebung, die neben der Hoffnung auf vollständige Gleichstellung von massiver Verunsicherung begleitet war. Adolf Gaisbauer führt die neuzeitliche Krise des Judentums in seiner Untersuchung über den österreichischen Frühzionismus auf das Verharren der emanzipationshungrigen Jüdinnen und Juden in einem Niemandsland bzw. Zwischenstadium zurück und verweist im Kontext der Entwurzelung auf Franz Kafkas „Westjuden-Käfer“: „Mit den Hinterbeinchen klebten sie noch am Judentum des Vaters und mit den Vorderbeinchen fanden sie keinen neuen Boden.“[42]

Das Balancieren zwischen Tradition und Moderne, Akzeptanz und Ablehnung führte das Judentum in eine Identitätskrise, die insbesondere nach der staatsbürgerlichen Gleichstellung, als sich viele Jüdinnen und Juden nicht mehr dem jüdischen Volk zugehörig fühlten, sondern sich ausschließlich als Bürgerinnen und Bürger des Staates definierten, offenkundig wurde. Wie Shlomo Avineri es beschreibt, hatte „der moderne säkularisierte und gebildete Jude viele seiner typischen Merkmale abgelegt, sah sich aber dennoch mit der Schwierigkeit konfrontiert, in einer nichtjüdischen Gesellschaft zurechtkommen zu müssen, die ihre eigene Identität trotz aller kosmopolitischen Prinzipien in nationaler Integration und in nationalem Zusammenhalt sah.“[43] Die mit dem unscharfen Begriff der „Assimilation“[44] verbun-

42 Gaisbauer, Davidstern, S. 18, Fußnote 43. Das Originalzitat stammt aus einem Brief Kafkas an seinen Freund und Verleger Max Brod und bezieht sich auf das Verhältnis der jungen, jüdischen, Deutsch schreibenden Schriftsteller zu ihrem Judentum (Juni 1921). Dieses Kapitel stützt sich insgesamt vor allem auf Gaisbauers Einleitung sowie die Porträts bei Shlomo Avineri, The making of modern Zionism. The intellectual origins of the Jewish State, New York 1981.

43 Ebda., S. 24.

44 An dieser Stelle soll auf die Unschärfe des Terminus „Assimilation“ im Kontext der jüdischen Adaption an gesellschaftlich vorherrschende Standards verwiesen werden. Die mit „Assimilation“ verbundene Vorstellung einer vollständigen Anpassung an die dominierende Bevölkerungsgruppe

denen Fragen nach dem Ausmaß und der „Destination" des Angleichungsprozesses waren nirgends schwieriger zu beantworten als im österreichischen Vielvölkerstaat, wo es für die integrationswilligen Jüdinnen und Juden galt, sich an die jeweils kulturell und zumeist auch politisch hegemoniale nationale Umgebung anzupassen.[45]

Nicht nur die Identifikation mit der Diaspora ging deutlich zurück; trennend für die jüdischen Gemeinschaften wirkte außerdem das sich ausweitende Spektrum an jüdischen Identitätskonzepten, die immer häufiger säkulare und ethnische Erscheinungsformen annahmen. Einzelne Rabbiner versuchten diesen Entwicklungen bereits in den 1840er und 1850er Jahren entgegenzuwirken: Durch die Sammlung des jüdischen Volkes im „Land der Väter" sollten wesentliche Traditionen bewahrt, gleichzeitig aber ein grundlegender Erneuerungsprozess vollzogen werden. Der Aufruf zur „Rückkehr" in die „Heimat" war etwa bei Elijah Gutmacher (1796–1874) mit der Forderung verbunden, selbst etwas zur Erlösung aus dem Exil beizutragen, konkret in Form der jüdischen Besiedlung Palästinas. Zvi Hirsch Kalischer (1795–1874), der neben Jehuda Alkalai (1798–1878)[46] zu den stärksten Befürwortern der Kolonisationsidee zählte, begründete die „dringende Nothwendigkeit der Colonisierung Palästina's" zunächst mit dem Prinzip der Nationalität:

> „Wir sehen, wie die Völker alle für ihre nationale Sache eintreten, wie sie mit der größten Opferfreudigkeit ihr Gut und Blut einsetzen für die Erhaltung oder Wiedererlangung ihrer Nationalität, und wir Juden sollten die Hände in den Schooß legen und nichts thun, um unser nationales Besitzthum, das heiligste Erbgut unserer Väter wiederzuerlangen? Wir sollen thatenlos bleiben, wenn man uns auf Palästina, als auf unser eigentliches Vaterland verweist? Das hieße unsere Nationalität, auf die wir stolz zu sein ein Recht haben, ganz und gar verläugnen."[47]

Die von Kalischer entwickelten Siedlungspläne führten zur Gründung einer ersten Kolonisationsgesellschaft in Frankfurt und schließlich zur Errichtung der landwirtschaftlichen Schule „Mikweh Israel"[48].

Die Vorstellung von einer ungebrochenen Verbindung zu Palästina und der Fortsetzung jüdischer Geschichte und Tradition durch eine „Rückkehr" war speziell in den jüdischen Gemeinden Osteuropas fest verankert und das Streben nach einer

---

hat es bei Jüdinnen und Juden als Kollektiv nicht gegeben. Von der Verwendung des Substituts „Akkulturation" wird mittlerweile ebenfalls zum Teil abgesehen, da damit u. a. die Wechselwirkungen zwischen jüdischen und nichtjüdischen Gruppen nicht entsprechend mitberücksichtigt werden. Vgl. Klaus Hödl, „Jenseits des Nationalen" – Ein Bekenntnis zur Interkulturation. In: Ders. (Hg.), Jenseits des Nationalen. transversal. Zeitschrift für jüdische Studien 1 (2004) S. 3–17; Ders., Wiener Juden – jüdische Wiener. Identität, Gedächtnis und Performanz im 19. Jahrhundert, Innsbruck-Wien-Bozen 2006, S. 28–46.

45 Gaisbauer, Davidstern, S. 14.

46 Jehuda Alkalais bedeutendste Schrift ist die 1834 veröffentlichte Broschüre „Schma Jisrael" (hebr.: Höre Israel).

47 Hirsch Kalischer, Drischath Zion oder Zions Herstellung (1861). In: Julius H. Schoeps (Hg.), Zionismus. Texte zu seiner Entwicklung, Berlin 1983, S. 49.

48 Hebr.: Hoffnung Israels.

Nationsbildung in „Erez Israel“ fand dort besonders großen Zuspruch. Im Glauben, dass die Emanzipationsgesetzgebung niemals Realität werden würde, wandten sich zahlreiche Jüdinnen und Juden von den einstigen Akkulturationsabsichten ab und gründeten ab den 1880er Jahren in vielen Städten Russlands eigene Zirkel, die sie „Chibbat Zion“[49] oder „Chowewe Zion“[50] nannten. Die „Zionssehnsucht“ hatte aber nicht erst das 19. Jahrhundert hervorgebracht, sondern war dem Judentum seit dem Verlust der Staatlichkeit und dem Beginn der Diaspora innewohnend. Durch die Pogrome im Osten (1881/82) wurden die Inhalte der Erneuerungsbewegung und die Kolonisationsideen stärker rezipiert und erweitert.

Die Enttäuschung über die gescheiterte Emanzipation und ausgebliebene vollständige Anerkennung, die ungelöste Identitätskrise sowie der kontinuierlich zunehmende Antisemitismus gaben der am Ende des 19. Jahrhunderts entstandenen nationaljüdischen und zionistischen Bewegung Aufwind. Während erstere nationale Autonomie und Minderheitenrechte in den Diaspora-Ländern forderte, propagierten Anhängerinnen und Anhänger des Zionismus den Aufbau eines jüdischen Staates und die Abwanderung der jüdischen Diaspora dorthin. Gemeinsam war den Bewegungen das Selbstverständnis einer politisch-kulturellen Erneuerungsbewegung und eines Gegenentwurfs zum gescheiterten Konzept der umfassenden Angleichung an die Umgebungsgesellschaft und -kultur.

Zionistische Ideen wurden sowohl von religiösen als auch von säkularen Gelehrten formuliert. Revolutionäres forderte erstmals der deutsch-jüdische Frühsozialist Moses Hess (1812–1875), der bereits 1861 in seiner Schrift „Rom und Jerusalem“ jede Möglichkeit der Assimilation negierte, da „der Jude im Exil, der seine Nationalität verleugnet, nicht die Achtung der Nationen gewinnen [wird], in deren Mitte er wohl als Staatsbürger naturalisiert, aber nicht der Solidarität mit seiner Nation enthoben werden kann.“[51] Die „jüdische Volksmasse“ beschrieb er als Schicksalsgemeinschaft, die von jedem Mitglied uneingeschränkte Solidarität verlangte: „Der Jude [kann sich] gleichviel, ob orthodox oder nicht, der Aufgabe nicht entziehen, für die Erhebung des Gesamtjudentums mitzuwirken. – Jeder Jude, selbst der getaufte, haftet solidarisch für die Wiedergeburt Israels.“[52] Das langfristige Ziel sollte ein von den europäischen Großmächten (Hess favorisierte Frankreich) protegierter jüdischer Staat sein, wobei ein „gemeinsamer heimatlicher Boden“[53] am wichtigsten wäre.

Auf größere Resonanz stieß das unter dem Eindruck der Pogrome im Zarenreich entstandene und anonym publizierte Programm des Arztes Leon Pinsker (1821–1891). In der für den Frühzionismus bedeutsamen Flugschrift „Autoemanzipation! Mahnruf an seine Stammesgenossen von einem russischen Juden“ appellierte er an die Jüdinnen und Juden, die vergeblichen Assimilationsbemühungen zu verwerfen und sich selbst zu emanzipieren. Diese Forderung würde, da die Juden als „hetero-

---

49 Hebr.: „Zionsliebende“.

50 Hebr.: „Zionsfreunde“.

51 Moses Hess, Rom und Jerusalem (1861). In: Schoeps, Zionismus, S. 53.

52 Ebda., S. 57.

53 Petry, Palästina, S. 44.

genes Element“ von keiner Nation „gut vertragen werden können“, einer dringenden Notwendigkeit entspringen und wäre zudem politisch legitimiert:

> „Das Streben der Juden nach einer national-politischen Einheit und Selbständigkeit hat nicht allein eine innere Berechtigung wie das jedes anderen unterdrückten Volkes, es müsste auch Zustimmung finden bei den Völkern, denen wir, mit Recht oder Unrecht, unbequem sind. Dieses Streben muss eine Tatsache werden, die sich der internationalen Politik der Gegenwart unwiderstehlich aufdrängt und gewiss auch eine Zukunft haben wird.“[54] Das einzige Mittel, zu Achtung unter den Völkern zu gelangen, wäre „die Schaffung einer jüdischen Nationalität, eines Volkes auf eigenem Grund und Boden, die Autoemancipation der Juden, ihre Gleichstellung als Nation unter den Nationen durch Erwerbung einer eigenen Heimat. [...] Damit wir nicht gezwungen sind, von dem einen Exil ins andere zu wandern, müssen wir eine umfangreiche produktive Zufluchtsstätte haben, einen Sammelpunkt, der unser eigen ist.“[55]

Pinskers Überlegungen, der sich im Hinblick auf die Besiedelung eines eigenen Landes zunächst nicht auf Palästina festlegte, fanden auf den Kolonisationskonferenzen großen Anklang; der Erfolg der bei den Zusammenkünften beschlossenen Gründung einer zentralen Organisation, die sich um die Koordination und Finanzierung der Kolonisation kümmern sollte, blieb jedoch bescheiden. Zumindest entstanden die ersten zionistischen Siedlungen, z. B. Rishon le-Zion[56], im Jahr 1882.

Folgt man den Thesen Gaisbauers, speiste sich die zionistische Bewegung aus verschiedenen Quellen – aus der Kontinuität jüdischer Geschichte und Tradition, aus den Pogromen in Russland und der daraus folgenden Suche nach einer Zufluchtsstätte sowie aus der Enttäuschung über die gescheiterte Emanzipation und Assimilation – und verfolgte dementsprechend auch unterschiedliche Ziele: die Nationswerdung, die Gründung von Kolonien und letztlich eines jüdischen Staates, der Heimat nicht nur für die bedrohten „Ostjüdinnen“ und „Ostjuden“[57] werden sollte, sowie die Schaffung „neuer“ selbstbewusster Jüdinnen und Juden.[58] Die große Resonanz der zionistischen Ideen lassen sich insbesondere mit dem Druck des Antisemitismus sowie mit gesamteuropäischen Entwicklungen und Prozessen im ausgehenden 19. Jahrhundert erklären, die die jüdische Nationalbewegung beein-

54 Leon Pinsker, Autoemanzipation (1882). In: Schoeps, Zionismus, S. 63. Siehe auch Julius H. Schoeps (Hg.), Palästinaliebe. Leon Pinsker, der Antisemitismus und die Anfänge der nationaljüdischen Bewegung in Deutschland, Berlin-Wien 2005.

55 Leon Pinsker, Autoemanzipation (1882). In: Schoeps, Zionismus, S. 64.

56 Hebr.: „Der Erste Zions“. Zu den ersten Kolonien siehe u. a. Ran Aaronsohn, Rothschild and Early Jewish Colonization in Palestine, Lanham 2000.

57 Zum häufig negativ konnotierten Begriff „Ostjuden“, der als Kollektivbezeichnung für Jüdinnen und Juden mit sehr unterschiedlichem religiösen und kulturellen Hintergrund verwendet wird, siehe v.a. Heiko Haumann, Geschichte der Ostjuden, München 1991; Philipp Mettauer/Barbara Staudinger (Hg.), „Ostjuden“ – Geschichte und Mythos (= Schriftenreihe des Instituts für Jüdische Geschichte Österreichs, Bd. 1), Innsbruck u. a. 2015.

58 Gaisbauer, Davidstern, S. 28 u. 35.

flussten und vorantrieben. Entstanden als einer der letzten europäischen Nationalbewegungen war das Spezifikum des Zionismus seine Extraterritorialität, aber auch das Konglomerat religiöser, politischer, kultureller und sozialer Vorstellungen aus dem 19. und frühen 20. Jahrhundert, das zur Entwicklung und Verbreitung der Ideologie beitrug.

Vor dem Hintergrund der vielschichtigen Wurzeln und Ziele des Zionismus müssen auch die ersten Migrationsbewegungen nach Palästina gesehen werden: Obschon die zionistischen Ideen schrittweise mehr Anhängerinnen und Anhänger fanden, ging die frühe Alijah nicht primär auf ideelle Interessen, sondern in großem Ausmaß auf rein praktische Überlegungen zurück und war häufig das Resultat politischer und wirtschaftlicher Notsituationen.

Frühe Palästina-Wanderung und „praktischer Zionismus"

Jüdische Emigrantinnen und Emigranten, die in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts nach Palästina wanderten, stammten hauptsächlich aus Osteuropa, in geringerem Umfang auch aus Nordafrika, dem Nahen Osten und der Türkei. Die wirtschaftliche Notlage und die gesellschaftliche Diskriminierung in vielen Teilen Osteuropas bewegten unzählige Jüdinnen und Juden dazu, ihre Heimat zu verlassen. Während sich die überwiegende Mehrheit in der Hoffnung auf sozialen und ökonomischen Aufstieg in Amerika niederließ, entschied sich nur ein kleiner Teil, nach Palästina aufzubrechen. Von 2,6 Millionen Jüdinnen und Juden, die zwischen 1882 und 1914 aus Russland auswanderten, immigrierten nur fünf Prozent nach Palästina. Die Erste Alijah (1882–1902/03), die insgesamt 20.000 bis 30.000 Personen zählte, verzeichnete außerdem zahlreiche Rückwanderinnen und Rückwanderer: Ungewohnte klimatische Bedingungen, Krankheiten oder eine allgemeine Enttäuschung über die Landesverhältnisse trieb mehr als ein Drittel der ersten Immigrantinnen und Immigranten dazu, Palästina wieder zu verlassen.

Mitausschlaggebend für die frühe Palästina-Wanderung waren externe Faktoren, wie die ökonomische Unsicherheit, die fortschreitende Proletarisierung in den Städten und (in Russland) die Angst vor weiteren Pogromen. Einem zeitgenössischen Beobachter zufolge konnte das Ausmaß der Auswanderung seit den 1880er Jahren als Indikator für die politische, wirtschaftliche und soziale Situation der (europäischen) Jüdinnen und Juden gesehen werden:

> „Seit jener Zeit ist die jüdische Auswanderung ein Gradmesser für die Wucht der Schläge geworden, mit denen unser Volk durch grausame Gesetze und Verordnungen, durch feindselige Volksstimmungen und ungünstige wirtschaftliche Entwicklungen bedacht wird. An der Zahl der Einwanderer […] kann die Größe von Not, Elend und Unterdrückung der Juden mit Leichtigkeit abgelesen werden."[59]

59 Bernhard Kahn, Die jüdische Auswanderung. In: Ost und West, Jg. 5 (1905) Nr. 7, Sp. 459.

Wenn auch ideologische Motive bei der 1882 einsetzenden Ersten Alijah nicht im Vordergrund standen, so ging es den wenigen Jüdinnen und Juden, die sich Ende des 19. Jahrhunderts für eine Auswanderung nach Palästina entschieden hatten, aber nicht bloß um ökonomische Sicherheit, denn das ottomanische Palästina war – wie Avineri schreibt – wohl kaum ein Wirtschaftsparadies: „Sie suchten Selbstbestimmung, Identität und Freiheit unter den Bedingungen der europäischen Kultur nach 1789 und ihres eigenen neuerwachten Selbstbewusstseins."[60]

Ausdrücklich von einem politischen Projekt zur Behebung der „Judennot" sprach jedoch erst der damals weithin unbekannte Journalist Theodor Herzl (1860–1904), der mit seinem 1895 verfassten Manifest „Der Judenstaat. Versuch einer modernen Lösung der Judenfrage"[61] das Programm der zionistischen Bewegung schuf.[62]

Theodor Herzl und der politische Zionismus

1860 in Budapest geboren, wuchs Theodor Herzl als Sohn einer wohlhabenden jüdischen Kaufmannsfamilie auf, die sich allmählich von den Traditionen des Judentums distanziert hatte und einen weltbürgerlich deutschen Kultur- und Lebensstil pflegte. In Wien absolvierte er zunächst ein Jurastudium, ging nach der Promotion aber seinem eigentlichen Faible, dem Journalismus, nach. Eine Korrespondentenstelle der angesehenen Wiener Tageszeitung „Neue Freie Presse" führte ihn 1891 nach Paris, wo er unter dem Eindruck der Dreyfus-Affäre[63] und den damit einhergehenden antisemitischen Kampagnen Überzeugungen entfaltete, die aus ihm einen Zionisten machten.

Gleich wie einige seiner Vorgänger verurteilte er das Streben der Jüdinnen und Juden nach vollständiger Angleichung oder gar Konversion – auch wenn er zuvor so weit gegangen war, eine freiwillige Massentaufe der Juden zu propagieren – als

60 Avineri, Zionismus, S. 26.

61 Theodor Herzl, Der Judenstaat. Versuch einer modernen Lösung der Judenfrage, Zürich 1988.

62 Die bekannten Fakten über Person, Werk und Wirken Herzls sollen hier nicht wiederholt werden. In Bezug auf die umfassende Herzl-Literatur sei vor allem auf die mehrbändige von Alex Bein herausgegebene Ausgabe der „Briefe und Tagebücher", 7 Bände, Berlin-Frankfurt-Wien 1983–1996, verwiesen. Siehe außerdem: Shlomo Avineri, Herzl. Theodor Herzl und die Gründung des jüdischen Staates, Berlin 2016. Julius H. Schoeps, Theodor Herzl (1860–1904). Die Utopie des Judenstaats (= Jüdische Miniaturen, Bd. 6), Berlin 2003; Ders., Theodor Herzl (1860–1904). Wenn ihr wollt, ist es kein Märchen. Eine Text-Bild-Monographie, Wien 1995; Gideon Shimoni (Hg.), Theodor Herzl. Visionary of the Jewish State, Jerusalem 1999; Ritchie Robertson, Theodor Herzl and the Origins of Zionism, Edinburgh 1997; Amos Elon, Theodor Herzl: Eine Biographie, Wien-München 1974; Mark Gelber (Hg.), Theodor Herzl – From Europe to Zion, Tübingen 2007; außerdem die Unterkapitel bei Gaisbauer (S. 82–95) und Howard M. Sachar, A history of Israel. From the rise of Zionism to our time, New York 2010, S. 36–64.

63 Der jüdische Hauptmann Alfred Dreyfus (1859–1935) wurde 1894 in Frankreich zu Unrecht des Landesverrates bezichtigt. Antisemitische Hetze von Presse und Politik auf der einen Seite und zunächst zaghafte Solidaritätsbekundungen aus der Bevölkerung und von Teilen der Intelligenz auf der anderen Seite führten dazu, dass sich der Justizirrtum zur Staatsaffäre ausweitete. Dreyfus wurde einige Jahre später begnadigt und 1906 schließlich vollständig rehabilitiert.

Irrweg, der weder politische Emanzipation noch eine Veränderung des Außenseiterstatus herbeiführen könnte. „Wir haben überall ehrlich versucht, in der uns umgebenden Volksgemeinschaft unterzugehen und nur den Glauben unserer Väter zu bewahren. Man lässt es nicht zu. Vergebens sind wir treue und an manchen Orten sogar überschwengliche Patrioten, vergebens bringen wir dieselben Opfer an Gut und Blut wie unsere Mitbürger […]".[64] Beeinflusst vom nationalstaatlichen Denken des 19. Jahrhunderts und den staatstheoretischen Schriften Macchiavellis und Hegels hielt er die „Judenfrage weder für eine soziale, noch für eine religiöse", sondern für eine „nationale Frage", die als „politische Weltfrage" behandelt werden müsse. Herzls Auffassung, wonach eine Nation „eine historische Menschengruppe von erkennbarer Zusammengehörigkeit" sei, „welche durch einen gemeinsamen Feind zusammengehalten" wird[65], würde auch auf die Juden, die er in seiner programmatischen Schrift „Der Judenstaat" durchgängig als „Volk"[66] bezeichnet, zutreffen. Als einzig mögliche Lösung der „Judenfrage" erschien ihm die Sammlung großer Teile des Judentums in einem eigenen, auf der Grundlage einer gesicherten Souveränität basierenden Staate, wobei er neben Palästina zunächst auch Argentinien als Territorium in Betracht zog und Vorteile auf beiden Seiten sah: Das riesige Gebiet mit schwacher Bevölkerung und gemäßigtem Klima in Südamerika stand der „unvergesslich historischen Heimat" gegenüber, wo man als neutraler Staat für Europa „ein Stück des Walles gegen Asien bilden"[67] könnte. Detailliert legt er Pläne zu Aufbau, Finanzierung und Gemeinwesen des Landes dar, spezielles Augenmerk richtet er auf die Masseneinwanderung, die sich langsam und kontrolliert zu vollziehen hätte:

> „Den Abzug der Juden darf man sich […] nicht als einen plötzlichen vorstellen. Es wird ein allmählicher sein und Jahrzehnte dauern. Zuerst werden die Ärmsten gehen und das Land urbar machen. […] Ihre Arbeit [wird] den Verkehr, der Verkehr die Märkte, die Märkte […] neue Ansiedler heran[locken]. Denn jeder kommt freiwillig, auf eigene Kosten und Gefahr."[68]

Herzl versuchte seine Ideen nicht nur innerhalb der jüdischen Gemeinschaft zu verbreiten, sondern stellte sie auch den europäischen Regierungen besonders reizvoll dar. Nutzen konnte seiner Ansicht nach vor allem aus der sozioökonomischen Erleichterung und dem wachsenden Exporthandel (Jüdinnen und Juden wären noch lange nach der Emigration auf die europäischen Erzeugnisse angewiesen)

---

64 Herzl, Judenstaat, S. 14 f.

65 Dr. Herzl vor der Fremdeneinwanderungs-Kommission in London. In: Die Welt, Jg. 6 (1902) Nr. 29, S. 5.

66 Im Gegensatz zu den aus der religiösen Tradition kommenden Frühzionisten, die den Terminus „Volk" im eschatologischen Sinn verstanden, verwendete ihn Herzl durchwegs im modern-nationalen Sinne.

67 Herzl, Judenstaat, S. 39.

68 Ebda., S. 36.

gezogen werden. Unterstützung glaubte er sogar in antisemitischen Kreisen zu finden, da diese ja einen jüdischen Exodus aus Europa nur begrüßen könnten.[69]

Die Vision von der Errichtung eines Judenstaates erzeugte innerhalb der jüdischen Gemeinschaft gleichermaßen euphorische Zustimmung und heftige Ablehnung. Unter den Gegnern fanden sich nicht nur vorrangig in Westeuropa lebende Jüdinnen und Juden, für die die nationalstaatlichen Bestrebungen insgesamt verwerflich waren – nicht zuletzt aus Sorge um die Reaktion der Antisemiten, von welchen ihnen ohnehin mangelnder Patriotismus vorgeworfen wurde. Zurückweisung erfuhr Herzl auch von Seiten vieler Rabbiner, die den Zionismus als Widerspruch zu den messianischen Verheißungen im Judentum interpretierten, wonach die Erlösung ein geduldiges Warten in der Diaspora erfordern würde. Dass er sich in seinen Ausführungen kaum auf traditionell-religiöse Überlieferungen stützte, wird vor allem daran deutlich, dass er den Ort für die Verwirklichung seiner Pläne zu Beginn offen ließ und von rein pragmatischen Gesichtspunkten ausging. Zumindest gelang es ihm, indem er von den unterschiedlichen Komponenten der „Judenfrage" ausschließlich den nationalen Aspekt berücksichtigte, in kurzer Zeit die Anhängerinnen und Anhänger der zionistischen Sache aus den verschiedensten Ländern zu vereinen.[70]

Mit unermüdlichem Engagement versuchte Herzl, vor allem aus politischen Kreisen Unterstützung für die Errichtung eines Judenstaates zu gewinnen. Als zionistisches Organ gründete er 1897 die Wochenzeitung „Die Welt" und berief im selben Jahr den „Ersten Zionistischen Weltkongress" ein, der am 29. August in Basel zusammentraf. Trotz aller ideologischen Gegensätze einigten sich die 197 Delegierten aus 16 Ländern auf das so genannte „Baseler Programm", das „für das jüdische Volk die Schaffung einer öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte in Palästina"[71] forderte. Die Zustimmung der einzelnen Fraktionen ermöglichte nicht zuletzt die aus vier Punkten bestehende Spezifikation über die geplanten Mittel: „1. Die zweckdienliche Besiedlung Palästinas mit jüdischen Ackerbauern, Handwerkern und Gewerbetreibenden. 2. Die Gliederung und Zusammenfassung der gesamten Judenschaft durch geeignete örtliche und allgemeine Veranstaltungen nach den Landesgesetzen. 3. Die Stärkung des jüdischen Volksgefühls und Volksbewusstseins. 4. Vorbereitende Schritte zur Erlangung der Regierungszustimmungen, die nötig sind, um das Ziel des Zionismus zu erreichen."[72] Als Instrument zur Umsetzung wurde außerdem die „Zionistische Weltorganisation" gegründet, die sich aus den erwachsenen, den Organisationsbeitrag (Schekel) zahlenden Jüdinnen und Juden zusammensetzte.

Grundlegende Meinungsverschiedenheiten zwischen den zionistischen Gruppierungen waren jedoch keineswegs beseitigt worden. Ablehnung rief Herzls Pro-

---

69 Der Antisemitismus würde nach Herzl auch zur Auswanderungsbereitschaft beitragen: „Ein mühsames Anfachen der Bewegung wird wohl kaum nötig sein. Die Antisemiten besorgen das schon für uns. Sie brauchen nur soviel zu tun wie bisher, und die Auswanderungslust der Juden wird erwachen, wo sie nicht besteht, und sich verstärken, wo sie schon vorhanden ist." Ebda., S. 79.

70 Schoeps, Zionismus, S. 18 f.

71 Ebda., S. 19.

72 Zit. in: Gaisbauer, Davidstern, S. 88.

gramm insbesondere aufgrund der Reduzierung auf das Formal-Politische hervor: Vor der politischen Souveränität, die allein auf diplomatischem Wege erreicht werden könnte, sollte seines Erachtens jegliche „praktische Arbeit" – sowohl in den Diaspora-Ländern, als auch in Form einer Besiedlung in Palästina – ausbleiben. Oppositionelle, allen voran die „Kulturzionisten" um Martin Buber (1878–1965) und Achad Haam (1856–1927), die im Sinne einer Erneuerungsbewegung die Belebung des jüdischen Geistes und der jüdischen Kultur forderten, sowie Angehörige der „Chowewe-Zion"-Vereine, die eine schrittweise erfolgende Kolonisation anstrebten, erachteten gerade diese Punkte als unbedingte Voraussetzung für die Etablierung eines jüdischen Nationalstaates und übten scharfe Kritik an der offiziellen zionistischen Politik. Ebenfalls gab zumindest in den ersten Jahren nach Basel auch die Territoriumsfrage Anlass zu kontroversen Debatten, die aber spätestens mit der Zurückweisung des britischen Uganda-Angebots[73] zugunsten der Palästina-Fraktion („Zione Zion") entschieden wurden.[74] Ungelöst blieb hingegen die Methodenfrage, denn auch wenn mit der Schaffung eines Palästina-Ressorts im „Engeren Aktions-Komitee"[75] (1907) und des ersten Palästina-Amtes in Jaffa (1908) die organisierte Kolonisation ihren Anfang genommen hatte und die Verfechter eines „synthetischen"[76], sich aus den unterschiedlichen Inhalten zusammensetzen-

73 Der auf den britischen Kolonialminister Joseph Chamberlain (1836–1914) zurückgehende Plan sah die Gründung einer jüdischen Autonomieregion im ostafrikanischen Uganda vor. Durch die Pogrome von Kischinew (1903) erhielt der Vorschlag zwar enorme Brisanz, löste aber innerhalb der zionistischen Bewegung große Kontroversen aus und wurde vom Kongress relativ rasch abgelehnt.

74 Die Bedeutung Palästinas für die jüdische Bevölkerung hat etwa Arthur Ruppin in einem in der Zeitschrift „Palästina" veröffentlichten Aufsatz dargelegt: „[…] Zu Beginn des 19. Jahrhunderts lebten fast alle aschkenasischen Juden noch in Osteuropa. Sie sprachen dieselbe Sprache – Jüdisch – und waren nach Kultur, religiöser Tradition und Beruf eine homogene Masse. Heute hat sich diese einheitliche Judenheit nicht nur räumlich auf viele neue Länder verteilt, sondern sie hat sich auch kulturell in eine große Zahl von Judenheiten zerspalten, die in Sprache, Bildung, religiöser Tradition und Umgangsformen weit voneinander entfernt sind. Sie können sich kaum noch verständigen und sehr häufig nicht verstehen. Diese sprachliche und kulturelle Entfremdung hat das frühere Solidaritätsgefühl zwischen den Juden stark gelockert. […] Was können wir zur Abwehr dieser Gefahr [des Verschwindens der Juden, Anm.] tun? Für uns Zionisten ist es klar, dass die Diaspora aus sich heraus nicht die Antitoxine schaffen kann, die gegen die Einwirkungen der Assimilation schützen können. Unter den Stößen der starken fremden Kulturen muss das jüdische Leben hier zwangsmäßig Form und Inhalt von den umgebenden Kulturen bekommen. Es werden ihm keine eigenen Werte bleiben, die zu seinem Weiterbestand inmitten einer feindlichen Umwelt genügen. Nur abseits von der großen Heerstraße der christlichen Kultur, in einem Lande, mit dem wir uns historisch verbunden fühlen und das alle ins Unterbewusstsein gesunkenen jüdischen Gefühle wieder aktiviert, in einem Lande, in dem unsere Kinder von frühester Jugend an die Sprache der Bibel sprechen und ihren Geist durch sie formen, kann ein jüdisches Leben entstehen, das stark genug ist, die Wirkungen fremder Kulturen zu überwinden und darüber hinaus warmes jüdisches Blut auch in die Adern der Diaspora zu fördern. […]" In: Palästina, Jg. 12 (1929) Nr. 12, S. 1–16.

75 Das Aktions-Komitee wurde vom Zionistenkongress gewählt und nach der Stärke der aus den Kongresswahlen hervorgegangenen Parteien beschickt.

76 Adolf Gaisbauers Definition eines „synthetischen Zionismus": „Zionismus als praktische Kolonisations- und Kulturarbeit in Palästina und innere Nationalisierung des jüdischen Volkes in der Diaspora (moderne nationale Erziehung, nationale Kulturarbeit mit Schwerpunkt Hebräisierung, Wiederbesinnung auf jüdische Werte, nationale Politik), Zionismus als radikal-nationale Bewegung, die keine Kompromisse mit der Assimilation schließen kann und darf (auch nicht für Pa-

den Zionismus im Gefolge des 10. Weltkongresses (1911) Auftrieb erhalten hatten, wurde der Konflikt zwischen „Praktischen Zionisten" und „Politischen Zionisten" auch in den Folgejahren ausgefochten. Wie Gaisbauer es formuliert hat, wurde der Zionismus für eine Mehrheit von Zionisten „zu einem insgesamt aus Zukunfts- und Gegenwartsarbeit, Palästina- und Galutharbeit, zu einem einzigen, großen, Diaspora und Palästina umfassenden Prozess der Nationswerdung der Juden, der in einem eigenen Staatswesen in Palästina seinen Höhepunkt erreichen sollte."[77] Nichtsdestotrotz fand die Diskussion ebenfalls Eingang in die Ausarbeitung der zionistischen Landesprogramme – so auch in Österreich, wo die Auseinandersetzung allein schon aufgrund der Vielfalt des österreichischen Judentums (passender wäre die Bezeichnung „Judentümer") vorprogrammiert war. Im Fokus des folgenden Kapitels liegt die für die Fragestellungen der vorliegenden Studie besonders relevante Palästina-Arbeit der österreichischen bzw. Wiener Zionisten.[78]

„Praktischer Zionismus" in Österreich und frühe Palästina-Wanderung österreichischer Jüdinnen und Juden

In Anlehnung an die östlichen „Zionsfreunde"-Vereine entstand 1882 in Wien der erste Palästina-Kolonisationsverein Österreichs, „Ahawath Zion", der den Vereinsstatuten zufolge israelitische Kolonisten in Palästina zu unterstützen bezweckte. Wegen unüberbrückbaren Gegensätzen zwischen den Vorstandsmitgliedern, darunter namhafte Persönlichkeiten wie Ruben Bierer, Perez Smolenskin und Joseph Samuel Bloch[79], bestand der Zusammenschluss allerdings nur ein Jahr. Auf Betreiben der nicht-orthodoxen Mitglieder, zuvorderst auf Initiative des jungen Studenten Nathan Birnbaum (1864–1937)[80], erfolgte kurz darauf die Gründung der jüdisch-akademischen Verbindung „Kadimah"[81], die sich als bedeutendstes Organ des österreichischen Frühzionismus zwar offiziell auch der Förderung der Palästina-Kolonisation verschrieben hatte, ihren beiden anderen Grundsätzen – Kampf gegen die Assimilation und Bekenntnis zur jüdischen Nation – aber einen deutlich größeren Stellenwert zumaß. Einen neuerlichen Versuch, einen Kolonisationsverein zu etablieren, unternahmen die Wiener Zionisten anlässlich der Konferenz der

lästinazuwendungen und -zugeständnisse) und schon in der Diaspora nach nationalem Leben strebt, Zionismus als Nationswerdung der Juden in einem Palästina und Diaspora umfassenden Evolutionsprozess." Gaisbauer, Davidstern, S. 245.

77 Ebda., S. 95.

78 Die Verfasserin folgt hier im Wesentlichen Gaisbauers Kapitel „Der Frühzionismus in Zisleithanien" (S. 39–81), berücksichtigt dabei aber lediglich die Situation in Wien.

79 Zum Rabbiner Joseph Samuel Bloch siehe u. a. Robert S. Wistrich, Die Juden Wiens im Zeitalter Kaiser Franz Josephs, Wien-Köln-Weimar 1999, S. 223–256.

80 Zu Birnbaum siehe Jess Olson, Nathan Birnbaum and Jewish Modernity. Architect of Zionism, Yiddishism, and Orthodoxy, Stanford 2013.

81 Eine nähere Beschäftigung kann weder mit der „Kadimah" noch mit den anderen, vor allem seit den 1890er Jahren entstandenen jüdischen Studentenverbindungen und zionistischen bzw. nationaljüdischen Vereinen erfolgen. Zur Kadimah siehe u. a. Ebda., S. 287–312.

Palästina-Kolonisationsvereine in Kattowitz im Jahr 1884. Federführend wirkte dabei erneut der „Kadimahner" Birnbaum, der mit seinen Schriften signifikante Beiträge zum Programm des österreichischen Zionismus lieferte und dabei seine Argumentationslinie korrespondierend zu seiner persönlichen Überzeugung mehrmals veränderte.[82] In der Broschüre „Die Assimilationssucht – Ein Wort an die sogenannten Deutschen, Slaven, Magyaren usw. mosaischer Konfession von einem Studenten jüdischer Nationalität" (1884) agitierte er gegen die Assimilation und für die Wiedererweckung des Nationalbewusstseins und die zionistische Kolonisation in Palästina – „ein Zufluchtsort für die Exilsmüden und eine Stütze im moralischen und materiellen Sinne für die im Exil Verbleibenden."[83] Auch in der 1893 veröffentlichten Publikation „Die nationale Wiedergeburt des jüdischen Volkes in seinem Lande als Mittel zur Lösung der Judenfrage" ging es ihm vorwiegend um die Verbreitung der Kolonisationsidee. In der jüdisch-nationalen Zeitschrift „Selbst-Emanzipation" (herausgegeben von 1885 bis 1886 und 1890 bis 1893), die er im Prinzip in Eigenregie produzierte, führte er eine eigene Rubrik für Nachrichten über die Kolonisation ein und initiierte die Gründung des Vereins „Admath Jeschurun". In den 1886 festgelegten Statuten hieß es: „Der Verein bezweckt die Kolonisation Palästinas durch arme und beschäftigungslose Juden. Die Erreichung dieses Zweckes wird angestrebt durch Propagierung der Kolonisationsidee und durch finanzielle Unterstützung der Kolonisten."[84] Einen Zuwachs sowohl der Mitglieder als auch der Aktivitäten verzeichnete der Verein erst zu Beginn der 1890er Jahre, ebenfalls wurden weitere Vereinigungen gleicher Zielsetzung gegründet, die sich 1893 zum Verband österreichischer Kolonisationsvereine „Zion" zusammenschlossen. Der „Admath Jeschurun" konstituierte sich als Einzelverein „Wien". Gemeinsam mit anderen Einzelvereinen wurde auf der ersten Delegiertenversammlung des Verbandes „Zion" unter anderem beschlossen, dass das verfügbare Budget jeweils zur Hälfte der Propaganda- und der Kolonisationstätigkeit zufließen sollte und dass Kolonisten entweder in Form von rückzahlbaren Darlehen, Verpachtungen oder auf Ratenzahlungen basierenden Verkäufen unterstützt werden sollten. Zur Anwendung kamen diese Bestimmungen allerdings noch äußerst selten: War der österreichische Anteil in der ersten Phase der modernen jüdischen Palästina-Wanderung (streng genommen bis zur Zwischenkriegszeit und auch darüber hinaus) insgesamt äußerst marginal, so bewirkten die von den Türken zu Beginn der 1890er Jahre neu eingeführten Einwanderungsbestimmungen einen allgemeinen Rückgang der Immigration und hemmten die Umsetzung des Kolonisationsprogramms. Die bereits bestehenden Siedlungen stagnierten und erst durch die antisemitischen Verfolgungen in Russland strömten erneut tausende Immigrantinnen und Immigranten nach Palästina und lösten damit die zweite große jüdische Einwanderungswelle, die Zweite Alijah (1903/04 bis 1914), aus.

Mit dem Bestreben, eine gesamtösterreichische zionistische Organisation und ein umfassendes Programm zu entwickeln, beriefen die Delegierten des Verbandes

82 Vgl. Ebda., S. 313–343.
83 Zit. in: Ebda., S. 316.
84 Zit. in: Gaisbauer, Davidstern, S. 49.

„Zion“ eine Konferenz ein, die als „Erster Österreichischer Zionistentag“ im März 1901 in Olmütz stattfand. Während es bei dieser Zusammenkunft und auch bei den folgenden Zionistentagen im Wesentlichen um die Anerkennung und Umsetzung des „Baseler Programms“ und um die Festlegung der Statuten einer Gesamtorganisation ging,[85] kam die Palästina-Arbeit im Grunde erst beim fünften Treffen 1907 in Bielitz zur Sprache. Stellenwert und Details wurden vom zu dieser Zeit als Vorstandsmitglied des innerösterreichischen Distriktskomitees fungierenden Adolf Böhm (1873–1938) formuliert, der damit grundlegende Beschlüsse des kurz darauf abgehaltenen 8. Zionistenkongresses vorwegnahm:

> „Der Zionistentag erachtet die praktische Arbeit in Palästina, sofern sie parallel mit der politischen Aktion geleistet und von politischen Gesichtspunkten aus geleitet wird, für unbedingt notwendig zur Erforschung und Erschließung des Landes, zur Stärkung der realen Positionen der Juden in Palästina, zur Hebung ihres kulturellen Niveaus und zur Schaffung der praktischen Vorbedingungen für eine künftige jüdische Massenansiedlung in Palästina. Der Zionistentag begrüßt die Aktionen der Palästinakommission, die er als eine solche Tätigkeit darstellend ansieht. Zu dieser praktischen Arbeit hält der Zionistentag insbesondere die Schaffung einer direkt dem engeren A.-K. unterstehenden Zentrale in Palästina, eine auf Erwerb kleiner Konzessionen gerichtete Tätigkeit unserer Institutionen und Behörden und endlich die Schaffung eines Palästinafonds […] behufs Trennung der politischen von den wirtschaftlichen Fonds für nötig […].“[86]

Böhms Vorschläge konnten sich gegenüber den Rednern, die jegliche praktische Palästina-Arbeit ablehnten, durchsetzen und wurden von den Delegierten angenommen. Der cisleithanische Zionismus kann ab diesem Zeitpunkt – so Gaisbauer – weitgehend als „synthetischer“ charakterisiert werden, der bis 1914 wechselnde Schwerpunkte enthielt, die sich um die Themenkreise „Palästina“ und „nationale Gegenwartsarbeit“ drehten.[87] Teilte sich letztere in die Bereiche Politik und Kultur – ab 1911 wurde sowohl in den östlichen als auch in den westlichen Gebieten das Aufkommen einer umfassenden Kulturbewegung bemerkbar –, so zielte die Palästina-Arbeit in erster Linie auf die Identifikation mit dem zionistischen Projekt, auf die Vermittlung von landesbezogenen Kenntnissen (vor allem durch Veranstaltungen wie Vorträge, Filmabende, aber auch durch Gesellschaftsreisen nach Palästina[88]) und die finanzielle Unterstützung des Aufbauwerks (primär

85 Zum konfliktreichen Prozess der Organisationsfindung und zu den Ursachen des Zerfalls der Landesorganisation siehe Gaisbauer, Davidstern, v.a. S. 98–135.

86 Zit. in: Ebda., S. 128.

87 Ebda., S. 246–249.

88 Der 1906 gegründete Wiener „Zionistische Zentralverein“ veranstaltete im ersten Jahr seines Bestehens eine Palästina-Reise und rief mit folgendem Text zur Teilnahme auf (Auszug): „Wir alle sind von dem Wunsche erfüllt, mit eigenen Augen jenes Land zu sehen, wo jeder Stein, jede Scholle Erde die Erinnerung an die glorreichsten Tage unserer Geschichte wachruft, das Land, mit dem die schönsten Hoffnungen für unsere Zukunft verknüpft sind. Palästina aus eigener Anschauung

durch Spenden an den „Jüdischen Nationalfonds") ab.[89] Die Bereitschaft, aktiv zur zionistischen Sache, nämlich in Form der Einwanderung nach Palästina, beizutragen, hielt sich besonders in diesen Jahren in sehr engen Grenzen. Von einem „Pioniergeist" österreichischer Jüdinnen und Juden kann, auch wenn keine Daten zum österreichischen Anteil an den ersten beiden Alijoth vorliegen, wohl nicht gesprochen werden.

Eine Vorstellung vom geringen Ausmaß der österreichischen Alijah während des Frühzionismus erhält man durch die unregelmäßig in der Zeitschrift „Palästina" publizierten „Mitteilungen des Palästina-Informationsbüros in Wien", die zumindest einige wenige Male eine Statistik über die von Wien ausgehende Palästina-Wanderung lieferten. Unter der Vermittlung der Vorläuferorganisation des Palästina-Amtes Wien (siehe unten) reisten im Jahr 1910 342 Personen von Wien aus nach Palästina, die sich nach ihrem Herkunftsland wie folgt gliederten: Galizien 91, Palästina 86, (Russisch-)Polen 76, Russland 64, Ungarn 9, Österreich 8, Deutschland 4, Rumänien 3, Nordamerika 1.[90] Während die Gesamtzahl der abgefertigten Emigrantinnen und Emigranten im Folgejahr auf 488 und damit um 43 Prozent stieg – vor allem bedingt durch die Tatsache, dass die Kolonien kontinuierlich wuchsen und immer mehr jüdische Arbeiter aufnehmen konnten –, sank die Zahl jener, die ihre Herkunft mit Österreich angaben, auf 4 Personen. Der Rest setzte sich folgendermaßen zusammen: Galizien und Bukowina 111, (Russisch-)Polen 97, Russland 84, Deutschland 6, Ungarn 5, Rumänien 4 und Amerika 1. 144 Personen waren bereits in Palästina lebende Jüdinnen und Juden, die häufig krankheitshalber nach Österreich gereist waren und nun in ihre Heimat zurückkehrten, und 32 reisten als

kennen lernen, dieser Traum so Vieler kann nun leicht in Erfüllung gehen. […] Eine große jüdische Volksreise wollen wir veranstalten, die zugleich eine Vergnügungsreise in des Wortes edelstem Sinne sein und eine Fülle landschaftlicher Schönheiten des Orients uns erschließen soll. Hiezu laden wir alle Juden und Freunde Palästinas ein. […] Gesinnungsgenossen! Wir erwarten, dass Ihr Euch an dieser Reise in unsere alte Heimat zahlreich beteiligen werdet. Keine zionistische Organisation soll es unterlassen, sich durch mindestens einen Delegierten vertreten zu lassen, jeder Verein soll durch Männer und Frauen aus seiner Mitte hören, was wir vom Heiligen Lande zu erwarten haben. Auf nach Palästina!" CZA, A119/198.

89 Auch die Wiener Kultusgemeinde beschäftigte sich schon in diesen Jahren mit der Palästina-Thematik: Nach einer Studienreise nach Palästina regte der Gemeinderabbiner Max Grunwald 1912 die Gründung einer im Kultusvorstand anzusiedelnden Palästina-Kommission an, die u. a. einen objektiven Nachrichtendienst über alle Palästina-Fragen unterhalten und die von den Gemeindemitgliedern für Palästina-Zwecke gewidmeten Beträge zentralisieren sollte. Am 1. Februar 1914 wurde die Einsetzung der Kommission schließlich vom Vorstand der Kultusgemeinde beschlossen. Die Leitung „erachtet es nicht mehr allein für ihre Pflicht, die Kultusangelegenheiten ihrer Gemeindemitglieder zu verwalten, sondern auch durch eine ständig tagende Kommission mit dem neu aufblühenden, jüdischen Leben in Palästina in Fühlung zu treten und im keimenden Bewusstsein ihrer Verantwortung dem gesamten jüdischen Volke gegenüber, alle jüdischen Entwicklungsmöglichkeiten in Palästina zu studieren." In: Die Welt, Jg. 18 (1914) Nr. 6, S. 143. Wie der Folgeausgabe der Zeitung zu entnehmen ist, wurde der Beschluss jedoch kurz darauf von Präsident Stern sistiert. Siehe auch CAHJP, A/W 378.

90 Statistik der Auswanderung nach Palästina über Wien, vom 1. Jänner bis 31. Dezember 1910. Bericht des Informationsbureaus für Palästina in Wien. In: Palästina, Jg. 8 (1911) Nr. 6, S. 162–164.

Touristen ins Land.[91] Aufschlussreich für die Beschaffenheit der frühen Alijah sind auch die übrigen sozio-ökonomischen Merkmale, die die Statistiken anführen – exemplarisch werden die Ergebnisse des Jahres 1911 wiedergegeben: 60 Prozent der Personen emigrierten im Alter zwischen 15 und 50 Jahren (24 waren unter 15 Jahre, 150 zwischen 15 und 30, 14 zwischen 30 und 40, 26 zwischen 40 und 50, 72 über 60) und wurden damit dem „produktiven Alter" zugerechnet. Die überwiegende Mehrheit der Auswanderer war männlich (243), davon waren 56 Prozent ledig, von den Verheirateten wanderten 34 mit Frau bzw. Familie aus. Beruflich setzte sich die Gruppe aus 56 Kaufleuten, 54 Handwerkern, 29 Handelsangestellten, 25 Studenten, 16 Angehörigen freier Berufe, 15 Talmudisten, 15 Landwirten und 8 Erwerbslosen zusammen. Nach ihrer Niederlassung in Palästina beabsichtigten 37 Prozent der Personen, die bisher einen Beruf ausübten, sich in der Landwirtschaft zu betätigen. Rund 25 Prozent würden auf die Chalukkah angewiesen sein werden. Zumindest leise Zweifel über die Authentizität der von den Auswanderinnen und Auswanderern getätigten Angaben können in Bezug auf die Motive der Alijah angemeldet werden: 105 Personen führten ideelle, 63 religiöse und 48 materielle Gründe an, 22 emigrierten, um Schulen zu besuchen, 12 aufgrund politischer Verfolgung und 9 folgten ihren Familien nach. Dass die Mehrheit nach eigenen Angaben allein der (zionistischen) Überzeugung wegen nach „Erez Israel" migrierte, ist vermutlich nur bedingt glaubwürdig. Eher kann davon ausgegangen werden, dass beim Großteil mehrere Beweggründe zutrafen und der Verweis auf den Idealismus in vielen Fällen der Optik dienen sollte.

158 Auswanderinnen und Auswanderer gaben Jaffa als künftigen Aufenthaltsort an, 76 Jerusalem, 33 Haifa, 20 Saffed, 12 Beirut und 13 waren bei der Wahl ihrer Destination unschlüssig. Über die Sprachkenntnisse brachte das Informationsbüro in Erfahrung, dass 123 Personen der hebräischen Sprache in Wort und Schrift mächtig waren, 107 nur Hebräisch, 137 Hebräisch und die Landessprache und 40 mehr als drei Sprachen sprechen konnten. Der Gesundheitszustand der Emigrantinnen und Emigranten wird als zufriedenstellend beschrieben. Schließlich geht aus der Kategorie Vermögensverhältnisse hervor, dass 231 Emigrantinnen und Emigranten nur über die für die Reise nötigen Mittel verfügten, 40 die Reisespesen nur teilweise decken konnten und die restlichen Personen gewisse Geldbeträge besaßen.

Interessant an der Statistik ist, dass auch erhoben wurde, ob und durch welche Quelle vorab Informationen über Palästina seitens der Auswanderinnen und Auswanderer eingeholt worden waren: 68 hatten sich durch Lektüre informiert, 57 durch Bekannte, 35 durch Verwandte, 18 aus eigener Anschauung, 17 durch verschiedene Informationsbüros und 56 Personen besaßen keine Kenntnisse über das Land. Generell konstatierten die Verfasser der Statistik große Mängel bei den Kenntnissen über die Verhältnisse in Palästina – nur so wäre erklärbar, dass die meisten Jüdinnen und Juden im Hochsommer, also zur ungünstigsten Zeit, ihre Alijah antreten würden. Beseitigt werden sollten diese Wissenslücken durch Auf-

91 Statistik der Auswanderung nach Palästina über Wien 1911. Bericht des Informationsbureaus für Palästina in Wien. In: Palästina, Jg. 9 (1912) Nr. 1, S. 27–30.

klärungsarbeit, die die Einrichtung etwa durch die Bereitstellung von Broschüren und Zeitschriften sowie durch die Veranstaltung von „Gesellschaftsreisen“ leistete.

Eine Quantifizierung der frühen Palästina-Wanderung österreichischer Jüdinnen und Juden ist aufgrund der Quellenlage nicht möglich. Genauere Aufzeichnungen zur österreichischen Alijah wurden erst nach dem Ersten Weltkrieg gemacht – Statistiken zur Aus- bzw. Einwanderung liegen sowohl vom Palästina-Amt Wien, als auch vom Wanderungsamt des österreichischen Bundeskanzleramtes, von der „Jewish Agency for Palestine“ und der britischen Mandatsverwaltung vor und beginnen zumeist mit dem Jahr 1920, also zur Zeit der Dritten Alijah.

Wie die vorangehenden Ausführungen verdeutlichen, markiert das Jahr 1882 den Beginn der modernen Palästina-Wanderung, im Zuge derer zehntausende, überwiegend osteuropäische Jüdinnen und Juden ins Land kamen. Das Streben nach Emanzipation, Angleichung und Akzeptanz war in der Diaspora den meisten Fällen erfolglos geblieben und hatte den Typus des entwurzelten Juden geschaffen, der darauf häufig mit der Hinwendung zur nationaljüdischen und/oder zionistischen Bewegung reagierte. Die frühe Auswanderung nach Palästina erfolgte keineswegs ausschließlich vor dem Hintergrund der jüdischen Erneuerungsbewegung oder wurde allein von zionistischen Idealen angetrieben, sondern resultierte vielfach aus Notsituationen, die den Verbleib in der Heimat unmöglich machten.

In jedem Fall blieb die Anzahl zionistischer und nichtzionistischer Immigrantinnen und Immigranten nach Palästina vor dem Ersten Weltkrieg, obgleich die Erste Alijah und ihre Nachfolger als Masseneinwanderungen beschrieben werden, im Gesamtblick marginal. Diese Einschätzung belegen folgende Bevölkerungsangaben für Palästina aus dem Jahr 1914: 83 Prozent Muslime standen ca. 11 Prozent Christen und nur 5 Prozent Juden gegenüber.[92] Nach Gudrun Krämer kann auch kaum von einer wirklichen Zäsur gesprochen werden, da jüdische Einwanderinnen und Einwanderer bis zu den 1920er Jahren weder in Wirtschaft und Politik, noch in Gesellschaft und Kultur erhebliche Veränderungen bewirkten (Jerusalem als Zentrum des jüdischen Lebens nahm hier eine Sonderrolle ein).[93] Einen quantitativ dramatischen Anstieg der jüdischen Zuwanderinnen und Zuwanderer verzeichnete Palästina erst ab Mitte der 1920er Jahre, die Voraussetzungen dafür waren mit der bedeutenden Balfour-Deklaration geschaffen worden, deren Wortlaut vom Mandatsdokument des Völkerbundes übernommen wurde.

92 Krämer, Geschichte Palästinas, S. 165. In diesem Jahr wurde für Palästina eine Gesamtbevölkerung von 722.000 Personen verzeichnet.

93 Ebda., S. 122.

Die Balfour-Deklaration

Als das Osmanische Reich im 19. Jahrhundert kurz vor dem Zusammenbruch zu stehen schien und sich die europäischen Mächte ihre Einflusssphären zu sichern versuchten, kristallisierte sich Palästina als deren favorisiertes Territorium heraus.[94] Auch wenn Russland, Deutschland und Frankreich jeweils bestimmte Interessen im Nahen Osten verfolgten, so war die Region speziell für die imperialen Ziele der Briten von strategischer Bedeutung: Die Sicherung der See- und Landwege nach Indien und die Verteidigung des ägyptischen Hinterlandes, das aufgrund des Suezkanals für die Handelsbeziehungen unverzichtbar war, standen im Zentrum der britischen Orientpolitik. Der Erhalt des ausgewogenen Machtgefüges verlangte während des Ersten Weltkriegs wiederholt geheime Abmachungen, die nicht selten das für die Europäer attraktive Palästina zum Inhalt hatten.

Als Reaktion auf den (fehlgeschlagenen) türkischen Angriff auf den Suezkanal versuchte der britische Hochkommissar von Ägypten, Sir Henry MacMahon, die führende Persönlichkeit der arabischen Halbinsel, Hussein, den Sharifen von Mekka, für einen Aufstand gegen die türkischen Streitkräfte zu gewinnen, während Großbritannien als Gegenleistung die nationale Unabhängigkeit der Araber unterstützen würde. Detaillierte Vereinbarungen sind dem in den Jahren 1915 bis 1916 erfolgten Briefwechsel, der unter der so genannten „MacMahon-Hussein-Korrespondenz" bekannt wurde, allerdings nicht zu entnehmen. Da weder die genauen Grenzen des zukünftigen arabischen Staates definiert wurden, noch der Name „Palästina" vorkommt, bleibt offen, ob das Land in das Gebiet zwischen Mittelmeer und Persischem Golf miteinbezogen werden sollte. Unrealisiert blieb auch das nach den beiden Unterzeichnern benannte „Sykes-Picot-Abkommen", das die Aufteilung des Osmanischen Reichs unter den alliierten Mächten vorsah: Gemäß den Bedingungen des Abkommens sollte Frankreich Syrien und den Libanon erhalten, während Palästina in eine britische und eine französische Kontrollzone geteilt und der Rest unter internationale Verwaltung gestellt werden sollte. Obwohl das Gebiet zwischen Gaza und Aquaba mit Transjordanien bis zum Golf von Persien Großbritannien zugesprochen wurde und damit der Meerzugang gesichert blieb, wurde die Vereinbarung von 1916 nicht umgesetzt und nach einer Alternative gesucht, die ein Jahr später durch die für die jüdische Geschichte entscheidende Balfour-Erklärung im November 1917 gefunden zu sein schien.

Die in Form eines Briefes des britischen Außenministers Lord Arthur Balfour (1848–1930) an den Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde in Großbritannien

94 Dies drückte sich nicht nur in der zeitweiligen lokalen Präsenz, sondern auch in Schutzerklärungen der Regierungen für bestimmte religiöse Gruppen aus: Russland für die orthodoxen Christen, Frankreich für die Katholiken und England für die Protestanten und Juden. Petry, Palästina, S. 23. Zur Balfour-Deklaration siehe allgemein Leonard Stein, The Balfour Declaration, Jerusalem-London 1983.

Lord Walter Rothschild (1868–1937) verfasste Deklaration spricht den „jüdischen zionistischen Bestrebungen" im Namen der Regierung und gebilligt vom Kabinett folgende Sympathiebekundungen zu:

> „His Majesty's Government view with favour the establishment in Palestine of a national home for the Jewish people, and will use their best endeavours to facilitate the achievement of this object, it being clearly understood that nothing shall be done which may prejudice the civil and religious rights of existing non-Jewish communities in Palestine, or the right and political status enjoyed by Jews in other country."[95]

Mit dem für die zionistische Bewegung bedeutenden Dokument anerkannte Großbritannien den Anspruch der Jüdinnen und Juden auf nationale Selbstregierung und sicherte ihnen bei der Realisierung Unterstützung zu. Die politischen Rechte in anderen Staaten sollten gleichzeitig nicht beeinträchtigt werden. Die Wortwahl der Deklaration lässt allerdings zahlreiche und vielfältige Deutungen zu. Wie Gudrun Krämer feststellt, handelt es sich um einen sorgsam abgewogenen Text, „der weitreichende Interpretationen erlaubte, ohne die britische Seite zu konkreten Maßnahmen zu verpflichten"[96]. Palästina wurde nicht als künftiger jüdischer Staat bezeichnet – geschaffen werden sollte eine „nationale Heimstätte in Palästina", wobei diese Bezeichnung besonders angesichts der fehlenden Erwähnung von territorialen Begrenzungen nichts anderes meint, als dass diese *in einem Teil* des Landes zu errichten sei. Auffallend ist außerdem die Wortwahl in Bezug auf die „nichtjüdischen Gemeinschaften", unter die man die im Land lebenden Muslime und Christen zusammenfasste, während die Juden explizit als „jüdisches Volk" genannt werden.

Zeitlich durch den Weltkrieg in eine politisch und militärisch unsichere Phase gefallen, wirkte die Veröffentlichung nicht nur für die jüdische Gemeinschaft, sondern international und selbst in Großbritannien als Überraschung. Abgesehen von der Auffassung, dass dem Kriegsverlauf innen- und außenpolitisch die größte Priorität zugemessen werden sollte, charakterisierten viele britische Politiker die Idee eines jüdischen Staates als absurd und wertlos und fürchteten eine Verschlechterung der Beziehungen zu den Arabern. Den Bestimmungen der Balfour-Erklärung folgend, sprach sich der spätere Hochkommissar Herbert Samuel (1870–1936)[97] – obwohl überzeugter Zionist – für eine behutsame Etablierung des jüdischen Staates aus, da eine arabische Benachteiligung nicht toleriert werden könne:

> „It is quite true that a great many, I might say almost all, of the British officials in Palestine are not sympathetic to a Zionist policy which would be

95 Stein, Balfour Declaration, S. 1 (Facsimile of the Balfour Declaration, 2. 11. 1917). Zur Balfour-Deklaration siehe außerdem Sachar, Israel, S. 8–115.

96 Krämer, Geschichte Palästinas, S. 179.

97 Zu Herbert Samuel siehe u. a. Sahar Huneidi, A Broken Trust. Herbert Samuel, Zionism and the Palestinians 1920–1925, London 2001.

> detrimental to the Arabs, and are not prepared to carry out with any goodwill a policy which is likely to result in a regime of coercion.“[98]

Durchsetzen konnte sich dennoch die prozionistische Seite, die mit Premierminister David Lloyd George (1863–1945) einen einflussreichen Fürsprecher gefunden hatte und dessen Politik auch große Teile der Öffentlichkeit dazu bewog, Wohlwollen oder zumindest Aufgeschlossenheit dem Zionismus gegenüber zu entwickeln. Im Hinblick auf die Hintergründe der Veröffentlichung der Balfour-Erklärung überwogen trotz allem taktische Überlegungen: Besonders aufgrund der kurz bevorstehenden Eroberung Syriens und Palästinas – anglo-ägyptische Truppen unter General Allenby rückten im November 1917 von Ägypten aus bis nach Gaza vor – bot sich die einmalige Gelegenheit, das strategisch wichtige Gebiet zu kontrollieren, ohne es förmlich zu annektieren. Eine durch die Unterstützungserklärung freundlich gesinnte jüdische Bevölkerung konnte hier nur von Vorteil sein. Gerüchte um eine ähnliche Gunstbekundung von Seiten der Deutschen sowie die Überlegung, die amerikanischen und russischen Jüdinnen und Juden in einem kritischen Kriegsjahr freundlich zu stimmen, können als weitere Faktoren genannt werden.

Durch die Initiative der Briten wurden die Voraussetzungen für einen jüdischen Staat geschaffen und das programmatische Ziel des Zionismus, „die Schaffung einer öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte in Palästina“, international anerkannt. Der ebenfalls maßgeblich auf das beharrliche Lobbying des im heutigen Weißrussland geborenen und seit 1904 in England lebenden Chemikers und Politikers Chaim Weizmann (1874–1952) zurückgehende Erfolg wurde freilich auch von der jüdischen Seite nicht geschlossen als solcher betrachtet. Standen bereits viele Jüdinnen und Juden dem Zionismus an sich ablehnend gegenüber, so musste auch der Inhalt der Balfour-Erklärung auf Gegner stoßen. Zweifel kamen auf, ob die Existenz eines jüdischen Staates in Palästina vereinbar mit der Loyalität gegenüber den Heimatländern sei. „As a result of these doubts, many Jews, patriotic citizens of the countries in which their families had lived, often for generations, regarded the Declaration, and indeed the whole Zionist Movement, with embarrassment, and sometimes with hostility.“[99] Die Problematik, die mit der Verbreitung der zionistischen Ideen zur Grundsatzfrage, ob der Zionismus nicht indirekt die Prinzipien ablehnte, auf welchen die Emanzipation der Jüdinnen und Juden basierte, geworden war, war nirgends augenfälliger als in jenem Land, in dem die Deklaration verfasst wurde: „In England, where there were no minority problems and where the Jews had since 1858 enjoyed full equality of status, there was no room for any we-and-they relationship between the Jews and their fellow-citizens. The English Jew was, or ought to be, simply an Englishman of the Jewish persuasion.“[100] Durch das Aufkommen der zionistischen Bewegung, hatte sich (nicht nur) in England ein Dilemma ergeben,

98 Herbert Samuel an Chaim Weizmann, 10. 8. 1921. Zit. in: Bernhard Wasserstein, The British in Palestine. The Mandatory Government and the Arab-Jewish Conflict 1917–1929, London 1978, S. 141.

99 Herbert Samuel zit. in: Stein, Balfour Declaration, S. 74.

100 Ebda., S. 76.

das von der Frage bestimmt war, ob man zuerst Jude oder zuerst Engländer sei. Befürchtungen, der staatsbürgerliche Status könnte durch die politische Konzeption einer „nationalen Heimstätte für das jüdische Volk" gefährdet werden, sollte durch die explizite Thematisierung in der Balfour-Erklärung, wonach das Vorhaben in Palästina die Rechte und Verhältnisse der Juden in den Ländern der Diaspora keinesfalls beeinträchtigen dürfe, entgegengewirkt werden.[101]

Kritische oder gegnerische Stimmen wurden dann auch von jenen übertönt, die die Mehrheit der Jüdinnen und Juden repräsentierten und die Deklaration als etwas Unglaubliches ansahen, das „zwanzig Jahre nur von einer Handvoll als Schwärmer angesehener Juden als Voraussetzung für die Lösung der Judenfrage proklamiert worden war: […] Die Menschheit fühlt, dass sie an den Juden wieder gutzumachen hat, und dass deshalb, wie einer der edelsten Männer der britischen Nation, Lord Cecil, sagte, das jüdische Palästina eines der bleibenden Güter der Menschheit sein kann; Symbol für diesen Willen zur Wiedergutmachung ist die Balfour-Deklaration; aus ihr wird die Wirklichkeit werden, die ihr das Judentum gibt."[102]

101 Auch Herzl versuchte die Ängste der „assimilierten" (in diesem Fall französischen) Juden als unbegründet zu widerlegen: „Nun würde allerdings die staatsbildende Bewegung, die ich vorschlage, den israelitischen Franzosen ebenso wenig schaden, wie den ‚Assimilierten' anderer Länder. Nützen würde sie ihnen im Gegenteil, nützen! […] Sie könnten sich ruhig assimilieren, weil der jetzige Antisemitismus für immer zum Stillstand gebracht wäre. Man würde es ihnen auch glauben, dass sie bis ins Innerste ihrer Seele assimiliert sind, wenn der neue Judenstaat mit seinen besseren Einrichtungen zur Wahrheit geworden ist und sie dennoch bleiben, wo sie jetzt wohnen." Herzl, Judenstaat, S. 19 f.

102 E. G. Fried, Die Balfour-Deklaration. In: Menorah, Jg. 5 (1927) Nr. 11, S. 646.

Das britische Palästina-Mandat

Nachdem die Briten Ende 1917 den Sinai und das südliche Palästina erobert hatten und kurze Zeit darauf in Jerusalem einmarschiert waren, etablierten sie eine alliierte Militärverwaltung („Occupied Enemy Territory Administration"), die in den folgenden zwei Jahren verschiedene administrative, wirtschaftliche und sicherheitspolitische Aufgaben wahrnahm. Der im Juni 1919 geschlossene Völkerbundvertrag wollte die neue völkerrechtliche Ordnung durch ein Mandatssystem[103] geregelt wissen, das die eroberten Gebiete unter die Vormundschaft „fortgeschrittener Nationen" stellte. In diesem Sinne wurde das Palästina-Mandat in der Konferenz von San Remo Großbritannien zugesprochen, wobei die genauen Aufgabenbereiche erst 1922 festgelegt wurden. Mit der Leitung der Verwaltung wurde ein dem britischen Kolonialministerium unterstehender Hochkommissar (High Commissioner) beauftragt (von 1920 bis 1925 übte Herbert Samuel das Amt aus), der von einem rein britischen Exekutivrat und einem Beratungsgremium, das sich aus jeweils zehn britischen Beamten und zehn ernannten Mitgliedern (vier Muslime, drei christliche Araber, drei Juden) zusammensetzte, unterstützt wurde. In seiner Person vereinigte der Hochkommissar die legislative und exekutive Gewalt sowie das Oberkommando über das Heer.

Im Gegensatz zum zeitgleich in Kraft getretenen französischen Mandat über Syrien war Palästina von Beginn einem Sonderstatus unterworfen, der sich aus den jüdischen Ansprüchen auf nationale Selbstverwirklichung und (nach Balfour) durch die Absicht, „eine neue Gemeinschaft wiederherzustellen (re-constitute a new community)"[104], ergeben hatte. Eine einzigartige Situation bot sich aber schon allein aufgrund der beinahe wortwörtlichen Zitierung und damit völkerrechtlichen Anerkennung der Balfour-Deklaration, wonach die Briten als Mandatare explizit dazu verpflichtet wurden, das jüdische Volk bei der Errichtung einer nationalen Heimstätte in Palästina zu unterstützen. Der Präambel des Mandatsvertrags wurde außerdem ein bedeutender Zusatz beigefügt. Es wird erklärt, dass die führenden alliierten Mächte durch die Annahme der in der Deklaration beschriebenen Politik die „historische Verknüpftheit (historical connection) des jüdischen Volkes mit Palästina"[105] anerkannt haben. Im Hinblick auf die in 28 Artikeln beschriebenen Verpflichtungen, die der Mandatsmacht und der Verwaltung auferlegt wurden,

103 Angesichts der Tatsache, dass die Bewohnerinnen und Bewohner der jeweiligen Gebiete nach dem von Woodrow Wilson deklarierten „Selbstbestimmungsrecht der Völker" die Herrschaft über ihr eigenes Territorium erlangen hätten müssen, ist das Mandatssystem als „politisches Kunstmittel" zu beschreiben, das vorrangig darauf abzielte, nicht den imperialen Interessen der Europäer entgegenzulaufen. Vgl. Luft, Heimkehr, S. 28.

104 Zit. in: Krämer, Geschichte Palästinas, S. 199.

105 Bericht über Palästina erstattet durch die britische königliche Palästina-Kommission unter dem Vorsitz von Earl Peel und auf Befehl seiner Britischen Majestät vom Staatssekretär für die Kolonien dem Britischen Parlament vorgelegt im Juli 1937, Berlin 1937, S. 38.

tritt insbesondere das Bestreben des Völkerbundrates hervor, „die bürgerlichen und religiösen Rechte aller Einwohner Palästinas, ohne Unterschied der Rasse und Religion“[106], sicherzustellen. Gleichberechtigung sollte neben den rechtlichen, wirtschaftlichen, administrativen und sprachlichen Bereichen vor allem in Bezug auf den freien Zugang zu den „Heiligen Stätten“ (Artikel 13) gewährleistet werden.

Obschon Bemühungen um eine egalitäre Behandlung der Juden und Araber in einigen Punkten erkennbar sind, wandten sich mehrere Bestimmungen ausschließlich an das jüdische Volk. Artikel 4 sah die Anerkennung einer „angemessenen jüdischen Vertretung (Jewish Agency)“ als öffentliche Körperschaft vor, die die Verwaltung Palästinas in Belangen der jüdischen Bevölkerung beraten und mit ihr zusammenarbeiten sollte. Eine solche Vertretung – im Frühjahr 1918 traf die „Zionistische Kommission“ als Repräsentation der „Zionistischen Weltorganisation“ unter Chaim Weizmann in Palästina ein und wurde später von den Briten als Sprecherin der jüdischen Gemeinschaft anerkannt – war in Bezug auf die Araber nicht vorgesehen.[107] Eine ungleiche Behandlung der beiden Bevölkerungsgruppen bedingte aber insbesondere jene Anweisung, die die Begünstigung der jüdischen Immigration zum Inhalt hatte:

> „Die Verwaltung Palästinas soll unter der Sicherung, dass die Rechte und die Lage anderer Teile der Bevölkerung nicht beeinträchtigt werden, jüdische Einwanderung unter geeigneten Bedingungen erleichtern und in Zusammenarbeit mit der in Artikel 4 erwähnten ‚Jewish Agency‘ eine geschlossene Ansiedlung von Juden auf dem Lande […] fördern.“[108]

1919, als der Völkerbundvertrag unterzeichnet wurde, und auch in den folgenden Jahren war die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung Palästinas arabisch. Einer halben Million Muslimen stand eine Minorität von rund 65.000 Jüdinnen und Juden gegenüber, eine Zahl, die sich erst mit den massiven Einwanderungsströmen der 1930er Jahre vermehrte.[109] Die Empfehlung, die jüdische Einwanderung zu erleichtern, um eine jüdische Majorität herbeizuführen und letztendlich einen jüdischen Staat errichten zu können, bedeutete, dass die nationale Selbstbestimmung der arabischen Majorität vorenthalten worden war. Der im Auftrag der britischen Palästina-Kommission veröffentlichte „Peel-Bericht“ von 1937 beschreibt die Problematik der Einwanderungsregelungen wie folgt:

> „Es [„die gewaltsame Umwandlung Palästinas in einen jüdischen Staat gegen den Willen der Araber“] würde bedeuten, dass man den Arabern die Gelegenheit, sich selbst zu regieren, verweigert hätte, dass man sie aus der türkischen Herrschaft nach einer Zwischenzeit des Kampfes in die jüdische

106 Ebda., S. 39. (Artikel 2).

107 Ebda., (Artikel 4).

108 Ebda., (Artikel 6).

109 Siehe die Bevölkerungszahlen u. a. in: Justin McCarthy, The population of Palestine. Population history and statistics of the late Ottoman period and the Mandate, New York 1990.

> Herrschaft „hinübergespielt" habe. Zwar könnte im Licht der Geschichte die jüdische Herrschaft über Palästina nicht als Fremdherrschaft im gleichen Sinn wie die türkische betrachtet werden, aber die internationale Anerkennung des Rechtes für die Juden, in ihr altes Heimatland zurückzukehren, bedeutet nicht auch die Anerkennung eines Rechtes der Juden, die darin wohnenden Araber gegen ihren Willen zu regieren."[110]

Aus dieser Einschätzung geht deutlich hervor, dass die Bestimmungen des Mandatsvertrages, den Status nichtjüdischer Bevölkerungsgruppen nicht zu verändern, nicht mehr als Bemühungen zu charakterisieren sind, die aufgrund der expliziten Bevorzugung des jüdischen Volkes nicht realisierbar waren. Die Unzufriedenheit der arabischen Bevölkerung, die sich im Zuge der wachsenden Zuwanderung der Jüdinnen und Juden noch erheblich steigern sollte, war damit vorprogrammiert. Die aus der „doppelten Verpflichtung" (der allgemeine Mandatsauftrag verpflichtete den Mandatar zur Förderung der lokalen Selbstverwaltung, hielt ihn aber auch zur Unterstützung einer jüdischen nationalen Heimstätte an) resultierende schwierige Position war selbst den Briten bewusst: Abgesehen vom Wissen um die komplizierte Lage dominierte in London die Überzeugung, dass das Empire nicht mehr vergrößert werden sollte. Der von manchen Seiten ins Spiel gebrachte Vorschlag, das Mandat an die USA „weiterzugeben", wurde jedoch nicht nur von den Amerikanern selbst, sondern auch von der zionistischen Seite zurückgewiesen – dem amerikanischen Demokratieverständnis folgend, wonach die zahlenmäßige Minderheit in der zahlenmäßigen Mehrheit aufgehen sollte, fürchtete sie, dass im Falle Palästinas den Arabern die Macht zugesprochen werden würde.[111]

So erfolgreich der Mandatsvertrag für die Zionistinnen und Zionisten insgesamt ausgegangen war – Rückschläge mussten sie dennoch verbuchen. Enttäuscht wurden sie vor allem in der Gebietsfrage, denn entgegen ihren Vorstellungen, wonach das Jüdische Nationalheim auf dem gesamten historischen Palästina errichtet werden sollte, trennte der 25. Artikel des Vertrages Transjordanien von diesem Landstrich ab. Das wichtigste Ziel, die internationale Anerkennung der Balfour-Deklaration zugunsten der Errichtung einer nationalen Heimstätte in Palästina, wurde dennoch erreicht. Das Schicksal dieser Heimstätte hing fast ausschließlich von der jüdischen Einwanderung ab, die Jahr für Jahr zunahm.

Einwanderungskategorien

Mit dem Passus, „die jüdische Einwanderung unter angemessenen Bedingungen zu erleichtern", verpflichtete der Völkerbund die Briten dazu, die Immigration der Jüdinnen und Juden zu erleichtern, aber gleichzeitig zu regulieren. Umgesetzt

110 Peel-Bericht, S. 47.

111 Tom Segev, Es war einmal ein Palästina. Juden und Araber vor der Staatsgründung Israels, München 2005, S. 133.

wurde dies durch die Anwendung des Grundsatzes der „ökonomischen Aufnahmefähigkeit“ (economic absorptive capacity), der im „Churchill-Memorandum“ der britischen Regierung (1922) offiziell verankert wurde:

> „Diese Einwanderung kann nicht so groß sein, dass sie die jeweilige wirtschaftliche Aufnahmefähigkeit des Landes zur Absorbierung neuer Ankömmlinge übersteigt. Es ist wesentlich, dass Sicherheit dafür besteht, dass die Einwanderer nicht der Gesamtheit der Bevölkerung Palästinas zur Last fallen und dass sie nicht irgendeinen Teil der vorhandenen Bevölkerung aus ihrer Arbeit verdrängt.“[112]

Die ökonomische Fassungskraft des Landes war demnach ausschlaggebend für die Anzahl der Einwanderungsgenehmigungen, die neben dem Visum die unbedingte Voraussetzung für die Immigration nach Palästina waren.

Grundsätzlich basierte die Einwanderung auf der britischen „Immigration Ordinance“ von 1920, bei deren Ausarbeitung (zumindest in gewissem Ausmaß) auch zionistische Repräsentanten beteiligt waren. Um der politischen und wirtschaftlichen Situation des Landes zu entsprechen, wurden die im Detail festgelegten Bestimmungen allerdings laufend durch Zusatzartikel (amendments) modifiziert und erweitert.

Als Einwanderin oder Einwanderer war anzusehen, wer die Absicht hatte, länger als ein Jahr im Land zu bleiben oder Arbeit anzunehmen. Das Einwanderungsgesetz unterschied vier Hauptkategorien, die wiederum in mehrere Unterkategorien geteilt wurden.[113] Kategorie A meinte im Allgemeinen Personen mit eigenem Vermögen. Inhaberinnen und Inhaber des so genannten „Kapitalisten“-Zertifikats (Kategorie A/1) waren Personen, „die ein nachweisbar eigenes, freies und zeitlich unbeschränkt verfügbares Vermögen von mindestens 1000 Pfund Sterling besitzen.“ Das Vorzeigegeld konnte bis zu 50 Prozent aus Bodenbesitz in Palästina oder Inventar für die künftige landwirtschaftliche, industrielle oder gewerbliche Betätigung bestehen. Einzig diese Art der Genehmigung unterlag keiner Begrenzung und berechtigte zur Mitnahme von Ehefrau und Kindern unter 18 Jahren. Ebenfalls in die Gruppe der vermögenden Immigrantinnen und Immigranten fielen Angehörige freier Berufe, die mindestens 500 Pfund besaßen und deren Tätigkeiten im Land benötigt wurden (A/2); Facharbeiter, die sich in Palästina selbständig machen wollten und über 250 Pfund verfügten (A/3); Rentenempfänger mit einem lebenslänglich gesicherten Einkommen (A/4), sowie Personen mit (nicht näher spezifizierten) seltenen Berufen mit einem Kapital von 500 Pfund (A/5). Personen, deren Unterhalt gesichert war, konnten mit Zertifikaten der Kategorie B einreisen. Dazu zählten Waisen unter 16 Jahren (B/1), religiöse Funktionäre (B/2) und Schüler und Studierende (B/3), die die Zulassung zu einer Unterrichtsanstalt in Palästina nachweisen konnten. Die so genannten Arbeiterzertifikate (Kategorie C), um die sich

112 Peel-Bericht, S. 337.

113 Nach Ebda.,; Peel-Bericht, S. 321–328; Palästina-Amt Wien (Hg.): Neues Palästina-Informationsbuch, Wien 1936, S. 58–63.

„Personen mit bestimmter Aussicht auf Beschäftigung in Palästina" im Alter von 18 bis 35 Jahren bewerben konnten, waren an die Absolvierung der Hachscharah, der sprachlichen und beruflichen Ausbildung zumeist in der Landwirtschaft und im Handwerk gebunden und unterlagen einem besonders strikten Quotensystem. Die Anzahl der Bewilligungen wurden in halbjährlichen Verhandlungen zwischen der „Zionistischen Exekutive"[114] (später der Jewish Agency) und der britischen Regierung und nach Konsultation der wichtigsten Arbeitgeber des Landes jeweils im April und Oktober festgelegt.[115] Nach der Genehmigung des Kontingents (Schedule) verteilte die Jewish Agency die Arbeiterzertifikate – abhängig von der jeweiligen Lage in den Ländern[116] – an die einzelnen Palästina-Ämter, wobei der Aufteilungsschlüssel für die Chaluz- und Handwerkerzertifikate vorgeschrieben wurde. Die Auswahl „geeigneter Kandidaten" erfolgte nach den auf Kongressbeschlüssen basierenden Grundsätzen durch die Palästina-Amts-Kommissionen (siehe unten). Als vierte Hauptgruppe existierte die Kategorie der „Angeforderten" (D), die sich in angeforderte Verwandte (finanziell abhängige Angehörige von dauernd Aufenthaltsberechtigten, D/1)[117] und angeforderte Arbeiter (Personen, die von palästinensischen Arbeitgebern dringend benötigt wurden, D/2) gliederten.

Die Gesuche um die Zertifikate waren jeweils bei verschiedenen Stellen einzureichen: Kategorie A bei der Britischen Passstelle, Kategorie B beim Immigration-Department der Palästina-Regierung, Kategorie C beim Palästina-Amt und Kategorie D bei der jeweils zuständigen Einwanderungsbehörde in Jaffa, Haifa oder Jerusalem und der Einwanderungsabteilung der Jewish Agency. Vom Tag der Ausstellung an hatten die Genehmigungen eine Gültigkeitsdauer von drei Monaten, die Laufzeit der Arbeiterzertifikate wurde bei der Ausgabe bekannt gegeben.

Nach Ansicht der Briten war mit den Bestimmungen des Einwanderungsgesetzes ein faires System entwickelt worden, das den Mandatsauftrag des Völker-

---

114 Die „Zionistische Exekutive" ging 1921 aus der „Zionistischen Kommission" hervor und kann als eine Art Kabinett beschrieben werden, das mit der Mandatsverwaltung kooperierte und inoffiziell als jüdische Regierung fungierte. Aus ihr ging 1929 die Jewish Agency hervor, die ihre Organe (Rat, Administrativ-Komitee und Exekutive) zu gleichen Teilen mit Zionisten und Nichtzionisten beschickte. Präsident der Jewish Agency war stets der aktuelle Präsident der „Zionistischen Organisation". Die „Zionistische Exekutive" fungierte danach als Durchführungsorgan der Kongressbeschlüsse. Vgl. Segev, Palästina, S. 213.

115 Die Einschätzung über die Lage von Industrie, Wirtschaft und Arbeit fiel von Seiten der Zionisten im Gegensatz zur Einwanderungsbehörde, die auch die arabische Arbeitslosigkeit mitberücksichtigte, freilich immer optimistischer aus. Da die Einwanderung ihres Erachtens die Wirtschaft ankurbeln und Arbeitsplätze schaffen würde, verlangten die Zionisten stets eine Erhöhung der Quote, auch wenn es keine Beschäftigungsgarantie gab.

116 Aufgrund des großen jüdischen Bevölkerungsanteils und der schwierigen wirtschaftlichen Lage wurden 1933 über 35 Prozent der Zertifikate Polen zugewiesen. Knapp 27 Prozent sind an Deutschland gegangen, nach der nationalsozialistischen Machtübernahme ist der Anteil kontinuierlich gewachsen. Vgl. Peel-Bericht, S. 327.

117 „Abhängig" war nach Definition der Immigration Ordinance eine Person, „die für ihren Unterhalt völlig und unmittelbar von einem Einwanderer oder dauernd Aufenthaltsberechtigten abhängig ist, oder dies im Falle ihrer Einwanderung in Palästina sein wird." Folgende familiäre Beziehungen waren dabei möglich: a) Ehefrau, b) Eltern oder Großeltern, c) unverheiratete, verwitwete oder geschiedene weibliche Angehörige oder d) minderjährige oder arbeitsunfähige männliche Angehörige. Vgl. Ebda., S. 323.

bundes erfüllen und die jüdische Immigration ermöglichen würde, ohne dass sich diese nachteilig auf die arabische Bevölkerung auswirken würde. Die Tragweite der Schwierigkeiten, die mit der Bestimmung über die zu erleichternde Einwanderung einerseits und mit dem Grundsatz der wirtschaftlichen Aufnahmefähigkeit, der aufgrund seiner Elastizität vielfältige Auslegungen zuließ, andererseits verbunden waren, wurde erst in den 1930er Jahren deutlich, als Palästina mit einer halben Million jüdischer Immigrantinnen und Immigranten konfrontiert wurde und sich der arabische Protest mehr und mehr manifestierte und radikalisierte. Folge des Widerstands war das Entsenden von britischen Untersuchungskommissionen, deren Empfehlungen zu einer Änderung der Immigrationsbestimmungen führten. In den meisten Fällen bedeutete die Modifizierung eine nochmalige Reduzierung der Quoten, wodurch sich das Verhältnis zwischen Briten und Zionisten beständig verschlechterte. Diese Rahmenbedingungen wirkten sich auch auf die seit Ende des Ersten Weltkrieges entstandenen Palästina-Ämter aus, deren Arbeit sich bedingt durch die geringe Anzahl an Zertifikaten äußerst schwierig gestaltete.

Das Palästina-Amt Wien

> „Im Anfang hatte das Palästina-Amt mit dem Jischuw wenig Berührung; die Juden wussten nicht, was sie mit diesem ‚neumodischen' Büro anfangen sollten. Manche dachten, es sei dazu da, um nach dem Muster anderer jüdischer Institutionen Chalukkagelder zu verteilen; andere kamen mit phantastischen Plänen wirtschaftlicher Art; andere, um gossip zu erzählen und Intrigen anzustiften. Als keiner von ihnen auf seine Rechnung kam, schrumpfte der Kreis der Klienten sehr bald zusammen. Es blieben nur wenige Einheimische, die einen Rat haben wollten, und die Touristen, die Auskunft über die ‚Sehenswürdigkeiten' erbaten. Für diese verfasste ich, um nicht immer wieder dasselbe herleiern zu müssen, im Jahre 1910 einen ‚Führer durch Palästina' und ließ ihn drucken. Er enthielt nur 20 Oktavseiten und ist ein Beweis, wie wenig damals Palästina dem jüdischen Touristen zu bieten hatte. Außer ein paar heiligen Stätten, der Bezalel-Kunstschule, sonstigen Schulen, Waisenhäusern, Hospitälern und einem Dutzend Kolonien war nichts da, was der Erwähnung wert war. Der Tätigkeitskreis des Palästina-Amtes dehnte sich erst aus, als wir eigene Siedlungen (Kinereth, Ben Schemen, Chulda) gründeten […]."[118]

Während für den Großteil der zu Beginn des 20. Jahrhunderts in Palästina ansässigen jüdischen Bevölkerung – mehrheitlich Einwanderinnen und Einwanderer, die im Zuge der Ersten und Zweiten Alijah ins Land gekommen waren – der Zweck des 1908 in Jaffa gegründeten Palästina-Amtes oben zitierter Schilderung zufolge anfangs nicht nachvollziehbar war, hatte der Verfasser der Zeilen sehr genaue Vorstellungen über die Ziele und Tätigkeiten der Einrichtung. Arthur Ruppin (1876–1943), deutscher Zionist, hatte ein Jahr zuvor eine private Studienreise nach Palästina unternommen, um sich vor Ort über die Verwirklichungsmöglichkeiten des Zionismus zu informieren, und wurde von der „Zionistischen Weltorganisation" mit der Gründung und Leitung eines Palästina-Amtes beauftragt. Vor dem Hintergrund der nach Herzls Tod zugenommenen lokalen und nationalen sowie länderübergreifenden innerzionistischen Auseinandersetzungen sollte die neue Institution zur zentralen Verwaltungs- und Koordinierungsstelle sämtlicher zionistischer Aktivitäten werden. Oberste Priorität maß Ruppin dem wirtschaftlichen Aufbau des Landes zu, wobei die landwirtschaftliche Kolonisation, genauer die Konsolidierung bereits bestehender und die Schaffung neuer Kolonien, für ihn zu diesem Zeitpunkt am bedeutendsten war.[119] Aus diesem Grund knüpfte er seine Anstellung an die Bedingung, eine für die planmäßige Ansiedlung jüdischer Kolonisten zuständige Gesellschaft zu gründen, die als „Palestine Land Develop-

118 Arthur Ruppin, Briefe, Tagebücher, Erinnerungen. Hg. v. Schlomo Krolik, Königstein 1985, S. 169.
119 Ebda., S. 236.

ment Company“ ihre Arbeit aufnahm.[120] Im Mittelpunkt der „praktischen“ Arbeit, die Ruppin im Gegensatz zum Programm der „politischen“ Zionisten propagierte, stand nach seiner Auffassung „die Stärkung des jüdischen Elements in Palästina“, die sowohl quantitativ, durch die Einwanderung zahlreicher Jüdinnen und Juden, als auch qualitativ, durch „die ökonomische, kulturelle, nationale und politische Befestigung“ Palästinas erfolgen sollte. Insbesondere für die Erreichung der quantitativen Stärkung, also für die Vorbereitung und Realisierung der Alijah, sollten in mehreren Städten Zweigstellen des Palästina-Amtes errichtet werden. Die im November 1918 entstandene Wiener Niederlassung war die erste ihrer Art und wirkte beispielgebend für weitere, in der Zwischenkriegszeit gegründete Büros vor allem in Mitteleuropa.

Gründung und erste Jahre

Die maßgeblich von drei „altgedienten Wiener Zionisten“ – Adolf Böhm[121], Emil Stein und Egon Zweig – initiierte Gründung des Wiener Palästina-Amtes[122] hatte mit dem bis Kriegsbeginn existierenden „Palästina-Informationsbüro für jüdische

120 Zu ihren Aufgaben zählten u. a.: Erwerb, Erschließung und Parzellierung von Grundstücken, Anlage und Pflege landwirtschaftlicher Kulturen, systematische Ausbildung und Sesshaftmachung jüdischer Landarbeiter u.Ä. Vgl. Gaisbauer, Davidstern, S. 244.

121 Gemeinsam mit Eugen Hoeflich, Robert Weltsch und anderen Zionisten gründete Adolf Böhm im selben Jahr die Wiener Gruppe der „Olej Zion“, ein „Zusammenschluss einiger jüdischer Leute, die willens sind, nach Palästina zu gehen, und ihr ganzes geistiges und körperliches Vermögen für ein Palästina einzusetzen, das auf der Grundlage der sozialen Gerechtigkeit aufgebaut ist.“ Der Journalist und Literat Eugen Hoeflich (später Mosche Ya'akov Ben-Gavriêl) nahm mit seiner Version des Kulturzionismus, dem „Panasiatismus“, innerhalb der zionistischen Bewegung eine Außenseiterrolle ein. Nach seinen Vorstellungen sollte das jüdische Palästina auf dem Prinzip der sozialen Gerechtigkeit fußen und eine friedliche Kooperation mit den Arabern erreicht werden. Während des Ersten Weltkrieges hatte er als k.u.k. Soldat in Palästina gedient, eingewandert ist er 1927. Vgl. Eugen Hoeflich, Tagebücher 1915–1927. Hg. v. Armin A. Wallas, Wien-Köln-Weimar 1999, S. 569–597, Zitat S. 42.

122 Auskunft über die Entstehung des Palästina-Amtes („Misras Erez Israeli“) Wien gibt in erster Linie ein 1936 von selbiger Einrichtung herausgegebenes „Neues Palästina-Informationsbuch“, das als Orientierungshilfe für künftige Palästina-Emigrantinnen und -Emigranten und Interessierte dienen sollte, über wesentliche mit der Einwanderung verbundene Fragen informiert, aber auch die Geschichte der österreichischen Zweigstelle skizziert. Palästina-Amt Wien (Hg.), Neues Palästina-Informationsbuch, Wien 1936. Siehe außerdem: Victoria Kumar, Das Palästina-Amt Wien. In: transversal. Zeitschrift für Jüdische Studien (14. Jahrgang 2/2013) S. 125–144; Palästina-Amt Wien an Joshua Gordon, Alijah-Inspektor der Zionistischen Exekutive, 11. 1. 1924. CZA, A 106/15. Im Folgenden zitiert als: Bericht des Palästina-Amts. Siehe außerdem: Gabriele Anderl/Angelika Jensen, Zionistische Auswanderung nach Palästina vor 1938. In: Traude Horvath/Gerda Neyer (Hg.), Auswanderungen aus Österreich. Von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart, Wien 1996, S. 199–204; Gabriele Anderl, Generationenkonflikte. Die zionistische Auswanderung aus Österreich nach Palästina in der Zwischenkriegszeit. In: Frank Stern/Barbara Eichinger (Hg.), Wien und die jüdische Erfahrung 1900–1938. Akkulturation – Antisemitismus – Zionismus, Wien-Köln-Weimar 2009, S. 72–78.

Emigranten“[123] (Wien IX., Türkenstraße 9) einen Anknüpfungspunkt, ging jedoch primär auf praktische Überlegungen zurück: Ausschlaggebend für die Wahl des Standortes war die geographisch günstige Lage Wiens, die der Stadt durch die Nähe zum Triester Hafen zukam, über welchen der Personen- und Güterverkehr zwischen Europa und Palästina lange Zeit fast zur Gänze abgewickelt wurde. Als unmittelbaren Anlass nennt die Broschüre schließlich die Notlage zahlreicher jüdischer Soldaten, die nach dem Krieg nach Wien zurückgekehrt waren. Auch für die Vielzahl jüdischer Flüchtlinge aus den östlichen Gebieten der ehemaligen Monarchie fungierte das Palästina-Amt als Anlaufstelle. Wenngleich sich das Büro auch um die Versorgung von Flüchtlingen, Kranken und Bedürftigen kümmerte – die Fürsorge war anfangs der einzige Bereich, bei dem eine Verbindung zur Israelitischen Kultusgemeinde bestand – und zum Teil auch für die dadurch entstandenen Kosten aufkam, lag das Hauptaugenmerk gewiss auf der Organisation der Binnenwanderung, der Emigration nach Übersee und vor allem nach Palästina.[124] Eine andere Einrichtung, die als Folge der gestiegenen Auswanderungstendenzen in den Nachkriegsjahren in Wien gegründet wurde, war die „Österreichische Auskunftsstelle für Auswanderer“, die dem „Wanderungsamt“, einer Abteilung des Bundeskanzleramtes, unterstellt war. Nachdem die Kompetenz in Wanderungsangelegenheiten 1920 zur Bundessache erklärt worden war, war das Bundeskanzleramt als einzige Instanz für sämtliche mit der Ein- und Auswanderung zusammenhängende Fragen zuständig.[125]

Formell-juristisch der österreichischen Landesstelle des „Jüdischen Nationalfonds“ („Keren Kajemeth Lejisrael“, KKL) unterstellt[126], teilte sich das Palästina-Amt auch die Räumlichkeiten mit dem KKL, zunächst in der Zirkusgasse 33 im 2. Bezirk, ab Herbst 1920 am Bauernmarkt 24 im 1. Bezirk.[127] Zwar wurde die zionistische Leitung mit dem Sitz in London anerkannt, das Selbstverständnis der Einrichtung war allerdings ein „allzionistisches“, weshalb die Gründung des Amtes mit der Bildung einer aus Vertretern aller Gruppierungen bestehenden „Palästina-Amts-Kommission“ einherging, die als Kontrollinstanz wirken und einer möglichen

123 Über die Vorläuferorganisation des Palästina-Amtes sind äußerst wenige Informationen erhalten. Aus den unregelmäßig in der Zeitschrift „Palästina“ publizierten „Mitteilungen des Palästina-Informationsbüros in Wien“ geht lediglich hervor, dass das Büro Palästina-Wanderinnen und -Wanderer bei der Vorbereitung und Durchführung ihrer Reise unterstützte und beriet. Mindestens einmal jährlich wurde außerdem eine Gesellschaftsreise nach Palästina organisiert. Ein Inserat dazu z. B. in: Palästina, Jg. 9 (1912) Nr. 2, S. 55 f.

124 In wenigen Fällen kümmerte sich das Palästina-Amt auch um Reisende aus Palästina nach Europa, indem etwa Darlehen für die Finanzierung der Weiterreise gewährt oder eine Unterkunft zur Verfügung gestellt wurde.

125 ÖSta, AdR/BKA/WA 2236/338 u. 339.

126 Der Vermerk in den Statuten des von den Behörden anerkannten Vereines KKL über das Recht, ein besonderes Büro (Palästina-Amt) zu erhalten, war von großer Bedeutung, da er die einzige dem Vereinsgesetz entsprechende Grundlage für das Büro bildete und dadurch die Namensführung „Palästina-Amt“ erst möglich geworden war. Die Bezeichnung „Amt“ konnte im Grunde nur staatlichen oder kommunalen Stellen zukommen.

127 An Wochentagen war das Palästina-Amt von 8.30 bis 13.00 Uhr und von 15.00 bis 16.00 Uhr, an Sonntagen und christlichen Feiertagen von 9.00 bis 13.00 Uhr geöffnet. An Samstagen und jüdischen Feiertagen blieb es geschlossen.

Beherrschung durch eine spezifische Fraktion von Beginn an entgegenwirken sollte.[128] Im Sinne der Beschlüsse des Zionistenkongresses setzte sich die Kommission aus vier Vertretern der so genannten bürgerlichen Gruppen (davon wurden drei vom „Zionistischen Landeskomitee für Österreich“ und einer von den religiösen Zionisten „Misrachi“[129] gestellt), drei Delegierten der zionistischen Arbeiterverbände (je einer von der „Hitachduth“, „Poale-Zion“[130] und „Zeirei-Zion“[131]) und einem Repräsentanten der chaluzischen Organisation zusammen. Der Leiter des Palästina-Amts fungierte als 9. Mitglied und als Vorsitzender der Kommission, aus deren Mitte ein fünfköpfiges Präsidium gewählt wurde. Während das aus je zwei Vertretern der „rechten“ und „linken“ Parteien und dem Leiter bestehende Präsidium wöchentlich zusammentraf und laufende Angelegenheiten des Palästina-Amts besprach, versammelte sich die Kommission nur einmal im Monat und behandelte allgemeine Fragen der Alijah.[132]

Auch wenn teilweise auf das Budget des sich durch Mitgliedsbeiträge und Verlagsgeschäfte finanzierenden KKL zugegriffen werden konnte, war das Palästina-Amt von Beginn an auf andere Einnahmequellen angewiesen. Neben Veranstaltungen und Spendensammlungen war beispielsweise eine entgeltliche fachmännische Beratung für Kaufleute und Industrielle geplant. Zur Unterstützung der mittellosen Auswanderinnen und Auswanderer und zur Erhaltung des Wohlfahrtsbetriebes wurde ein eigenes „Fürsorgekomitee für Palästina-Emigranten“[133] gegründet, das Geld- und Naturalleistungen von der amerikanisch-jüdischen Hilfsorganisation „Joint“ („American Jewish Joint Distribution Committee“) bezog und daneben unter der jüdischen Bevölkerung Wiens sammelte. Subventionen seitens der „Zionistischen Exekutive“ wurden dem Büro erst 1921 zugesprochen: Nach internen Diskussionen und Meinungsverschiedenheiten – das Kopenhagener Büro der „Zionistischen Organisation“ sprach sich bereits 1919 gegen eine finanzielle Unterstützung des Palästina-Amts aus und begründete seine Ablehnung mit dem begrenzten Budget und der noch ungeregelten Organisation der Palästina-Wanderung[134] –

---

128 Da Palästina „heute keine Parteisache mehr ist, sondern eine Angelegenheit des ganzen Volkes“, sollte – wie es an anderer Stelle heißt – „allen gutwilligen jüdischen Kreisen die Möglichkeit zur Mitarbeit“ in der Kommission und letztlich am Aufbau des Landes erschlossen werden. Vgl. Emil Stein, Auf dem Weg nach Palästina. Bericht über die Aufgaben und Arbeiten des Wiener Palästinaamtes in der Generalversammlung des Vereines „Keren Kajemeth Lejisrael Wien“ am 25. März 1919. CAHJP, A/W 2865, S. 3.

129 Abkürzung für „Merchas Rukani“, hebr.: geistiges Zentrum.

130 Hebr.: Arbeiter Zions.

131 Hebr.: Die Jungen Zions.

132 Bericht des Palästina-Amts, S. 4.

133 Unter dem gleichen Sitz entstand später auch ein allgemeines „Fürsorgekomitee für jüdische Emigranten“, das sich unter dem Vorsitz des Oberrabbiners Zwi Perez Chajes (1876–1927) um die nicht nach Palästina Strebenden und die physisch, ideell oder politisch „ungeeigneten“ Wanderinnen und Wanderer kümmerte und die Rückreise in den Osten oder Weiterreise nach Westeuropa, Nord- und Südamerika organisierte.

134 „[…] It is clear that if you begin to subvention the Vienna office, all other Palestine offices, who can claim for themselves the same privilege which Vienna demands, will express a similar wish. As I presume that you are not in a position to subvention all these Palestine offices, I should suggest that you write to the people in Vienna that you cannot subvention the Palestine office before the

bewilligte der Secretary of Immigration mit Rücksicht auf die Bedeutung, die der Wiener Zweigstelle auch durch ihre Funktion als Zwischenstation für osteuropäische Emigrantinnen und Emigranten auf dem Weg nach Palästina zukam, ab März eine regelmäßige Zuwendung. Diese beschränkte sich allerdings auf ein Minimum und durfte ausschließlich für „zentrale Aufgaben der Alijah" und weder für lokale Immigrationsangelegenheiten noch für andere lokale zionistische Arbeit verwendet werden.[135]

Waren im April 1921 insgesamt 21 Personen im Palästina-Amt Wien beschäftigt – darunter allein sechs Sekretärinnen, drei Buchhalter und eine eigene Ärzteschaft – so führte der Rückgang an polnischen Flüchtlingen, die Entstehung weiterer Zweigstellen in anderen Ländern und der damit einhergehende Bedeutungsverlust des Wiener Büros zu einem drastischen Mitarbeiterabbau, sodass im Jänner 1924 nur mehr vier Personen eine fixe Anstellung hatten: der Leiter (zu diesem Zeitpunkt Dr. Nahum Blauer), ein Passreferent, eine Stenotypistin und ein Bürogehilfe. Der für den Parteienverkehr in Pass- und Visaangelegenheiten zuständige Passreferent registrierte und informierte die Auswanderungsinteressenten, verteilte Visa und Schiffskarten und erstellte Statistiken über die Wanderung via Wien.

Die Organisation und Durchführung der Alijah

Im Hinblick auf die mit der Organisation der Alijah verbundenen Aktivitäten des Palästina-Amts wird im „Palästina-Informationsbuch" auf drei, sich teilweise überschneidende Bereiche – Vorbereitung, Wanderung und Abwehr – verwiesen: Unter „Abwehr" war der Kampf gegen die Einflussnahme der unterschiedlichen zionistischen Fraktionen zu verstehen. Die beiden anderen Arbeitsgebiete brachten vielfältige Aufgaben mit sich: Die Vorbereitung konzentrierte sich in den ersten Monaten des Bestehens auf die Kontaktaufnahme mit den relevanten Konsulaten und die Einholung der erforderlichen behördlichen Genehmigungen, etwa der Bescheinigung der Polizeidirektion, wonach das Büro als die zur Durchführung der jüdischen Wanderung aus Österreich und der Durchwanderung durch Österreich nach Palästina berufene Stelle war[136] und die von ihm ausgestellten Identitätsbestätigungen als gültige Dokumente anerkannt wurden. In der Anfangsphase galt es außerdem, zahlreiche mit der Beförderung verbundene Fragen zu klären. Da die Routen zum Teil überhaupt erst erschlossen werden mussten und es mit dem Zustand der Transportmittel nach dem Krieg nicht zum Besten stand, waren langwierige Verhandlungen mit den österreichischen und italienischen Bahnen und der Reederei „Lloyd Triestino" notwendig. Zur Organisation des Personen- und

organisation of the emigration has got a firm shape." Zionist Organisation, Copenhagen Office to Zionist Organisation, London, 27. 6. 1919. CZA, Z4/41547, S. 40.

135 Zionistische Exekutive an Palästina-Amt Wien, 17. 3. 1921. CZA, Z4/40393, S. 271.

136 Das Palästinabüro der orthodoxen „Agudat Israel", das bestrebt war, dem Palästina-Amt gleichgestellt zu werden, existierte nur für kurze Zeit.

Warentransportes nach und von Palästina regte das Palästina-Amt die Gründung der „Maawirim Jüdisch-Palästinensischen Reise- und Transportgesellschaft m. b. H." an, die 1919 an ihrem Hauptsitz in Wien ihre Geschäfte aufnahm und in der Folge Filialen in den wichtigsten Ausgangsländern und -häfen errichtete.[137] Ebenfalls auf Betreiben des Amtes entstand die „Palästina-Handelsgesellschaft", die sich in erster Linie um die Einfuhr von dringend für den Aufbau des Landes benötigten Waren kümmerte, jedoch – ähnlich wie mehrere andere zu dieser Zeit im Umfeld des Palästina-Amts entstandenen Vereine und Organisationen – nur wenige Jahre existierte.[138]

Die intensivierten Beziehungen zur britischen Gesandtschaft in Wien sowie zu Repräsentanten der Mandatsverwaltung führten 1920 zur Zusicherung des damaligen British High Commissioner Lindley, dass in Angelegenheiten der jüdischen Auswanderung nur mit dem Palästina-Amt verkehrt werden würde, sowie zur Errichtung einer Passstelle unter der Leitung eines „British Passport Control Officers", mit welchem die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Palästina-Amtes eng zusammenarbeiteten und der in vielen Fällen zugunsten des Amtes intervenierte. So befürwortete der zuständige Beamte beispielsweise die von den Briten bereits gestattete Einräumung des Rückkehrrechts für durch den Krieg aus Palästina vertriebene Jüdinnen und Juden.[139] Der erste vom Palästina-Amt organisierte Transport umfasste 90 Rückwanderer und ging am 19. August 1919 über Triest ab. Der Versuch der Zionisten, die prinzipielle Anerkennung der Palästina-Emigrantinnen und -Emigranten als „Heimkehrer" durchzusetzen, blieb hingegen erfolglos.

Da die damalige Militäradministration zunächst überhaupt jegliche Neueinwanderung nach Palästina verboten hatte, beschränkte sich die tatsächliche Vorbereitung der Emigration vorläufig auf die Registrierung der Auswanderungsinteressentinnen und -interessenten. Die an die Bewerberinnen und Bewerber ausgegebenen Fragebögen holten personenbezogene Informationen, Details zur beruflichen und sprachlichen Qualifikation und zum Vermögen ein und enthielten den Vermerk, „dass das Palästina-Amt durch Einbehalten [des Dokuments] noch keine Verpflichtung dafür übernimmt, dass […] die Emigration nach Palästina und die Ansiedlung dortselbst ermöglicht wird."[140] Der Stand der Anmeldungen, eine Beschreibung der Kandidatinnen und Kandidaten und deren voraussichtliches Emigrationsdatum wurden allwöchentlich an die zionistischen Büros in Palästina und London sowie an das Emigrationsbüro in Triest weitergeleitet. Zu Beginn des Jahres 1919

137 Finanzielle Schwierigkeiten führten nach wenigen Jahren zur Übernahme der Gesellschaft durch nichtzionistische Investoren, wodurch die Firma für die Palästina-Wanderung an Bedeutung verlor.

138 Palästina-Informationsbuch, S. 17 f.

139 In einem Schreiben vom 27. Jänner 1920 an das Palästina-Amt sprach sich der British Passport Control Officer A. J. Sington wie folgt aus: „In view of the extremely difficult position of Jews in Vienna, I have already advocated: 1. That all genuine Palestinians recommended by you should be allowed to return to Palestine as soon as possible except in as far as local conditions may restrict them. 2. That a genuine Palestinian Jew, certified as such by you, should be allowed to return to Palestine whatever sort of a passport he may be in possession of. 3. That Jews certified by you as Palestinians and who have no passports, should be allowed to proceed on one general pass, available only for the single journey to Palestine." CZA, Z4/40367, S. 66.

140 CZA, A106/15.

waren insgesamt 8.956 Personen (4.634 Männer und 4.203 Frauen) vorgemerkt; berufliche Angaben wurden nicht durchgängig gemacht, vermitteln aber zumindest einen Einblick in die Zusammensetzung der Bewerberinnen und Bewerber: Die in der Landwirtschaft Tätigen setzten sich aus 140 Familien und 158 Ledigen zusammen, die Handwerker aus 60 und 80, jene in den freien Berufen aus 430 und 503, Kaufleute und Industrielle aus 921 Familien und 209 Ledigen. Hinzu kamen 256 Schülerinnen und Schüler.[141] Nach einem temporären Rückgang, der auf die Beruhigung der politischen Lage in Österreich und der Nachbarländer und auf die Wiederaufnahme der Erwerbstätigkeit zahlreicher Jüdinnen und Juden zurückzuführen war, war die Anzahl der Interessentinnen und Interessenten bis Ende 1920 auf rund 15.000 angewachsen. Die Auswertung der für die Anmeldung ausgegebenen Fragebögen ergab, dass sich 90 Prozent der erfassten Personen als vermögenslos bekannten und die Hälfte in Palästina einen Beruf in der Landwirtschaft anstrebte. Mehrheitlich handelte es sich um Jugendliche, die sich noch nicht ins Wirtschaftsleben zu reintegrieren vermochten. Nichtjüdinnen und -juden, die sich angesichts der kriegsbedingten Notlage ebenfalls um eine Auswanderung bewarben, „bisweilen gar mit dem Anbot der Hebräisierung, ja des Übertrittes zur jüdischen Religion", wurden „natürlich" abgelehnt.[142]

Eine der wichtigsten Aufgaben der Vorbereitung war die entsprechende Beratung der künftigen Emigrantinnen und Emigranten, für die das Palästina-Amt und die von ihm herausgegebenen Publikationen häufig den einzigen Zugang zu Informationen über die Aus- und Einwanderung darstellten. Zu Beginn der 1920er Jahre war es jedoch selbst für das Büro, das zumindest in gewissem Kontakt mit der zionistischen Leitung sowohl in Europa als auch in Palästina und mit anderen zionistischen Organisationen stand, ein schwieriges Unterfangen, zu gesicherten Daten und Berichten über die politische und ökonomische Lage des Landes zu gelangen. Informationen über wirtschaftliche Möglichkeiten, potenzielle Handelsbeziehungen und die Errichtung von Industrien wurden direkt vom Handels- und Industriedepartment in Jerusalem eingeholt oder stammten aus entsprechenden Mitteilungen der palästinensischen Presse (z. B. aus dem Bulletin „Palnews"). Ein reger Informations- und Gedankenaustausch bestand mit den übrigen europäischen Palästina-Ämtern und jüdischen Emigrationsbüros (vor allem jenen in Warschau, Prag und Triest). Die publizistische Tätigkeit des Amtes blieb in den ersten Jahren überschaubar und begrenzte sich auf einige wenige Broschüren (z. B. „Goldhammers Palästinabibliographie", ein von Leo Goldhammer zusammengestellter Überblick über die wichtigsten Werke über Palästina oder die bereits zitierten Ausführungen Emil Steins, der in „Auf dem Wege nach Palästina" die zionistischen Aufgaben skizziert) und Zeitschriften, etwa die zuerst von David Trietsch und danach von Adolf Böhm editierte Publikation „Palästina"[143], in welcher für die zionistische Idee

141 Stein, Palästina, S. 19 f.

142 Palästina-Informationsbuch, S. 11.

143 „Palästina" erschien zwischen 1902 und 1938 im Abstand von zwei Monaten. Zwischenzeitlich kam die Zeitschrift unter den Namen „Altneuland" und „Volk und Land" heraus und wurde von wechselnden Verlagen verlegt. Vollständig bibliothekarisch erfasst ist sie auf http://www.compactmemory.de abrufbar.

geworben wurde und potentielle Einwanderinnen und Einwanderer zur Übersiedelung nach Palästina ermutigt wurden. Neben der Schaffung einer populären und wissenschaftlichen Palästinaliteratur und der Vermittlung von Informationen an einschlägige Zeitungen sollten Kenntnisse über das Zielland außerdem durch verschiedene Veranstaltungen, darunter Diskussionen, Kurse und Lichtbildvorträge verbreitet und dadurch auch der Kontakt zur jüdischen Bevölkerung hergestellt und aufrechterhalten werden.[144]

Im Zuge der Aufklärungstätigkeit wurde nachdrücklich auf die Gefahren einer überstürzten Auswanderung nach Palästina hingewiesen, mit der „weder der Sache, noch dem Einzelnen" gedient gewesen wäre: „Dem Einzelindividuum nicht, weil er einer ganz ungewissen Zukunft entgegengeht, weil, wie die Erfahrung zeigt, die Reise heute noch persönliche Gefahren in sich birgt und in Palästina derzeit weder Unterkunft, noch Ernährung, noch Arbeitsmöglichkeit sichergestellt sind. Der Sache wird gewiss nichts genützt, denn der Aufbau Palästinas kann und muss zwar beschleunigt werden, er muss aber planmäßig und systematisch erfolgen", heißt es in der Informationsbroschüre des Palästina-Amts.[145] Allen Warnungen zum Trotz brachen einige junge Zionistinnen und Zionisten nach Kriegsende dennoch auf eigene Verantwortung nach Palästina auf – infolge mangelnder Vorbereitung und fehlender Papiere scheiterte der Großteil: Sie wurden in Italien festgehalten, saßen Schwindlern auf oder gelangten erst nach einer wochenlangen Odyssee ins Zielland.

Hatten sich die Aktivitäten des Palästina-Amtes bei der Organisation der Alijah die ersten Monate nach seiner Gründung im Wesentlichen auf die Aufnahme und Pflege von diplomatischen und inner- und außerzionistischen Beziehungen sowie auf die Evidenzhaltung und Unterstützung der auswanderungswilligen Jüdinnen und Juden beschränkt, so führten mehrere Ereignisse des Jahres 1920 zu einem Wandel, durch den sich die Palästina-Wanderung konkretisierte und sich der Aufgabenkreis vergrößerte. Der Tod des Gründers des Jugendverbandes „Hechaluz", Joseph Trumpeldor (1880–1920), der am 1. März im Kampf gegen die Araber in Tel Chai gefallen war, und schließlich die kurze Zeit später im Zuge der Unruhen anlässlich des Nabi-Musa-Festes[146] in Jerusalem erfolgte Verhaftung des Zionisten Vladimir Jabotinsky (1880–1940), motivierte zahlreiche Chaluzim zum sofortigen Aufbruch nach Palästina, um die bereits ansässigen Juden bei den Gefechten zu unterstützen. Folgenreich waren insbesondere die Ergebnisse der Konferenz von San Remo, in der der Völkerbund das Palästina-Mandat Großbritannien zugesprochen hatte. Das Wiener Palästina-Amt reagierte darauf mit der Veröffentlichung eines „Provisorischen Regulativs", das, wie aus der Informationsbroschüre hervorgeht, die bisherigen Erfahrungen und Maßnahmen in allen Fragen der Emigration zusammenfasste und den Versuch darstellte, die praktischen Alijah-Fragen einheitlich zu regeln. Richtungsweisend für die anderen Palästina-Ämter in Zentral- und

144 Eindrücke von Palästina lieferten etwa auch die Beschreibungen der Literaten und Politiker Eugen Hoeflich und Wolfgang von Weisl: Eugen Hoeflich, Der Weg in das Land. Palästinensische Aufzeichnungen, Wien-Berlin 1918; Wolfgang von Weisl, Der Kampf um das Heilige Land. Palästina von heute, Berlin 1925.

145 Stein, Palästina, S. 21 f.

146 Muslimisches Fest zu Ehren des Propheten Mose

Osteuropa wirkte das Regulativ nach eigenen Angaben speziell bei der Vorgehensweise der Auswahl von Kandidatinnen und Kandidaten, die sich für die Alijah „in beruflicher, sanitärer und moralischer Hinsicht“ eignen würden.[147] Angesichts der großen Anzahl an für die Alijah vorgemerkten Personen und den zunehmenden Versorgungsschwierigkeiten appellierte die Leitung des Palästina-Amtes wiederholt an den britischen Gesandten Lindley, sich an das Foreign Office zu wenden und die Zulassung der jüdischen Einwanderung nach Palästina zu befürworten – eine Bitte, der er am 26. Mai 1920 nachkam:

> „I venture once more to emphasise the fact that the Zionist organisation here, which is regarded as being a trustworthy body, is frequently pressing me to endeavour to secure a removal of the restrictions on emigration to Palestine, which weigh heavily on the poorer members of the Zionist community. It occurs to me that as Great Britain has now assumed the mandate for Palestine it might be possible henceforward to draw a distinction between Zionist Jews and other former enemy subjects […]“.[148]

Nur wenige Wochen später folgte schließlich auf die im Juli in London stattgefundene Jahreskonferenz der Zionisten, in deren Rahmen grundlegende Bestimmungen der Alijah und die Gründung einer Einwanderungszentrale in Palästina beschlossen wurden, die grundsätzliche Bewilligung der jüdischen Immigration von Seiten der Zivilverwaltung unter Hochkommissar Herbert Samuel. Obschon die Immigrationsmöglichkeiten tatsächlich noch sehr eingeengt blieben, wurde das Palästina-Amt mit einer deutlich gestiegenen Anzahl an Auswanderinnen und Auswanderern konfrontiert, die aber weniger mit den veränderten Einwanderungsbedingungen, sondern in erster Linie mit dem Angriff der Sowjetrepublik auf Polen im Frühjahr 1920 zusammenhingen. Durch den Zustrom polnischer Flüchtlinge mussten plötzlich durchschnittlich 1.200 Personen beraten, versorgt und mit Pässen und Visa ausgestattet werden. Hinzu kamen zahlreiche Durchwanderer, die ihre Papiere bereits anderswo besorgt hatten, aber dennoch erfasst und weiterbefördert werden mussten. Wie Gabriele Anderl festhält, spiegelten die jeweiligen Zahlen der sich ans Palästina-Amt wendenden Durchwanderinnen und Durchwanderer die politischen Entwicklungen der osteuropäischen Staaten wider: Neben dem polnisch-sowjetischen Krieg wirkten sich auch die antisemitischen Pogrome in Ungarn und in der Ukraine zu Beginn der 1920er Jahre, in deren Folge eine Vielzahl an Jüdinnen und Juden nach Palästina emigrieren wollten, auf das Wiener Büro aus.[149]

Eine der wichtigsten Aufgaben des Palästina-Amtes war die Verteilung der Zertifikate[150]. Sobald das Büro über Einwanderungsgenehmigungen verfügte, lud die

147 Palästina-Informationsbuch, S. 12 f.

148 Lindley an Foreign Office, 19. 5. 1920. TNA, FO 371/5183, E 5256/476/44.

149 Anderl, Generationenkonflikte, S. 75.

150 Im Wesentlichen ging es dabei um die Arbeiterzertifikate (Kategorie C); die Genehmigungen anderer Kategorien wurden grundsätzlich von anderen Stellen (Kategorie A bei der Britischen Passstelle, B bei der Einwanderungsabteilung der Palästina-Regierung und D bei den zuständigen Einwanderungsbehörden in Jaffa, Haifa und Jerusalem) ausgestellt.

„Machlakath-Awodah“[151], die neben der Zertifikatszuteilung auch für die Berufsberatung zuständig war, die vorgemerkten Personen vor und überprüfte deren Qualifikation anhand den von der Immigrationszentrale vorgeschriebenen Gesichtspunkten. Der Fragebogen, den die Kandidatinnen und Kandidaten auszufüllen hatten, erhob neben persönlichen Daten auch genaue Informationen zur beruflichen und sprachlichen Ausbildung, zu Besitz und Vermögen und zu Mitgliedschaften und Engagement in zionistischen Organisationen.

Noch vor dem Auswahlverfahren erfolgte eine umfassende ärztliche Untersuchung durch einen „Vertrauensarzt“, der den allgemeinen Gesundheitszustand der Bewerberinnen und Bewerber untersuchte. Zu den allgemeinen Kriterien, die jede Auswanderin und jeder Auswanderer erfüllen sollte, zählten unter anderem die einwandfreie körperliche Verfassung, die geistige Einstellung und die fachliche Ausbildung. Als höher qualifiziert galten etwa Personen, die in einem für die Entwicklung des jüdischen Palästina besonders relevanten Beruf (vor allem im Handwerk) tätig oder vermögend waren. Bei Personen, die über ein gewisses Kapital verfügten, wurde angenommen, dass diese leichter einen produktiven Erwerb finden und daneben noch anderen Immigrantinnen und Immigranten oder bereits ansässigen Jüdinnen und Juden Arbeitsmöglichkeiten verschaffen könnten. Bei gleichen Voraussetzungen wurden jene Anwärterinnen und Anwärter bevorzugt, die bereits Verwandte oder Bekannte in Palästina hatten, die die Neueinwanderer in irgendeiner Form unterstützen konnten. Familien wurden dann favorisiert, wenn alle Familienmitglieder erwerbsfähig waren. Die ausgewählten Kandidatinnen und Kandidaten wurden dem Präsidium zur Bestätigung vorgeschlagen, nach dessen Zustimmung galt die betreffende Person als zur Alijah bestätigt, sodass mit der Organisation der Abreise begonnen werden konnte.

Angesichts der beständig geringen Anzahl an Zertifikaten, die die zionistische Vertretung in Palästina nach Bewilligung der Mandatsregierung an die Palästina-Ämter ausgeben konnte, legte die „Zionistische Exekutive“ größten Wert auf ein besonders strenges Auswahlverfahren. Im Begleitschreiben zu den rund 100 Einwanderungserlaubnissen, die der Wiener Zweigstelle von den insgesamt 1.000 im März ausgegebenen Kategorie-A-Zertifikaten zugeteilt wurden, hieß es:

> „Wir möchten Ihnen wiederum dringend nahe legen, bei der Verteilung der Zertifikate mit der größtmöglichen Umsicht vorzugehen. Die Erteilung eines solchen Zertifikates an einen Emigranten, wo tausend andere noch länger darauf warten müssen, ist ein Privileg, das nur den physisch und geistig Geeigneten gewährt werden soll. Dies ist von grundlegender Bedeutung für den gesamten Fortgang unserer Arbeit in Palästina, denn nur wenn die ersten Einwanderer imstande sind, die Bedingungen für die produktive Beschäftigung der später Kommenden zu schaffen, kann ein kontinuierlicher und allmählich wachsender Strom der Einwanderung in Gange erhalten werden.“[152]

151 Hebr.: Abteilung für Arbeit.

152 Secretary for Immigration an das Palästina-Amt Wien, 20. 3. 1921. CZA, Z4/40368, S. 138.

Die nicht unbeträchtliche Anzahl an Immigrantinnen und Immigranten, die in Palästina nicht Fuß fassen konnte und im Laufe der 1920er Jahre wieder nach Österreich zurückkehrte, führte zu einer noch rigideren Überprüfung der Kandidatinnen und Kandidaten seitens der Palästina-Amt-Kommission, die sich nicht selten vor der Exekutive für das ungeeignete, ins Land geschickte „Menschenmaterial"[153] rechtfertigen musste. In vielen Fällen waren die Einwanderinnen und Einwanderer der schweren körperlichen Arbeit nicht gewachsen und eine absolvierte Hachscharah garantierte noch längst keinen entsprechenden Arbeitsplatz.

Für die Beschaffung des Visums (gleich welcher Kategorie) mussten die Emigrantinnen und Emigranten nicht persönlich bei der britischen Passstelle vorstellig werden, eingeholt wurde es vom Passreferenten des Palästina-Amtes. Die Auswanderinnen und Auswanderer hatten lediglich die je nach Nationalität variierende Visagebühr zuzüglich eines geringen Betrages für den Emigrationsfonds zu entrichten und einen Fragebogen auszufüllen, der gemeinsam mit der Gebühr und dem Pass der Passstelle zur Vidierung übermittelt wurde.

Während prinzipiell bereits bei der Registrierung der Nachweis erbracht werden musste, dass das erforderliche Reisebudget vorhanden war, gewährte das Palästina-Amt „würdigen und mittellosen Chaluzim" häufig Reisedarlehen, entweder für sämtliche Kosten der Übersiedelung oder als Zuschuss zu den Eigenmitteln. Jene Chaluzim, die in Österreich ihre Hachscharah absolvierten, hatten Anspruch auf ein volles Darlehen. Die Schuldscheine wurden dem Inkasso-Department der „Zionistischen Exekutive" in Jerusalem zur Einhebung der Schuld übermittelt. Um den Emigrantinnen und Emigranten mögliche beim Devisenverkehr und -tausch entstehende Schwierigkeiten und Benachteiligungen zu ersparen – im Zusammenhang mit der Geldausfuhr berichteten Auswanderer häufig von Übervorteilung, Konfiskation und Diebstahl – vereinbarte das Palästina-Amt mit der „Anglo-Palestine Bank" in Jaffa, dass direkte Geldüberweisungen von Wien aus vorgenommen werden konnten.

Für die Gruppe der Durchwanderinnen und Durchwanderer kamen in gewissen Bereichen unterschiedliche bzw. zusätzliche Vorschriften zur Anwendung. Basierend auf dem Erlass des Staatsamtes für Inneres vom 26. August 1920, der das Palästina-Amt dazu ermächtigte, die Durchwanderung durch Österreich im Einvernehmen mit der Auswanderungszentrale der Polizeidirektion Wien zu regeln, hatten sich ausländische Jüdinnen und Juden, die die Grenze passieren wollten, beim Palästina-Amt zu melden und ein Durchreisevisum, die so genannte „Grüne Legitimation", einzuholen. Wurde die vorgesehene maximale Aufenthaltsdauer von acht Tagen aus organisatorischen Verzögerungen überschritten, musste eine polizeiliche Sondererlaubnis eingeholt werden, unabhängig davon, welche Staatsangehörigkeit die Reisenden hatten. Vorgeschrieben war außerdem eine ärztliche Untersuchung, eine Desinfektion erfolgte hingegen auf freiwilliger Basis. Die Wartezeit von durchschnittlich ein bis zwei Tagen, die mit der Abwicklung aller Formalitäten verbunden war, verbrachten die Emigrantinnen und Emigranten in der Regel in

153 Dieser Begriff wurde tatsächlich häufig von Zionistinnen und Zionisten verwendet.

leer stehenden Kasernen, Fabriken und Gasthäusern. Seit März 1921 bestand in der Rossauer Kaserne, Wien IX., Türkenstraße 24, ein eigens eingerichtetes Durchwandererheim („Beth Olim"), das dem „Zionistischen Landeskomitee für Österreich" gehörte. Bei der Verköstigung und Ausstattung wurde das Palästina-Amt besonders vom „Anitta-Müller-Hilfswerk" und vom „Joint" unterstützt. Um die Vielzahl an Personen unterbringen und sie gleichzeitig beschäftigen zu können, wurde außerdem begonnen, Auswanderinnen und Auswanderer jüdischen Grundbesitzern und Pächtern zuzuweisen. Neben der landwirtschaftlichen Ausbildung wurden auch Kurse für städtische Berufe abgehalten und damit die Grundlagen für die später planmäßig ausgebaute Hachscharah geschaffen.

Durch die Gründung von weiteren Palästina-Ämtern waren Durchwanderinnen und Durchwanderer ab den 1920er Jahren häufig bereits mit sämtlichen Reisepapieren ausgestattet. Wenn außerdem direkte Bahnkarten bis Triest und die erforderlichen Valuten (Lire, Dinar und Kronen) vorlagen, konnten die Personen prinzipiell unmittelbar nach der Einreise zum Abfahrtsbahnhof befördert werden. Der ständige Bahnhofsdienst, der zur Zeit des großen Wanderverkehrs über Wien unterhalten wurde, war in der Folge nicht mehr notwendig.

Durch die hohe Zahl an Bewerberinnen und Bewerbern und das geringe Kontingent an Zertifikaten war das Auswahlverfahren mit einem großen zeitlichen Aufwand verbunden, wodurch von durchschnittlich sechs Monaten ausgegangen werden konnte, die zwischen der Registrierung und der tatsächlichen Abreise einer Emigrantin und eines Emigranten, gleich welcher Kategorie, lagen. Vor allem für die Palästina-Wanderung der 1920er Jahre kam in erster Linie der Reiseweg über Triest in Frage. Die Bahnkarten nach Triest wurden vom Palästina-Amt im Vorverkauf erworben, bei größeren Gruppen verlangte die Eisenbahnverwaltung separate Waggons und eine Begleitperson. Die Fahrpreise für die Strecke Wien–Triest hingen von der Verbindung (entweder über Postumia oder über Tarvis), der Zugkategorie (Schnellzug oder Personenzug) und der Beförderungsklasse (I., II. oder III. Klasse) ab. Im 1936 veröffentlichten Palästina-Informationsbuch wurde die rund zwölfstündige Zugfahrt von Wien nach Triest mit 51,50 Schilling, die Schifffahrt von Triest nach Haifa mit knapp 250,– Schilling beziffert. Die Überfahrt, die zunächst nur mit dem „Lloyd Triestino", später auch mit anderen Linien jeden Mittwoch sowie jeden zweiten Freitag erfolgte, dauerte ca. fünf Tage. Jenen Auswanderinnen und Auswanderern, die im Zuge ihrer Reise ihre Verwandten in Polen besuchen wollten, wurde empfohlen, die Route über das rumänische Constanza, von wo ebenfalls wöchentlich Schiffe nach Palästina ablegten, zu wählen. Der Weg über Griechenland wurde hingegen selten genommen (die Bahnfahrt über Ungarn und Jugoslawien nach Piräus dauerte ca. 48 Stunden, die Schifffahrt nach Haifa rund 55 Stunden), vom Landweg über die Türkei und den Libanon wurde den Emigrantinnen und Emigranten angesichts der Reisedauer von sieben bis acht Tagen (inkl. Wartezeiten) überhaupt abgeraten.[154]

In der Regel legten die in Palästina ankommenden Schiffe sowohl in Jaffa als auch in Haifa an. In den Häfen wurden die Passagiere von Passkontrolleuren und

154 Palästina-Informationsbuch, S. 101.

Vertretern des Einwanderungsamtes der Jewish Agency, die die Gebühren für die Ausbootung und den Gepäckstransport einhoben, erwartet. Die zu entrichtende Gebühr von 1,45 Pfund beinhaltete die Kopfsteuer und die Kosten für das Gepäck sowie die verpflichtende ärztliche Untersuchung. Erst nach dem Erhalt einer Bestätigung des Gesundheitsdepartments und der Überprüfung durch die Zollbeamten – das Umzugsgut[155] musste zwar innerhalb von sieben Tagen deklariert werden, prinzipiell bestand für das persönliche Eigentum des Neueinwanderers und seiner Familie aber Zollfreiheit – durfte das Hafengebiet verlassen werden. Immigrantinnen und Immigranten der Arbeiterkategorie konnten sieben Tage unentgeltlich im Einwandererheim übernachten.[156]

Die Entwicklung des Palästina-Amtes bis zum „Anschluss"

Am 6. Mai 1921, nur einen Monat nach der Übernahme der Leitung durch Martin Rosenblüth[157], stoppte Hochkommissar Herbert Samuel als Reaktion auf die oben erwähnten Zusammenstöße zwischen jüdischer und arabischer Bevölkerung die gesamte jüdische Einwanderung, wodurch das Palästina-Amt plötzlich mehrere hunderte durchreisende Emigrantinnen und Emigranten zusätzlich zu versorgen hatte, die aufgrund von Streikaktionen der italienischen Bahnen nicht mehr nach Triest reisen konnten. Trotz der Unterstützung durch staatliche und städtische Behörden sowie der Wiener jüdischen Bevölkerung erforderte die Situation auch einen internationalen Spendenaufruf, dem zahlreiche zionistische Organisationen nachkamen.

Folgenreich für die Entwicklung des Palästina-Amtes war die 1922 erfolgte Erschließung des Reiseweges über Rumänien, wodurch die polnischen Emigrantinnen und Emigranten, die an der Dritten und Vierten Alijah den größten Anteil stellten, nicht mehr über Wien und Triest, sondern über Rumänien nach Palästina gelangen konnten. Der damit verbundene Bedeutungsverlust des Wiener Büros löste unter den verschiedenen zionistischen Organen weitreichende Diskussionen über den Nutzen der bisher wichtigsten Anlaufstelle für die Palästina-Wanderer aus. Stimmen wurden laut, die die Zweigstelle aus Kostengründen geschlossen sehen wollten – so publizierte das „Jüdische Korrespondenz Bureau" in London in seiner Ausgabe vom 16. November 1922, dass nach Informationen seines Wiener Korrespondenten während eines ganzen Monats wiederholt nur ca. ein Dutzend Chaluzim ihren Weg über Wien genommen hätten und die ganze Alijah aus Polen, Galizien, Ungarn etc. nun über Rumänien gehen würde. Die Aufrechterhaltung des Wiener Palästina-Amtes, das die „Zionistische Organisation" monatlich zu sub-

155 Folgende Gegenstände fielen darunter: Haushaltsartikel, Dinge für den persönlichen Gebrauch, Möbel, Silberwaren, Handwerkszeug, landwirtschaftliche Geräte und Fahrzeuge, Geflügel und Futter. Ebda., S. 103.

156 Ebda., S. 109.

157 Zur Amtsperiode Martin Rosenblüths siehe Ebda., S. 22–26.

ventionieren hätte, wäre daher „einigermaßen überflüssig".[158] Das betroffene Büro reagierte darauf mit der Veröffentlichung einer Gegendarstellung, mit der das in der Zeitschrift Vorgebrachte zumindest entkräftet werden sollte. Auf eine Statistik der zwischen April und November 1922 über Wien nach Palästina abgereisten Personen (insgesamt 2.343) folgte die Richtigstellung, dass die Palästina-Ämter in Warschau und Lemberg auf der Basis eines provisorischen Abkommens mit den rumänischen Behörden bisher lediglich drei Probetransporte über Galatz geleitet hätten. Das Wiener Palästina-Amt zu einem Zeitpunkt, zu welchem die alternative Route noch nicht erschlossen sei, aufzuheben, wäre „nichts anderes, als eine unverantwortliche und leichtfertige Gefährdung der ohnehin mit großen Schwierigkeiten kämpfenden jüdischen Wanderung nach Palästina."[159] Wenn auch die komplette Schließung des Büros verhindert werden konnte, setzten sich die Befürworter einer deutlichen Verkleinerung des Palästina-Amtes in der Debatte um die Zukunft der Niederlassung in Österreich durch. In einem seiner letzten Schreiben Martin Rosenblüths in seiner Funktion des Amtsleiters meldete er an die „Zionistische Exekutive" in Jerusalem, dass die Mitarbeiter mit dem Abbau des „zentralen Palästina-Amtes Wien" beschäftigt wären, von welchem in Kürze, sollte die Wanderung über Wien so geringfügig bleiben, wie in den letzten Wochen,[160] vielleicht nur mehr ein kleines „Landes-Palästina-Amt für Österreich" übrig bleiben würde.[161] Die Umstrukturierung schlug sich zunächst in der Dezimierung des Personalstandes nieder, der sich bis zum 1. Jänner 1923 um sechs Beamte verringert hatte. Die Exekutive sprach sich vor allem aus Kostengründen für einen Mitarbeiterabbau aus, empfahl aber, dass sich das Büro bei formeller Kündigung aller Beamten dennoch die Möglichkeit offen lassen sollte, ein kleines Amt weiterzuführen, das bei etwaigen Schwierigkeiten, die bei der Abwicklung der Alijah über Rumänien auftauchen könnten, wieder entsprechend erweitert werden könnte.[162] Im Laufe des Jahres wurden die monatlichen Subventionen noch einmal gekürzt, sodass die Amtsgeschäfte unter der Leitung von Nahum Blauer, der bereits seit 1919 im Palästina-Amt beschäftigt war, nur mehr mit zwei weiteren Mitarbeitern bestritten werden mussten.

Konnte trotz des massiven Rückgangs an Jüdinnen und Juden, die über Wien auswanderten, zu Beginn der Vierten Alijah (1924 bis 1928) noch argumentiert werden, dass auch eine noch so geringe Anzahl an Emigranten und Touristen nichtsdestotrotz von irgendeiner Stelle abgefertigt werden müsste, und dass der Fortbestand des Palästina-Amtes nicht zuletzt wegen seiner intensiven Propaganda- und Aufklärungstätigkeit speziell in ökonomischen Fragen relevant wäre, so schien

158 Erklärung des Palästina-Amtes Wien, 5. 12. 1922. CZA, Z4/41316, S. 261.

159 Ebda.

160 Die für die ersten vier Monate des Jahres 1923 vorliegenden Zahlen belegen den erwarteten Rückgang an abgefertigten Personen: Insgesamt 691 Durchwanderinnen und Durchwanderer und 186 Emigrantinnen und Emigranten, die ihren Ausgangspunkt in Österreich hatten (die österreichische Staatsangehörigkeit hatten davon 43 Personen), nahmen die Dienste des Palästina-Amtes von 1. Jänner bis 30. April in Anspruch. CZA, Z4/41316, S. 144.

161 Martin Rosenblüth an Prof. Pick, Zionistische Exekutive Jerusalem, 18. 12. 1922. CZA, Z4/41316, S. 221.

162 Zionistische Exekutive an Martin Rosenblüth, 5. 1. 1923. CZA, Z4/41316, S. 212.

es zunächst, als würde die enorme wirtschaftliche Krise und die damit einhergehende hohe Arbeitslosigkeit in Palästina im Laufe der 1920er Jahre das Ende des Büros einleiten. Letztlich kam es abermals nicht zur gänzlichen Auflassung – neuerlich umgestaltet und verlegt in die Kärntner Straße 28 blieb das Palästina-Amt Wien mit Leo Goldhammer und einer halbtags angestellten Sekretärin (die seit 1920 im Büro tätige Frieda Hudes) als Beschäftigte bestehen. Neben der Versorgung der Rückwanderinnen und Rückwanderer kam infolge der Unruhen zwischen Juden und Muslimen in den Jahren 1928 und 1929 die Vermittlung von Nachrichten aus Palästina an die Wiener jüdische Bevölkerung und in Zusammenarbeit mit der britischen Gesandtschaft die Weiterleitung der Korrespondenz zwischen Verwandten und Bekannten hinzu. Die Agenden veränderten sich zum wiederholten Male, als die ersten Zertifikate wieder nach Wien gelangten und die jüdische Palästina-Wanderung der Zwischenkriegszeit mit der Fünften Alijah ihren Höhepunkt erreichte (siehe unten).

Ein leichter Zuwachs der Palästina-Wanderung zeichnete sich bereits während der zweijährigen Amtszeit Chaim Tartakowers (1930 bis 1932) ab. Deutlich trat der verstärkte Auswanderungsdrang unter seinem Nachfolger Simon Horowitz zutage. Der im Zeitraum von Juni 1932 bis Oktober 1934 massive Anstieg von 150 auf 2.000 Zertifikatsbewerberinnen und -bewerber war in nicht unerheblichem Maße auf die politischen Ereignisse in Deutschland zurückzuführen, infolgedessen im Frühjahr 1933 zahlreiche Flüchtlinge, die vom Palästina-Amt Berlin aufgrund der großen Nachfrage nicht mit Zertifikaten ausgestattet werden konnten, nach Österreich kamen. Dass das Wiener Büro trotz seiner eigenen unzulänglichen Quote mehrere deutsche Flüchtlinge mit Einwanderungsgenehmigungen bedachte, verschlimmerte das Ringen um die wenigen Zertifikate, das hierzulande auch ohne die „Konkurrenz von außen" erbittert ausgetragen wurde. Obgleich sich aufgrund des aufkeimenden Antisemitismus auch Jüdinnen und Juden aus den Provinzgemeinden vermehrt für die Alijah anmeldeten, wurde der Konflikt in erster Linie von den verschiedenen zionistischen Parteien in Wien und insbesondere innerhalb der Palästina-Amts-Kommission ausgetragen, die im Grunde mit dem Ziel errichtet worden war, ein Gleichgewicht unter den einzelnen Gruppierungen und eine gerechte Zertifikatsverteilung zu gewährleisten. Angesichts des krassen Missverhältnisses zwischen den verfügbaren Einwanderungsgenehmigungen und der stetig zunehmenden Zahl an Bewerberinnen und Bewerbern war dies allerdings ein schier unmögliches Unterfangen.

Durch die wachsende Anzahl an Auswanderinnen und Auswanderern wurde schließlich auch eine Vergrößerung des Beamtenstabes und ein erneuter Standortwechsel erforderlich – zusammen mit anderen zionistischen Büros übersiedelte das Palästina-Amt im November 1934 in die Marc-Aurel-Straße 5. Neu eingerichtet wurden in dieser Zeit ein Emigrationsfonds („Keren Alijah"), der die zahlreichen bedürftigen Chaluzim vor allem bei der Aufbringung des Reisegeldes unterstützte, sowie eine eigene Wirtschaftsstelle, die aufgrund des gestiegenen ökonomischen Interesses an Palästina notwendig geworden war.

Nachdem Simon Horowitz im Oktober 1934 verstorben war, folgte ihm der seit 1932 in der Palästina-Amts-Kommission tätige Alois Rothenberg als Leiter des

Büros. Während seiner Amtstätigkeit waren – wie er vermerkte – „keine nennenswerten Neuerungen zu verzeichnen, vielmehr gelang es, das von meinen Vorgängern geschaffene Werk zu erhalten und auszubauen."[163] Erst die Geschehnisse des Jahres 1938 brachten einschneidende Veränderungen mit sich und konfrontierten Rothenberg, der das Palästina-Amt über den „Anschluss" hinaus bis zur Schließung im Mai 1941 führte, mit völlig neuen Arbeitsbedingungen.

Palästinabezogene Werbe- und Informationstätigkeiten anderer Stellen

Der „Keren Kajemeth Lejisrael" und der „Keren Hajessod" Österreich

Aufklärungsarbeit über das für die jüdische Bevölkerung Österreichs mehrheitlich unbekannte Palästina leistete nicht nur das Palästina-Amt – vor allem in Form von persönlicher Beratung der vorsprechenden Auswanderungsinteressentinnen und -interessenten und mittels einiger Publikationen – sondern auch die österreichischen Zweigstellen des „Jüdischen Nationalfonds" („Keren Kajemeth Lejisrael", KKL)[164] und des „Palästina-Aufbaufonds" („Keren Hajessod", KH)[165], wobei deren Tätigkeiten trotz der Informationsvermittlung eher als Agitation für die (vorrangig finanzielle) Unterstützung des jüdischen Aufbauwerks zu charakterisieren sind.

Am 5. Zionistenkongress 1901 in Basel gegründet, zielte der KKL in erster Linie auf die Beschaffung der Mittel für den Erwerb des palästinensischen Bodens ab, der unveräußerlich und unbelastbar die kontinuierliche Besiedelung und Beschäftigung der Jüdinnen und Juden in Palästina sicherstellen sollte. Unter der Leitung eines neungliedrigen Direktoriums, das von den einzelnen zionistischen Fraktionen beschickt wurde, agierte der KKL zunächst von Wien, dann von Köln und schließlich von Jerusalem aus und errichtete im Laufe zahlreiche Niederlassungen außerhalb Palästinas. Der Hauptzweck dieser Zweigstellen war die durch eigene Kommissäre und ehrenamtliche Funktionäre durchgeführte Sammlung von freiwilligen Spenden, durch die der Landkauf finanziert und der Boden Palästinas in den jüdischen Gemeinbesitz überführt werden sollte. Zu den vielfältigen Sammelmitteln zählte etwa die blaue Nationalfondsbüchse, die, sowohl in öffentlichen Einrichtungen als auch in privaten Wohnungen aufgestellt, zu verschiedenen Anlässen befüllt und in regelmäßigen Abständen geleert wurde. Daneben bestand die Möglichkeit, Marken zu erwerben, Baumspenden zu leisten und eine Versicherung zugunsten des Nationalfonds abzuschließen.[166]

---

163 Palästina-Informationsbuch, S. 41.

164 Hebr.: Ewiger Fonds.

165 Hebr.: Grundfonds.

166 Die „Vermächtnisversicherungsaktion" des KKL bezweckte die Versicherung von Kapitalien, die im Ablebensfalle zur Hälfte (die andere Hälfte blieb bei der Familie), im Erlebensfalle zur Gänze an den „Jüdischen Nationalfonds" ausbezahlt wurden.

Der KKL verfügte über städtischen Boden und zahlreiche Siedlungen, die sich über das ganze Land erstreckten. Errichtet wurde eine Vielzahl an Moschawoth, Kwuzoth und Kibbuzim, mehrere vorstädtische Siedlungen, landwirtschaftliche Lehrfarmen, Arbeiterlager, Wohnhäuser, Sanatorien und Spitäler, sowie einige Synagogen, Krankenhäuser, Erziehungsanstalten und andere Gebäude öffentlicher Institutionen.

Ebenfalls zur Förderung der Gründung und Entwicklung von Siedlungen, Dörfern und Städten, aber auch zur Unterstützung etwa von industriellen Unternehmungen wurde anlässlich der Zionistischen Konferenz 1920 in London der „Palästina-Aufbaufonds" („Keren Hajessod", KH) ins Leben gerufen. Als finanzieller Arm der „Zionistischen Weltorganisation" bezweckte der KH die Beschaffung von Geldmitteln. Auf Basis einer jährlichen freiwilligen Steuer sollte jede einzelne Jüdin und jeder einzelne Jude zur Bildung der Grundlagen des jüdischen Nationalheims – Besiedelung und Immigration – beitragen. Ähnlich dem KKL entstanden unmittelbar nach Gründung des KH weltweite Zweigstellen; der Hauptsitz wurde 1926 nach Jerusalem verlegt.

Die Tätigkeitsfelder der beiden Fonds ließen sich nicht exakt voneinander abgrenzen. Eine Aufgabe allerdings, die allein vom KH wahrgenommen wurde, war die direkte und indirekte Finanzierung der jüdischen Einwanderung nach Palästina. Zuwendungen erhielten die Palästina-Ämter, landwirtschaftliche Lehrfarmen und Einwandererheime, außerdem wurden Immigrantinnen und Immigranten vor allem der Arbeiterkategorie in der ersten Zeit ihrer Niederlassung mit günstigen Unterkünften versorgt.

Die nach dem Krieg entstandenen KKL- und KH-Zweigstellen in Österreich waren gleich wie die übrigen nationalen Niederlassungen neben den Spendensammlungen für die Durchführung einer umfassenden Werbearbeit zuständig, die die jüdische Palästina-Wanderung vorantreiben, aber auch den Touristenverkehr beleben sollte. Das Ziel war die Etablierung säkularer Pilgerreisen, durch die die nationaljüdische Bedeutung der historischen Stätten vermittelt wurde.[167] Anlässlich der 1932 in Tel Aviv stattfindenden „Makkabiah"[168] wurde gemeinsam mit dem „Zionistischen Landeskomitee" eine Jubiläumsaktion initiiert, für die 1.000 freiwillige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gewonnen wurden, die jeweils eine gewisse Geldsumme zusammentragen sollten. Als Anerkennung ihres Engagements führte der KKL eine Verlosung von fünf Palästina-Reisen durch, im Zuge derer die Gewinner das Sportfestival besuchen und einige Tage im Land verbringen konnten.[169] Nachdem bereits im August 1925 in Wien eine Palästina-Ausstellung organisiert worden war, plante der KKL im Jahr 1932 erneut eine solche Schau zu veranstalten. Auf der von 4. bis 11. September abgehaltenen „Wiener Internationalen Messe", die jährlich von Besucherinnen und Besuchern aus mehr als 60 Staaten frequentiert

167 Vgl. Michael Berkowitz, Western Jewry and the Zionist project, 1914–1933, Cambridge 1997, S. 125–146.

168 Die „Makkabiah" (auch Makkabiade) ist die größte internationale jüdische Sportveranstaltung und den Olympischen Spielen nachempfunden.

169 CZA, KKL5/5316/1, S. 116.

wurde, beabsichtigte der Fonds mit einer Exposition und mehreren Ständen vertreten zu sein. Präsentiert werden sollte ein Einblick in die geleistete Aufbauarbeit, allgemeine Informationen über Palästina sowie eine Auswahl an palästinensischen Erzeugnissen und Produkten. Schwierigkeiten bei der Überführung des Ausstellungsmaterials von Tel Aviv nach Wien führten zu einer Verschiebung der Ausstellung, an deren Durchführung die Messebetreiber aufgrund des erhofften Andrangs jüdischer Kaufleute großes Interesse zeigten, auf das Folgejahr.[170]

Als weitere Beispiele für die zionistische Agitation des KKL und des KH können etwa Filmvorführungen und die Veröffentlichung von Informationsbroschüren und Bildbänden (Palästina-Ansichten, Porträts bedeutender jüdischer Persönlichkeiten etc.) genannt werden.[171]

„Hechaluz“ und Hachscharah

Während sich das Palästina-Amt auf die Abwicklung der organisatorischen Formalitäten und die Vermittlung von Informationen konzentrierte, war eine andere im Zusammenhang mit der Palästina-Wanderung der Zwischenkriegszeit zentrale Institution, die österreichische Landesorganisation des „Hechaluz“[172], für die praktischen Fragen zuständig. 1917 auf Betreiben des Zionisten Joseph Trumpeldor als Dachorganisation zionistischer Jugendbünde in Russland gegründet und 1921 als Weltverband konstituiert, breitete sich der „Hechaluz“ in der Folge über ganz Europa aus und war – obwohl nach den Statuten politisch neutral – durch seine auf Egalität und Gemeinschaft fußende Grundhaltung ideologisch dem sozialistischen Zionismus zuzurechnen. Die Institution übernahm die Organisation der Hachscharah, die – wie bereits in den einleitenden Ausführungen dargelegt – die geistige, körperliche und berufliche Vorbereitung auf die Auswanderung und Niederlassung in Palästina bezweckte und deren Absolvierung für den Erhalt eines Einwanderungszertifikats der Arbeiterkategorie unerlässlich war.

Unter der geistigen Hachscharah war im Wesentlichen eine ideologische Schulung zu verstehen, in deren Rahmen sich die jungen künftigen Auswanderinnen und Auswanderer (das Programm richtete sich an Personen im Alter von 18 bis 35 Jahren) zionistisches Gedankengut, Kenntnisse über die jüdische Geschichte, Kultur und Religion sowie der hebräischen Sprache aneignen sollten. Ebenfalls sollten sie sich mit den Zielen und Programmen der jüdischen Arbeiterbewegung vertraut machen und identifizieren lernen. Größere Bedeutung wurde der beruflichen „Tauglichmachung“ zugemessen: Vor dem Hintergrund der zu Beginn des 20. Jahrhunderts aufkommenden zionistischen Bestrebung einer „Normalisierung“ der auf die historischen Gegebenheiten der Diaspora zurückgehenden „typisch jüdischen“

---

170 Zur geplanten Ausstellung siehe die Korrespondenz in: CZA, KH4/644.

171 Durch das Bildmaterial sollte veranschaulicht werden, dass sich Palästina durch die erfolgreiche Arbeit der Zionisten „vom Sumpf zur Kolonie“ („from swamp to settlement“) gewandelt hatte. Vgl. Berkowitz, Western Jewry, S. 91–124.

172 Hebr.: Der Pionier.

Berufsstruktur und in Abstimmung vor allem auf die wirtschaftlichen Erfordernisse in Palästina erfolgte eine veränderte Akzentuierung in den Berufsfeldern – weg von nichtproduktiver hin zu körperlicher und manueller Arbeit.[173] Umgesetzt wurde die angestrebte Neuordnung einerseits durch die berufliche „Umschichtung“ von bereits in anderen Professionen ausgebildeten Jugendlichen und andererseits durch die Lehrausbildung speziell in landwirtschaftlichen und gewerblichen Berufen. Als kollektive Ausbildungsstätten dienten landwirtschaftliche Betriebe und im urbanen Bereich Stadt-Kibbuzim, wo die Teilnehmenden neben der fachlichen Qualifikation auch das Leben in der Gemeinschaft kennen lernen sollten. Unter Berücksichtigung der Verhältnisse in Palästina wurde gewissen Berufen eine bevorzugte Stellung im Ausbildungsprogramm eingeräumt, darunter jene, die mit dem Bau von Häusern in Verbindung standen (z. B. Zimmerer, Tischler, Maurer, Spengler), aber auch Schmiede, Lackierer etc. Abgesehen von Kursen für die üblichen landwirtschaftlichen Betätigungen wurden etwa auch solche für Geflügel- und Bienenzucht und Käserei angeboten. Der Schwerpunkt bei den weiblichen Berufen lag in den Bereichen Haus- und Landwirtschaft, Näherei und Kinderpflege.

Dass mit dem Prozess der Hachscharah häufig eine radikale Veränderung der eigenen Lebensperspektive und -gewohnheiten einherging, verdeutlicht die Schilderung von Perez Leshem (geb. Fritz Lichtenstein), der 1922 den deutschen Landesverband des „Hechaluz“ mitgegründet hatte. Der Großteil der 15.000 Mitglieder, die sich Ende 1933 in Deutschland in Ausbildung befanden – die Teilnehmerzahl war infolge der NS-Machtübernahme sprunghaft angestiegen –, waren „junge Juden, kaum noch religiös, national vom Judentum weit entfernt, an ihre deutsche Heimat assimiliert, kleinbürgerlicher Mentalität und Lebensart. Meist kaufmännisch tätig gewesen, auf sozialen Aufstieg bedacht, sahen sie sich unerwartet aus ihrer Berufs- und Lebensbahn gerissen.“[174] Auf den mit der Hinwendung zum chaluzischen Leben verbundenen Bruch mit den beruflichen und gesellschaftlichen Konventionen macht Gabriele Anderl aufmerksam, die außerdem auf die Ablehnung der „assimilierten“ Lebensweise der Eltern und die Übernahme des auf den Prinzipien eines sozialistischen Zionismus basierenden Modells der Jugendlichen auf das Phänomen des Generationenkonflikts verweist.[175] Der später als Leiter der Jugend-Alijah tätige Georg Überall (1917–1980) erzählte, dass die Eltern für seine Arbeit im zionistischen Jugendverband wenig Begeisterung aufbrachten.

> „Tatsächlich kam der große Widerstand von den jüdischen Eltern. Wir wollten ja ihre Kinder aus dem bürgerlichen Leben dieser Familien herausreißen, damit sie nach Palästina gehen, dort Pionierarbeit leisten und Mitglied eines Kibbuz werden. ‚Mein Sohn, der Herr Doktor‘, war die traditionelle Idealvorstellung dieser Kreise. So fiel es uns bitter schwer, jene Eltern, die

173 Anderl, Generationenkonflikte, S. 80.

174 Zit. in: Sieghard Bußenius, Zionistische Erziehung im Norddeutschen Moor – Die Ausbildungsstätte des Hechaluz auf dem Brüderhof bei Harksheide. In: Andreas Paetz/Karin Weiss (Hg.), „Hachschara“. Die Vorbereitung junger Juden auf die Auswanderung nach Palästina, Potsdam 1999, S. 31 f.

175 Siehe dazu allgemein Anderl, Generationenkonflikte; hier S. 82–84.

> die Zeichen an der Wand nicht sehen wollten, zu überzeugen. Die Kinder waren sowieso auf unserer Seite.“[176]

In seiner Autobiographie spricht auch Teddy Kollek (1911–2007) die Auseinandersetzung mit seinen Eltern an. Seiner Entscheidung, die Alijah anzutreten, standen sie nicht vorbehaltlos gegenüber:

> „Es war mein leidenschaftlicher Wunsch, nach Palästina auszuwandern, aber ich musste mich in Geduld fassen. 1930 ging ich von der Oberschule ab und trat in einen von unserer Bewegung betriebenen landwirtschaftlichen Ausbildungsbetrieb ein. Der kleine Bauernhof, welcher der Stadt Wien gehörte, bestand hauptsächlich aus Weinbergen und einem Kuhstall. […] Ich erinnere mich an lange Auseinandersetzungen mit meinen Eltern in diesem Sommer. Zuletzt beschworen sie mich, heimzukommen und zumindest die Oberschule abzuschließen. Ich weiß nicht, ob sie wirklich damit einverstanden waren, dass ich nach Palästina ging, oder ob sie nur widerstrebend nachgaben. Ich erinnere mich jedoch sehr genau an ihren Wunsch, dass ich wenigstens in irgendein Geschäft und nicht in einen Kibbuz eintreten sollte. […]“[177]

In Österreich wurde die zu Beginn der 1920er Jahre errichtete Zweigorganisation des „Hechaluz“ während der ersten Phase ihres Bestehens vorwiegend von osteuropäischen Jüdinnen und Juden aufgesucht. Mit dem konkreten Ziel, nach Palästina zu emigrieren, absolvierten zahlreiche Chaluzim ihre Hachscharah im Zuge ihrer Durchreise durch Österreich, zumeist in Form von bezahlter Saisonarbeit bei jüdischen Gutsbesitzern in der Umgebung von Wien. Auch Mitte der 1930er Jahre gehörten der Institution und ihrer sich nach politischer Ausrichtung unterscheidenden Untergruppen mehrheitlich Kinder osteuropäischer Einwanderer an.[178] Laut Auflistung des Palästina-Amtes verteilten sich die ca. 600 Personen, die sich im Oktober 1935 in städtischer und landwirtschaftlicher Hachscharah befanden, auf die folgenden österreichischen Chaluz-Verbände (jeweils in Klammer die Anzahl der von ihnen unterhaltenen Kibbuzim): Die Mehrheit, nämlich 259 Personen (vor allem aus „poale-zionistischen“ und unabhängigen Jugendorganisationen), war direkt beim „Hechaluz“ registriert, der 14 Kibbuzim betrieb. 182 Jugendliche zählte der „Chaluz Haklal Zioni“[179] (11), 57 der „revisionistische“ „B’rith Trumpeldor“ (4), 42 der „Hechaluz Haleumi“ (4), 39 der religiöse „Hechaluz Hamisrachi“ (4) und 33 die „Chaluzgruppe der Radikalen Zionisten“ (1).[180] Auffallend an der Zusam-

176 Siehe das Porträt zu Georg Überall (Ehud Avriel) in: Hagen/Nittenberg, Flucht, S. 217–226, hier S. 219 f.

177 Teddy Kollek/Amos Kollek, Ein Leben für Jerusalem, Hamburg 1980, S. 24 f.

178 Anderl, Generationenkonflikte, S. 81.

179 1934 war die allgemein-zionistische Jugendgruppe aus dem „Hechaluz“ ausgetreten und gründete den „Hechaluz Haklal Zioni“.

180 Ausführlicher zu den einzelnen zionistischen Gruppierungen siehe das Folgekapitel zu den zionistischen Parteien.

menstellung ist der insgesamt hohe Anteil an männlichen Mitgliedern, der mit 465 Chaluzim der weit geringeren Zahl von 147 Chaluzot gegenüberstand. Europaweit absolvierten zur selben Zeit rund 35.000 jüdische Jugendliche und junge Erwachsene ihre Hachscharah, wobei die Mitgliederzahlen in Polen, Litauen, Galizien und Rumänien am höchsten waren.[181]

Die Beschaffenheit der Hachscharah-Plätze sowie die Inhalte und Erfolge des Ausbildungsprogramms unterlagen der Kontrolle des Palästina-Amtes und des Einwanderungsdepartments der Jewish Agency. Sachverständige nahmen vor der Zulassung der Stätten eine genaue Inspektion vor und überprüften in der Folge regelmäßig den Zustand der Wohngelegenheiten und des Arbeitsmaterials. Da die finanziellen Mittel der Chaluz-Verbände äußerst begrenzt waren und im Wesentlichen aus den Einnahmen der Landwirtschaft und aus Mitgliedsbeiträgen der Chaluzim stammten (teilweise kamen Erträge aus anderen (Lohn-)Arbeiten der Teilnehmenden hinzu), waren sie auf regelmäßige Subventionen seitens des Palästina-Amtes und in geringerem Ausmaß auch der Israelitischen Kultusgemeinde Wien angewiesen, die ohnehin zur grundsätzlich geringen Entlohnung der landwirtschaftlichen Arbeiter beisteuern mussten. Die finanzielle Unterstützung verpflichtete die Vereine halbjährlich zur Vorlage eines Tätigkeitsberichts und einer Aufstellung der Einnahmen und Ausgaben. Wie der an die Jewish Agency übermittelte Budgetvoranschlag des „Hechaluz Haklal Zioni“ für das zweite Halbjahr 1937 zeigt, mussten die größten Summen für den Stadtkibbuz, die Errichtung von Werkstätten, die Organisationstätigkeit, den Auswanderungsfonds („Keren Alijah“) und die Kulturarbeit („Tarbut“) aufgewendet werden. Weitere Kosten entstanden durch die Instandhaltung und den Ausbau des Zentralheims und der Bezirks- und Ortsstellen.[182]

Nach erfolgreicher Absolvierung der Hachscharah und Erhalt einer Einreisegenehmigung – was, wie nachfolgend beschrieben, keinesfalls als gesichert galt – verpflichteten sich die Chaluzim schriftlich dazu, gleich nach der Ankunft in Palästina für die Dauer von mindestens einem Jahr landwirtschaftliche (oder andere) Arbeit in den Kolonien zu verrichten. Bei Nichterfüllung dieser Verpflichtung waren die Jewish Agency und andere öffentliche Institutionen dazu berechtigt, der betreffenden Person das Recht auf Hilfsleistungen hinsichtlich Darlehen, Ansiedelung, Arbeit, Anforderung von Verwandten etc. zu entziehen.[183]

Obgleich der österreichische „Hechaluz“ verglichen mit den chaluzischen Verbänden in Osteuropa zumindest bis 1938 einen überschaubaren Zulauf verzeichnete, veranlasste die geringe Anzahl an von der Jewish Agency zugewiesenen Zertifikaten das Wiener Palästina-Amt nichtsdestotrotz zu anhaltendem Protest. Die Summe der für Österreich ausgestellten Einwanderungserlaubnisse war aufgrund der regelmäßig aufkeimenden Unruhen in Palästina und der infolge der nationalsozialistischen Machtergreifung bevorzugten Behandlung der deutschen Auswanderinnen

181 Palästina-Informationsbuch, S. 57.
182 CZA, S6/2222.
183 CZA, S6/2541.

und Auswanderer[184] in den 1930er Jahren generell äußerst begrenzt. So verfügte das Palästina-Amt im Zeitraum Oktober 1930 bis März 1931 lediglich über 13 Zertifikate. Das Missverhältnis zwischen vorhandenen und benötigten Einreisegenehmigungen wird mit der Anzahl an für das folgende Halbjahr angemeldeten Auswanderinnen und Auswanderern deutlich: Im Mai 1931 waren 55 Männer und 18 Frauen für die nächste Alijah vorgemerkt, wobei 39 Personen dem „Hechaluz" angehörten und sich die übrigen direkt beim Palästina-Amt registriert hatten. Einem an das Einwanderungsdepartment gerichteten Beschwerdeschreiben vom Juni 1932 über die unzulängliche Berücksichtigung der österreichischen Alijah wurde außerdem eine Resolution der Palästina-Amts-Kommission beigefügt, in der der geringe Stellenwert der chaluzischen Alijah, die insbesondere für die Aufbautätigkeit des Landes vonnöten war, beklagt wurde:

> „Angesichts der großen Anzahl gut vorbereiteter und seit Jahren ihrer Alijah harrenden Bewerber um Chaluz-Zertifikate in allen Ländern der Galuth und in Österreich speziell, einerseits, und der verhältnismäßig geringen Bewerberanzahl innerhalb der übrigen Kategorien, sieht sich das Palästinaamt veranlasst, gegen die quantitative Zurücksetzung der Chaluz-Alijah zu protestieren, wobei eindeutig erklärt wird, dass sich dieser Protest bloß gegen die quantitative Verteilung innerhalb der einzelnen Kategorien richtet und nicht gegen die Mittelstandseinwanderung als solche, deren Bedeutung vollauf gewürdigt wird."[185]

Problematisch für die chaluzische Alijah war speziell der Umstand, dass diese weitgehend unter die Kategorie der Arbeiterzertifikate fiel, deren Anzahl von den Verhandlungen zwischen britischer Regierung und Jewish Agency abhing.

Verbesserungen stellten sich in den folgenden Monaten und Jahren nicht ein, vielmehr erschwerte der ab 1933 vermehrte Zuzug oder vorübergehende Aufenthalt von polnischen und deutschen Jüdinnen und Juden, die ebenfalls versuchten, an ein österreichisches Zertifikat zu gelangen, die Situation. Sowohl das Palästina-Amt als auch das „Zionistische Landeskomitee für Österreich" wandten sich Anfang 1934 an die Jewish Agency und protestierten gegen die Behandlung Österreichs als quantité negligeable: Wien als zweitgrößte jüdische Gemeinde Europas müsste prinzipiell schon eine höhere Anzahl zugewiesen bekommen, zudem würde die große Unsicherheit und Angst im Hinblick auf die politischen Verhältnisse viele Jüdinnen und Juden zur Auswanderung drängen, was sich allein in der Vielzahl an Personen, die Palästina als Touristinnen und Touristen bereisten, widerspiegeln würde. Eine Veränderung sollte schließlich auch der Vermerk herbeiführen, dass sich die in der Palästina-Amts-Kommission tätigen Repräsentanten bei den derzeitigen Gegebenheiten allmählich außer Standes sahen, als solche zu fungieren:

---

184 Nach 1933 wurde das Kontingent für Österreich beispielsweise im ersten Halbjahr 1935 erneut beträchtlich vermindert und zahlreiche Zertifikate nach Deutschland gesandt.

185 Palästina-Amt Wien an Jewish Agency, 17. 6. 1932. CZA, S6/2541.

> „Die Mitglieder der Palästina-Amts-Kommission sind durch den Ansturm der Parteien und durch die Kämpfe bei der Verteilung der Zertifikate zwischen den einzelnen Mitgliedern bereits total zermürbt. Wir müssen Ihnen zu unserem Bedauern mitteilen, dass die Vertreter des Zionistischen Landesverbandes in der Palästinakommission nicht mehr gewillt sind, ihre Mandate weiter auszuüben und dass auch bei anderen Parteien ähnliche Stimmungen herrschen."[186]

Zur selben Zeit erreichten die Jewish Agency scharf formulierte Protestnoten einzelner zionistischer Parteien, die sich über den Verteilungsmodus des Amtes empörten und die Auswahl der Kandidatinnen und Kandidaten entschieden ablehnten. Einem Schreiben des Landesverbandes der religiösen Zionisten „Misrachi" zufolge wäre für die erste Vergabe des Jahres 1933 „das beste und geeignetste Material" gestellt worden – „durchwegs tüchtige Arbeiter mit bester Qualifikation, alte gute und bewährte Zionisten, die alle die obligate Hachscharah haben". Dennoch „wurde durch unjüdische und unmenschliche vereinstechnische Tricks und durch diktatorische Gewaltstreiche ein Antrag eines gewissen Herrn Dr. Rottenberg, den man vor noch ganz kurzer Zeit überhaupt nicht in der zion. Organisation kannte, unter Ausschluss jedweder Debatte, was an und für sich schon unfair und illegal erscheint, ohne irgendeine Motivierung angenommen, nach welchem kein einziger Misrachist [Hervorhebungen im Original, Anm.] ein Zertifikat bekommt." Der Verfasser fährt erzürnt fort:

> „Zur Schande des ganzen Zionismus" wurden Personen ausgewählt, „1. die weder zionistisch organisiert sind, noch eine blasse Ahnung vom Zionismus, aber scheinbar gute Verbindungen haben; 2. die absolut niemals vor der vorgeschriebenen Kommission erschienen sind; 3. die keine qualifizierten, zu produktiver Arbeit fähigen ‚Arbeiter' sind; 4. die zum Teil Berufe haben, für welche sie in Erez Israel gegenwärtig überhaupt keine Aussicht auf Betätigung haben können; […] 7. die zu 60% der zionistischen Ideologie ganz fremd, ja vielleicht sogar feindlich gegenüberstehen; 8. die zu 80% kein einziges Wort hebräisch sprechen und somit die ganze Zuteilung direkt zu einer pseudozionistischen Farce degradieren."[187]

Untermauert wird der nach Ansicht des „Misrachi" „skandalöse Beschluss" durch die namentliche Anführung und Beschreibung der „unwürdigen und unfähigen" Kandidaten („für Erez Israel wirklich sehr zweifelhafte Existenzen"), welchen eigene Bewerber gegenübergestellt wurden, die „eine vorzügliche und langjährige zionistische Schulung haben" und sich „ununterbrochen in der Organisation betätigen". Trotz der eher einseitigen und überzogenen Schilderung scheint das Auswahlprozedere der Palästina-Amts-Kommission, die eigens mit dem Zweck gegründet worden

186 CZA, S6/2541, 2542.

187 „Misrachi Landesverband für Österreich" an das Immigrations-Department der Jewish Agency, 19. 7. 1933. CZA, S6/2542.

war, eine gerechte und unparteiliche Zertifikatsverteilung zu gewährleisten, nicht gegen die massive Kritik auch anderer zionistischer Gruppierungen erhaben gewesen zu sein.

Wurden die Jewish Agency und die „Zionistische Exekutive“ bereits in den 1930er Jahren mit massivem Protest der zionistischen Parteien einerseits und des Wiener Palästina-Amtes andererseits konfrontiert, so gewannen die Beschwerden nach dem „Anschluss“ im März 1938 noch einmal an Schärfe. Das Palästina-Amt und die chaluzischen Verbände – eine Einreisegenehmigung der Arbeiterkategorie stellte für den Großteil der Jüdinnen und Juden die einzig realistische Chance, nach Palästina zu emigrieren, dar – standen einem Ansturm an Auswanderungsinteressentinnen und -interessenten gegenüber, die Anzahl der verfügbaren Zertifikate verhielt sich jedoch verkehrt proportional dazu. In verstärktem Ausmaß erreichten die zuständigen Institutionen auch Klagen seitens der jüdischen Provinzgemeinden.

Zionistische Vereine und Zeitschriften im Wien der Zwischenkriegszeit

Zionistische Parteien und Vereine

Eine Darstellung der österreichischen bzw. Wiener zionistischen Parteien und Vereine der Zwischenkriegszeit darf hier aufgrund deren Funktion als institutionelle Träger der Alijah nicht fehlen. Im Hinblick auf die Fragestellungen und die vorhandene Literatur[188] erscheint es für diese Untersuchung ausreichend, sich auf einen groben Überblick zu beschränken und in erster Linie jene Aspekte zu behandeln, die im Zusammenhang mit der Palästina-Wanderung (Werbe- und Informationstätigkeiten, Auseinandersetzungen im Kontext der Zertifikatsverteilung etc.) stehen. Eine Analyse der zionistischen Zeitungen und Vereinsorgane kann aufgrund des großen publizistischen Umfangs hier nicht erfolgen, es sei nur auf deren Existenz, Intention und zentrale Inhalte verwiesen. Ebenfalls muss auf eine Befassung mit den übrigen jüdischen Institutionen und Organisationen verzichtet werden.[189]

Charakteristisch für das jüdische Vereinsleben in Wien – jene Stadt, in der in den 1930er Jahren über 90 Prozent der Jüdinnen und Juden Österreichs lebten und auf die sich die folgenden Ausführungen beziehen – war eine enorme Vielfalt, die anhand der für März 1938 gültigen Zahl von 444 Vereinigungen, darunter 88 Bethausvereine und 356 weltliche Vereine, deutlich wird. Letztere setzten sich vor allem aus Fürsorge-, Wohltätigkeits- und Sportvereinen zusammen, 82 Vereinigungen waren als zionistisch einzustufen. Während – wie Herbert Rosenkranz festhält – das große Spektrum an Zusammenschlüssen allgemein für eine innerjüdische Situation spricht, die infolge des beträchtlich gestiegenen Antisemitismus bzw. der zu diesem Zeitpunkt bereits Realität gewordenen nationalsozialistischen Bedrohung nach einem Ausweg suchte, zeugt die Vielzahl an zionistischen Vereinen auch von einer starken Zersplitterung, die für die zionistische Bewegung in Österreich vor allem in den Jahren vor dem „Anschluss" kennzeichnend war.[190] Gabriele Anderl konstatiert außerdem einige auffallende Sonderentwicklungen, die, obwohl die Mehrheit der

188 Dieses Kapitel stützt sich vor allem auf die grundlegende Arbeit von Jens Budischowsky, Assimilation, Zionismus und Orthodoxie in Österreich 1918–1938. Jüdisch-politische Organisationen in der Ersten Republik. Phil. Diss., Wien 1990. Siehe dazu außerdem Erika Weinzierl, Das österreichische Judentum von den Anfängen bis 1938. In: Erika Weinzierl/Otto D. Kulka (Hg.), Vertreibung und Neubeginn. Israelische Bürger österreichischer Herkunft, Wien-Köln-Weimar 1992, S. 31–50; Sylvia Maderegger, Die Juden im österreichischen Ständestaat 1934–1938, Wien-Salzburg 1973, S. 4–43.

189 Zum jüdischen Vereinsleben bis 1938 siehe u. a.: Shoshana Duizend-Jensen, Jüdische Gemeinden, Vereine, Stiftungen und Fonds. „Arisierung" und Restitution (= Veröffentlichungen der Österreichischen Historikerkommission, Bd. 21/2), Wien 2004.

190 Rosenkranz, Verfolgung, S. 13.

österreichischen zionistischen Organisationen länderübergreifend aktiv war, die Situation in Österreich von jenen anderer Länder unterschieden.[191]

Unterbrochen durch den Ersten Weltkrieg erfuhr das Vereinsleben zu Beginn der 1920er Jahre eine Reaktivierung, gleichsam entstanden neue Vereinigungen und politische Gruppierungen unterschiedlicher Ausrichtung. Mit dem Ziel, den Status einer eigenen Nation innerhalb eines Bundesstaates Österreichs zu erreichen, trat im Oktober 1918 eine zionistische „Reichskonferenz" zusammen, die die Gründung eines „Jüdischen Nationalrates" beschloss, der sich am 4. November als „Jüdischer Nationalrat für Deutschösterreich" konstituierte. Die wichtigsten Ziele des aus 52 Mitgliedern bestehenden Rates waren die Anerkennung der Jüdinnen und Juden als Nation, Gleichberechtigung und weitgehende Selbstverwaltung, sowie die Vertretung in den repräsentativen Körperschaften. Bedeutung kam dem „Jüdischen Nationalrat", zu dessen Kompetenzen das Erteilen von rechtlichen und wirtschaftlichen Auskünften und die Organisation der Hachscharah gehörten, vor allem durch die Errichtung des „Chajes"-Realgymnasiums zu. 1919 auf Betreiben des Oberrabbiners Zwi Perez Chajes (1876–1927) gegründet, definierte sich das private, koedukativ geführte Gymnasium als „jüdischnational" und legte den Schwerpunkt des Lehrplans gemäß seinem auf die Alijah ausgerichteten Grundkonzept auf jüdische Geschichte und Literatur, Palästinakunde, Hebräisch, aber auch Englisch und Latein.[192] Die rund 1.500 Schülerinnen und Schüler, die die Institution bis zu ihrer Zwangsauflösung im Jahr 1939 besuchten, stammten mehrheitlich aus zugewanderten „ostjüdischen" Familien, wohingegen das Gros der Wiener „assimilierten" jüdischen Familien ihre Kinder in andere Schulen schickte. Trotz aller (theoretischer) Vorbereitung auf die Auswanderung nach Palästina sind vor 1938 tatsächlich nur sehr wenige Absolventinnen und Absolventen des „Chajes"-Gymnasiums emigriert.[193]

Formale Schwierigkeiten bereiteten den Aktivitäten des „Jüdischen Nationalrates" 1920 ein Ende, der Großteil seiner Aufgaben wurde vom „Zionistischen Landesverband" übernommen. Dem Landesverband unterstanden die Bezirksgruppen in Wien und die Ortsgruppen in der Provinz, daneben existierten mehrere Sonderverbände mit unterschiedlichen Zielen und Tätigkeiten (z. B. Studenten- und Sportvereine). Die laufenden Geschäfte und die Verwaltung wurden vom Landeskomitee übernommen. Während sich der „Zionistische Landesverband" bis Ende der 1920er Jahre als Dachorganisation aller österreichischer Zionistinnen und Zionisten

---

191 Anderl, Generationenkonflikte, S. 79.

192 „Versteckter und offener Antisemitismus, die allgemeine und die besondere jüdische Wirtschaftskrise, das ständige Nachlassen der religiösen Bindungen und die damit verbundene, uneingestandene seelische Leere, der wachsende Einfluss des Marxismus, der als einzige geistige Strömung ein erstrebenswertes Ideal, in den Augen vieler eine Illusion, präsentierte, das war der Hintergrund für den Versuch, eine jüdisch-nationale, humanistisch und kulturell aufgeschlossene Schule zu errichten." Binyamin Shimron, Das Chajesrealgymnasium in Wien 1919–1938. Anlässlich des 70. Jahrestages der Gründung und des 50. Jahrestags der Auflösung. Herausgegeben von einer Gruppe ehemaliger Schüler, Tel Aviv 1989, S. 4.

193 Anderl, Generationenkonflikte, S. 84f; Weinzierl, Judentum, S. 35f; Budischowsky, Jüdisch-politische Organisationen, S. 131–144.

verstand, wandelte er sich mit dem Austritt mehrerer Kleingruppen zur Partei der „Allgemeinen Zionisten".

Die „Gegenwarts-" bzw. „Diaspora-Arbeit" rückte nach dem Ersten Weltkrieg ins Zentrum der Tätigkeiten der österreichischen Zionisten, die dadurch einen ungleich höheren Teil der jüdischen Bevölkerung ansprechen und erreichen konnten als mit dem Fokus auf die häufig wenig konkrete „Palästina-Arbeit".[194] Politisch zielten die Wiener Zionisten auch in der Zwischenkriegszeit auf die „Eroberung" der Majorität innerhalb der Israelitischen Kultusgemeinde ab. Nachdem sie 1922 erstmals in den Vorstand gelangt waren, sollte es noch ein ganzes Jahrzehnt dauern, bis sie die Dominanz der liberalen „Österreichisch-Israelitischen Union"[195] zurückdrängen konnten und nach den Wahlen von 1932 durch ein Bündnis von „Allgemeinen Zionisten" und rechtszionistischen „Revisionisten" die relative Mehrheitsposition erreicht hatten. Die Anzahl der Schekelzahler unter den Wiener Jüdinnen und Juden hatte sich von 2.200 im Jahr 1912 auf 10.000 im Jahr 1925 bis hin zu 16.000 im Jahr 1932 vergrößert.[196] Der Erfolg der Zionisten bei den vorletzten Kultuswahlen vor dem „Anschluss" wurde allerdings durch die geringe Wahlbeteiligung (nur zwei Fünftel der wahlberechtigten Steuerzahler hatten ihre Stimme abgegeben) und die große Uneinigkeit sowohl unter der Wiener jüdischen Bevölkerung im Allgemeinen als auch innerhalb des zionistischen Lagers relativiert. Zum Ausdruck kam diese Zersplitterung nicht zuletzt durch mehrere institutionelle Veränderungen und Abspaltungen, die die Vielzahl an zionistischen Parteien, Organisationen und Sonderverbänden erklärt. Zur kontinuierlich bestehenden, mit unterschiedlicher Intensität ausgefochtenen Kontroverse um die Stellung von „Gegenwarts-Arbeit" und „Palästina-Arbeit" bzw. „politischen Zionisten" und „Kulturzionisten" kam in den späten 1920er Jahren ein weiterer signifikanter Konflikt hinzu, der die Zionistinnen und Zionisten auf nationaler und internationaler Ebene beschäftigte. Im Vorfeld der 1929 erfolgten Etablierung der Jewish Agency kam unter anderem die Frage auf, ob auch nicht-zionistische Gruppierungen in der offiziellen Repräsentanz der jüdischen Gemeinschaft in Palästina vertreten sein sollten.[197] Die Gegner einer solchen Einbindung fanden sich in der Gruppe der „Radikalen Zionisten" zusammen,

194 Siehe dazu Eleonore Lappin, Zwischen Tradition und Neubeginn. Die Beziehungen zwischen Österreich und dem jüdischen Palästina 1918 bis 1938. In: Das Jüdische Echo 47 (1998) S. 170–172.

195 1886 gegründet, erstrebte die „Österreichisch-Israelitische Union" (bzw. ab 1918 „Union (deutsch-) österreichischer Juden"), den Antisemitismus zu bekämpfen, die jüdische Identität zu stärken, gleichzeitig sich aber vom jüdischen Nationalismus zu distanzieren. Ihre Mitglieder zeigten eine starke Identifikation mit der Habsburgermonarchie. Während jegliche Form der zionistischen Landespolitik abgelehnt wurde, wurde der Aufbau des jüdischen Palästina etwa in Form von Spendensammlungen unterstützt. Der Gruppe der „Orthodoxen" gehörten in der Zwischenkriegszeit ca. 20 Prozent der Wiener Jüdinnen und Juden an. An politischen Fragen nur zweitrangig interessiert, blieben sie in der Kultusgemeinde stets eine kleine Minderheit. Vgl. Weinzierl, Judentum, S. 40–42; Budischowsky, Jüdisch-politische Organisationen, S. 12–130, 356–398; Wistrich, Juden Wiens, S. 257–283.

196 Eleonore Lappin, Von der Heimstätte zum Judenstaat: Der Aufbau des jüdischen Palästina in der Wiener zionistischen Presse (1928–1938). In: Susanne Marten-Finnis/Markus Winkler (Hg.), Die jüdische Presse im europäischen Kontext 1686–1990, Bremen 2006, S. 209.

197 Ausführlich wird der Konflikt bei Budischowsky, Jüdisch-politische Organisationen, S. 182–196, nachgezeichnet.

die mit ihrer „assimilationsfeindlichen", anti-sozialistischen, anti-britischen und anti-arabischen Haltung besonders in Österreich zu Bedeutung gelangten. Angeführt vom Journalisten Robert Stricker (1879–1944) schloss sich die Mehrheit von ihnen später den „Revisionisten" an. Konträr dazu positionierte sich die Fraktion um Chaim Weizmann, die die (zumindest quantitativ) gleichberechtigte Miteinbeziehung nicht-zionistischer Delegierter in der Jewish Agency befürwortete, da der Aufbau Palästinas ihrer Ansicht nach von den Zionisten allein nicht zu realisieren war. Bei der Abstimmung am 16. Zionistenkongress in Zürich vermochte sich diese Haltung durchzusetzen und die Jewish Agency konstituierte sich zu gleichen Teilen aus zionistischen und nicht-zionistischen Vertretern.

Während die „Allgemeinen Zionisten", die sich als Vertreter jener Mitglieder der Landesverbände verstanden, die sich ideologisch und parteipolitisch nicht festlegen wollten, ihre führende Rolle innerhalb der „Zionistischen Weltorganisation" 1933 an das sozialistische Lager abgeben mussten, blieben sie in Österreich bis 1938 die stärkste Fraktion und stellten, nachdem der Großteil der „Radikalen", der „Revisionisten" und der sozialdemokratischen „Hitachduth" wegen ideologischer Differenzen aus dem „Zionistischen Landesverband" ausgetreten war, auch die Mehrheit innerhalb der ursprünglich als Dachverband aller österreichischen Zionisten fungierenden Organisation. Unstimmigkeiten vor allem über die Wahl Weizmanns zum Präsidenten der „Zionistischen Weltorganisation" – von 1935 bis 1946 übte er dieses Amt aus – führten auch zu einer Spaltung der „Allgemeinen Zionisten": 1934 teilten sie sich in eine mehr linksgerichtete, „Pro-Weizmann"-Fraktion „A" (auf Weltebene konnte sich diese eindeutig durchsetzen, in Österreich blieb sie aber in der Minderheit) und eine konservative „Weizmann-kritische" Fraktion „B".

Eine weitere Absonderung einer zionistischen Gruppierung wirkte sich letztlich auch auf die Organisation der Auswanderung nach Palästina aus. Die von Vladimir Zeev Jabotinsky geführten „Revisionisten"[198] unterschieden sich programmatisch deutlich von den Inhalten und Zielen der „Zionistischen Weltorganisation", vielmehr noch forderten sie eine „Revision" der politischen Grundsätze des Zionismus. Zu den wichtigsten Zielen der Bewegung zählten die durch eine sofortige Masseneinwanderung herzustellende jüdische Mehrheit in Palästina, die Errichtung eines jüdischen Staates beiderseits des Jordan und eine energische Politik (notfalls mit militärischen Mitteln) gegenüber der britischen Mandatsregierung. Nachdem ihre Forderungen zurückgewiesen worden waren, traten die „Revisionisten" 1933 aus der Weltorganisation aus und gründeten 1935 in Wien die „Neue Zionistische Organisation" (NZO). Die Austrittsgegner verblieben mit der neu entstandenen „Judenstaatspartei" in der Weltorganisation, waren in der Folge jedoch mit Ausnahme der von Robert Stricker geführten österreichischen Landesorganisation unbedeutend. Während sich der Großteil der österreichischen „Revisionisten" von Jabotinsky

198 Zu den zionistischen „Revisionisten" siehe das Kapitel bei: Budischowsky, Jüdisch-politische Organisationen, S. 200–204; sowie ferner: Jaacov Shavit, Jabotinsky and the Revisionist Movement 1925–1948, London 1988; Walter Laqueur, Der Weg zum Staat Israel. Geschichte des Zionismus, Wien 1972, S. 357–403.

losgesagt hatte, konnte sich deren Jugendorganisation „Betar“[199] (siehe unten) mit seiner Linie identifizieren, wodurch es innerhalb des Lagers gewissermaßen auch zu einem Generationenkonflikt gekommen war.[200]

Parallel zur Entstehung der „NZO“ erfolgte in Wien Anfang 1938 auf Initiative des Journalisten, Arztes und Politikers Wolfgang von Weisl[201] (1896–1974) die Gründung der „Neu-Zionistischen Organisation Österreichs“. Die Ziele des Vereins glichen jenen der Weltorganisation; die Intention von Weisl, der selbst bereits 1922 vorübergehend nach Palästina emigriert, nach einigen Jahren aber wieder zurückgekehrt war, war vor allem die konkrete Vorbereitung der jüdischen Bevölkerung Österreichs auf die Alijah. Im Mittelpunkt der Aktivitäten standen deshalb verschiedene Informations- und Werbeveranstaltungen sowie zahlreiche Kurse, die das Aneignen beruflicher und sprachlicher Qualifikationen für Palästina bezweckten.[202]

Die Ablehnung des offiziellen zionistischen Kurses seitens der „Revisionisten“ hatte unmittelbare Folgen auch für die österreichische Alijah: Aufgrund des Zerwürfnisses mit der Weltleitung und der Kritik an der Organisation und Durchführung der Auswanderung, teilte die Jewish Agency der Partei und ihrem Jugendverband nur äußerst wenige Einwanderungsdokumente zu. Eine im Februar 1937 an das Palästina-Amt gerichtete Anfrage der Bundesleitung des „Betar“ bezüglich der Zuweisung einer entsprechenden Anzahl an Zertifikaten, die dem Verband als „weitaus größte jüdische Jugendorganisation Österreichs und als anerkannte hachscharahtreibende Gruppe“ zustehen würde, beantwortete der Leiter Alois Rothenberg zunächst dahingehend, dass das Palästina-Amt keine prinzipiellen Entscheidungen in Zertifikatsangelegenheiten treffen könnte, jedes „Betar“-Mitglied aber das Recht hätte, sich einzeln um eine Einwanderungserlaubnis zu bewerben.[203] Zwei Monate später wurde der Ausschluss des „revisionistischen“ Jugendvereins von der Zertifikatsverteilung in einem Schreiben Rothenbergs an Werner Senator von der Jewish Agency jedoch bestätigt:

> „Die Aufrechterhaltung des alten Standpunktes bedeutet tatsächlich die vollkommene Ausschaltung der Betarim von der Alijah, zumal der Austritt

---

199 „Betar“ ist die Abkürzung von „B’rith Joseph Trumpeldor“ (hebr.: „Bund Joseph Trumpeldor“) und huldigt dem 1920 in Tel Chai gefallenen Trumpeldor, der allerdings nicht dem „Revisionismus“, sondern dem zionistischen Sozialismus zuzurechnen war.

200 Anderl, Emigration, S. 191.

201 Zu Wolfgang von Weisl siehe das Porträt in Hagen/Nittenberg, Flucht, S. 200–207; außerdem seine autobiographische Skizze in: Wolfgang von Weisl (Hg.), Die Juden in der Armee Österreich-Ungarns. Illegale Transporte. Skizze zu einer Autobiographie, Tel Aviv 1971. Im Rahmen des vom FWF geförderten Projektes „Wolfgang von Weisl und seine Familiengeschichte. Vom Untergang des Habsburgerreiches zur Gründung des Staates Israel“ arbeitet die Verfasserin gemeinsam mit Charlotte Grollegg-Edler und Patrizia Gruber (Projektleitung: Dietmar Goltschnigg) den umfangreichen aus politischen und belletristischen Schriften sowie Zeitungsartikeln bestehenden Nachlass Weisls auf.

202 Anderl, Generationenkonflikte, S. 86 f.

203 Der Brief des „Betar“ schließt mit der Drohung, dass, wenn den Forderungen nicht nachgegeben würde, „wir unseren gerechten Kampf vor der breitesten Öffentlichkeit mit allen Mitteln fortsetzen werden.“ CZA, S6/3118.

des Betar aus der zionistischen Organisation mehr als zwei Jahre zurückliegt und wir heute keine Kontrolle über denselben ausüben. Überdies ist ja bekannt, dass es den Betarim von Seiten ihrer Organisation verboten ist, individuell um Zertifikate anzusuchen. Es ist wahrscheinlich, dass wir in Wien, ähnlich wie in anderen Ländern, mit Anfeindungen von Seiten der Betarim zu rechnen haben werden. Wir erachten es für ganz ausgeschlossen, dass bei der geringen Zahl der uns zur Verfügung stehenden Zertifikate die Palästina-Amts-Kommission bei ihrer heutigen Zusammensetzung freiwillig auf Zertifikate zu Gunsten des Betar verzichten wird."[204]

Die Organisation von illegalen Palästina-Transporten blieb speziell ab 1938 die Möglichkeit der „Revisionisten", sich an der Rettung der österreichischen Jüdinnen und Juden zu beteiligen. Bereits ein Jahr zuvor begann eine „revisionistische" Gruppe, Schiffstransporte nach Palästina zu organisieren, nach dem „Anschluss" wandelte sich die maßgeblich von den „Revisionisten" getragene „Alijah Beth" zu einem organisierten Rettungsprogramm.[205]

Ebenfalls zu den zionistischen Parteien, die in Österreich in der Zwischenkriegszeit existierten, zählten der religiöse „Misrachi" und die linkszionistischen Gruppierungen „Poale Zion" und „Hitachdut". Die Fraktion „Poale Zion" – nach Adolf Gaisbauer „die widerspruchsvolle Verbindung von Zionismus und Sozialismus, der höchst problematische, mühsame und stets gefährdete Versuch einer doppelten ideologischen (und organisatorischen) Zugehörigkeit"[206] – war um die Jahrhundertwende als Sonderverband innerhalb der zionistischen Bewegung entstanden und errichtete auch in Österreich eine Zweigorganisation. Zu den zentralen Zielen der vom russischen Politiker Ber Borochow (1881–1917) begründeten Partei gehörten die „Umgestaltung, Berichtigung und Gesundung der anormalen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Struktur der Juden", wobei dies nicht in der Diaspora, sondern auf einem eigenen Territorium – in Palästina – zu erreichen wäre.[207] Grundsatzdiskussionen vor allem um die Frage des Beitritts zur „Sozialistischen Internationalen" aber auch hinsichtlich der Aktivitäten in Palästina führten 1921 zur Spaltung des „Poale Zion" in einen kommunistischen und einen sozialdemokratischen Block. In Österreich blieb nur letzterer bestehen, der als „Jüdisch-sozialdemokratische Arbeiterorganisation Poale Zion" u. a. die Förderung der Umschichtung der Jüdinnen und Juden in manuelle und produktive Berufe, die Werbung für das Palästina-Aufbauwerk und die Pflege der jüdischen Kultur anstrebte. Nachdem David Ben-Gurion die korrespondierenden Parteien („Achdut Haavada"[208] und „Hapoel Hazair"[209]) in Palästina vereint hatte, schloss sich der österreichische „Poale Zion" 1932 ebenfalls

---

204 Rothenberg an Senator, 1. 4. 1937. CZA, S6/3118.

205 Siehe das Kapitel zur „Alijah Beth".

206 Gaisbauer, Davidstern, S. 368–414, hier S. 368. Siehe auch Budischowsky, Jüdisch-politische Organisationen, S. 306–333.

207 Gaisbauer, Davidstern, S. 389. Zu Ber Borochow siehe u. a. das Porträt in Avineri, Zionismus, S. 165–175.

208 Hebr.: Einheit der Arbeit.

209 Hebr.: Der junge Arbeiter.

mit der gemäßigten „Hitachduth" zur Arbeiterpartei „Mapai"[210] zusammen. 1934 von den Austrofaschisten verboten, ging daraus die Nachfolgeorganisation „Binjan Haarez"[211] hervor, die sich weitgehend aus der österreichischen Politik zurückzog.

In einer ähnlich problematischen, vielleicht noch schwierigeren, aus einer ideologischen Doppelzugehörigkeit resultierenden Situation befanden sich die Angehörigen der zionistisch-orthodoxen Partei „Misrachi". Das orthodoxe Judentum[212] reagierte auf das Programm der zionistischen Bewegung mit zwei Grundhaltungen, die sich einander konträr gegenüberstanden. Nach Ansicht der in der orthodoxen Weltorganisation „Agudath Jisroel"[213] organisierten Mehrheit war es strikt verboten, für die „Sammlung" des jüdischen Volkes in „Erez Israel" Eigeninitiative zu ergreifen. Der Zionismus, der die „Erlösung" aus eigener Kraft herbeiführen und beschleunigen wollte, war deshalb entschieden abzulehnen. Gegensätzlich positionierten sich die religiösen Zionisten, die ein Vorantreiben und ein Mitwirken an der „Rückkehr" des Volkes nach „Erez Israel" befürworteten. Die Frage nach dem Verhältnis von Zionismus und Orthodoxie stand von Beginn an im Zentrum der internen Debatten, war aber auch ein Thema, mit dem der „Misrachi" kontinuierlich von außen konfrontiert wurde, und führte dazu, dass seine Angehörigen in beiden Weltorganisationen stets in der Minderheit blieben. Ebenfalls um 1900 in Russland entstanden, breitete sich die Gruppierung auf zahlreiche andere Länder aus und verfolgte gemäß des auf der ersten „Misrachi"-Konferenz verabschiedeten Parteiprogramms unter anderem folgende Ziele:

> „1. Der ‚Misrachi' ist eine Organisation gesetzestreuer Zionisten, die, auf der Basis des Baseler Programms stehend, das Bestreben haben, für die Regeneration des jüdischen Volkes im Geiste der Thora und der Tradition zu schaffen und zu wirken. Der ‚Misrachi' sieht die Existenzbedingung des jüdischen Volkes in der strengen Befolgung der Gebote und in der Beförderung der Kolonisation Palästinas. 2. Der ‚Misrachi' verbleibt innerhalb der Gesamtorganisation des Zionismus und vertritt seine Forderungen innerhalb derselben, indem er nur für die aus religiösen und kulturellen Zielen erwachsende Arbeit eine eigene Organisation schafft …"[214]

Insgesamt blieb der Einfluss der religiösen Zionisten und der linkszionistischen Parteien in Österreich gering. Als es vor allem nach 1938 darum ging, ihren Mitgliedern zu Einwanderungsgenehmigungen für Palästina zu verhelfen, hatten sie große Mühe, sich gegenüber den „Allgemeinen Zionisten" und den „Revisionisten", die bis zum „Anschluss" die Vormachtstellung innerhalb der Kultusgemeinde innehatten, zu behaupten.

---

210 Kurz für: „Mifleget Poalei Eretz Israel", hebr.: „Partei der Arbeiter des Landes Israel".

211 Hebr.: Aufbau des Landes.

212 Die Bezeichnung „orthodoxes Judentum" meint ein „thoratreues", „gesetzestreues" Judentum, das sich strikt an die „Halacha", die jüdischen Gesetzesvorschriften, hält.

213 Hebr.: Bund Israels.

214 Gaisbauer, Davidstern, S. 414–424, hier S. 421. Siehe auch Budischowsky, Jüdisch-politische Organisationen, S. 293–305.

Neben der vielfältigen Parteienlandschaft bestanden in der Zwischenkriegszeit auch zahlreiche unterschiedliche zionistische Vereine, die einerseits den Parteien zugehörig waren (bzw. formell als Vereine agierten, aber als politische Fraktionen einzustufen waren – etwa der „Verband radikaler Zionisten Österreichs"), andererseits unabhängig existierten und mit klar umrissenen (zumeist wirtschaftlichen oder kulturellen) Intentionen gegründet worden waren, so z. B. auch die Sportvereine, die neben der körperlichen Betätigung und der Geselligkeit auf die Stärkung des jüdischen Selbstbewusstseins abzielten.

Von großer Bedeutung speziell im Hinblick auf die Auswanderung nach Palästina waren die zionistischen Jugendvereine, die auch der österreichischen Alijah in den 1930er Jahren einen starken Impuls gaben. Jüdische Jugendorganisationen[215] erlebten parallel zur allgemeinen Jugendbewegung nach dem Ersten Weltkrieg einen europaweiten Aufschwung und erhielten durch die zunehmenden Ausgrenzungstendenzen von nichtjüdischen Vereinen großen Zulauf.[216] Während sich die wichtigsten Ziele – die Förderung des Gemeinschaftsbewusstseins und die Erziehung im Sinne nationaljüdischer Vorstellungen – mit jenen anderer zionistischer Organisationen im Wesentlichen glichen, kam bei den Jugendvereinen der Gedanke des Pfadfindertums hinzu, der sich in einer ausgeprägten Naturverbundenheit, in der Bevorzugung der körperlichen bzw. manuellen Arbeit und in der Pflege des Sports niederschlug. Die politische Orientierung der Bünde war jedoch alles andere als homogen, vielmehr existierte gleich wie bei den Erwachsenenorganisationen eine Bandbreite an unterschiedlichen Richtungen, die häufig sogar innerhalb desselben Lagers zu heftigen ideologischen Auseinandersetzungen führte. Kennzeichnend für die zionistischen Jugendvereine war die konkrete Vorbereitung auf die Alijah, die von zahlreichen Bünden konsequent verfolgt wurde. Im Gegensatz zur Mehrheit der Zionistinnen und Zionisten, die die Abwanderung nach Palästina die längste Zeit nicht in Betracht gezogen hatte, war es vor allem die Jugend, die sich mit den Idealen der Bewegung identifizierte und die Alijah in vielen Fällen tatsächlich anstrebte. Die wichtigsten Vereinigungen mit zionistisch-sozialistischer Ausrichtung waren der typisch „westjüdische" „Blau-Weiß" und der typisch „ostjüdische" „Haschomer Hazair"[217]. Der 1913 gegründete „Österreichische Bund Blau-Weiß für jüdisches Jugendwandern" umfasste nach fünf Jahren bereits 22 Ortsgruppen mit insgesamt 1.200 Mitgliedern und orientierte sich hinsichtlich Organisation und Aktivitäten an der deutschen Jugendbewegung, besonders am „Wandervogel". Die

215 Siehe dazu Johanna Josephu, Jüdische Jugendorganisationen vor 1938 und nach 1945. Ein soziologischer Vergleich. Phil. Diss., Wien 2000, v.a. S. 190–231; außerdem Anderl/Jensen, Auswanderung, S. 190–195.

216 „Die zionistischen Jugendbewegungen entwickelten sich nach dem Muster der bereits existierenden deutschen Jugendbewegungen wie etwa des Wandervogels; hinzu kam noch der Einfluss der englischen Boy-Scouts. Ihr Programm zog uns vor allem deshalb an, weil es Jugendlichen Möglichkeiten zu gesunden Aktivitäten bot, wiewohl nicht verhehlt werden kann, dass wir uns auch wegen des in Wien latent stets vorhandenen Antisemitismus gerade zur jüdischen Jugendbewegung hingezogen fühlten." Kollek, Jerusalem, S. 19.

217 Hebr.: Der junge Wächter.

Intention der Bewegung geht aus einem in der Wochenschrift „Österreich" im März 1913 veröffentlichten Aufruf an jüdische Eltern hervor:

> „Wir wollen unsere Jungen und Mädchen hinausführen in die freie Natur […] Junge Juden durch turnerische Zucht zur Herrschaft über den eigenen Körper, durch Einordnung in harmonisch gefügte Verbände zu gesundem Gemeinsinn zu erziehen und durch die Zugehörigkeit zu einer frohen *jüdischen* Gemeinschaft ihr *Selbstbewusstsein* [Hervorhebungen im Original, Anm.] zu heben, ist eines unserer Ziele."[218]

Abgesehen von der angestrebten Stärkung des jüdischen Selbstbewusstseins taucht in den Statuten des „Blau-Weiß" weder nationaljüdisches noch spezifisch zionistisches Gedankengut auf und auch das Idealbild des „jüdischen Menschen" bleibt abstrakt.[219] Beeinflusst durch die kriegsbedingte Zuwanderung zahlreicher osteuropäischer Chaluzim und die 1919 beginnende Dritte Alijah legte der Bund 1922 schließlich die Emigration seiner Mitglieder nach Palästina als alleiniges Ziel fest. Größere Auswirkungen hatte der Zuzug von jüdischen Flüchtlingen aus Osteuropa auf den „Haschomer Hazair", der 1916 in Wien durch den Zusammenschluss der Mittelschülerorganisation „Zirei Zion"[220] und des „Schomrim"[221] – beide vormals getrennt voneinander in Galizien tätig gewesen – entstanden war und im Hinblick auf seine chaluzischen Aktivitäten eine Vorreiterrolle einnahm.[222] Nachdem der „Blau-Weiß"-Verein kurzzeitig den hebräischen Namen „Tchelet-Lawan" (unter dieser Bezeichnung waren z. B. die Schwesternverbände in der Tschechoslowakei tätig) angenommen und sich der Wiener „Haschomer Hazair" von der schomerischen Weltorganisation getrennt hatte, vereinigten sich die beiden größten linkszionistischen Jugendverbände zu Beginn der 1930er Jahre zum „Haschomer Hazair-Blau-Weiß".

Auf großen Zuspruch stieß der Jugendbund der „Revisionisten", der sich nicht nur durch seine starke ideologische Prägung, sondern auch durch sein besonders straffes Ausbildungsprogramm, das außerdem inhaltlich von der Hachscharah anderer Vereine differierte, unterschied. Neben geistigen und beruflichen Qualifikationen hatten sich die „Betarim" ebenfalls wehrsportliche Fähigkeiten anzueignen, in denen sie vor allem im Zuge der jährlich stattfindenden Sommerlager unterwiesen wurden. Hintergrund der paramilitärischen Übungen, die während des vierwöchigen Aufenthalts zumeist am Wörthersee praktiziert wurden, war ein erwarteter Kampf in Palästina, für welchen die jungen Einwanderinnen und Einwanderer vorbereitet werden müssten. Als Voraussetzung für die Zulassung zur „betarischen" Alijah galt das Absolvieren einer Prüfung: Geprüft wurde etwa das

218 Zit. in: Gaisbauer, Davidstern, S. 434.

219 Fritz Reuwen Kalisch, Blau-Weiß in Österreich 1929–1934. Interview von Herbert Rosenkranz, Jerusalem 17. 2. 1980, YVA, PKA/E-14, S. 5 f.

220 Hebr.: Jugend Zions.

221 Hebr.: Wächter.

222 Zu den Jugendvereinen „Blau-Weiß" und „Haschomer Hazair" in Österreich siehe Gaisbauer, Davidstern, S. 433–438.

politische, wirtschaftliche und soziale Programm des „Betar“, der Umgang mit Feuerwaffen etc.[223] Die Wiener Ortsgruppe des „Betar“ wurde 1928 gegründet, 1932 verzeichnete sie 230 und 1936 bereits 950 Mitglieder. Nach dem Zerwürfnis mit der „Zionistischen Weltorganisation“ riefen die „Revisionisten“ 1933 ihre Jugendverbände dazu auf, keine Einwanderungszertifikate mehr von der Jewish Agency anzunehmen, sondern zu versuchen, durch die Anforderung von Arbeitgebern in Palästina ins Land zu gelangen. Kurze Zeit später zogen sie diese Forderung wieder zurück, bis sie schließlich von Seiten der Weltorganisation von der Zertifikatsverteilung ausgeschlossen wurden.

Gemessen an seinen Mitgliederzahlen und seiner Funktion als Organisator der Hachscharah war der oben beschriebene Dachverband „Hechaluz“ zweifellos die bedeutendste Jugendorganisation. 1928 wurde der „Verband der zionistischen Jugendgruppen“ gegründet, in dem der Großteil der Vereinigungen – allein in Wien existierten zum Zeitpunkt seiner Gründung 32 zionistisch ausgerichtete Jugendorganisationen, darunter acht Mittelschülerverbindungen – vertreten war.

Der besonders nach 1938 zwischen den politischen Organisationen und Vereinen ausgefochtene Kampf um die Zuweisung von Palästina-Zertifikaten wurde auch unter den Jugendverbänden ausgetragen.

Zionistische Zeitungen und Zeitschriften

Dass zahlreiche der in Österreich in der Zwischenkriegszeit existierenden jüdischen Zeitungen und Zeitschriften zionistisch orientiert waren und sich diese erfolgreich positionieren konnten, führt Dieter Hecht u. a. darauf zurück, dass Wien seit der Jahrhundertwende als Zentrum der zionistischen Presse galt und die Forderungen der Zionisten in der Umbruchsstimmung nach dem Ersten Weltkrieg erstmals auf größeres Echo gestoßen waren.[224] Ein Jahr bevor die „Jüdische Zeitung“, die von 1907 bis 1920 das wichtigste Organ der Wiener Zionisten war, aus finanziellen Gründen eingestellt wurde, erschien mit der ebenfalls von der „Jüdischen Zeitungs- und Verlagsgesellschaft m. b. H.“ ab Jänner 1919 herausgegebenen „Wiener Morgenzeitung“ die erste deutschsprachige zionistische Tageszeitung. Die Zeitschrift verstand sich nach Definition des langjährigen Chefredakteurs und Mitherausgebers Robert Stricker als „Judenblatt“, dessen Gründung angesichts der „krank-

223 Vgl. „Verfassung für den betarischen Alltag“. The Jabotinsky Institute, B 11 (Betar Austria), alef 4–11. Geprüft wurde etwa das politische, wirtschaftliche und soziale Programm des „Betar“, der Yishuv und seine Strömungen, der Umgang mit Feuerwaffen etc.

224 Dieser Teil folgt den Ausführungen von Dieter Hecht, Die Stimme und Wahrheit der jüdischen Welt. Jüdisches Pressewesen in Wien 1918–1938. In: Frank Stern/Barbara Eichinger (Hg.), Wien und die jüdische Erfahrung 1900–1938. Akkulturation – Antisemitismus – Zionismus, Wien-Köln-Weimar 2009, S. 99–114, hier S. 102 f. Siehe außerdem Evelyn Adunka, Die Wiener jüdische Presse in der Zwischenkriegszeit anhand von vier Beispielen. In: Susanne Marten-Finnis/Markus Winkler (Hg.), Die jüdische Presse im europäischen Kontext 1686–1990, Bremen 2006, S. 223–233; Budischowsky, Jüdisch-politische Organisationen, S. 168–174, 213–216.

haften Scheu der jüdischen Zeitungsleute vor der Erörterung jüdischer Themen“ seiner Ansicht nach einer dringenden Notwendigkeit entsprang. Die Titulierung der österreichischen Großpresse als „Judenpresse“ hätte zwar insofern zugetroffen, als die größten Blätter von Juden veröffentlicht und geschrieben wurden; auf den Inhalt angewendet, erschien die Bezeichnung aber „geradezu widersinnig, denn alles Jüdische wird von dieser Presse grundsätzlich totgeschwiegen.“[225] Stricker bemängelte an den vorhandenen Wiener Zeitschriften insbesondere das Ignorieren der Entwicklung der zionistischen Bewegung und der Vorgänge in Palästina, Inhalte, die in der „Wiener Morgenzeitung“ neben allgemeinen politischen Themen häufig thematisiert wurden. Finanzielle Schwierigkeiten, die trotz umfangreicher Sponsorensuche nicht überwunden werden konnten, führten 1927 zur Einstellung der Zeitung, die Mitte der 1920er Jahre eine Auflage von (für eine jüdische Publikation immerhin) 8.000 Stück erreicht hatte. Das Vakuum, das durch den Zusammenbruch der für die österreichischen Zionistinnen und Zionisten bedeutendsten Zeitschrift entstanden war, versuchten mehrere publizistische jüdische und zionistische Neugründungen zu füllen. Hecht nennt eine Zahl von 21 Periodika, die im Jahr 1930 erschienen sind, darunter beispielsweise „Der Jüdische Arbeiter“, „Menorah“, „Palästina“, „Die Stimme“ und „Die Wahrheit“.[226] Als direkte Nachfolgerin der „Wiener Morgenzeitung“ entstand die Wochenzeitschrift „Die Neue Welt“, die von 1927 bis 1938 von Robert Stricker herausgegeben wurde und vorübergehend auch als Organ der „Revisionistischen Weltexekutive“ fungierte. Nach eigener Definition trat das Blatt, das dem Namen nach an das 1897 von Herzl gegründete Organ „Die Welt“ anknüpfte, „für die Versöhnung der Völker, für einen ehrlichen Frieden, für Demokratie und Völkerbund, für die Aufrichtung des Judenstaates in Palästina“ ein.[227] Mithilfe der „Jewish Telegraphic Agency“ konnte das Blatt Nachrichten zur jüdischen Weltpolitik, aus Palästina und anderen Ländern publizieren. Als Nachfolgerin der „Morgenzeitung“ verstand sich aber auch die von Leo Goldhammer, Adolf Böhm und David Rothblum von 1928 bis 1938 wöchentlich veröffentlichte Zeitung „Die Stimme“, die sich als offizielles Organ des „Zionistischen Landeskomitees für Österreich“ nicht als bloßes Parteiblatt, sondern als Volksblatt verstand, „wie denn der Zionismus nicht Partei- sondern Volksbewegung ist.“ Die Vermittlung von „authentischen und verlässlichen Informationen über das neue Erez Israel“ war eines der Hauptanliegen der Herausgeber und Redakteure, ferner ging es darum, sich gegen den zunehmenden Antisemitismus zu positionieren und die verschiedenen Lager gegen den gemeinsamen Gegner zu mobilisieren.[228] Mit einer im Jahr 1935 erreichten Auflage von 22.000 Stück war sie die größte jüdische Zeitung Österreichs.

Eleonore Lappin, die die Rezeption des Aufbaus des jüdischen Palästina in der zionistischen Presse der Zwischenkriegszeit untersucht hat, hält fest, dass sich die

225 Die Beschreibung der Blattlinie in der ersten Ausgabe schloss mit dem Hinweis: „Anderen brennt dieser Name [des „Judenblatts“, Anm.] wie ein Schandmal auf der Stirn, sie [die „Wiener Morgenzeitung“, Anm.] will ihn gerne tragen.“ In: Wiener Morgenzeitung, Jg. 1 (19. 1. 1919) Nr. 1, S. 1.

226 Hecht, Pressewesen, S. 111.

227 Die Neue Welt, Jg. 1 (23. 9. 1927) Nr. 1, S. 1.

228 Die Stimme, Jg. 1 (5. 1. 1928) Nr. 1, S. 1.

Titelseiten der Zeitungen zwar zumeist mit Palästina befassten, insgesamt aber – um den Interessen des Publikums zu entsprechen – Berichte über die Diaspora, über Österreich und die Landespolitik den weitaus größeren Raum der Blätter einnahmen.[229] Detaillierter wurden spezifische Ereignisse wie die Unruhen von 1929 oder der 1936 ausgebrochene Arabische Aufstand behandelt.

Als Instrumente für ihre Anliegen gaben zahlreiche politische Organisationen und Vereine eigene Blätter heraus, etwa die Publikationen „Hechaluz", „Der Judenstaat. Zionistisch-revisionistisches Organ", „Mitteilungen der Union der Zionisten-Revisionisten Österreichs", „Mitteilungsblätter der Liga für das arbeitende Palästina in Österreich" und „Tel Hay. Monatsschrift des Brit Trumpeldor".

Unmittelbar nach dem „Anschluss" wurden sämtliche jüdische Zeitungen und Zeitschriften in Österreich verboten. Einzig die Veröffentlichung der „Zionistischen Rundschau", die von Mai bis November 1938 erschien, und das bis Dezember 1943 herausgegebene „Jüdische Nachrichtenblatt Wien", wurden von den Nationalsozialisten geduldet. Beide fungierten als Informationsorgane und behandelten in erster Linie mit der Auswanderung verbundene Themenbereiche. Außerdem wurden darin zum Teil die nationalsozialistischen Bestimmungen, Gesetze und Verordnungen veröffentlicht.

229 Lappin, Presse, S. 210.

Die 1920er Jahre: Dritte und Vierte Alijah

Eines der wesentlichsten und unmittelbaren Ergebnisse des 1920 geschlossenen Mandatsvertrages war der enorme Anstieg der jüdischen Bevölkerung in Palästina. Schon zuvor wurde die durch den Ausbruch des Ersten Weltkrieges unterbrochene jüdische Migrationsbewegung nach Palästina im Rahmen der Dritten Alijah (1919 bis 1923) fortgesetzt. Ihre Ursachen lagen nicht nur in den Folgen der Russischen Revolution und in den Nachkriegspogromen der Ukraine begründet – maßgeblich wurde sie auch von den Diskussionen um die nationale Selbstbestimmung in Europa und durch die Verabschiedung der Balfour-Deklaration beeinflusst. Zu der Bevölkerung in Palästina, die sich im Jahr 1919 aus 551.000 Muslimen, 65.300 Juden, 62.500 Christen und 5.050 sonstigen Einwohnern (z. B. Armeniern, Drusen und Bahai) zusammensetzte[230], kamen innerhalb von vier Jahren rund 35.000 jüdische Immigrantinnen und Immigranten hinzu, wobei der Großteil abermals aus Russland und Polen stammte. Diese Neuankömmlinge, von denen zahlreiche der Bewegung des „Hechaluz“ angehörten, werden gemeinsam mit jenen der Zweiten Alijah als Generation der „Pionier- und Gründerväter“ charakterisiert, unterstützten sie doch den Aufbau der jüdischen Landwirtschaft, stellten Arbeitskräfte für den Wohnungs- und Straßenbau und die Industrie und nahmen darüber hinaus eine bedeutende Rolle innerhalb des Yishuvs ein, auch wenn dessen Angehörige den Zuwanderinnen und Zuwanderern nicht vorbehaltlos gegenüberstanden: „Wir alle lieben die *Alijah*, aber nicht die *Olim*“, beschrieb der hebräische Dichter Chajim Nachman Bialik (1873–1934) die Situation der Neueinwanderinnen und Neueinwanderer, die oftmals alles andere als brüderlich und herzlich aufgenommen wurden.[231]

Die Mehrheit der ersten Immigrantinnen und Immigranten ließ sich in Städten nieder und war etwa als Handwerker oder Tagelöhner oder in der Verwaltung tätig, viele arbeiteten als Lehrer, Journalisten, Ärzte oder Anwälte. Durch die Gründung mehrerer neuer Siedlungen vergrößerte sich außerdem die Landkarte Palästinas zugunsten der jüdischen Bevölkerung. Entgegen den Vorstellungen Herzls, der das Hebräische als ungeeignet für eine alltägliche Umgangssprache hielt[232] und einen sprachlichen Föderalismus nach Schweizer Vorbild befürwortete („Jeder behält seine Sprache, welche die liebe Heimat seiner Gedanken ist“[233]), fand die hebräische

230 Krämer, Geschichte Palästinas, S. 186.

231 Shalom Ben-Chorin, Fremdheit und Verfremdung. In: Walter Zadek (Hg.), Sie flohen vor dem Hakenkreuz. Selbstzeugnisse der Emigranten. Ein Lesebuch für Deutsche, Reinbek bei Hamburg 1981, S. 141. Zum angesprochenen Konflikt siehe ausführlich das Kapitel zur Fünften Alijah.

232 Bekannt wurde vor allem folgender Ausspruch: „Wer von uns weiß genug Hebräisch, um in dieser Sprache ein Bahnbillet zu verlangen?“ Herzl, Judenstaat, S. 99.

233 Ebda.

Sprache, verstanden als Synonym der nationalen Renaissance des Judentums, bald Eingang in alle Lebensbereiche. Auf die Wichtigkeit, sich das Hebräische als Neueinwanderer so rasch wie möglich anzueignen, wird im Palästina-Informationsbuch nachdrücklich hingewiesen:

> „Die Kenntnis des Hebräischen ist für jeden Juden, der in Erez Israel leben will, unerlässlich, weil es die Umgangssprache des jüdischen Jischuw ist. Die Zeitungen erscheinen in Hebräisch, die Aufschriften in den Städten und am Lande sind hebräisch. Wer nicht hebräisch kann, ist und bleibt in Erez ein Fremder, der sich nicht verwurzeln und einleben kann und dessen wirtschaftliches Fortkommen in der schwersten Weise gehemmt ist."[234]

Wie in den Jahren zuvor verlief die Einwanderung auch innerhalb der größeren Wellen sehr ungleichmäßig. Die rund 67.000 Immigrantinnen und Immigranten, die mit der Vierten Alijah ins Land kamen, setzten sich wie folgt zusammen: 1924 und 1926 immigrierten je 13.000 Jüdinnen und Juden, 1925 33.000, 1927 bloße 2.300 und 1928 nur mehr 800.[235] Die erstaunlich hohe Anzahl im Jahr 1925 war die Folge zweier Entwicklungen, die als so genannte „push-Faktoren" wirkten: Einerseits verschärften die Vereinigten Staaten (seit dem späten 19. Jahrhundert das wichtigste Zielland europäischer Emigrantinnen und Emigranten jeder Nationalität und Konfession) ihre Einwanderungsgesetze. Durch die Einführung von festen Quoten, die von der Summe bereits in den USA lebender Neubürgerinnen und Neubürger des jeweiligen Herkunftslandes abhingen, reduzierte sich die Anzahl der in die USA immigrierenden Jüdinnen und Juden von 49.989 im Jahr 1924 auf rund 10.292 im Folgejahr.[236] Auf der anderen Seite zwang die restriktive Wirtschafts- und Finanzpolitik in Polen viele Jüdinnen und Juden dazu, ihre Heimat in Richtung Palästina zu verlassen. Trotz der daraus resultierenden starken Zuwanderung verzeichnete der Yishuv in diesen Jahren einen Nettorückgang, der durch Tausende Jüdinnen und Juden, die nicht Fuß fassen konnten und das Land deswegen wieder verließen, zustande gekommen war. Entgegen den Hoffnungen Weizmanns, der 1919 eine jährliche Einwanderung von 70.000 bis 80.000 Personen vorausgesagt hatte, lag es den Zionisten zu diesem Zeitpunkt fern, eine Masseneinwanderung zu propagieren, da auch sie um die engen Grenzen der frühen Immigration wussten.

Anhand der vorliegenden Quellen lässt sich auch der Anteil österreichischer Jüdinnen und Juden an der Alijah der 1920er Jahre zumindest annähernd quantifizieren. Freilich kann die Wiedergabe von Zahlen nur unter Vorbehalt erfolgen – neben der allgemein unsicheren Messbarkeit von Migrationsbewegungen kommt im Falle der Palästina-Wanderung hinzu, dass die statistischen Angaben der verschiedenen Stellen nicht miteinander übereinstimmen und lückenhaft sind. Es erscheint daher sinnvoll, die verfügbaren Daten aus den Jahren 1920 bis 1928 zu vergleichen.

234 Palästina-Informationsbuch, S. 69.
235 Krämer, Geschichte Palästinas, S. 229.
236 Wasserstein, The British in Palestine, S. 160.

Obwohl die Quellen unterschiedliche Perioden anführen, wird versucht, das Jahr 1929, das den Beginn der Fünften Alijah markiert, und die Folgejahre vorläufig auszuklammern. Zum Vergleich und zur Einordnung werden – soweit möglich – auch Zahlen zur deutschen, zur polnischen und zur gesamten Alijah dargelegt. Vorausgeschickt seien Angaben zur Größe der jeweiligen jüdischen Landesbevölkerungen: Während die Volkszählung von 1934 in Österreich ca. 190.000 Jüdinnen und Juden ergab, zählte die jüdische Bevölkerung Deutschlands im Jahr 1933 rund 530.000 Personen. In Polen lebten der Volkszählung von 1931 zufolge rund 3,130.000 Personen mit jüdischem Glaubensbekenntnis.

Wenig aufschlussreich ist die Alijah-Statistik des Wiener Palästina-Amtes, die nicht zwischen den österreichischen Emigrantinnen und Emigranten und den vor allem in den Nachkriegsjahren zahlreichen Durchwanderinnen und Durchwanderern differenziert. Zwischen 1920 und 1922 wurden 3.614 Auswanderinnen und Auswanderer abgefertigt, zwischen 1923 und 1924: 942, im Jahr 1925: 1.022, 1926: 331, 1927: 52 und 1928: 56 Personen.[237] Auch die Daten des Wanderungsamtes enthalten weder eine Unterscheidung zwischen den aus Österreich stammenden Auswanderinnen und Auswanderern und den Transitmigrantinnen und -migranten, noch eine Differenzierung zwischen jüdischen und nichtjüdischen Emigrantinnen und Emigranten, liefern aber einen Einblick in den Stellenwert der Palästina-Wanderung in der gesamten Überseewanderung. Diese betrug von 1919 bis 1929 62.211 Personen, Palästina hatten davon nur 303 Personen zum Ziel. Nach Jahren gegliedert traten 1919/1920: 8, 1921: 17, 1922: 38, 1923: 23, 1924: 31, 1925: 107, 1926: 46, 1927: 10, 1928: 3 und 1929: 20 Emigrantinnen und Emigranten ihre Reise nach Palästina an.[238] Das vom Statistischen Amt der Jewish Agency herausgegebene „Statistical Handbook of Jewish Palestine" hingegen kategorisiert die Einwanderinnen und Einwanderer nach Staatsbürgerschaft und letztem Wohnsitz. Diesen Aufzeichnungen zufolge sind 1920 350 österreichische Staatsbürgerinnen und -bürger nach Palästina migriert, 1921: 95, 1922: 26, 1923: 26, 1924: 30, 1925: 118, 1926: 71, 1927: 9 und 1928: 6. 731 Österreicherinnen und Österreichern standen in derselben Periode 997 deutsche und 40.569 polnische Staatsbürgerinnen und -bürger und eine Gesamtzahl von 95.683 jüdischen Einwanderinnen und Einwanderern gegenüber. Den letzten Wohnsitz in Österreich hatten von den im Zeitraum 1925 bis 1931 insgesamt 51.716 Immigrierten – eine Aufschlüsselung nach Jahren erfolgte hier nicht – 1.009 Personen. Vergleichsweise wohnten 25.078 emigrierte Jüdinnen und Juden zuvor in Polen und 1.293 in Deutschland.[239] Wieder nach anderen Kriterien

237 Palästina-Informationsbuch, S. 47.

238 ÖSta, AdR/BKA/WA 2236/345. Als Beispiel werden die vom Wanderungsamt dokumentierten Zahlen zur Wanderungsbewegung des Jahres 1926 wiedergegeben: In Überseeländer wanderten insgesamt 3.895 Personen aus, die Mehrheit davon nach Nord- und Südamerika (in die USA 629, nach Brasilien 906, nach Argentinien 815), nach Palästina nur 46. Als Durchwanderinnen und Durchwanderer wurden 49.125 Personen registriert, der Großteil stammte aus Rumänien, Polen und Jugoslawien. ÖSta, AdR/BKA/WA 2236/339.

239 Jewish Agency for Palestine (Hg.), Statistical Handbook of Jewish Palestine, Jerusalem 1947, S. 104–108. Die Zahlen basieren auf Volkszählungen und Schätzungen der Jewish Agency und der britischen Regierung.

unterteilten die von der britischen Mandatsverwaltung erstellten „Palestine Blue Books of Statistics“ die Einwanderinnen und Einwanderer, wobei die Zahlen erst ab dem Jahr 1926 vorhanden sind und für die ersten Jahre nur die Kategorie „Herkunft“ aufscheint. Zwischen 1. April 1926 und 31. März 1927 stammten 122 nach Palästina Einwandernde aus Österreich, vom 1. April 1927 bis zum Jahresende 26 und 1928 ebenfalls 26. Während also 174 Personen ihre Herkunft mit Österreich angaben, kamen 373 aus Deutschland und 5.407 aus Polen. Insgesamt wanderten in diesem Zeitraum 12.713 Jüdinnen und Juden nach Palästina ein.[240] Schließlich liegt eine weitere Statistik der Mandatsregierung vor, in der allerdings auch jene Personen inkludiert sind, die als Touristinnen und Touristen ins Land reisten. Im Zeitraum 1924 bis 1929 gelangten 63.049 Reisende nach Palästina, davon waren 940 aus Österreich, 2.140 aus Deutschland und 33.389 aus Polen.[241]

Trotz aller Unterschiedlichkeiten und Unvollständigkeiten der einzelnen Aus- und Einwanderungsstatistiken ist eindeutig feststellbar, dass es sich bei der österreichischen Alijah der 1920er Jahre um eine äußerst marginale Erscheinung handelte. Unter Heranziehung aller verfügbaren Daten kann davon ausgegangen werden, dass bis zum Ende des Jahrzehnts ein paar hundert, höchstens knappe 1.000 österreichische Jüdinnen und Juden nach Palästina migriert sind. Parallel zum allgemeinen (enormen) Zuwachs der jüdischen Palästina-Wanderung in den 1930er Jahren stieg auch der österreichische Anteil daran, blieb bis 1938 in einer Gesamtsicht aber immer noch gering.

240 Palestine Blue Books of Statistics, TNA, CO 821/1–3.
241 TNA, CO 733/188/2.

Die Fünfte Alijah

Spezifika

Aufgrund der Signifikanz für die Geschichte Palästinas und vorausblickend für jene des Staates Israel im Allgemeinen, für die jüdische Palästina-Wanderung im Besonderen sowie für die Flucht der europäischen Jüdinnen und Juden aus dem faschistischen Europa erscheint es lohnend und notwendig, sich mit der Fünften Alijah (1929 bis 1939) im Detail auseinanderzusetzen und dabei auf verschiedene Aspekte einzugehen. Einige Anmerkungen zum Charakter der Immigrationsperiode sollen vorausgeschickt werden. Bei der Frage nach den Ursachen des massiven Anstiegs der jüdischen Einwanderung (zu den Zahlen siehe unten) muss der Blick wie bei den früheren Alijoth auf die Situation in den Herkunftsländern gerichtet werden. Zweifellos ist der Zuwachs primär auf die nationalsozialistische Machtergreifung zunächst in Deutschland, danach in Österreich und der Tschechoslowakei sowie auf die zu der Zeit seit Jahren bestehende und sich durch die Weltwirtschaftskrise noch einmal verschärfende wirtschaftliche Notlage vor allem der osteuropäischen Staaten zurückzuführen. Die Vereinigten Staaten und viele andere Länder schränkten die Einwanderungsmöglichkeiten infolge der ökonomischen Krise zusätzlich ein, wodurch der Blick der „Auswanderungswilligen“ auf Palästina gelenkt wurde. Dass dem Land allerdings – so der Hinweis bei Yechiam Weitz[242] – in den Augen europäischer Jüdinnen und Juden während der 1930er Jahre zum ersten Mal die Rolle eines sicheren, Schutz spendenden Hafens zugekommen wäre, kann nicht nachvollzogen werden, stellte es doch auch in allen früheren Einwanderungsphasen einen Zufluchtsort für die in den verschiedenen Staaten bedrängte jüdische Bevölkerung dar. Das Ausmaß der Auswanderung als Indikator für den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Status der Jüdinnen und Juden zu begreifen, ist letztlich ein Spezifikum der jüdischen Migrationsgeschichte. Was hingegen nicht bestritten werden kann, ist, dass die Alijah in ihrer Funktion als Fluchtbewegung im Laufe ihrer fünften Periode einen erheblichen Bedeutungszugewinn verzeichnete – dies allein deshalb, weil Judenverfolgungen in mehreren Staaten gleichzeitig zum „politischen Programm“ gehörten. Neuartig an dieser Migrationsbewegung war außerdem, dass sie erstmals zu großen Teilen von mitteleuropäischen Jüdinnen und Juden getragen wurde. Der (vermeintlich) hohe deutsche Anteil an der Fünften Alijah führte sogar dazu, dass die Einwanderung der Jahre 1929 bis 1939 inoffiziell „Deutsche Alijah“ genannt wurde. Da die deutschen Jüdinnen und Juden mit 36.000 Einwanderinnen und Einwanderern zwischen 1932 und 1939 nur 19 Prozent der Gesamtimmigration stellten, müssen nach Weitz andere Gründe für die Namensgebung ausschlaggebend gewesen sein: Im Gegensatz zum quantitativen Anteil war das Gewicht der deutsch-jüdischen Immigrantinnen und Immigranten

242 Weitz, Yishuv, S. 134.

im Yishuv erstaunlich hoch – auf allen wichtigen Gebieten übten Vertreterinnen und Vertreter dieser Einwandergruppe einen spürbaren Einfluss aus. Neben der Medizin, Industrie, Architektur etc. war es insbesondere der landwirtschaftliche Bereich, der von der Erfahrung und den Kenntnissen der deutschen Jüdinnen und Juden profitierte. Abgesehen vom Know-how wirkte sich auch das in erster Linie durch das Haavara-Transfer-Abkommen mitgebrachte Privatkapital äußerst positiv auf die sozio-ökonomische Entwicklung des Yishuvs aus (siehe unten).[243]

In Anbetracht des Nutzens, den die jüdische Bevölkerung in Palästina aus der deutschen Alijah ziehen konnte, wäre die Annahme naheliegend, dass deren Vertreterinnen und Vertreter wohlwollend aufgenommen wurden – gerade dieser Einwanderergruppe aber stand der Yishuv mit Vorbehalt und Ablehnung gegenüber, was die weitläufig bekannte und viel zitierte Frage „Kommen Sie aus Überzeugung oder aus Deutschland?“[244] verdeutlicht. Nicht der zionistischen Ideologie wegen, sondern erst als es die politische Situation in der ehemaligen Heimat erforderlich machte, nicht als Zionistinnen und Zionisten, sondern als Flüchtlinge waren sie ins Land gekommen, lautete der grundsätzliche Vorwurf.[245] Hinzu kam, dass „der deutsche Einwanderer“ der 1930er Jahre dem jüdischen Ideal eines körperlich arbeitenden, kämpferischen Pioniers in der Regel alles andere als entsprach und vergleichsweise große Schwierigkeiten hatte, sich in die von osteuropäischen Jüdinnen und Juden und orientalischen Einflüssen geprägte Gesellschaft Palästinas zu integrieren. Der Konflikt zwischen den Repräsentantinnen und Repräsentanten der zionistischen Pioniergeneration und den nachkommenden Einwanderinnen und Einwanderern wäre nach Gerda Luft allein schon deshalb vorprogrammiert gewesen, weil erstere die Lebensbedingungen an dem maßen, was vor zwanzig Jahren war, letztere die Verhältnisse hingegen mit jenen verglichen, die sie gerade verlassen hatten.[246]

---

243 Weitz, Yishuv, S. 135 f.

244 Die Phrase existiert in der Literatur in unterschiedlichen Varianten (z. B. in der Du-Form).

245 In einem 1934 im Mitteilungsblatt der HOA veröffentlichten Artikel verweist der Autor auf den Unterschied zwischen „Emigranten“ und „Olim“ und warnt vor einer „Absonderung“ der deutschen Immigrantinnen und Immigranten in Palästina: „Es ist das erste Mal, dass Palästina eine große Einwanderung von Menschen aufzunehmen hat, die bisher allem Zionistischen, allem Palästinensischem, allem Jüdischem fremd waren und nicht aus positiv jüdischen Motiven nach Palästina gekommen sind. […] Das Problem lässt sich in einem Satz zusammenfassen: ein großer Teil der deutschen Einwanderer sind *Emigranten*, keine *Olim*. Sie sind Emigranten, die Deutschland verlassen mussten und sich aus irgendwelchen Gründen (Prosperity, Familienbeziehungen) entschlossen haben, nicht nach Paris oder Prag, sondern nach Palästina zu gehen. Sie bilden eine Emigrantenkolonie in den drei Städten des Landes und führen das Leben fort, das sie in Berlin oder anderen Städten Deutschlands geführt haben. Sie wollen Geschäft, Bequemlichkeit, Vergnügungen, wollen ihre deutsche Zeitung lesen und stehen dem öffentlichen Leben dieses Landes ebenso gegenüber, wie sie in Wahrheit dem öffentlichen Leben Deutschlands gegenüber gestanden haben, auch wenn sie sich, subjektiv ehrlich, als begeisterte Deutsche empfanden. Sie haben in Deutschland nicht gelernt. Sie haben nicht gelernt, dass ihre Instinktlosigkeit gegenüber dem, was in Deutschland vorging, die Katastrophe hat über sie hereinbrechen lassen. Sie verstehen nicht, dass sie in Palästina keinesfalls wiederum sich vom Leben der einzigen Gemeinschaft absondern können, zu der sie durch Blut und Schicksal gehören, von der jüdischen. […].“ Fritz Löwenstein, Emigranten und Olim. In: Mitteilungsblatt der HOA. November 1934 (II) S. 9–11.

246 Luft, Heimkehr, S. 35.

> „Ihre Habe brachten sie in riesigen Holzkisten mit, von denen einige anschließend als Geräteschuppen oder Obdachlosenbehausung dienten. Bei der Ankunft enthielt so ein Holzcontainer oft schwere Mahagonimöbel, einen Flügel und einen elektrischen Kühlschrank, der angesichts der orientalischen Hitze aber bald kaputtging und zur einfachen Kühlbox degradiert wurde. Die deutschen Juden brachten ihr Porzellan und Kristall mit, ihre Bettdecken, Kissen und Damastservietten, die Maßanzüge, die sie in Deutschland getragen hatten, und zahllose andere Dinge, die ihnen das Leben dort angenehm gemacht hatten: Zigarrenabschneider, Kirschentsteiner, Briefwaagen, Dochtscheren, kleine Tischbesen mit Krümelschaufeln. Ärzte und Handwerker kamen mit komplizierten Geräten und Werkzeugen, die in Palästina selten oder sogar unbekannt waren, denn sie hofften, die ihnen aus der alten Welt geläufige Lebensweise beibehalten und nach Palästina verpflanzen zu können.“[247]

Harsche Kritik seitens des Yishuvs und die Einführung wenig schmeichelhafter Begriffe wie „Hitler-Zionisten“ oder „Jeckes“[248], zu welchen im Übrigen auch die österreichischen Immigrantinnen und Immigranten gezählt wurden, waren die Folge.[249] Verspottet wurde dabei speziell die von Ordentlichkeit, Pünktlichkeit und Kultursinn geprägte Lebensweise der deutschen und österreichischen Einwanderinnen und Einwanderer.

Gewissermaßen als Reaktion auf die Ansprüche, die an die Neueinwanderinnen und -einwanderer gestellt wurden oder als Form des Umgangs mit der schwierigen Situation, die die Immigration mit sich brachte, betonten häufig gerade jene Einwanderinnen und Einwanderer, die dem Zionismus in ihrem Herkunftsland fern gestanden waren, ein Nahverhältnis zu eben diesem. Der deutsche Journalist und Fotograf Walter Zadek (1900–1992), der selbst 1933 nach Palästina emigriert war, kommentierte diese Beobachtung wie folgt:

---

247 Vgl. Tom Segev, Die siebte Million. Der Holocaust und Israels Politik der Erinnerung, New York 1995, S. 52–69, hier S. 67 f.

248 Für die Herkunft des Terminus „Jecke“ gibt es unterschiedliche Erklärungen, z. B. wird auf die Jacke Bezug genommen, die deutsche Juden auch im heißen Palästina mit Vorliebe getragen hätten. Einen Versuch, den „Jecke“ zu charakterisieren, unternimmt Eva Beling und führt als wesentliche Merkmale staatsbürgerliche Loyalität, schwaches Kollektivbewusstsein mit dem jüdischen Volk, politische Passivität und gehobenen Bildungsgrad an. „Ganz scharf gefasst, kann man sagen, der Jecke ist ein guter Deutscher in der jüdischen Diaspora, der sich nicht zwischen der neuen Heimat, die ihm sicherlich lieb geworden ist, und der alten Heimat, die er in ihrer neuen Form teilweise sogar fürchtet, zu entscheiden wagt.“ Eva Beling, Die gesellschaftliche Eingliederung der deutschen Einwanderer in Israel. Eine soziologische Untersuchung der Einwanderung aus Deutschland zwischen 1933 und 1945, Frankfurt 1967, S. 58–65, hier S. 65. Siehe auch Klaus Hillenbrand, Fremde im neuen Land. Deutsche Juden in Palästina und ihr Blick auf Deutschland nach 1945, Frankfurt am Main 2015, S. 17–88; Gisela Dachs (Hg.), Jüdischer Almanach. Die Jeckes, Frankfurt am Main 2005.

249 Helga Embacher/Margit Reiter, Gratwanderungen. Die Beziehungen zwischen Österreich und Israel im Schatten der Vergangenheit, Wien 1993, S. 29 f.

> „Natürlich betonen viele Neueinwanderer trotzig: ‚Dies ist das Land unserer Väter' (als hätten sie ein fast zweitausendjähriges Erinnerungsvermögen), ‚hier gehören wir hin!' Damit geben sie ein ihnen gepredigtes Geschichtsbewusstsein als echtes Gefühl aus. Je unselbständiger sie schon früher in ihren Ansichten gewesen waren, je beeinflussbarer sie weiterhin durch jede ‚öffentliche Meinung' sind, desto schneller halten sie sich für zugehörig."[250]

Obgleich die Rolle der Rettungsbewegung bei der Alijah der 1930er Jahre unbestritten einen anderen Stellenwert als bei den früheren Alijoth einnahm, darf gleichzeitig nicht übersehen werden, dass im selben Zeitraum auch der Zionismus zu einem immer wichtigeren Motiv der Palästina-Wanderung geworden war. Kennzeichnend für die Zwischenkriegszeit ist ein Aufblühen (nicht nur) des jüdischen Vereinswesens, das sich in der Reaktivierung von früheren und in der Gründung von zahlreichen neuen Zusammenschlüssen niederschlug. Speziell die zionistischen Jugendvereine erfreuten sich vor allem aufgrund ihrer Sozialisierungsfunktion großen Zulaufs. Die Hachscharah, die umfassende Vorbereitung auf die Auswanderung und Niederlassung in Palästina, worauf der Großteil der Vereinigungen abzielte, blieb zwar überwiegend theoretischer Natur; durch die Aktivitäten wurden aber Netzwerke und Grundlagen geschaffen, auf die die Mitglieder, als sich die Alijah konkretisierte, vielfach zurückgreifen und davon profitieren konnten.

Schließlich ist auch das Phänomen der illegalen Einwanderung als Novum der Fünften Alijah zu nennen. Einen merklichen Anstieg verzeichnete die so genannte „Alijah Beth"[251] zwar erst ab Mitte 1938, als mit der nationalsozialistischen Bedrohung einerseits und den begrenzten Fluchtmöglichkeiten andererseits Alternativen gefunden werden mussten und verschiedene zionistische Verbände häufig von Wien aus illegale Schiffstransporte zu organisieren begannen. Sowohl jüdische als auch muslimische Palästina-Wanderinnen und -Wanderer waren jedoch bereits in den Jahren zuvor auf „unrechtmäßige" Art und Weise ins Land gekommen, in den meisten Fällen mithilfe eines Touristenvisums, dessen erlaubte Dauer überschritten wurde. Die britische Regierung suchte deshalb schon zu Beginn der 1930er Jahre nach effektiven Strategien und Maßnahmen, um diesen Entwicklungen entgegenzuwirken (siehe unten).

Zahlen

Zur bedeutendsten Immigrationsperiode vor dem Zweiten Weltkrieg wurde die Fünfte Alijah in erster Linie aufgrund ihres zeitlichen und quantitativen Umfangs. Zwischen 1929 und 1939 – teilweise wird der Beginn mit einem späteren Jahr angegeben, hier wird von einem Zeitraum von zehn Jahren ausgegangen – strömten mehr als 200.000 Jüdinnen und Juden nach Palästina, wobei die Migrationsbe-

250 Walter Zadek, Emigration und Wesenswandlung. In: Zadek, Selbstzeugnisse, S. 183.
251 Nach dem zweiten Buchstaben des hebräischen Alphabets „Bet".

wegung nicht nur im Hinblick auf die personelle Beschaffenheit, sondern auch in quantitativer Hinsicht sehr unterschiedlich verlief. Resultierend aus den oben beschriebenen politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen in den Herkunftsländern wanderte die überwiegende Mehrheit während der ersten Phase, deren Ende der Arabische Aufstand von 1936 markierte, ein. Auf die einzelnen Jahre verteilte sich die Alijah laut den Aufzeichnungen der Jewish Agency wie folgt: 1929 kamen 5.249 Jüdinnen und Juden ins Land, 1930: 4.944, 1931: 4.075, 1932: 9.553, 1933: 30.327, 1934: 42.359, 1935: 61.854 und 1936: 29.757. Die daraus hervorgehenden demographischen Veränderungen betrafen sowohl die Größe des Yishuvs als auch dessen proportionalen Anteil an der Gesamtbevölkerung Palästinas: 1929 lebten 156.800 Jüdinnen und Juden in Palästina, die 16,3 Prozent der Bevölkerung ausmachten; bis 1936 waren diese Zahlen auf 404.400 bzw. 29,2 Prozent gewachsen.[252]

Der dramatische Anstieg der jüdischen Einwanderung während der ersten Periode der Fünften Alijah bedingte einen gleichermaßen dramatischen Rückgang in den Folgejahren: Großbritannien reagierte auf den arabischen Widerstand gegen den immensen Zuwachs der jüdischen Bevölkerung in Palästina mit einer deutlichen Reduzierung der Einwanderungsquoten, die die Immigrationszahlen im Jahr 1937 auf 10.536, 1938 auf 12.868 fallen ließen. 1939 kam es zu einer letztmaligen Zunahme, wobei – wiederum als Folge der beschränkten Zertifikatsausgabe – auch der Anteil der illegalen Alijah beträchtlich stieg: Von den 27.561 Immigrantinnen und Immigranten kamen (geschätzte) 11.156 auf illegalem Weg ins Land. Schließlich führte der Kriegsausbruch zu einer beinahe vollständigen Einstellung der geregelten Einwanderung nach Palästina und letztlich zum Ende der fünften Immigrationswelle. Am Vorabend des Zweiten Weltkriegs lebten ungefähr 475.000 Jüdinnen und Juden in Palästina.

Bei der Quantifizierung der österreichischen Alijah zwischen 1929 und 1939 werden hier abermals die Daten aller vorliegenden Statistiken wiedergegeben. Jene des Wiener Palästina-Amtes beziffert die über das Büro abgefertigten Personen bis 1935 folgendermaßen: 1929: 206, 1930: 115, 1931: 118, 1932: 132, 1933: 299, 1934: 604 und 1935: 934.[253] Die vom Wanderungsamt getätigten Aufzeichnungen sind für die Jahre 1929 und 1930, sowie 1933 bis 1937 verfügbar: Ihnen zufolge emigrierten 1929 20 Personen von Österreich nach Palästina, 1930: 28, 1933: 229, 1934: 518, 1935: 509, 1936: 161 und 1937: 78. Die zwischen 1919 und 1936 erfolgte Palästina-Wanderung von Österreicherinnen und Österreichern belief sich gemäß dieser Statistik auf 1.931.[254] Es sei hier allerdings noch einmal darauf verwiesen, dass

252 Statistical Handbook of Jewish Palestine, S. 47. Vermutlich weil die illegale Einwanderung nicht berücksichtigt, die Emigration aber abgezogen wurde, weichen die Daten der „Palestine Blue Books of Statistics“ ab 1933 von diesen Zahlen etwas ab. TNA, CO 821/8–14.

253 Palästina-Informationsbuch, S. 47. Die Broschüre wurde 1936 veröffentlicht, weswegen die letzten Daten aus dem Jahr 1935 stammen. Im Kapitel zur Bevölkerung Palästinas tauchen merkwürdigerweise andere Zahlen auf: 1933 wären 312 Personen von Österreich nach Palästina emigriert (darunter 77 „Kapitalisten“, 49 angeforderte Familienangehörige und 186 Zertifikatsempfängerinnen und -empfänger – vermutlich der Arbeiterkategorie), 1934 771 (211 „Kapitalisten“, 141 Familienangehörige und 479 Zertifikatsempfängerinnen und -empfänger). Ebda., S. 68.

254 ÖSta, AdR/BKA/WA 2236/344–346. Vgl. Anderl, Generationenkonflikte, S. 94.

die beiden eben wiedergegebenen Erhebungen nicht zwischen „Österreicherinnen“ und „Österreichern“ und Transitmigrantinnen und -migranten unterscheiden.

Das „Statistical Handbook of Jewish Palestine“ präsentiert folgende Zahlen zur österreichischen Alijah (in Klammer jeweils die Vergleichswerte für Deutschland und Polen): 1929 wanderten 16 österreichische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger ein (43; 1.978), 1930: 34 (47; 2.388), 1931: 10 (42; 1.610), 1932: 46 (153; 2.987), 1933: 291 (5.750; 12.879), 1934: 720 (6.992; 16.829), 1935: 767 (5.464; 29.407), 1936: 410 (5.757; 12.929), 1937: 150 (2.665; 3.578), 1938: 1.744 (3.367; 3.346) und 1939: 1.495 (5.832; 1.892). Andere Daten beziehen sich auf den Stand des letzten Wohnsitzes und geben für den Zeitraum 1932 bis 1939 für Österreich 6.320 Einwanderinnen und Einwanderer an, für Deutschland 41.089 und für Polen 76. 500.[255] Für die Jahre 1929 bis 1932 betrifft die Statistik der „Palestine Blue Books of Statistics“ ebenfalls den letzten Wohnsitz: Diesen hatten in Österreich 1929 120 jüdische Einwanderinnen und Einwanderer; 1930: 69, 1931: 41 und 1932: 98. Während für 1933 und 1934 nur die Nationalität als Kategorie aufscheint (im ersten Jahr immigrierten 328, im zweiten 928 österreichische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger), wurden die Einwanderinnen und Einwanderer ab dem Jahr 1935 sowohl nach Nationalität als auch nach Geburtsland und letztem Wohnsitz unterteilt. Angeführt in dieser Reihenfolge sind die Zahlen für 1935: 749, 667 und 1.221; für 1936: 387, 362 und 519; für 1937: 149, 132 und 184 und für 1938: 1.192, 1.264 und 1. 996.[256] In der Statistik von 1939 scheint Österreich nicht mehr separat auf.[257]

Um die Stellung Palästinas als Immigrationsland in der gesamten jüdischen Emigration aus Österreich vor 1938 darzulegen, sollen außerdem die bei Jonny Moser angeführten Zahlen wiedergegeben werden, der sich dabei auf die Daten des „Statistischen Jahrbuchs für Österreich 1938“ bezieht (in Klammer die Anzahl der Palästina-Emigrantinnen und -emigranten): 1930 wanderten insgesamt 4.181 Jüdinnen und Juden aus (28 davon nach Palästina), 1931: 2.585 (24), 1932: 2.129 (81), 1933: 1.404 (229), 1934: 2.172 (518), 1935: 2.246 (509), 1936: 1.683 (161) und 1937: 1.550 (77). Der Großteil der Auswanderinnen und Auswanderer entschied sich in diesen Jahren für nord- und südamerikanische Staaten.[258]

Detaillierte Angaben sowohl für die gesamte als auch für die österreichische jüdische Einwanderung in Palästina liegen für das Jahr 1935 vor – die Zahlen des quantitativ stärksten Jahres der Fünften Alijah können wie folgt wiedergegeben werden. Das „Statistical Handbook of Jewish Palestine“ bezifferte die Immigration von 1935 mit 61.854, was einen Anteil von 15,7 Prozent an der gesamten Einwanderung von 1919 bis 1945 (394.683 Einwanderinnen und Einwanderer) ausmachte. Nach Kategorien gliederten sich die Immigrantinnen und Immigranten in 15.551 „Kapi-

255 Statistical Handbook of Jewish Palestine, S. 104–109.

256 359 der im Jahr 1938 aus Österreich eingewanderten Personen kamen mit „Kapitalisten“-Zertifikaten, 258 mit Arbeiterzertifikaten, 682 waren Angehörige beider Kategorien, die übrigen verteilten sich auf die restlichen Klassen.

257 Palestine Blue Books of Statistics, TNA, CO 821/4–14.

258 Jonny Moser, Demographie der jüdischen Bevölkerung Österreichs 1938–1945 (= Schriftenreihe des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes zur Geschichte der NS-Gewaltverbrechen, Bd. 5), Wien 1999, S. 11.

talisten“, 1.964 Schülerinnen, Schüler, Studentinnen und Studenten, 27.729 Arbeiterinnen und Arbeiter und 16.610 „Abhängige“. Die wichtigsten Herkunftsländer waren wie in den Jahren zuvor Polen (29.407), Rumänien (3.616) und Deutschland (5.757).[259] Identische Daten enthält der Jahresbericht des Einwanderungskommissars der Palästina-Regierung, der zusammenfassend in der „Jüdischen Rundschau“ veröffentlicht wurde. Zusätzlich wurde angegeben, dass auch die arabische Immigration Zuwächse verzeichnet hatte (von jeweils rund 1.700 in den beiden Vorjahren auf 2.293 im Jahr 1935) und dass die illegale Einwanderung (in Form von Personen, die als Touristinnen und Touristen ins Land kamen und dort blieben, ohne ihren Status legalisieren zu lassen) mit 4.518 Jüdinnen und Juden und 3.256 Araberinnen und Arabern höher war als je zuvor.[260] Andere Ergebnisse präsentierten hingegen die ebenfalls von den Briten erstellten „Palestine Blue Books of Statistics“, die auf insgesamt 59.718 Immigrantinnen und Immigranten (58.050 Jüdinnen und Juden, 606 Araberinnen und Araber und 1.052 andere) kamen.[261]

Die Zahlen zur österreichischen Alijah wurden bereits oben (auch für das Jahr 1935) dargelegt, als Quelle für die folgenden Detailinformationen wird die Statistik des Palästina-Amtes herangezogen, wonach die jüdische Auswanderung aus Österreich nach Palästina 889 Personen umfasste. Da die in der Zeitschrift „Die Stimme“ publizierte Aufstellung auch die Kategorie Staatszugehörigkeit enthält, waren damit offenbar die insgesamt vom Palästina-Amt abgefertigten Personen gemeint, weshalb die Bezeichnung „Österreichs Anteil an der Palästina-Einwanderung“ irreführend ist. In Anbetracht der generell schlechten Quellenlage soll hier auf die Darstellung dieser Ergebnisse dennoch nicht verzichtet werden. Die Statistik unterteilte zunächst nach Einwanderungskategorien, allerdings nicht nach den üblichen Hauptgruppen: 680 Personen waren mit Zertifikaten der Jewish Agency eingereist (dabei handelte es sich wohl um Arbeiterinnen und Arbeiter), 155 wurden von Verwandten angefordert, 19 emigrierten als „Kapitalisten“, 4 mit gesichertem Einkommen, 13 als Selbständige und Handwerker und 18 als Rabbiner bzw. Schülerinnen und Schüler. Nach dem Familienstand gliederten sich die Auswanderinnen und Auswanderer in 253 Einzelne, 257 Familien und 379 Angehörige; nach dem Geschlecht in 371 Männer, 386 Frauen, 70 Knaben und 62 Mädchen. 141 Personen waren unter 16 Jahre alt, 9 zwischen 16 und 18 Jahren, 542 zwischen 18 und 35, 97 zwischen 35 und 45 und 100 über 45 Jahre. 430 Österreicherinnen und Österreichern standen 260 polnische, 75 andere Staatsangehörige und 124 Staatenlose gegenüber. In beruflicher Hinsicht gehörte die überwiegende Mehrheit der Emigrantinnen und Emigranten, nämlich 463, der Gruppe der „Umgeschichteten“ und der Angehörigen ohne Spezialberuf an. 50 Personen waren vor der Alijah Landarbeiter, 146 Handwerker, 18 Kaufleute, 29 Schüler, 58 waren in freien, 125 in anderen Berufen tätig. Bei der Betrachtung der Zusammenstellung stechen speziell drei Charakteristika der Einwanderergruppe deutlich hervor: Mehrheitlich waren die Immigranten Jugendliche bzw. junge Erwachsene, die sich einer Berufsumschichtung unterzogen hatten und

259 Statistical Handbook of Jewish Palestine, S. 102–105.

260 Jüdische Rundschau, Nr. 68 (25. 8. 1936). CAHJP, A/W 2603,16.

261 Palestine Blue Books of Statistics, TNA, CO 821/10.

mittellos ins Land kamen. Dem Redakteur der „Stimme“ zufolge müsste man dem Palästina-Amt für die Erstellung der Statistik vor allem deshalb dankbar sein, weil die nüchternen Ziffern „für die zionistische Aufbauarbeit und gegen die sterile und bösartige Kritik der Assimilation“ sprechen würden.[262]

Wie aus der Fülle an dargelegten Zahlen hervorgeht, erscheint es zusammenfassend wenig sinnvoll, eine Gesamtzahl zur Einwanderung österreichischer Jüdinnen und Juden (nicht nur) während der Fünften Alijah präsentieren zu wollen. Neben der grundlegenden Quellenproblematik erweisen sich die Statistiken als Konglomerat unterschiedlicher Kriterien und Kategorien und die Daten mitunter als unvollständig und undurchsichtig. Zumindest liefern die verschiedenen Quellen jedoch Anhaltspunkte, lassen eine Einordnung in die gesamte Alijah zu und ermöglichen Vergleiche mit anderen Herkunftsländern.

Palästina in den 1930er Jahren

> „Wer heute nach Israel reist, vermag sich nicht vorzustellen, wie karg die Bevölkerung in Palästina damals lebte. ‚Zena‘, Bescheidenheit, war eine von den Umständen erzwungene, im Laufe der Zeit aber auch zu einer Tugend stilisierte Notwendigkeit. Längst ist sie einer erschreckenden Geldgier gewichen. Trotz moderner Städte wie Tel Aviv und Haifa und der Errichtung zahlreicher Kibbuzim war das Land noch sehr arm und unterentwickelt. Der Unterschied zu Mitteleuropa, in dem wir aufgewachsen waren, hätte kaum größer sein können: Schmale staubige Straßen führten durch armselige Vororte, in denen Arbeiter noch in Blech- und Holzhütten wohnten. Kleine, neue jüdische Siedlungen grenzten an Dörfer von Arabern und Beduinen. Die Briten kümmerten sich wenig um die Modernisierung der Landwirtschaft und um die Errichtung von Industrien. Viele Teile des Landes mussten noch trockengelegt, weite Flächen des künftigen Ackerlandes mühsam von Steinen befreit werden. Zwar meisterten viele der Neuankömmlinge diese Herausforderungen mit eisernem Willen, andere aber erkrankten an Gelbsucht und Malaria. […].“[263]

Die mannigfaltigen Schwierigkeiten, die mit der Emigration im Allgemeinen und speziell mit der Niederlassung in ein klimatisch und kulturell völlig unterschiedliches, sich außerdem erst entwickelndes Land verbunden waren, im Hinterkopf habend, stellte sich die Situation in Palästina für die Einwanderinnen und Einwanderer der 1930er Jahre dennoch anders als für ihre Vorgänger dar – fanden sie doch Gegebenheiten vor, die die Immigrantinnen und Immigranten früherer Alijoth durch ihre eigene (Pionier-)Arbeit hatten schaffen mussten oder die indirekt erst durch diese entstanden waren. Zivilisatorische Fortschritte waren vor allem im

262 Die Stimme, Jänner 1936. CAHJP, A/W 2603,16.
263 Ari Rath, Ari heißt Löwe. Erinnerungen, Wien 2012, S. 53.

Sanitäts- und Elektrizitätswesen, im Straßenbau und anderen Bereichen der Infrastruktur zu verzeichnen. Schrittweise konnten die für ein Gemeinwesen notwendigen politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und wissenschaftlichen Institutionen errichtet und konsolidiert werden. Trotz aller Verbesserungen litten zahlreiche, vor allem orientalische Zuwanderinnen und Zuwanderer, weiterhin besonders an den schlechten Wohnverhältnissen. Dies belegen etwa die Schilderungen Mosche Ya'akov ben Gavriels (geb. Eugen Hoeflich, 1891–1965) aus dem Jahr 1930:

> „Was ich dort sah, war die erschreckende Kehrseite der Romantik Jerusalems. Zehnfach ineinander geschachtelte Höfe und Häuser mit grauenhaften, fensterlosen Wohnlöchern, eng aneinandergedrängt in Höhlen, die nicht viel größer als ein großer Tisch sind, hausen vielköpfige Familien von persischen, qurdjischen, tasmanischen und arabisierten Juden, in phantastischem Schmutz, ohne Licht, ohne Luft, Lastträger und Bettler, arm im absoluten Begriff des Wortes. Wir gingen durch dunkle Bogengewölbe, dann wieder durch lichtvolle Höfe, über Stiegen immer tiefer unter das Niveau der Straße, sahen im Dreck verkommende Kinder, hoffnungslose Greise […].“[264]

Teddy Kollek verweist in seinen Aufzeichnungen auf die kargen Gegebenheiten und die primitive medizinische Versorgung, mit der er sich im Zuge zahlreicher Erkrankungen konfrontiert sah:

> „Das heiße Klima des Jordantals und die primitiven Lebensverhältnisse machten uns die Eingewöhnung sehr schwer. Im ersten Jahr waren wir fast immer krank. Ich hatte Typhus und Paratyphus, etliche Malaria-Anfälle und Pappatacifieber. Insgesamt erwischten mich fünfmal auf verschiedenen Typhuserregern basierende, mit Fieber verbundene Krankheiten. Sie wurden im britischen Regierungshospital mit sehr primitiven Methoden bekämpft, im Wesentlichen durch Hungerkuren.“[265]

Bedingt durch die starke jüdische Einwanderung und den Zuwachs der arabischen Bevölkerung war die Gesamtbevölkerung Palästinas, das zur Zeit des britischen Mandats ein Gebiet von rund 26.300 km^2 umfasste, von 757.000 im Jahr 1922 auf 1,26 Millionen im Jahr 1936 gewachsen. Der jüdische Anteil stieg von 11 Prozent (84.000) auf 30 Prozent (400.000), wovon mehr als 75 Prozent in den Städten wohnten. Den im Palästina-Informationsbuch präsentierten Erhebungen der Statistischen Abteilung der Jewish Agency[266] zufolge gestaltete sich die Wirtschaftsstruktur des Yishuvs wie folgt: 14 Prozent lebten von der Landwirtschaft, 23,4 Prozent von der Industrie und vom Handwerk, 20 Prozent vom Handel, 12,7 Prozent vom Bauwesen und 6,1 Prozent vom Transport- und Verkehrswesen. Den freien Berufen gehörten 12,4 Prozent an und 6 Prozent waren Rentnerinnen und

264 Zit. in: Wallas, Erez Israel, S. 50.
265 Kollek, Jerusalem, S. 40.
266 Palästina-Informationsbuch, S. 64–99, hier S. 69.

Rentner. Die damalige Industrie des Landes wurde als Werk des neuen jüdischen Palästina bezeichnet: War das Land zuvor vorwiegend agrarisch geprägt gewesen, so entstand durch die Einwanderung hunderttausender Jüdinnen und Juden „mit europäischen Lebensgewohnheiten und Lebensansprüchen" ein aufnahmefähiger Markt. Die palästinensische Industrie deckte ca. die Hälfte des Lebensbedarfes an industriellen Erzeugnissen, der Export allerdings war um 1935 noch wenig entwickelt. Die wichtigsten Absatzländer der Warenausfuhr waren Großbritannien (60 Prozent des Gesamtexports), Deutschland und Syrien, das wichtigste Absatzprodukt Zitrusfrüchte. Importiert wurden hauptsächlich Produktionsmittel und Baumaterialien, mehrheitlich aus denselben Ländern, in welche exportiert wurde. Ende 1933 existierten 3.380 jüdische industrielle Betriebe (die meisten in den Branchen Bekleidung, Metall- und Holzverarbeitung), die insgesamt 19.595 Personen beschäftigten. Das in dieser Zeit rasante Wachstum der Industrie wird auch dadurch deutlich, dass allein im ersten Halbjahr 1935 150 neue Betriebe eröffnet wurden.

Die Eingliederung in das palästinensische Wirtschaftsleben wird in der Broschüre als grundsätzlich schwierig beschrieben und war vor allem für die Vielzahl an mittellosen Immigrantinnen und Immigranten problematisch. Selbst Facharbeiter konnten – abgesehen vom Baugewerbe, das zu dieser Zeit noch immer unzählige Personen einstellte – nicht mit einer sofortigen Anstellung rechnen. Empfehlenswert wäre daher – so der Ratschlag des Palästina-Informationsbuches –, neben den Reisekosten auch genügend Geldmittel für die Monate, die für die Arbeitssuche aufgewendet werden mussten, mitzubringen. Eine Nachfrage nach ungelernten Arbeiterinnen und Arbeitern bestand nur mehr in den ländlichen Kolonien und war abhängig von der Saison; in den Städten wurde den bereits länger Ansässigen der Vorzug gegeben. Aufgrund der Sättigung des Arbeitsmarktes durch die früheren Immigrantinnen und Immigranten waren die Berufsaussichten auch für Kaufleute und Angehörige der freien Berufe sehr ungünstig. Jegliche Form der landwirtschaftlichen Betätigung wurde von der Jewish Agency hingegen angeraten, da bisher nur 25 Prozent des Nahrungsmittelbedarfs durch die eigene Produktion gedeckt werden konnten.

Der Überfluss an Arbeitskräften wirkte sich nicht nur auf die beruflichen Aussichten der Neueinwanderinnen und -einwanderer, sondern auch auf die Verdienstmöglichkeiten nachteilig aus. Ein ungelernter Landarbeiter verdiente ca. ein Viertel Pfund pro Tag, der städtische Nichtfacharbeiter ca. 300 Mils, der Facharbeiter ca. ein halbes Pfund.[267] Der Tageslohn eines Beamten betrug ca. 7 Pfund, der einer weiblichen Büroangestellten etwa 4 Pfund. Vergleichsweise gut wurden Drucker und Bäcker entlohnt, die pro Tag auf 10 bis 12 Pfund kamen. Zur Orientierung sei auch ein Einblick in die Lebenshaltungskosten des Landes gegeben: Den größten Teil der Haushaltungskosten machten die Wohnungsmieten aus, die vor allem in Tel Aviv und Haifa, wohin die meisten Immigrantinnen und Immigranten strömten, empfindlich hoch waren. Für eine Dreizimmerwohnung mit Nebenräumen mussten mindestens 10 Pfund pro Monat aufgebracht werden. Die Kosten für Lebensmittel,

---

267 Das palästinensische Pfund entsprach ungefähr dem englischen Pfund und war in 100 Piaster bzw. 1000 Millim (Mils) geteilt.

die großteils billiger als in Europa waren, wurden mit ca. 3 Pfund pro Person und Monat veranschlagt. „Bei bescheidenen Ansprüchen" könnte eine vierköpfige Familie mit einer Summe von 25 bis 30 Pfund pro Monat auskommen, eine Einschränkung in der Lebensführung wäre nach der Jewish Agency bzw. dem Palästina-Amt aber nichtsdestotrotz unbedingt notwendig. Ebenfalls erforderlich wäre es, dass auch Frauen und Mädchen so rasch wie möglich einen Beruf ergreifen und bei ihrer Ausbildung darauf achten würden, dass der erlernte Hauptberuf durch Zusatzqualifikationen ergänzt werden könnte. Laut einem Artikel in der „WIZO-Revue", einer Zeitschrift der „Women's International Zionist Organisation", waren im Jahr 1938 50 Prozent der jüdischen Frauen in Palästina erwerbstätig, davon arbeiteten 53 Prozent in der Landwirtschaft und im Haushalt. Mit 62,5 Prozent war der Anteil alleinstehender Frauen an der arbeitenden weiblichen Bevölkerung beträchtlich.[268]

Die Tatsache, dass sich der Yishuv kontinuierlich vergrößerte und sich spätestens in den 1930er Jahren auf allen relevanten Gebieten entfaltete, wirkte sich auf die Neueinwanderinnen und -einwanderer nicht nur positiv aus – so etwa in beruflicher Hinsicht: Durch den Anstieg der jüdischen Bevölkerung waren einerseits neue Wirtschafts- und Industriezweige entstanden, die eine Vielzahl an Beschäftigungsmöglichkeiten mit sich brachten; andererseits war in gewissen Berufssparten bereits ein Überfluss an Arbeitskräften vorhanden, der Neuanstellungen verhinderte und sich nachteilig auf die Löhne auswirkte. Nichtsdestotrotz hatte der vor allem durch die Fünfte Alijah gewachsene Yishuv auch eindeutig günstige Folgen für die Nachkommenden. Obgleich sich Palästina noch immer im Aufbau befand, waren grundlegende Strukturen und administrative Instrumente bereits geschaffen worden. Zu den Errungenschaften können auch die damals schon seit mehreren Jahren existierenden, schrittweise ausgebauten Institutionen gezählt werden, die sich um die Belange der Neueinwanderinnen und -einwanderer kümmerten. Großteils auf Betreiben der offiziellen jüdischen Vertretung gegründet (beispielsweise das 1933 innerhalb der Jewish Agency eingerichtete „Central Bureau for the Settlement of German Jews in Palestine"[269]), gingen bestimmte Organisationen auch auf landsmannschaftliche Initiativen zurück. Noch bevor die österreichische Alijah einen größeren Umfang angenommen hatte, war – nach unterschiedlichen Quellen im Jahr 1922 oder 1924 – eine Hilfsorganisation der österreichischen Einwanderinnen und Einwanderer entstanden, die beispielgebend für andere Vereinigungen dieser Art werden sollte. In erster Linie zielte die „Hitachduth Olej Austria" (HOA) auf die Unterstützung der Neueinwanderinnen und -einwanderer und die Erleichterung ihrer beruflichen, gesellschaftlichen und kulturellen Eingliederung ab, ferner sollte sie als Interessenvertretung der österreichischen Einwanderinnen und -einwanderer gegenüber den Behörden dienen. Ihr erster Präsident, der Ingenieur Maximilian

268 Frieda Weinreich, Die arbeitende Frau in Palästina. In: Wizo-Revue, Heft 1 (Februar 1938). CAHJP, A/W 2603,2.

269 Die „Deutsche Abteilung" des Immigrationsdepartments der Jewish Agency unterhielt Büros in London und Jerusalem und wurde von Georg Landauer, Werner Senator und Arthur Ruppin geleitet. Zur Organisation der Auswanderung deutscher Jüdinnen und Juden nach Palästina gegründet, beeinflusste und unterstützte die Abteilung nach dem „Anschluss" auch die österreichische Alijah und half den Emigrantinnen und Emigranten bei der Niederlassung.

Steinherz, erledigte bis zur Errichtung des österreichischen Konsulats außerdem die täglichen Konsulatsgeschäfte.[270] In Tel Aviv, Haifa und Jerusalem – in jenen Städten also, in denen die meisten Jüdinnen und Juden aus Österreich lebten – entstanden Niederlassungen, die zur Erfüllung der Aufgaben jeweils mehrere Abteilungen (Stellenvermittlung, Wirtschaftsberatung, Rechtshilfe etc.) einrichteten. Da eine beträchtliche Anzahl österreichischer Immigrantinnen und Immigranten mittellos ins Land kam und zudem häufig erkrankt, arbeitslos oder arbeitsunfähig war, war besonders die Fürsorgeabteilung stark frequentiert. Darlehen konnte die HOA als einzige Hilfsinstanz für Neueinwanderinnen und -einwanderer aus Österreich aber aufgrund ihrer äußerst begrenzten finanziellen Mittel bei Weitem nicht in allen Fällen gewähren. Zu den Angeboten zählten weiters die Veranstaltung von Vorträgen und Kursen für Hebräisch, Englisch und Arabisch, später wurde außerdem eine eigene Zeitschrift publiziert. Wie eines der Folgekapitel zeigen wird, nahm die Intervention zugunsten einer stärkeren Berücksichtigung Österreichs bei der Zertifikatsverteilung im Laufe der HOA-Tätigkeit einen immer größeren Stellenwert ein.[271]

Reaktionen auf die jüdische Masseneinwanderung: Protest und veränderte Rahmenbedingungen

Das „Passfield-Weißbuch“

Brachte die verstärkte Einwanderung der 1920er und 1930er Jahre für die jüdische Bevölkerung Palästinas einen Aufwärtstrend vor allem im Wirtschaftsbereich mit sich, so resultierte sie im Politischen in massiven Problemen. Seit der Veröffentlichung der Balfour-Erklärung hatte die arabische Bevölkerung ihre Ablehnung gegenüber dem zionistischen Projekt und dem britischen Mandat laufend mehr oder weniger intensiv artikuliert: Gewaltreiche Formen nahm der Widerstand zunächst im April 1920 an, als anlässlich eines religiösen Festes in Jerusalem Unruhen entstanden waren, und schließlich in den Jahren 1928 und 1929, als es zu heftigen Zusammenstößen an der Klagemauer kam. Nachdem die Empfehlungen der als Reaktion auf die gegenseitigen Angriffe entsandten britischen Untersuchungskommission unter Sir Walter Shaw nicht umgesetzt worden waren (vorgesehen war eine strikte Begrenzung der Landverkäufe und der jüdischen Einwanderung), errichteten die Briten zwar ein neues Überprüfungskomitee; die Schlussfolgerungen, die ins so genannte „Passfield-Weißbuch“ vom Oktober 1930 einflossen, blieben aber nahezu die selben.[272] Zusammenfassend empfahl der britische Kolonialminister,

270 Adunka, Exil, S. 17 f.

271 Palästina-Informationsbuch, S. 100; Walter Eckstein, Die Hitachduth Olej Austria. In: Die Stimme, Nr. 40 (13. 11. 1940). CAHJP, A/W 2603,16.

272 Vgl. Gabriel Sheffer, Intentions and Results of British Policy in Palestine. Passfield's White Paper. In: Middle Eastern Studies 9/1 (1973) S. 43–60.

die Kriterien für die ökonomische Aufnahmefähigkeit neu zu überprüfen, um die arabische Bevölkerung nicht vom Arbeitsmarkt zu verdrängen, sowie die jüdische Einwanderung zu suspendieren, um den Lebensstandard der arabischen Bauern auf dem damals aktuellen Niveau zu halten. Massive Proteste der Zionistinnen und Zionisten waren die Folge. Während es in Palästina selbst zu gewaltigen Demonstrationen kam, schlug sich die Empörung der jüdischen Gemeinschaft europaweit in zahlreichen Zeitungsartikeln nieder, wobei mit Nachdruck auf den Verstoß gegen die Bestimmungen der Balfour-Deklaration und des Mandatsvertrags hingewiesen wurde:

> „England aber hat das Mandat über Palästina nur unter der Bedingung erhalten, dass es das jüdische Nationalheim aufbauen hilft. Will und kann es dies aus den oder jenen Gründen nicht, dann hätte es das Mandat zurückzulegen und nicht, wie es jetzt geschieht, unter Missachtung der international verbrieften Rechte des jüdischen Volkes, sich ein koloniales Herrschaftsgebiet zu erschleichen."[273]

Offensichtlich beeindruckt vom Widerhall, den das Weißbuch fand, bemühte sich die Regierung in der Folge, den Eindruck, den sie durch die Empfehlungen vermittelt hatte, abzuschwächen. Noch im Oktober 1930 rechtfertigte sie sich, dass sie „weder hinsichtlich der Bodenpolitik noch der Einwanderung" beabsichtigte, „das Jüdische Nationalheim im gegenwärtigen Stadium seiner Entwicklung erstarren zu lassen"[274]. Um die Unparteilichkeit der Verwaltung unter Beweis zu stellen und etwaige Differenzpunkte zu beseitigen, lud man Vertreter der Jewish Agency zu Gesprächen ein. Schließlich distanzierte sich Premier MacDonald 1931 in einem Schreiben an Chaim Weizmann von allen wesentlichen Punkten des Weißbuchs, was für die arabische Seite, die das Schriftstück als „Schwarzen Brief" betitelte, völlig unannehmbar war.[275] Durch das intensive Lobbying der Zionisten in London wurde im Endeffekt die Rücknahme des Weißbuches erwirkt (laut Weizmann wurde „auch dieser Angriff erfolgreich abgeschlagen"[276]) und damit ein vorläufiges Ende politisch bedingter Beschränkungen für die jüdische Einwanderung erreicht.

Der Arabische Aufstand und der „Peel-Plan"

Der Arabische Aufstand 1936 bis 1939 markierte den (vorläufigen) Höhepunkt des gewaltreichen Konflikts zwischen jüdischer und arabischer Bevölkerung, der nach 1929 nicht mehr zur Ruhe gekommen war. Als Auslöser nennt Gudrun Krämer unterschiedliche Krisenmomente, die sich ab 1935 verdichtet hatten:[277] Die ara-

273 Anonym, Die jüdische Einwanderung nach Palästina. In: Menorah, Jg. 8 (1930) Nr. 5, S. 302.
274 Zit. in: Anonym, Das Weißbuch der Regierung. In: Palästina, Jg. 13 (1930) Nr. 12, S. 444.
275 Krämer, Geschichte Palästinas, S. 276.
276 Segev, Palästina, S. 369.
277 Krämer, Geschichte Palästinas, S. 308; Michael J. Cohen, Britain's Moment in Palestine. Retrospect and Perspective 1917–1948, London 2014, S. 245–288; Abraham J. Edelheit, The Yishuv in the

bische Bevölkerung besaß noch immer keine legitime politische Vertretung und sowohl die Einwanderungsrate als auch die Landkäufe der Jüdinnen und Juden waren höher als je zuvor, wobei bei letzterem besonders problematisch war, dass das vom „Jüdischen Nationalfonds" erworbene Land auf Dauer dem Markt entzogen und damit die kontinuierliche Ausweitung der arabischen Landwirtschaft verhindert wurde. Die Verteidigung eigener politischer, ökonomischer und sozialer Interessen motivierte schließlich weite Teile der muslimischen Bevölkerung dazu, dem Aufruf zu Ungehorsam und Streik – Protestformen, die nach erfolglosen Verhandlungen mit den Briten übrig geblieben waren – zu folgen.

Der Aufstand begann im April 1936 mit einem Generalstreik, der mit dem Boykott britischer und jüdischer Waren, Dienstleistungen und Einrichtungen verbunden war. Mit Ende des Jahres 1936 nahm die Bewegung gewaltsame Formen an, die sich im bewaffneten Widerstand in den ländlichen Regionen Zentral- und Nordpalästinas, aber auch in Anschlägen gegen die britische Infrastruktur ausdrückten. Eine kurzzeitige Phase der Beruhigung kam der Regierung gelegen, um erneut eine Untersuchungskommission zu entsenden, die unter William Robert Wellesly, Earl Peel, ihre Arbeit aufnahm und ihre Ergebnisse im bereits vielfach zitierten „Peel-Bericht" vom 7. Juli 1937 veröffentlichte. Nach der Einschätzung Tom Segevs war der eigentliche Zweck der Kommission, die die bis dahin gründlichste Ursachenforschung des Konflikts betrieb, der Regierung zu helfen, sich der Bürde Palästinas, die sich insbesondere mit dem zunehmenden Terror und der drohenden Kriegsgefahr in Europa vergrößert hatte, zu entledigen. Peel war der Auffassung, dass „die sozialen, moralischen und politischen Unterschiede zwischen der arabischen und der jüdischen Gemeinschaft bereits unüberbrückbar seien"[278], und empfahl deshalb nachdrücklich die Teilung des Mandatsgebietes in zwei Staaten bzw. drei Zonen: Der arabischen Bevölkerung sollten 70 Prozent, der jüdischen hingegen nur 20 Prozent des Landes zugesprochen werden. In Anbetracht dessen, dass der Vorschlag eine deutliche Vergrößerung ihres bisherigen Gebietes bedeutete und die heiligen Stätten in der britischen Zone liegen sollten und deshalb frei zugänglich gewesen wären, befürworteten die Jüdinnen und Juden die Teilung, forderten aber eine andere Grenzziehung. Die arabische Führung sprach ihre dezidierte Ablehnung aus. Mit der Begründung, dass letztendlich beide Seiten unzufrieden waren, wurde der „Peel-Plan" von der neu eingesetzten Untersuchungskommission („Woodhead-Kommission") verworfen und war schon bis 1938 wieder in Vergessenheit geraten. Dennoch führte er einen Aspekt in die Diskussion um die Immigrationspolitik ein, der in die Empfehlungen des folgenden Weißbuches aufgenommen wurde und die konfliktreiche Situation weiter verschärfte. Vorgeschlagen wurde die Festlegung einer „politischen Höchstgrenze" für die jüdische Einwanderung aller Kategorien, sodass sich in den darauffolgenden fünf Jahren jährlich nur 12.000 Jüdinnen und Juden in Palästina niederlassen könnten. Den Erörterungen des „Peel-Berichts" zufolge war nicht die Größe des jüdischen Bevölkerungsanteils die eigentliche Schwierigkeit, vielmehr bestand sie im bloßen Vorhandensein des jüdischen Nati-

---

Shadow of the Holocaust. Zionist Politics and Rescue Aliya, 1933–1939, Boulder 1996, S. 130–151.

278 Segev, Palästina, S. 439.

onalheims, das „den Arabern Palästinas den Weg versperrt, denselben nationalen Status zu erreichen, den alle Araber in Asien erreicht haben oder bald erreichen werden."[279] Die Begrenzung der jährlichen Immigration erschien den Briten dennoch als möglicher Schritt, den Konflikt zu entschärfen.

Das „MacDonald-Weißbuch"

Mit der Begründung, „dass die Verfasser des Mandats, in das die Balfour-Erklärung aufgenommen wurde, nicht beabsichtigt haben können, Palästina gegen den Willen der arabischen Bevölkerung des Landes in einen jüdischen Staat zu verwandeln"[280], wurde die Linie des „Peel-Plans" im 1938 veröffentlichen „MacDonald-Weißbuch" zumindest im Hinblick auf die Einwanderungsfrage fortgesetzt.[281] Neben der Begrenzung der jüdischen Einwanderung auf 75.000 Personen über einen Zeitraum von fünf Jahren wurden auch neue Ideen präsentiert, die noch einmal eine drastische Verschlechterung der Immigrationsmöglichkeiten für Jüdinnen und Juden bedeuteten. Nach Ausschöpfung der Quote sollte die Einwanderung nur mehr mit arabischer Einwilligung möglich sein und der jüdische Bevölkerungsanteil nie mehr als ein Drittel der Gesamteinwohnerzahl ausmachen; ferner sollte der jüdische Landerwerb auf bestimmte Gegenden beschränkt werden. Die Zionistinnen und Zionisten lehnten die jährliche Limitierung der Einwanderung nach Palästina, die unter dem Druck der nationalsozialistischen Verfolgung neue Dimensionen angenommen hatte und die für die Jüdinnen und Juden in Europa häufig die allerletzte Fluchtmöglichkeit darstellte, entschieden ab. Insbesondere die Bindung an die arabische Zustimmung wurde als Affront aufgefasst, der den Yishuv zu folgender, am 18. Mai 1939 in öffentlichen Einrichtungen und Synagogen verlesenen Proklamation veranlasste:

> „[…] The Jewish population proclaims before the world that this treacherous policy will not be tolerated. The Jewish population will fight it to the uttermost, and will spare no sacrifice to frustrate and defeat it. No member of the Yishuv will have a hand in the creation of any administrative organs based on this Policy, nor will anyone cooperate with it. The Yishuv will neither recognise nor admit any callous restriction of Jewish immigration into its land. No power in the world can destroy the natural right of our brethren to enter the ancestral land for the purpose of rebuilding and living within it.

279 Ebda., S. 348.

280 Zit. in: Krämer, Geschichte Palästinas, S. 343.

281 Zum Weißbuch siehe ausführlich Michael J. Cohen, Appeasement in the Middle East. The British White Paper on Palestine, May 1939. In: The Historical Journal 16 (1973) S. 571–596; Ders., The British White Paper on Palestine, May 1939, Part II. The Testing of a Policy, 1942–1945. In: Historical Journal 19/3 (1976) S. 727–758.

> The homeless will find their way here, and every Jew in this land will readily welcome them."[282]

Insgesamt ist das „MacDonald-Weißbuch" als Fehlschlag zu charakterisieren – wie Gudrun Krämer es trefflich formuliert hat, „empörte es die Zionisten, ohne die Araber zufrieden zu stellen."[283] Das eigentliche Ziel der Briten, den Spannungen in Palästina kurz vor Kriegsausbruch durch die Minderung des Einwanderungstempos der Jüdinnen und Juden zumindest etwas entgegenzuwirken, wurde jedenfalls alles andere als erreicht.

282 Am 19. Mai wurde die Proklamation in der Palestine Post veröffentlicht. Anonym, Jews take oath to resist new policy, proclaim non-cooperation in entering political struggle. In: Palestine Post, 19. Mai 1939, S. 1.

283 Krämer, Geschichte Palästinas, S. 343.

Motive der österreichischen Alijah in den 1930er Jahren

> „Palästina erschien ihnen [Vater und Stiefmutter, Anm.] interessanter und moderner, als sie es erwartet hatten, aber auf keinen Fall wollten sie jemals dort leben. An dieser Einstellung hielten sie auch fest, als unser gutes Leben nach dem „Anschluss“ im März 1938 zusammenbrach. Mein Vater, der gelegentlich durchaus für zionistische Zwecke spendete, wollte im März 1936 nicht einmal aus symbolischen Gründen ein ihm angebotenes Grundstück in Tel Aviv kaufen, obwohl es im Zentrum der Stadt lag und der Preis sehr günstig war. Schon wenige Jahre später wäre das eine ausgezeichnete Investition für die Zukunft gewesen. Eine Widmung von Omama Frimtsche in einem Hagadah-Gebetbuch für die Pessach-Feiertage, das die Eltern aus Palästina mitbrachten und in der sie den innigen Wunsch aussprach, dass wir beiden Enkelkinder Ari und Maxi eines Tages in „Eretz Israel“ leben würden, hatte für mich wenig Bedeutung. Überhaupt stand ich dem Zionismus noch sehr fern. Zwar erhielten wir zu Hause neben dem Klavierunterricht auch Hebräisch-Stunden, doch war das hauptsächlich als Vorbereitung für meine Bar Mitzwa. An Auswanderung dachte in unserer Familie damals niemand. Trotz aller besorgniserregenden Ereignisse richteten sich unsere Zukunftsgedanken und Pläne weiterhin auf Wien. Wir fühlten uns als gebürtige Wiener, auch wenn wir ab und zu von länger Ansässigen und eher assimilierten Juden abfällig als „polnische Juden“ verspottet wurden.“[284]

Die österreichische Alijah der Zwischenkriegszeit war, wie die Zahlen belegen, ein klares Minderheitenphänomen. Selbst wenn gewisse Sympathien dem zionistischen Projekt gegenüber existierten und – wie im Falle der Familie Ari Raths – Verwandte bereits in Palästina lebten und das Land im Zuge einer Reise besucht worden war, wurde eine Emigration vor 1938 nur in den seltensten Fällen in Betracht gezogen. Die Einwanderungswelle der 1930er Jahre unterschied sich – wie oben dargelegt – deutlich von ihren Vorgängerinnen. Die Alijah hatte durch den Machtwechsel in Deutschland verstärkt die Funktion einer Fluchtbewegung angenommen und nahm fünf Jahre später auch für österreichische Jüdinnen und Juden einen völlig anderen Stellenwert ein: „Vor dem ‚Anschluss‘ war Palästina eine zionistische Option. Mit dem ‚Anschluss‘ wurde Palästina zu einer der wenigen Varianten jüdischen Lebens.“[285] Oder wie der in Baden aufgewachsene Karl Pfeifer in seinem Erinne-

284 Rath, Erinnerungen, S. 27 f.

285 Die Verfasserin folgt hier der Darstellung von Anton Pelinka, Emigration – aber nicht Flucht. Auswanderung aus Österreich nach Palästina vor 1938. In: Hagen/Nittenberg, Flucht, S. 13–27, hier S. 17; sowie dem entsprechenden Kapitel bei Anderl, Generationenkonflikte, S. 89–93.

rungsbericht festhält: „Mitte der dreißiger Jahre war Auswanderung für die meisten Badener Juden eine Möglichkeit, von der man jedoch hoffte, dass sie nicht notwendig werden würde.“[286]

Wie Anton Pelinka konstatiert, erfolgte die Auswanderung von Österreich nach Palästina auch nach 1933 nicht vor dem Hintergrund einer Vertreibung oder als Protest gegen das politische System und hatte nicht den Charakter einer Flucht, den sie ab 1938 aufweisen sollte. Als Hauptmotiv für die Emigration gab mehr als die Hälfte der im Rahmen des von Erika Weinzierl und Otto D. Kulka initiierten Interviewprojekts befragten österreichischen Jüdinnen und Juden, die vor 1938 nach Palästina migriert sind, ein Naheverhältnis zum Zionismus an.[287] Trotz dieser Erkenntnis und obwohl sich die Alijah in den 1930er Jahren sicherlich größtenteils über die Strukturen und Netzwerke verschiedener zionistischer Gruppierungen vollzog, wäre es verkürzt, die Palästina-Wanderung aus Österreich vor dem „Anschluss“ allein als zionistisch motiviert zu betrachten. Ausgehend von der Annahme, dass der moderne Zionismus als politische Antwort auf den sich seit Ende des 19. Jahrhunderts in zahlreichen europäischen Ländern manifestierenden Antisemitismus zu verstehen ist, muss dieser Zusammenhang auch berücksichtigt werden, wenn der Zionismus als primärer Beweggrund für die Emigration genannt wird. Dass bei der Befragung als zweithäufigstes Auswanderungsmotiv vor 1938 der Antisemitismus genannt wurde, gibt Aufschluss darüber, wie sich das politische und soziale Klima für die jüdische Bevölkerung Österreichs in der Zwischenkriegszeit dargestellt hat: Schon lange vor dem Nationalsozialismus war die Judenfeindlichkeit – wenn auch mit unterschiedlicher Intensität und Erscheinungsform – „selbstverständlicher“ Bestandteil von Politik und Gesellschaft. Zwar wurden Jüdinnen und Juden in der ständestaatlichen Diktatur nicht offen diskriminiert, die Haltung der Regierungen unter Dollfuß und Schuschnigg zu den jüdischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern wurde aber von ihrer katholischer Prägung bestimmt, sodass Angehörige der Römisch-Katholischen Kirche im Gegensatz zu Österreicherinnen und Österreichern jüdischen (und anderen) Glaubens indirekt bevorzugt wurden. Wenn auch der Antisemitismus nicht als Propagandamittel instrumentalisiert wurde, tolerierte die Staatsführung die in der Gesellschaft verankerte Judenfeindlichkeit weitgehend und duldete auch die von verschiedenen Seiten betriebene antisemitische Agitation – allerdings, so Sylvia Maderegger in ihrer grundlegenden Arbeit zur Stellung der Jüdinnen und Juden im österreichischen Ständestaat, nur solange diese nicht mit einem Bekenntnis zum Nationalsozialismus verbunden waren und als „staatsfeindlich“ erachtet wurden.[288] Auf der anderen Seite durften die zionistischen Jugendbünde weiter bestehen, sofern zu den strikt verbotenen Linksparteien kein Kontakt aufgenommen wurde und sich die Tätigkeiten auf die zionistische Arbeit beschränkten.

---

286 Karl Pfeifer, Einmal Palästina und zurück. Ein jüdischer Lebensweg, Wien 2013, S. 17.

287 Christian W. Haerpfer, Israelische Bürger österreichischer Herkunft. Eine statistische Analyse der quantitativen Befragung. In: Erika Weinzierl/Otto D. Kulka (Hg.), Vertreibung und Neubeginn. Israelische Bürger österreichischer Herkunft, Wien-Köln-Weimar 1992, S. 465.

288 Maderegger, Juden, S. 116.

Die Abwehrhaltung des österreichischen Ständestaates gegenüber den Nationalsozialisten wirkte sich auf die Stellung der jüdischen Bevölkerung im Prinzip positiv aus. Verglichen mit der Situation in Deutschland wurde Österreich als „kleineres Übel" betrachtet, das allein wegen der Abgrenzung zum nationalsozialistischen Gegner unterstützungswürdig war. Dennoch konnte man sich als Jüdin und Jude mit diesem Übel nicht leicht identifizieren: Als Hauptgründe führt Pelinka an, dass die Mehrheit der österreichischen Jüdinnen und Juden politisch seit jeher mit der Linken sympathisierte, dass ihre politische Basis generell auf schwachem Gerüst stand und sich die relativ sichere Position aufgrund der Vorgänge im Nachbarland und der Aktivitäten der illegalen österreichischen NSDAP rasch ändern konnte.[289] Trotz aller faschistischen Tendenzen bedeutete das ständestaatliche Regime jedoch keine massiven Verschlechterungen der Lebensbedingungen, wie es seit 1933 für die deutsche jüdische Bevölkerung der Fall war. Flüchteten Jüdinnen und Juden vor 1938 aus Österreich, so geschah dies in erster Linie aus politischen Gründen; für die als Sozialdemokraten und Kommunisten Verfolgten kam als Emigrationsland demnach auch nicht zwingend Palästina, sondern beispielsweise die Tschechoslowakei oder Spanien in Frage. Im Hinblick auf den zwar nicht regierungsoffiziellen, aber latent vorhandenen Antisemitismus und die nationalsozialistische Bedrohung innerhalb und außerhalb der österreichischen Staatsgrenzen, kann die österreichische Alijah vor 1938 zusammenfassend durchaus als „präventive Flucht" (Pelinka) charakterisiert werden.

Wie die von Weinzierl und Kulka durchgeführte Befragung von Auswanderinnen und Auswanderern ergeben hat, bildete auch die ökonomisch schwierige Situation in Österreich (und in anderen europäischen Ländern) in vielen Fällen den Anlass zur Emigration nach Palästina.[290] Dass Jüdinnen und Juden jeglicher Profession besonders stark von der wachsenden Arbeitslosigkeit betroffen waren, wird auch an der Statistik der Fürsorgeleistungen der Wiener Kultusgemeinde deutlich, wonach die Zahl der bedürftigen Personen zwischen 1932 und 1936 von 44.000 auf 60.000 gestiegen war. Hinzu kam eine Vielzahl an deutschen Flüchtlingen und Durchwanderinnen und Durchwanderern, die die karitative Einrichtung ebenfalls aufsuchte.[291]

Trotz aller Repressionen, die vom ständestaatlichen Regime ausgingen, trotz ökonomischer Schwierigkeiten und zunehmender Antisemitismuserfahrungen verfügte die jüdische Bevölkerung Österreichs in den Jahren vor 1938 zumindest über ein gewisses Maß an Entscheidungsfreiheit, was die Auswanderung – unabhängig in welches Land – betraf. Die Freiheit und das Recht, auch nur über irgendeinen Lebensbereich selbst zu bestimmen, wurden den österreichischen Jüdinnen und Juden mit einem Male genommen, als sich die Katastrophe des Nationalsozialismus im März 1938 auch über Österreich wölbte.

289 Pelinka, Emigration, S. 14.
290 Haerpfer, Analyse, S. 465.
291 Anderl, Generationenkonflikte, S. 92.

Die Vertreibung und Flucht österreichischer Jüdinnen und Juden nach Palästina 1938 bis 1945

Die nationalsozialistische Vertreibungspolitik

> „In ganz Europa wollten viele die Juden damals ein für allemal loswerden, diese fiebrigen Europhilen, die das ganze Sortiment europäischer Sprachen beherrschten, Europas Dichter deklamierten, an Europas erhabene Moral glaubten, für seine Ballett- und Opernkunst schwärmten, seine Traditionen pflegten, Europas postnationale Einheit erträumten, sich für europäische Umgangsformen, Kleidung und Moden begeisterten, Europa uneingeschränkt und bedingungslos liebten und jahrzehntelang, seit Beginn der jüdischen Aufklärungszeit, alles Menschenmögliche getan hatten, um ein wenig Europas Gefallen zu finden, auf jedem Gebiet und auf allen Wegen sein Wohl zu mehren, eins mit ihm zu werden, seine kühle Feindseligkeit durch heißes Werben aufzubrechen, sich beliebt zu machen, zu beschwichtigen, akzeptiert zu werden, dazuzugehören, geliebt zu werden – […].“[292]

Obwohl er sich nach dem Lande Israel sehnte, das jüdische Aufbauwerk ideologisch wie finanziell unterstützte und sich selbst als kämpferischen Zionisten betrachtete, konnte sich Amos Oz’ Großvater zunächst nicht dazu entschließen, seine Heimat Litauen in Richtung Palästina zu verlassen. Für sich und seine Familie fasste er ein Emigrationsland ins Auge, das „etwas weniger asiatisch als Palästina und etwas europäischer als das immer finsterer werdende Wilna sein sollte.“[293] Erst die im Laufe der 1930er Jahre immer restriktiver werdende Aufnahmepolitik zahlreicher westlicher Staaten veranlasste die Klausners – so der ursprüngliche Name des israelischen Schriftstellers – dazu, nach Palästina auszuwandern. Wenn Oz seinen Großvater in Bezug auf die nationalsozialistische Bedrohung auch als „blind“ bezeichnete, besaß dieser nichtsdestotrotz genügend Weitsicht, Europa 1933 den Rücken zu kehren – die überwiegende Mehrheit der europäischen Jüdinnen und Juden, die sich vor allem in den west- und mitteleuropäischen Ländern häufig weniger mit

292 Oz, Liebe und Finsternis, S. 182.
293 Ebda., S. 181.

„ihrem“ Nationalstaat identifizierten als sich als glühende Europäer und Weltbürger nach der Vorstellung Stefan Zweigs fühlten, nahm die drohende Gefahr die längste Zeit nicht als solche wahr.

Während sich die Entrechtung und die soziale und wirtschaftliche Exklusion der jüdischen Bevölkerung in Deutschland schrittweise vollzog[294] und die allmählichen Veränderungen den Eindruck erwecken konnten, als könnte ein Leben selbst unter diesen Bedingungen noch möglich sein,[295] ergoss sich in Österreich nach dem „Anschluss“ eine Flut an antijüdischen Gesetzen und Verordnungen, die – besonders in Wien – wenig Raum für Selbsttäuschung ließen. Dass die vollständige Vertreibung der Jüdinnen und Juden aus dem Deutschen Reich zum primären Ziel der Nationalsozialisten zählte, wurde von Beginn an offen artikuliert, akribisch geplant und rigoros umgesetzt.

Planung und Umsetzung: Der Sicherheitsdienst und Palästina

Maßgeblich verantwortlich für die Planung und Umsetzung der Vertreibungspolitik war der Sicherheitsdienst (SD) der SS.[296] 1931 als Geheimdienst der NSDAP gegründet, wurde der SD fünf Jahre später umstrukturiert, wobei den zwei Zentralabteilungen des Amtes II (Inland) – II 1 („Weltanschauliche Auswertung“) und II 2 („Lebensgebietsmäßige Auswertung“) – große Bedeutung zukam. Der Abteilung II 1 unterstanden die Subabteilungen II 111 („Freimaurer“), II 112 („Judentum“) und II 113 („Konfessionelle politische Strömungen“). Zu den Aufgaben der Abteilung II 112, die aus eigenen Referaten für Assimilanten, Orthodoxe und Zionisten bestand, zählten in erster Linie (gemeinsam mit der Gestapo) die Überwachung der jüdischen Organisationen und Versammlungen und die Auswertung der jüdischen Presse.[297] Adolf Eichmann (1906–1962), der nach dem Verbot der NSDAP in Österreich nach Deutschland geflohen war und seit 1934 im Dienste des SD stand, bearbeitete unter anderem unter Dieter Wisliceny und Herbert Hagen von 1935 bis 1938 das Referat II 112–3 (Zionisten). Entgegen der Annahme Hannah Arendts, die den

294 Die Intensität der Diskriminierung und Ausgrenzung spiegelt sich in den Auswanderungszahlen bzw. Emigrationsphasen wider: Feststellbar sind drei große Auswanderungswellen, die jeweils einem einschneidenden Ereignis folgten – der Umbruch im Jahr 1933, der Erlass der „Nürnberger Gesetze“ 1935 und der Novemberpogrom 1938. 1933 emigrierten 37.000–38.000 Jüdinnen und Juden aus Deutschland, 1934 22.000–23.000, 1935 20.000–21.000, 1936 24.000–25.000, 1937 23.000, 1938 33.000–40.000, 1939 75.000–80.000, 1940 15.000, 1941 8.000 und in den Jahren 1942–1945 noch ca. 8.500. Insgesamt konnten rund 278.500 Jüdinnen und Juden aus Deutschland fliehen. Siehe Wolfgang Benz, Die jüdische Emigration. In: Claus-Dieter Krohn (Hg.), Handbuch der deutschsprachigen Emigration 1933–1945, Darmstadt 1998, Sp. 5 f.

295 Dorit Bader Whiteman, Die Entwurzelten. Jüdische Lebensgeschichten nach der Flucht 1933 bis heute, Wien-Köln-Weimar 1995, S. 43.

296 Nach Michael Wildt (Hg.), Die Judenpolitik des SD 1935 bis 1938. Eine Dokumentation, München 1995, S. 9–64.

297 Zum organisatorischen Aufbau siehe das abgedruckte Dokument in: Ebda., S. 73–80; Anderl/Rupnow, Zentralstelle, S. 51–63.

„Judenexperten“ als bloßen Befehlsempfänger und Schreibtischtäter beschrieb,[298] vermitteln die Quellen ein Bild von Eichmann als überzeugten Nationalsozialisten, der bei der antijüdischen Politik von der Verfolgung und Vertreibung bis hin zur Deportation durchaus konzeptuelle Eigeninitiative bewies.[299]

Wie mehrere Dokumente belegen, wurde die Vertreibung der jüdischen Bevölkerung aus dem Deutschen Reich vom SD relativ früh zum obersten Ziel und zur „einzig möglichen Lösung der Judenfrage“ erklärt. Im vermutlich von Eichmann im Jänner 1937 vorgelegten Memorandum „Zum Judenproblem“ wird die „Entjudung Deutschlands“ als Leitgedanke angeführt:

> „Die Juden in der ganzen Welt stellen eine Nation dar, die nicht land- oder volks-, sondern geldgebunden ist. Sie sind und müssen daher ein ewiger Feind des Nationalsozialismus sein. […] Die Förderung der Auswanderung nach Gebieten, wo die Juden dem Reich nicht schaden können, ist […] eine zwingende Notwendigkeit.“[300]

Nachdem sich – so der Verfasser des Memorandums – vor allem in den letzten Monaten eine starke „Auswanderungsmüdigkeit“ bemerkbar gemacht hätte, müssten folgende Maßnahmen getroffen bzw. fortgeführt werden: eine weitgehende Verdrängung der Jüdinnen und Juden aus der Wirtschaft, eine wesentliche Verstärkung des politischen und gesetzlichen Drucks und die Erweiterung der technischen Möglichkeiten der Auswanderung. Um eine „neue Machtentfaltungsmöglichkeit“ für Juden zu verhindern, sollte die Emigration nach solchen Gebieten erfolgen, „die auf keiner hohen Kulturstufe stehen“. Nach der Überprüfung von Aufnahmefähigkeit und Einwanderungsbestimmungen sowie von klimatischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten wurden Gegenden bestimmt, die besonders unwirtlich waren und sich deshalb für eine Massenansiedlung von Jüdinnen und Juden „eignen“ würden, darunter etwa Ecuador, Kolumbien und Venezuela. Am aussichtsreichsten erschien dem SD allerdings die zionistische Auswanderung, weshalb einerseits der Palästinafrage und andererseits den zionistischen Organisationen in Deutschland große Aufmerksamkeit geschenkt wurde. In regelmäßigen Abschnitten erstellten die Mitarbeiter des „Judenreferats“ Lageberichte über die politische Situation in Palästina und den Zustand der jüdischen Vereinigungen. Innerhalb der nationalsozialisti-

298 Die deutsch-jüdische politische Philosophin Hannah Arendt (1906–1975) berichtete 1961 für das Magazin „New Yorker“ vom Eichmann-Prozess in Jerusalem und veröffentlichte ihre Berichte unter dem Titel „Eichmann in Jerusalem. Ein Bericht von der Banalität des Bösen“. Ihre Thesen erregten nicht nur in der jüdischen Gemeinschaft weltweit beträchtliches Aufsehen. Eichmann war nach ihrer Einschätzung „schrecklich und erschreckend normal“ und verkörperte für sie den durchschnittlichen Tätertypus: „Der Angeklagte, den man allgemein als den zentralen Vollstrecker des europäischen Judentums ansah, erwies sich als subalterner Bürokrat, der mit einigen wenigen Ausnahmen keine eigene Initiative entfaltet hatte und dem der diabolische Charakter und ideologische Fanatismus, den man ihm unterstellte, gänzlich abgingen.“ Hans Mommsen, Hannah Arendt und der Prozess gegen Adolf Eichmann. In: Hannah Arendt, Eichmann in Jerusalem. Ein Bericht von der Banalität des Bösen, 15. Auflage, München-Zürich 2006, S. 11.

299 Vgl. Rabinovici, Instanzen, S. 414.

300 BA, R 58/956, f.1. Vgl. Wildt, Judenpolitik, S. 95 f.

schen Führung keineswegs unumstritten, versuchte der SD die jüdische Emigration nach Palästina zu fördern, indem er etwa die zionistischen den assimilatorischen Verbänden gegenüber bevorzugt behandelte. Da der Zionismus dem nationalsozialistischen Ziel, „die Juden in Deutschland langsam auszuschalten", nicht widersprechen würde, bestanden nach Vicco von Bülow-Schwante, Leiter des „Sonderreferats Deutschland" im Auswärtigen Amt, keinerlei Gründe, die zionistischen Tendenzen in Deutschland zu unterbinden.[301] Mehr noch wurden gezielte wirtschaftliche bzw. finanzielle Anreize zur Auswanderung nach Palästina geboten: Das während seines Bestehens sowohl in zionistischen als auch in nationalsozialistischen Kreisen stets kontrovers diskutierte „Haavara-Abkommen" ermöglichte zwischen 1933 und 1939 Auswanderinnen und Auswanderern über den Export deutscher Waren die Überführung eines Teiles ihres Vermögens nach Palästina, wodurch die zionistische Auswanderung aus Deutschland beträchtlich gesteigert wurde.

Exkurs: Das „Haavara-Abkommen"

Theodor Herzls Vision von der Schaffung eines Judenstaates sollte durch die geregelte Übersiedelung des jüdischen Volkes nach Palästina realisiert werden. Wie oben dargelegt, sind seiner programmatischen Schrift nicht nur Details zu Gründung und Aufbau des Staates zu entnehmen, er schilderte auch die ökonomischen Rahmenbedingungen der Einwanderung und sah zur „Liquidierung aller Vermögensinteressen der abziehenden Juden"[302] die Errichtung einer „Jewish Company" vor. Staatsgründung und Auswanderung der jüdischen Bevölkerung würden sich seiner Ansicht nach auch positiv auf die Herkunftsländer auswirken, da die Abhängigkeit von europäischen Erzeugnissen zu einem wachsenden Exporthandel führen würde. Herzl skizzierte damit die Grundzüge eines wirtschaftlichen und finanziellen Transfers, der fast 40 Jahre später – freilich unter gänzlich anderen Umständen – zwischen Zionisten und Nationalsozialisten durch das Haavara-Abkommen umgesetzt wurde.[303]

Neben dem Bestreben, die während der ersten Jahre der nationalsozialistischen Herrschaft in Deutschland zum vorrangigen Ziel erklärte forcierte Auswanderung der jüdischen Bevölkerung zu erreichen, lag der Beweggrund der deutschen Regie-

301 Zit. in: Francis R. Nicosia, Hitler und der Zionismus. Das 3. Reich und die Palästina-Frage 1933–1939, Leoni am Starnberger See 1989, S. 105.

302 Herzl, Judenstaat, S. 36.

303 Dieses Kapitel stützt sich vor allem auf: Werner Feilchenfeld/Dolf Michaelis/Ludwig Pinner, Haavara-Transfer nach Palästina und Einwanderung deutscher Juden 1933–1939 (= Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo-Baeck Instituts, Bd. 26), Tübingen 1972, hier S. 112. Avraham Barkai, German Interests in the Haavara-Transfer Agreement 1933–1939. In: Leo Baeck Year Book 25 (1990) S. 245–266; Yehuda Bauer, Freikauf von Juden? Verhandlungen zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland und jüdischen Repräsentanten von 1933 und 1945, Frankfurt am Main 1996, S. 15–51; Nicosia, Zionismus, S. 73–99; Segev, Die siebte Million, S. 31–45; Abraham J. Edelheit, The Yishuv in the Shadow of the Holocaust. Zionist Politics and Rescue Aliya, 1933–1939, Boulder 1996, S. 73–92.

rung, das Haavara-Abkommen[304] zu realisieren, vor allem in zwei Motiven begründet: Der angestrebte Abbau der Arbeitslosigkeit und die sichergestellte Versorgung mit Rohstoffen für eine Wiederbewaffnung erforderten es einerseits, den Fokus der Wirtschaftspolitik zwischen 1933 und 1936 auf eine weltweite Förderung der deutschen Ausfuhren zu legen. Dieses Vorhaben drohte jedoch durch die infolge der antisemitischen Maßnahmen geplante internationale Boykottbewegung deutscher Waren zu scheitern. Andererseits verhinderten die Devisenbestimmungen, die den Umtausch von Reichsmark in eine fremde Währung seit August 1931 nur äußerst beschränkt zuließen und ab 1936 sogar gänzlich untersagten, eine Immigration nach Palästina mittels „Kapitalisten"-Zertifikaten. Zahlreiche Jüdinnen und Juden verfügten zwar über ein Kapital von RM 15.000,–, konnten es aber aufgrund des Transferverbots nicht in den notwendigen Gegenwert von 1.000 Palästina-Pfund[305] einwechseln. Chaim Arlosoroff, Mitglied der Jewish Agency, artikuliert diese Problematik, von der zigtausende „Auswanderungswillige" betroffen waren, in einem Zeitungsartikel wie folgt: „Es ist ein Erfordernis des fair play, denjenigen Juden, die unter den gegenwärtigen Verhältnissen sich eine Chance außerhalb Deutschlands suchen müssen, ihr Vermögen zu lassen, das ihnen die Zukunft sichern kann."[306] Gleichzeitig räumt er ein, dass ein Abkommen mit der deutschen Regierung unumgänglich sei:

> „Aber es ist klar, dass Deutschland seine Währungs- und Devisenposition keiner Spannung aussetzen wird, um den Juden besonders entgegenzukommen. Ein Ausweg kann nur so gefunden werden, dass ein Ausgleich zwischen den Interessen geschaffen wird. […] Es sollte möglich sein, zu einem Abkommen zu gelangen, das die für die Palästina-Wanderung freigegebenen Vermögen durch deutsche Warenexporte nach Palästina aufwiegt. Es wäre vielleicht auch möglich, eine Treuhandgesellschaft ins Leben zu rufen, an der das Reich direkt beteiligt wäre. […] Auf jeden Fall kann man nicht herumkommen, einen Ausweg zu finden. Dieser Ausweg kann nur in Verhandlungen mit der Regierung gefunden werden. Ich bin überzeugt, dass die öffentliche Meinung der Welt diese Verhandlungen mit großer Aufmerksamkeit und Sympathie verfolgen wird und in einer den Interessen aller Beteiligten gerechten Lösung einen wichtigen Fortschritt auf dem Wege zu einer konstruktiven Behandlung der Judenfrage in Deutschland erblicken wird."[307]

Der Vorschlag „Ware gegen Menschen" führte zu heftigen Auseinandersetzungen innerhalb jüdischer und zionistischer Organisationen und wurde zuvorderst von

---

304 Haavara – hebr.: Transfer.

305 Das Palästina-Pfund (LP), seit 1926 die offizielle Währung Palästinas, war an das englische Pfund gebunden – jedes LP war gleich ein Pfund Sterling.

306 Chaim Arlosoroff, „Was kann Palästina den deutschen Juden bieten?" In: Jüdische Rundschau, Heft 41 (23. 5. 1933) S. 214 f. Zit. auch in: Juliane Wetzel, Auswanderung aus Deutschland. In: Wolfgang Benz (Hg.), Die Juden in Deutschland 1933–1945. Leben unter nationalsozialistischer Herrschaft, München 1988, S. 465.

307 Ebda.

den „Revisionisten“, die einen umfassenden wirtschaftlichen Boykott deutscher Waren propagierten, entschieden abgelehnt. Die Kritik ging zuweilen so weit, den Zionismus allein aufgrund der Bereitschaft einiger Repräsentanten, mit den Nationalsozialisten zu verhandeln, zum Kollaborateur des Feindes zu erklären.[308] Erst auf dem 19. Zionistenkongress 1935 in Luzern entschied die „Zionistische Weltorganisation“, dem Ausfuhr- und Verrechnungsabkommen zuzustimmen, um dadurch die Auswanderung deutscher Jüdinnen und Juden mitsamt Teilen ihres Vermögens zu ermöglichen. Die zionistischen Aufbau- und Entwicklungspläne sahen darüber hinaus eine kontinuierliche wirtschaftliche Ausdehnung in Palästina vor, wofür Investitionen und Kapital notwendig waren, die die Emigrantinnen und Emigranten und zukünftigen Siedlerinnen und Siedler tätigen bzw. mitbringen sollten.

Offiziellen Verhandlungen zwischen der Jewish Agency, der „Zionistischen Vereinigung für Deutschland“ und den zuständigen deutschen Behörden – dem Reichswirtschaftsministerium, der Reichsbank und dem Auswärtigen Amt – ging ein einzelnes Vorläuferprojekt voraus, das der palästinensischen Zitrus-Pflanzengesellschaft „Hanotea Ltd.“ bereits im Mai 1933 einen Transfer von 1 Million Reichsmark gestattete. Auswanderinnen und Auswanderer sollten die auf ein Sperrkonto eingezahlten Summen in Form von Häusern oder Zitronenanlagen in Palästina zur Verfügung gestellt bekommen, während die „Hanotea“ mit den Reichsmarkbeträgen für die Bewirtschaftung benötigte Waren erwarb.[309] Nachdem der finanzielle Rahmen der Übereinkunft auf drei Millionen Reichsmark vergrößert worden war, erging am 28. August 1933 ein Rundschreiben des Reichswirtschaftsministeriums an alle deutschen Devisenstellen, in welchem die Grundzüge des Haavara-Abkommens dargelegt werden:

> „Um die Abwanderung deutscher Juden nach Palästina weiterhin durch Zuteilung der erforderlichen Beträge ohne übermäßige Inanspruchnahme der Devisenbestände der Reichsbank zu fördern und gleichzeitig die deutsche Ausfuhr nach Palästina zu steigern, ist mit den beteiligten jüdischen Stellen ein Abkommen auf folgender Grundlage abgeschlossen worden: Auswanderern, denen die Auswandererberatungsstelle bestätigt, dass über den als Einreisegeld erforderlichen Mindestbetrag von LP 1.000,– hinaus weitere Beträge zur Gründung einer Existenz in Palästina erforderlich und angemessen sind, kann im Rahmen dieses Gutachtens für den RM 15.000,– übersteigenden Betrag die Genehmigung zur Einzahlung auf ein bei der Reichshauptbank errichtetes Sonderkonto […] zugunsten einer in Palästina zu errichtenden jüdischen Treuhandgesellschaft […] erteilt werden. […] Aus dem Konto werden deutsche Warenlieferungen nach Palästina bezahlt. Den Auswanderern wird der Gegenwert ihrer Einzahlungen nach Maßgabe der aus dem Absatz der deutschen Waren in Palästina zur Verfügung stehenden

308 Mit dieser Frage setzen sich v.a. Doron Rabinovici (Instanzen der Ohnmacht, 2000) und Jehuda Bauer (Freikauf von Juden, 1996) auseinander.

309 Werner Feilchenfeld, zit. in: Wetzel, Auswanderung, S. 465 f. Vgl. Nicosia, Zionismus, S. 94 f.

Beträge durch die palästinensische Treuhandgesellschaft […] in Palästinapfunden ausgezahlt. […]"[310]

Den Bestimmungen zufolge konnten Emigrantinnen und Emigranten neben dem Vorzeigegeld[311] bis zu RM 50.000,– auf Sonderkonten für deutsche Warenlieferungen nach Palästina einzahlen („Haavara-Mark"), um den daraus erzielten Exporterlös in palästinensischer Währung, in Form von Waren oder Besitz zurückzubekommen. Einwanderungsvisa wurden nach Zahlungsbestätigung vom britischen Konsulat ausgestellt. Zur Verrechnung wurde in Deutschland die „Palästina-Treuhandstelle zur Beratung deutscher Juden GmbH" (Paltreu)[312], in Palästina das „Trust and Transfer Office Haavara Ltd." eingerichtet, die wiederum mit zwei jüdischen Banken, „M. M. Warburg & Co." in Hamburg und „A. E. Wassermann" in Berlin kooperierten. Die 1934 gegründete nationale Baugesellschaft „Rural and Suburban Settlement Company" („Rassco") kam zum Einsatz, wenn Auswanderinnen und Auswanderer die ihnen zur Verfügung gestellten Mittel u. a. für die Errichtung von Mittelstandssiedlungen aufwandten.

Auch wenn jüdische Immigrantinnen und Immigranten nie den völligen Gegenwert[313] für ihr auf deutsche Sperrkonten einbezahltes Guthaben erhalten hatten – Francis Nicosia führt dies auf den verhältnismäßig geringen Umfang der palästinensischen Wirtschaft zurück, die einen größeren Import deutscher Waren verhinderte[314], – war, wie folgende Zahlen belegen, der Erfolg des Abkommens beachtlich: Zwischen 1933 und 1939 emigrierten mehr als 50.000 deutsche Jüdinnen und Juden nach Palästina, die insgesamt rund 140 Millionen Reichsmark transferierten. Von Relevanz war die Haavara vor allem für Inhaberinnen und Inhaber von „Kapitalisten"-Zertifikaten, zur Anwendung kam die Regelung zudem bei der Überführung von Pensionen, Kriegsrenten und Schulgeldern, wodurch den deutschen Jüdinnen und Juden in Palästina im Gegensatz zu Immigrantinnen und Immigranten anderer Herkunft eine Existenzgrundlage geschaffen worden war. Umfang und Zusammensetzung der deutschen Einwanderung (ca. 36 Prozent fielen der „Kapitalisten"-Kategorie zu) kurbelten darüber hinaus die Wirtschaft Palästinas an und trugen damit unmittelbar zum Aufbau des Landes bei.[315] Insgesamt emigrierten

310 Runderlass Nr. 54/33 des Reichswirtschaftsministeriums vom 28. 8. 1933. Abgedr. in: Rolf Vogel, Ein Stempel hat gefehlt. Dokumente zur Emigration deutscher Juden, München-Zürich 1977, S. 107 f.

311 Ab 1. April 1936 stellte die Reichsbank für die erforderlichen 15.000 RM keine Devisen mehr aus, wodurch auch das Geld für das „Kapitalisten"-Zertifikat transferiert werden musste.

312 In Anlehnung daran wurde später auch die „Allgemeine Treuhandstelle für die jüdische Auswanderung GmbH" (Altreu), die den Kapitaltransfer in andere Länder abwickelte, und die „Intria", durch die Auslandsverwandte ihre Angehörigen in Deutschland finanziell unterstützen konnten, gegründet. Vgl. Feilchenfeld, Haavara, S. 79 f.

313 Der Durchschnittskurs des insgesamt transferierten jüdischen Vermögens von RM 139,6 Mio. oder LP 8,1 Mio. war RM 17,23 für LP 1,–, während der offizielle Kurs RM 12,50 für LP 1,– war. Für LP 8,1 Mio. wären also nur RM 101 Mio. notwendig gewesen – der Transferverlust betrug demnach 27,5 Prozent. Vgl. Feilchenfeld, Haavara, S. 74.

314 Nicosia, Zionismus, S. 97.

315 Anderl/Rupnow, Zentralstelle, S. 55 f.

20 Prozent der ausgewanderten jüdischen Bevölkerung Deutschlands nach Palästina – die Haavara stellte für den größten Teil die einzige Fluchtmöglichkeit, für die jüdischen Organisationen den einzig erfolgreichen Versuch dar, eine geordnete Auswanderung im Wege der Selbsthilfe durchzuführen.[316]

Auf jüdischer Seite von Beginn an und trotz aller Erfolge heftig umstritten, wurde der Nutzen des Transfers auch in den nationalsozialistischen Regierungs- und Parteikreisen stets kontrovers diskutiert. Hatte in den ersten Jahren seiner Gültigkeit die Ansicht dominiert, dass wirksame Auswanderungsmaßnahmen in deutschem Interesse wären und das Abkommen mit der Jewish Agency deshalb zu unterstützen wäre, so wurde ab 1935 von verschiedenen Institutionen zusehends Kritik geübt. Während die Reichsbank erkannte, dass Deutschland für das Vorzeigegeld eigene Devisen aufwenden musste, durch die Haavara aber kaum Fremdwährung einnahm, befürchtete das Auswärtige Amt durch die Förderung der jüdischen Einwanderung und der jüdischen Wirtschaft in Palästina nicht nur das Aufkommen eines deutsch-arabischen Interessenkonfliktes[317], sondern vor allem die Etablierung eines jüdischen Nationalstaates – eine Sorge, die durch den von der britischen „Peel-Kommission" vorgeschlagenen Teilungsplan aktuell zu werden schien. Wie bereits dargelegt, sprach sich u. a. Vicco von Bülow-Schwante, Gesandter des Auswärtigen Amtes, dafür aus, „die Zersplitterung des Judentums aufrechtzuerhalten". Die „Judenfrage" könnte für Deutschland nicht allein durch die Auswanderung gelöst werden, weshalb die Entwicklung in Palästina nicht außer Acht gelassen werden dürfte. „Denn ein Palästinastaat wird das Judentum nicht absorbieren, sondern ihm – etwa entsprechend dem Wirkungskreis des Vatikanstaats – eine zusätzliche völkerrechtliche Machtbasis schaffen, die sich für die deutsche Außenpolitik verhängnisvoll auswirken könnte."[318] Ähnlich, aber in Abweichung von der grundsätzlichen Haltung des Sicherheitsdienstes, die jüdische Auswanderung in erster Linie auf Palästina auszurichten, argumentierten Adolf Eichmann und Herbert Hagen; sie äußern sich in ihrem Bericht über die Nahostreise vom Herbst 1937 zum Vorschlag des jüdischen „V-Mannes" Feivel Polkes, den Warentransfer zu erhöhen und damit 50.000 Jüdinnen und Juden jährlich zur Auswanderung nach Palästina zu bewegen, wie folgt:

> „Dieser Plan muss von uns aus zweierlei Gründen verworfen werden: a) Es liegt nicht in unseren Bestrebungen, das jüdische Kapital im Auslande unterzubringen, sondern in erste Linie, jüdische Mittellose zur Auswanderung zu veranlassen. Da die erwähnte Auswanderung von 50.000 Juden pro Jahr in der Hauptsache das Judentum in Palästina stärken würde, ist

316 Feilchenfeld, Haavara, S. 12.

317 „Wir haben wenig getan, um die Sympathie, welche die Araber für das neue Deutschland hegen, zu stärken und zu erhalten, und haben die Gefahr außer Acht gelassen, dass die Araber durch unsere Mithilfe an dem Aufbau des jüdischen Nationalheims und der jüdischen Wirtschaft zu unseren Gegnern werden könnten […]", so der deutsche Generalkonsul Döhle in einem Schreiben an das Auswärtige Amt im März 1937. Abgedr. in: Vogel, Dokumente, S. 110.

318 Schreiben des AA-Gesandten von Bülow-Schwante vom 22. 6. 1937 an sämtliche Auslandsmissionen. Abgedr. in: Ebda., S. 129.

> dieser Plan unter Berücksichtigung der Tatsache, dass von Reichs wegen eine selbständige Staatsbildung der Juden in Palästina verhindert werden soll, undiskutabel. b) Eine Erhöhung des Warentransfers nach dem Vorderen und Mittleren Orient würde bedeuten, dass diese Länder dem deutschen Reich als „deviseneinbringende Länder“ verloren gehen würden. Ferner würde das vom Reichswirtschaftsministerium großgezogene und von uns bekämpfte ‚Haavara-System‘ gestärkt werden.“[319]

Neben vorangehender Kritik setzte sich im Laufe der Debatten bei den meisten Stellen der NS-Regierung und der NSDAP die Haltung durch, dass die Auswanderung trotz der erlaubten Mitnahme von Besitz nicht im gewünschten Tempo erfolgte und die jüdische Bevölkerung auch so ausgewiesen werden könnte. Schrittweise eingeschränkt, fand das Abkommen schließlich mit Kriegsbeginn ein Ende. Offiziell eingestellt wurde die Haavara im Jahr 1941.

Österreichische Transfermodelle und kollektive Siedlungspläne in Palästina

Die positiven Erfahrungen, die die Jewish Agency beim Kapital- und Warentransfer von Deutschland nach Palästina gesammelt hatte, führten dazu, dass auch mit Regierungen anderer Staaten, in denen Jüdinnen und Juden unter wirtschaftlich schwierigen Bedingungen zur Auswanderung getrieben wurden, verhandelt wurde. Gespräche fanden in Polen, Ungarn, Italien und in der Tschechoslowakei statt, blieben aber entweder von vornherein erfolglos oder konnten aufgrund des Kriegsausbruchs nicht umgesetzt werden. Für die jüdische Bevölkerung Österreichs wurde die Frage einer Auswanderung nach Palästina verbunden mit einem Vermögenstransfer zu einem Zeitpunkt aktuell, als die Haavara von den deutschen Behörden bereits erheblich eingeschränkt worden war und als sich herauskristallisiert hatte, dass sich die Aufnahmefähigkeit der palästinensischen Wirtschaft für die dem Abkommen dienenden Güter nicht entwickelt hatte. Die Ausdehnung des Vertrages auf Österreich wurde daher zuvorderst von Eichmann, aber auch vom Reichswirtschaftsministerium und der Reichsbank abgelehnt. Die nationalsozialistische Beraubungs- und Vertreibungspolitik hatte für die österreichischen Jüdinnen und Juden nach dem „Anschluss“ eine Situation entstehen lassen, die wesentlich ungünstiger war als jene der deutschen vor 1938. Waren die Auswanderungsmöglichkeiten generell schon unzulänglich, so blieb im Falle Palästinas zunächst außerdem völlig unklar, wie die Emigration finanziert werden sollte. Unterstützungen von ausländischen zionistischen Organisationen sowie die beschränkten Mittel, über die die Jewish Agency verfügte, flossen direkt nach Palästina, um die Niederlassung der großteils mittellosen Immigrantinnen und Immigranten zu gewährleisten. Reisekosten und mit der Auswanderung verbundene Verwaltungsausgaben sollten hingegen im Her-

319 „Bericht über die Palästina-Ägyptenreise von Hptscharf. Eichmann und St-O’Scharf. Hagen“, 4. 11. 1937. BA, R 58/954, f.1, S. 34 f.

kunftsland aufgebracht werden.[320] Hilfszahlungen für Palästina-Wanderinnen und -Wanderer konnte die Wiener Kultusgemeinde, wenn auch in äußerst bescheidenem Umfang, im Sommer 1938 erwirken: Nach Verhandlungen mit Eichmann und der Devisenstelle Wien sowie in Einverständnis mit dem „Joint", dem „Central British Fund" und der Jewish Agency wurde beschlossen, 50 Prozent der von ausländischen Hilfskomitees zur Verfügung gestellten Fremdwährungsmittel für die Sicherung von „Kapitalisten"-Zertifikaten für die Einreise nach Palästina, die übrigen 50 Prozent für Landungsgelder anderer Staaten zu verwenden.[321] Die Hälfte des monatlichen Deviseneinkommens ermöglichte die Sicherung von 10 „Kapitalisten"-Zertifikaten, wobei der Kurs an die Vermögensverhältnisse der vom Palästina-Amt und der Jewish Agency ausgewählten Bewerberinnen und Bewerber und an die Bedürfnisse der Gemeinde angepasst wurde.[322] Die Bestimmungen wurden von den „Auswanderungswilligen" allerdings mehrheitlich abgelehnt. Beschwerden erreichten die Kultusgemeinde nicht nur angesichts des uneinheitlichen Kurses und der Bevorzugung des Ziellandes Palästina; Protest rief insbesondere das Auswahlverfahren hervor, bei welchem pro Monat hunderte Bewerber um ca. 10 Zertifikate kämpften. Profitieren konnte von der Devisenregelung demnach nur eine sehr geringe Anzahl der österreichischen Palästina-Immigrantinnen und -Immigranten, alle anderen mussten mittellos einwandern.

Obgleich die Genehmigung für einen Transfer von Besitz und Vermögen, das über die LP 1.000,– hinausging, nicht erwirkt werden konnte und Palästina neben grundsätzlichen Bedenken vor allem wirtschaftlich unattraktiv wirkte, waren wenige Wochen nach dem „Anschluss" mehrere Initiativen entstanden, die sich speziell mit der Überführung von Industrien und kollektiven Siedlungsmöglichkeiten befassten. Für den geplanten Transfer von typischen Wiener Industrien regte Arthur Ruppin von der Jewish Agency die Einsetzung einer Kommission an, die die Erfolgschancen der einzelnen Industriezweige ermitteln und Subventionen oder Kredite für die Unternehmungen beschaffen sollte.[323] Georg Landauer von der „Deutschen Abteilung" blieb aufgrund der in Österreich gültigen totalen Transfersperre zwar skeptisch, ein aus Vertreterinnen und Vertretern der Abteilung für Handel und Industrie und des „Economic Research Institutes" (beide der Jewish Agency zugehörig) gebildetes Komitee wurde im Juli 1938 dennoch eingerichtet. Eines der ersten geprüften Projekte war jenes der Wiener „Geschmacksindustrien", zu welchen u. a. qualitativ hochwertige Strickerei, Zweige der Damenkonfektion und Lederwarenherstellung zählten. Dem Bericht zufolge hätte die Kommission zwar noch gewisse Hoffnungen gehegt, in Bezug auf die Haavara zu einer Gleichstellung

320 Anderl, Emigration, S. 205.

321 Aktennotiz vermutlich der Devisenstelle Wien, 3. 1. 1939. Archiv der IKG Wien/Bestand Wien/A/VIE/IKG/II/AUS/14/3.

322 Wohlhabende Jüdinnen und Juden zahlten zu Beginn den doppelten Kurs, infolge der zunehmenden finanziellen Notlage der Kultusgemeinde das Dreifache des offiziellen Kurses, der von weniger bemittelten Personen verlangt wurde. Unbemittelten Jüdinnen und Juden wurden die Devisen ohne Gegenwert überlassen. Vgl. Charles J. Kapralik, Erinnerungen eines Beamten der Wiener IKG 1938–39. In: Bulletin des Leo Baeck Institutes 58 (1981) S. 64.

323 Arthur Ruppin an Georg Landauer, 22. 5. 1938. CZA, S7/722, S. 122.

mit dem übrigen Deutschland zu gelangen, wahrscheinlicher wäre aber, dass sich ausschließlich Maschinen transferieren lassen würden. Trotz aller Schwierigkeiten, auf die die Kommission als Verfasserin des Berichts verweist – die Kleinheit des palästinensischen Marktes, die beschränkte Aufnahmefähigkeit für Qualitätsprodukte, die Konkurrenz von „arischen" Firmen in Wien und jüdischen Firmen im Ausland, die Arbeitslöhne etc. –, steht sie der praktischen Verwirklichung der Initiative positiv gegenüber und empfiehlt die Weiterverfolgung derselben.[324]

Projektvorschläge österreichischer Jüdinnen und Juden gab es auch im Bereich des Siedlungstransfers, der für die über Eigenmittel verfügenden Einwanderinnen und Einwanderer den Erwerb einer Wirtschaft im Rahmen einer landwirtschaftlichen oder städtischen Kolonie vorsah. Errichtet wurde diese zumeist von der bereits erwähnten Siedlungsgesellschaft „Rassco", deren Aufgaben darin bestanden, den selbst erworbenen oder vom „Jüdischen Nationalfonds" zur Verfügung gestellten Boden zu parzellieren, „siedlungsreif" zu machen und die Siedlerinnen und Siedler beim Aufbau der Siedlung zu unterstützen.[325] Zwischen 1937 und 1939 wurden die Mittelstandsdörfer Kfar Schmarjahu, Sdeh Warburg und Beth Jizchack sowie die kollektive Siedlung Schawej Zion errichtet, womit Teilen der jüdischen Bevölkerung Deutschlands nicht nur die Emigration, sondern gleichzeitig die berufliche Einordnung in Palästina ermöglicht wurde. Hunderte Einwanderinnen und Einwanderer aus städtischen Berufen (Akademiker, Kaufleute, Beamte etc.) konnten sich in kooperativer Form und unter fachlicher Instruktion eine neue Existenz als Landwirte aufbauen.[326]

Nachdem die „Zionistische Weltorganisation" beschlossen hatte, die Tätigkeit der „Rassco" auf andere Länder auszudehnen, wurde die Arbeit auch in Österreich, der Tschechoslowakei, in Rumänien und Jugoslawien aufgenommen; in Wien und Prag wurden Zweigstellen eingerichtet. Konzepte für Siedlungsmöglichkeiten österreichischer Jüdinnen und Juden in Palästina wurden in der Regel direkt der „Rassco" oder der Jewish Agency, manchmal – wie im Falle eines Exposés über ein allgemeines Transferschema – auch der Kultusgemeinde übermittelt. Dem unbekannten Verfasser des Konzeptes zufolge könnten möglichst viele Mittelständler nach Palästina kommen, wenn die ihnen zur Verfügung stehenden transferierbaren Barmittel durch Maschinen- und Materialeinkauf ergänzt werden würden. Geeignete Siedler sollten in Gruppen von je 40 Familien (ca. 120 Personen) mit Barmitteln von je RM 30.000,– einwandern. Durch Hilfsgelder, Darlehen und Zuschüsse, z. B. vom „Keren Hajessod", müsste ein finanzieller Überschuss entstehen, mit dem beispielsweise Maschinen, Baumaterialien und Saatgut gekauft und eventuell künftige Siedlerinnen und Siedler unterstützt werden könnten.[327]

Konkreter formuliert ist der Emigrations- und Siedlungsplan einer Gruppe um den Wiener Ladislaus Rado, der der Jewish Agency vorgelegt wurde und dessen

324 Über die Realisierung des Projektes ist nichts bekannt. CZA, S7/722, S. 110–119.

325 Die Arbeit der „Deutschen Abteilung". Aus dem Bericht des Zentral-Büros für die Ansiedlung deutscher Juden bei der Jewish Agency. In: Jüdische Welt-Rundschau Nr. 22 (2. 8. 1939) S. 8.

326 Feilchenfeld, Haavara, S. 59 f.

327 CAHJP, A/W 2492,5.

Gelingen von vier Voraussetzungen abhängen würde: 1. die Zustimmung der österreichischen bzw. deutschen Regierungsstellen zur Bildung und Schulung einer Auswanderergruppe und zur Ausfuhr von in Österreich angeschafften Gütern und Waren sowie einem Drittel der aufgebrachten Geldmittel; 2. die Genehmigung und Unterstützung der Einwanderung und Ansiedlung von Seiten der Palästina-Regierung; 3. die Verpachtung eines Landeskomplexes durch den „Keren Kajemeth" (vorzugsweise in einem sumpf- und malariafreien Gebiet, das über Wasserquellen und eine Straße verfügen würde); 4. die Zuweisung von 30 bis 40 gelernter Chaluzim, die mit ihren Kenntnissen und Erfahrungen den Aufbau der Kolonie leiten würden. Die Gemeinschaft würde aus bis zu 500 „gleichgesinnten, befreundeten" Jüdinnen und Juden, mehrheitlich im Alter von 14 bis 28 Jahren, bestehen, wobei jede und jeder über gewisse Spezialfähigkeiten verfügen würde. Die Mittel für die Reise und die Anschaffung von Ausrüstungsgegenständen sollten, sofern der Export genehmigt würde, in Österreich angeschafft werden, für die Aufbaukosten und Erhaltungskosten bis zur Erzielung eines Ertrages müsste ein Transfer von Geldmitteln und die Unterstützung von Hilfsvereinen und jüdischen Institutionen in Palästina erwirkt werden.[328] Für die „Rassco", die den Siedlungsinteressentinnen und -interessenten in ihrem Antwortschreiben zwar eine prinzipielle Bereitschaft zur Vorbereitung und Durchführung des Projektes bekundet, war offenbar trotzdem nicht klar, auf welcher finanziellen Basis sie stehen würden. Grundsätzlich müsste die Gruppe so aufgebaut werden, dass sie über einen Kern von Einwanderinnen und Einwanderern mit „Kapitalisten"-Visa verfügen würde und dass bei allen Teilnehmenden eine volle Arbeitsfähigkeit gegeben wäre. Der Hinweis, dass mit den Behörden zunächst die Frage zu klären wäre, ob durch den Export bestimmter Warengattungen die Finanzierung der Siedlung möglich wäre, zeigt auf, dass zu diesem Zeitpunkt (im Juli 1938) noch damit spekuliert wurde, Transferprogramme auch in Österreich umsetzen zu können.[329]

Die „Aktion Judenauswanderung aus der Steiermark"

Realisiert wurden diese Bestrebungen ausschließlich im Rahmen eines von der Israelitischen Kultusgemeinde Graz ausgearbeiteten Sonderprojektes, das die kollektive Auswanderung eines erheblichen Teils der Gemeindemitglieder nach Palästina vorsah und unter dem Titel „Aktion Judenauswanderung aus der Steiermark" bekannt wurde.

Die Auswanderungsaktion, für die sich bisher 130 Familien bzw. 465 Personen registriert hätten, bezeichnete Georg Landauer in seiner ersten Zuschrift an die Grazer Gemeindeleitung als einen „schönen Plan", der mit Freude unterstützt und von der „Rassco" die größte Aufmerksamkeit erhalten werden würde. Gleichzeitig machte er darauf aufmerksam, dass bei der Auswahl der Familien darauf zu achten sei, dass nur wirklich für die landwirtschaftliche Arbeit geeignete Personen

328 CZA, S7/124, S. 122–124.
329 CZA, S7/124, S. 109 f.

zusammengefasst werden, „die trotz wahrscheinlich ursprünglicher materieller Ungleichheit bereit sind, auch in dieser Beziehung ein gemeinsames Schicksal hier im Lande und gleiche materielle Bedingungen zu tragen."[330] Im Zuge seiner Erkundungen über geeignete Siedlungskandidatinnen und -kandidaten sprach sich auch der Palästina-Emissär Marduk Schattner nach Unterredung mit Vertretern aus Graz zustimmend aus:

> „Der ernsteste Ansatz scheint mir die Gruppe in Graz zu sein. Es besteht dort ein sehr starker Auswanderungswille und wie mir scheint, wird sich unter den ca. 200 Anmeldungen, die dort vorliegen, eine größere Anzahl von Familien vorfinden, die ihrer allgemeinen Eignung nach für eine Siedlung in Frage kommen. Als Beweis für die Ernsthaftigkeit der Absicht mag auch die Tatsache dienen, dass ca. 100 Personen in der einen oder anderen Form (Gartenbau, Geflügelzucht etc.) seit Wochen in Hachscharah in Graz und Umgebung sind, Hebräisch lernen usw. Es gibt überhaupt eine Reihe von Familien darunter, die auf dem Lande leben und eine gewisse Kenntnis der Landwirtschaft mitbringen."[331]

Vertreten durch die Kanzlei der Wiener Rechtsanwälte Hugo Weber und Erich Rajakowitsch wurde das Auswanderungsprojekt im Herbst 1938 an die Exportabteilung des Reichswirtschaftsministeriums herangetragen. Abgesehen vom Umfang der zu exportierenden Waren, über den noch zu diskutieren wäre, erfolgte angeblich eine inoffizielle Zusage des federführenden Referenten, die die Auswanderungsstelle der IKG Graz an die „Rassco" weiterleitete. Dieses Schreiben enthält zudem detaillierte Informationen zu Größenordnung und Zusammensetzung des Transfers: Nach Verhandlungen mit der Devisenstelle Wien würde ein Einkauf von Waren im Wert von RM 3,000.000,–[332] (zuzüglich 10 Prozent des Warenvolumens zahlbar in effektiven Devisen) in Frage kommen, wobei der Großteil in Papierwaren und ein geringerer Teil in Metallwaren investiert werden sollte. Unter den Teilnehmenden, deren Anzahl sich bis Mitte Oktober auf ca. 800 Personen aus 245 Familien vergrößert hatte, befanden sich zahlreiche wohlhabende Jüdinnen und Juden, die sich dazu verpflichtet hatten, ihre Kapitalien langfristig zu binden. Da nicht alle vorgemerkten Familien mit dem ersten Transfer angesiedelt werden könnten, sollte zunächst eine Pioniergruppe von 50 bis 60 Personen auswandern und beim Aufbau der ersten Siedlung mitarbeiten. Zur Niederlassung würden die Orte Raanana und Kadima, beide unweit von Tel Aviv gelegen, in Frage kommen.

> „Unter Berücksichtigung der Lage der sich für die Auswanderung vorbereitenden Familien, welche zumeist zu bestimmten Terminen das Land zu

330 Georg Landauer an IKG Graz, 18. 7. 1938. Ebda.

331 Marduk Schattner an Förder, 23. 8. 1938. Ebda.

332 Wie aus einem späteren Schreiben hervorgeht, stand der Gruppe ursprünglich ein Reichsmarkbetrag von 6 Millionen zur Verfügung. Diese Summe hätte sich infolge der Abgaben auf 3 Millionen Reichsmark vermindert, wodurch auf eine Familie durchschnittlich RM 30.000,– entfallen würde.

verlassen haben, stellen wir uns die Aktion so vor, dass mit dem Augenblick, als wir Ihnen den Nachweis der Einzahlung der Markbeträge bei der hiesigen Treuhandstelle und die Vergebung der Aufträge an die Fabriken notifizieren können, sofort an die Durchführung der Besiedelungsaktion geschritten wird."[333]

Auf die besondere Notsituation der steirischen Jüdinnen und Juden, die ein unbedingtes Gelingen des Vorhabens erfordern würde, wird auch in einem weiteren Brief an die Jewish Agency verwiesen:

> „Wir wollen gegenüber den Siedlern, deren einzige Hoffnung die Auswanderungsmöglichkeit nach Erez ist, heute nicht eine solche moralische Verantwortung übernehmen, falls nicht begründete Aussicht auch auf die Fortführung unserer Aktion zu einem positiven Resultat möglich erscheint. Wir können nicht umhin, auch in diesem Zusammenhange Ihnen mitzuteilen, dass die Lage des überwiegenden Teiles der Juden unhaltbar geworden ist, weil fast alle bis Ende des Jahres das Reichsgebiet verlassen müssen."[334]

Schwierigkeiten, die sich vor allem bei der Erstellung der Warenliste, bei Fragen rund um die Einzahlung und die Zertifikatserteilung, aber auch allein schon deswegen ergeben hatten, da zahlreiche unterschiedliche Stellen an der Durchführung des Projektes beteiligt waren, führten dazu, dass die deutsche Regierung den Transfer offiziell erst Ende Jänner 1939 bewilligte. Die Ausfuhr von Waren in der Höhe von RM 500.000,– (Beförderungskosten und Nebenspesen konnten diese Summe noch erhöhen) war an die Bedingung gebunden, dass mindestens 400 Jüdinnen und Juden zur Auswanderung gebracht werden würden – eine Vorgabe, die nach Einschätzung der „Rassco" völlig unrealistisch wäre: Ausgehend von einem Transfererlös von ca. 30.000 Pfund könnten 40 „Kapitalisten"-Zertifikate à 750 Pfund und eine Bodenbescheinigung in der Höhe von 250 Pfund erworben werden, sodass bei durchschnittlich vier Familienmitgliedern ca. 160 Personen auswandern könnten.

Zur beschleunigten Abwicklung der mit dem Siedlungstransfer zusammenhängenden Formalitäten wurde im Februar 1939 in Graz das Büro „Aktion Judenauswanderung aus der Steiermark" (Schmiedgasse 34) eingerichtet, das zur Ermittlung der Personal- und Vermögensdaten der an die Aktion angeschlossenen Personen Fragebogen ausgab. Mit der Erfassung, Verwaltung und Verwertung sämtlicher Vermögenswerte – unbewegliches Kapital, illiquide Mittel, Effekten etc. – wurde das Bankhaus „Krentschker & Co." (Bismarckplatz 3) betraut. Erste Einzahlungen der in Frage kommenden Beträge erfolgten noch im selben Monat durch Überweisung aus den verschiedenen Sperrdepots an das Bankhaus Krentschker, das ein Akkreditiv von bis zu RM 600.000,– für Warenbezüge nach Palästina eröffnete.[335] Laut Vorgabe der Devisenstelle hatte die Aktion bis zum 31. Dezember 1939 abgeschlossen

333 Elias Grünschlag an Rassco, 13. 10. 1938. CZA, S7/724.

334 Elias Grünschlag an Georg Landauer, 13. 10. 1938. Ebda.

335 Auswanderer-Beratungsstelle IKG Graz an Preminger und Förder, 14. 2. 1939. CZA, S7/724.

zu sein – die „Rassco“ musste also bis Jahresende die Kaufabschlüsse tätigen und der Devisenstelle vorlegen.

Wie viele Personen sich letztendlich der Aktion angeschlossen hatten, welche Vermögenssummen der Bank insgesamt „anvertraut“ wurden und wie hoch die Anzahl an steirischen Jüdinnen und Juden war, die im Rahmen des Transferprogrammes tatsächlich nach Palästina gelangt sind, bleibt völlig unklar. Eine Aufstellung vom 15. Jänner 1940 informiert zwar über die registrierten Personen und verzeichnet Verbindlichkeiten, Forderungen und Schätzwerte von Immobilien etc., es scheint aber, dass hier Teilnehmende der eigentlichen „Aktion Judenauswanderung aus der Steiermark“ mit jenen, die der auf Graz ausgeweiteten „Gildemeester-Aktion“[336] angehörten, vermischt wurden. Wenn auch das eine oder andere Mal eine Adresse in Palästina als aktuell angegeben wird,[337] so wird nicht deutlich, auf welchem Weg bzw. im Rahmen welcher Aktion das Land erreicht wurde.

Die Schwierigkeiten, die der Aktion ein Ende bereiteten, werden in zwei Schreiben des Provinzreferates Steiermark vom März 1940[338] und Jänner 1941[339] ersichtlich: Der Kriegsausbruch im September 1939 und schließlich der Ablauf der Devisengenehmigung Ende des Jahres hatten den Transfer zum Stillstand gebracht, sodass im Endeffekt Waren im Wert von nur RM 49.366,69 bezogen werden konnten. Firmen, mit denen über weitere Lieferungen verhandelt wurde, lehnten zum Großteil aufgrund der kriegsbedingten Änderung der Verhältnisse (Frachten, Risiko etc.) ab. Zur selben Zeit wurde außerdem die Zuteilung von Palästina-Zertifikaten eingestellt. Da sämtliche Voraussetzungen für die Durchführung der Aktion entfallen waren, bemühten sich die Teilnehmerinnen und -Teilnehmer gemeinsam mit ihrem Interessenvertreter, dem Provinzreferat, den Warentransfer durch einen Geldtransfer zu ersetzen. Dieser sollte „im Wege der Kultusgemeinde“ und nach Zusicherung des Palästina-Amtes, die notwendigen Zertifikate auszustellen, erfolgen.[340] Gleichzeitig wurde versucht, beim Bankhaus Krentschker die Auflösung der Aktion durchzusetzen, wobei „unüberbrückbare Gegensätze in der Beurteilung der Rechtslage“ auftauchten. Nach der Ankündigung, Zahlungen an die noch im Land lebenden Teilnehmer mit 1. Jänner 1941 einzustellen, wandte sich das Provinzreferat an die Devisenstelle Wien, um die Loslösung der Guthaben sowie die Gutbuchung dieser Beträge (insgesamt RM 334.117,05) auf die einzelnen Konten der noch nicht Ausgewanderten zu erwirken, um diesen wenigstens die Finanzie-

---

336 Obwohl der Palästina-Transfer organisatorisch vollständig getrennt von der „Aktion Gildemeester“ durchgeführt wurde, scheint es so, als hätte sich das Büro „Aktion Judenauswanderung aus der Steiermark“ auch um die Grazer „Gildemeester-Fälle“ gekümmert. Vgl. Venus/Wenck, Gildemeester, S. 178.

337 Generell muss die Richtigkeit der Adressangaben insbesondere nach Kriegsausbruch und angesichts der Tatsache, dass Zielländer auf mehreren Etappen erreicht wurden, angezweifelt werden.

338 Archiv der IKG Wien/Bestand Wien/A/VIE/IKG/II/AUS/14/3.

339 Provinzreferat Steiermark an Robert Prochnik, 10. 1. 1941, CAHJP, A/W 2521.

340 Laut einem Aktenvermerk über ein Treffen zwischen der IKG, dem Bankhaus Krentschker und Obersturmführer Alois Brunner im Mai 1941 versuchte Josef Löwenherz beim „Joint“ zu beantragen, gegen Bezahlung der für die ausgewanderten „Rassco“-Teilnehmenden freiwerdenden Gelder an die IKG Wien gewisse Dollar-Beträge zu erwirken und diese bei einer amerikanischen Bank zu deponieren. Archiv der IKG Wien/Bestand Wien/A/VIE/IKG/II/AD/2/1.

rung ihres Lebensunterhaltes zu ermöglichen. „Mit Rücksicht auf die komplizierte Angelegenheit“ wurde die Entscheidung dem Reichswirtschaftsministerium in Berlin überlassen, wo der zuständige Referent gemeinsam mit einem Vertreter der Bank und der Devisenstelle Wien (wahrscheinlich Oberinspektor Löffler) zu einer Lösung kommen sollte. Bei diesem Treffen, so der Hintergrund des Schreibens des Provinzreferats, sollte Robert Prochnik[341], der zu dieser Zeit für die Wiener IKG in Berlin über Ausreisemöglichkeiten verhandelte, zugunsten der betroffenen Jüdinnen und Juden intervenieren.

> „Da die verzweifelte Lage dieser Menschen verständlich ist, da sie ja ihr ganzes Hab und Gut dieser Aktion anvertraut, ebenso darauf ihre Auswanderung aufgebaut haben und heute nicht einmal ihren Haushalt decken bzw. ihre Miete bezahlen können, wenden wir uns dringendst an Sie mit der Bitte, ohne jeden Verzug bei den zuständigen Referenten beim Reichswirtschaftsministerium mit dieser Information […] vorzusprechen und den Referenten eingehend über alles zu informieren, damit bei den Verhandlungen dort eine […] klare und nicht einseitige Information erfliesen kann. Diese müsste bei der heutigen Sachlage dahin gehen, dass die Auflösung der Aktion überhaupt ausgesprochen und die Konti der einzelnen noch im Reiche lebenden Mitglieder auf Sperrkonti gesondert überführt werden, während das Guthaben der Auswanderer nach vorheriger Genehmigung der Devisenstelle im Wege von Verhandlungen mit der Kultusgemeinde, letzterer unter gewissen Voraussetzungen zur Verfügung gestellt werden.“[342]

Eine weitere Möglichkeit sah der Verfasser auch darin, die Auflösung der Aktion direkt bei Eichmann zu erbitten, da dieser ja auch den Warentransfer genehmigt hatte. Die in diesem Zusammenhang letzte Aufzeichnung liegt in Form eines Aktenvermerks von Amtsdirektor Josef Löwenherz über eine Mitteilung von SS-Obersturmführer Brunner vom 1. Juli 1941 vor: Die Bank Krentschker hätte von Brunner den Auftrag erhalten, alle Vermögenswerte der im Inland befindlichen „Rassco“-Teilnehmerinnen und -Teilnehmer sofort auszufolgen und die noch nicht liquidierten Vermögenswerte unter der Aufsicht der Kultusgemeinde aufzulösen, sodass die Einsetzung etwaiger Kommissare nicht erforderlich sein würde. Die bereits ausgewanderten Jüdinnen und Juden könnten „mit Rücksicht auf die derzeitige Situation“ nicht miteinbezogen werden. Ein abschließender Bericht wäre der „Zentralstelle für jüdische Auswanderung“ von der IKG vorzulegen.

Die Genehmigung des Reichswirtschaftsministeriums für die „Aktion Judenauswanderung aus der Steiermark“ erfolgte zu einem Zeitpunkt, als das in Deutschland gültige Haavara-Abkommen wegen der wachsenden Sorge vor dem Aufbau eines jüdischen Staates in Palästina und aufgrund der Bestrebungen, die „Abwanderung“ des jüdischen Kapitals zu verhindern, bereits weitgehend eingeschränkt war. Eichmann sprach seine Zustimmung aus, obwohl mit der „Zentralstelle für jüdi-

341 Zur Person Prochniks siehe Rabinovici, Instanzen, v.a. S. 380–386.

342 Provinzreferat Steiermark an Robert Prochnik, 10. 1. 1941. CAHJP, A/W 2521.

sche Auswanderung“ und der „Aktion Gildemeester“ „Auswanderungsmodelle“ gefunden worden waren, die die Verknüpfung von Vertreibung und Beraubung der jüdischen Bevölkerung ermöglichten. Dass der Transferplan dennoch bewilligt wurde und Teile der steirischen Jüdinnen und Juden damit von den allgemeinen Auswanderungsregelungen der Nationalsozialisten ausgenommen wurden – auf das Scheitern des Vorhabens sowohl in Bezug auf die Emigration als auch auf den Warentransfer sei hier noch einmal verwiesen –, lässt sich nur dahingehend erklären, dass mit der Aktion „Anreize“ zu einer beschleunigten Ausreise geschaffen wurden, die, nachdem die gewünschte Wirkung ausgeblieben war und sich gezeigt hatte, dass Jüdinnen und Juden aus den übrigen Gebieten Österreichs ohnehin außer Landes getrieben werden konnten, wieder zurückgenommen wurden. Mit den kriegsbedingten Liefer- und Zertifikatsschwierigkeiten und schließlich dem Wegfall der Devisengenehmigung erledigte sich das „Problem“ für die Nationalsozialisten spätestens Ende 1939 von selbst.

Bei der Informationsbeschaffung griff der SD auf Auslandsmitarbeiter des „Deutschen Nachrichtenbüros“ und mehrere „V-Leute“ (Vertrauensleute) zurück – darunter der jüdische Informant Feivel Polkes, der der Untergrundorganisation „Haganah“[343] angehörte und sich von der „Kooperation“ eine erleichterte Auswanderung der deutschen Jüdinnen und Juden nach Palästina erhoffte.[344] Mit dem Ziel, Kontakte zur zionistischen Führung in Palästina herzustellen, reisten die Referenten Eichmann und Hagen darüber hinaus persönlich ins Land. Die dreiwöchige Reise, über die ein 50 Seiten starker Bericht[345] vorliegt, blieb allerdings ohne konkrete Ergebnisse.

Auch wenn Palästina als Zielland prinzipiell favorisiert wurde, hing die Haltung der SD-Führung zur zionistischen Emigration gleichwohl vom Tempo der Auswanderung ab. Ein Kurswechsel, vor allem bezüglich des Haavara-Abkommens, zeichnete sich 1937 infolge des „Peel-Planes“ ab, als die Möglichkeit der Bildung eines jüdischen Staates in Palästina realistisch geworden war. Noch während die Beratungen des Peel-Ausschusses liefen, warnte von Bülow-Schwante vor einer Massenübersiedlung von Jüdinnen und Juden nach Palästina. Es wäre nicht im deutschen Interesse, „zum Anwachsen des jüdischen Einflusses in Palästina durch die Förderung der Einwanderung der hochgebildeten deutschen Juden in einem solchen Maße beizutragen, damit dadurch die Errichtung eines jüdischen Nationalstaates oder einer ‚nationalen Heimstatt‘ im Rahmen eines britischen Protektoratgebietes notwendigerweise beschleunigt wird.“[346] In einem Telegramm an die deutschen Botschaften in London und Bagdad und das Generalkonsulat in Jerusa-

343 Hebr.: Verteidigung, Schutz; die bis 1948 geheime Verteidigungsorganisation des Yishuvs, der jüdischen Bevölkerung in Palästina.

344 Zur Person Polkes siehe u. a. den SD-Bericht vom 17. 6. 1937, BA, R 58/954, f. 1 sowie die Ausführungen bei Venus/Wenck, Gildemeester, S. 57–60.

345 „Bericht über die Palästina-Ägyptenreise von Hptscharf. Eichmann und St-O’Scharf. Hagen“, 4. 11. 1937. BA, R 58/954, f.1

346 Zit. in: Nicosia, Zionismus, S. 185.

lem vom 1. Juni 1937 legte Außenminister Konstantin von Neurath die politischen Richtlinien in Bezug auf die aktuellen Entwicklungen vor:

> „1. Bildung eines Judenstaates oder jüdisch geleiteten Staatsgebildes unter britischer Mandatshoheit liegt nicht im deutschen Interesse, da ein Palästina-Staat das Weltjudentum nicht absorbieren, sondern zusätzliche völkerrechtliche Machtbasis für internationales Judentum schaffen würde, etwa wie Vatikan-Staat für politischen Katholizismus oder Moskau für Komintern.
> 2. Es besteht daher ein deutsches Interesse an Stärkung des Arabertums als Gegengewicht gegen etwaigen solchen Machtzuwachs des Judentums […]“[347]

Die deutschen Befürchtungen erwiesen sich als unbegründet: Aufgrund des massiven Widerstands der zionistischen Führung und den gewaltreichen Auseinandersetzungen zwischen jüdischer und arabischer Bevölkerung in Palästina wurden die Empfehlungen des Teilungsplanes nicht umgesetzt. Anfang 1938 sprach sich Hitler erneut für eine Förderung der jüdischen Auswanderung nach Palästina aus.[348] Die von der britischen Mandatsregierung eingeschränkten Immigrationsmöglichkeiten wurden dabei, so wie die Aufnahmebestimmungen und -kapazitäten der Zielländer von der nationalsozialistischen Führung generell unberücksichtigt blieben, außer Acht gelassen. Selbst nach Kriegsbeginn unterbanden die deutschen Behörden den Flüchtlingsstrom nach Palästina nicht,[349] vielmehr unterstützten sie die Emigrantinnen und Emigranten gemäß ihrer Vertreibungspolitik, die ab 1939 überwiegend auf illegale Weise ins Land kamen, und griffen bei der Organisation der Unternehmungen aktiv ein. Zum Zentrum der illegalen Aktivitäten wurde dabei die ehemalige österreichische Hauptstadt, in der das vom SD entwickelte Vertreibungs- und Beraubungskonzept ab März 1938 erstmals in die Praxis umgesetzt wurde und sich als erfolgreich erwies.

„Exerzierfeld“ Österreich

Mit dem am 13. März 1938 verabschiedeten „Gesetz über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich“ war der „Anschluss“ offiziell vollzogen worden. Die Zuversicht, mit der Teile der jüdischen Bevölkerung der „Volksabstimmung“ vom April entgegen blickten, wurde umgehend zerschlagen, als deutlich wurde, dass Österreich über Nacht zum „Exerzierfeld für antijüdische Nazipraktiken“[350] geworden war. Mit unwahrscheinlicher Geschwindigkeit wurde ein Teil der über 250 bis zum Kriegsausbruch erlassenen Verordnungen noch in

347 Abgedr. in: Vogel, Dokumente, S. 125. Zit. auch in: Nicosia, Zionismus, S. 192 f.
348 Wildt, Judenpolitik, S. 44.
349 „Bis ich den Befehl erhielt, die Auswanderung einzustellen, hatte ich keinerlei Anweisungen, die Auswanderung nach Palästina, selbst in den ersten Kriegsjahren, zu unterbinden.“, gab Eichmann bei seinem Prozess in Jerusalem an. Zit. in: Nicosia, Zionismus, S. 249.
350 Herbert Rosenkranz, „Reichskristallnacht“. 9. November 1938 in Österreich, Wien 1968, S. 11.

den ersten Tagen umgesetzt.[351] Schutzlos standen Jüdinnen und Juden der systematischen Entrechtung und Enteignung gegenüber und waren einer legalisierten physischen und psychischen Gewalt ausgesetzt, deren unmittelbare Folge häufig die sofortige Flucht war und in vielen Fällen zum Suizid führte. Intensität und Tempo der nationalsozialistischen Politik ließen nach der Einschätzung Georg Landauers von der Jewish Agency auf eine aussichtslose Zukunft der jüdischen Bevölkerung Österreichs schließen:

> „If the present policy of the German Government with regard to Austrian Jewry persists, a rapid and complete annihilation of this great and valuable Jewish community must be expected within a short space of time – i.e. the intention, announced by General Göring, to destroy the Jewish community and to rid Vienna of the Jews within a period of four years, will be achieved in a much shorter time; at any rate the Jews will be deprived of any property they may possess, within a few months. […]“[352]

Der massive Radikalisierungsschub, den die antijüdische Politik mit dem „Anschluss“ erfuhr, betraf insbesondere jene Maßnahmen, die auf eine beschleunigte Vertreibung der Jüdinnen und Juden abzielten. Einem Ende März 1938 vom SD-„Judenreferat“ II-112 verfassten Bericht zufolge sollte die künftige „Judenpolitik“ in Österreich derart gestaltet werden, dass die „Ausgliederung aus dem Volkskörper“ letztlich zur Emigration der jüdischen Bevölkerung führen würde.[353] Während die jüdische Auswanderung aus Deutschland bis 1938 zumindest bis zu einem gewissen Ausmaß geregelt und mit bestimmten „Zugeständnissen“ (etwa bei der Mitnahme von Besitz) verlief, stellten sich die Rahmenbedingungen für die aus Österreich Vertriebenen völlig anders dar. Zahlreiche unterschiedliche Instrumentarien wurden zu einem systematischen Vertreibungsprogramm gebündelt: Die zunächst schrittweise, dann endgültige Unterbindung jeglicher Erwerbstätigkeit, sowie die im Zuge der „Arisierung“ von Wohnungen und Betrieben erfolgte Beraubung sollten der jüdischen Bevölkerung die Existenzgrundlage entziehen. Zum Teil bereits in den Monaten davor und vermehrt ab November 1938 wurden neben der rechtlichen Marginalisierung, wirtschaftlichen Enteignung und gesellschaftlichen

351 Auf die antijüdischen Gesetze und Verordnungen wird im Folgenden nur insofern eingegangen, als sie für die Fragestellungen der vorliegenden Arbeit notwendig sind. Details sind u. a. nachzulesen bei Rosenkranz, Verfolgung; Ders., Entrechtung, Verfolgung und Selbsthilfe der Juden in Österreich, März bis Oktober 1938. In: Gerald Stourzh/Birgitta Zaar (Hg.), Österreich, Deutschland und die Mächte. Internationale und österreichische Aspekte des „Anschlusses“ vom März 1938, Wien 1990, S. 367–417; Florian Freund/Hans Safrian, Die Verfolgung der österreichischen Juden 1938–1945. Vertreibung und Deportation. In: Emmerich Talos (Hg.), NS-Herrschaft in Österreich. Ein Handbuch, Wien 2000, S. 767–794; Gerhard Botz/Ivar Oxaal/Michael Pollak (Hg.), Eine zerstörte Kultur – Jüdisches Leben und Antisemitismus in Wien seit dem 19. Jahrhundert, Wien 2002; Wolf Gruner, Zwangsarbeit und Verfolgung. Österreichische Juden im NS-Staat, Innsbruck-Wien-München 2000, sowie bei zahlreichen anderen Studien zur Judenverfolgung in Österreich.

352 Georg Landauer an Central Bureau for the Settlement of German Jews in Palestine, London, 8. 5. 1938. TNA, CO 733/365/3, 75156/13/38.

353 Zit. in: Rabinovici, Instanzen, S. 77.

Isolierung auch körperliche Übergriffe und Inhaftierungen als „wirksame“ Mittel zur Forcierung der jüdischen Abwanderung herangezogen. Ein vereinfachtes und „rationalisiertes“ bürokratisches Verfahren, mit dem sich die Zwangsauswanderung innerhalb kürzester Zeit umsetzen ließ, wurde im August 1938 mit der Errichtung der „Zentralstelle für jüdische Auswanderung“ in Wien gefunden: Wie nachfolgend beschrieben wird, sollte die Konzentration aller mit der Auswanderung befassten Ämter in einer Stelle eine rasche und effiziente Abschiebung und den Vertreibungs- und Beraubungsvorgang im „Fließband-Verfahren“ ermöglichen.[354] Abgesehen von der staatlichen Verfolgung und Beraubung partizipierten auch weite Teile der nichtjüdischen Bevölkerung an den antijüdischen Maßnahmen. Die Beteiligung, die neben der reinen Beutegier auf einem bodenständigen Antisemitismus fußte, beschreibt Hans Safrian als Wiener Variante des „Enrichissez-Vous“ – die Grenzen zwischen amtlichem und privatem Terror wären fließend, die Unterschiede unwesentlich gewesen.[355]

Die Wiener Kultusgemeinde und das Palästina-Amt nach dem „Anschluss“

Den Auftakt zur antijüdischen Politik bildete die „Köpfung der Kultusgemeinde“ (Rabinovici)[356]: Durch die Schließung sämtlicher jüdischer und zionistischer Institutionen und die Inhaftierung führender Persönlichkeiten der jüdischen Gemeinschaft sollte die Interessenvertretung der österreichischen Jüdinnen und Juden vollständig lahmgelegt und die Kooperation bei der Erreichung der nationalsozialistischen Ziele erzwungen werden. Unter den unmittelbar nach dem Einmarsch deutscher Truppen geschlossenen Ämtern bzw. aufgelösten Organisationen befanden sich der „Zionistische Landesverband für Österreich“, der „Keren Kajemeth Lejisrael“ (KKL), der „Keren Hajessod“ (KH), sowie das Palästina-Amt. Verwüstet und geplündert wurden in der Folge auch die Räumlichkeiten der Kultusgemeinde, geschlossen wurde das Büro am 18. März 1938. Eichmann, der zur Errichtung einer Außenstelle der Abteilung II-112 nach Wien geschickt worden war, hatte persönlich an der Razzia teilgenommen und ließ am selben Tag Verhaftungen nach bereits vorbereiteten Listen durchführen. Festgenommen wurden alle leitenden Funktionäre der Kultusgemeinde, darunter Kultuspräsident Desider Friedmann (1880–1944), die Vizepräsidenten Robert Stricker (1879–1944) und Jakob Ehrlich (1877–1938) sowie Amtsdirektor Josef Löwenherz (1884–1960), darüber hinaus Repräsentanten anderer Organisationen, wie Oskar Grünbaum, Präsident des „Zionistischen Landesverbandes für Österreich“, und Hermann Oppenheim, Präsident der „Union Österreichischer Juden“, sowie zahlreiche Gemeindebeamte.[357] Am 1. April wurde

354 Anderl, Emigration, S. 178 f.
355 Safrian, Eichmann-Männer, S. 29 f.
356 Rabinovici, Instanzen, S. 69–79.
357 Rosenkranz, Verfolgung, S. 34.

der Großteil der Genannten zusammen mit anderen Opfern der ersten Massenverhaftung – neben Juden größtenteils politische Oppositionelle – von den Wiener Gefängnissen Roßauer Lände und Karajangasse ins KZ Dachau verschleppt.[358] Jakob Ehrlich starb noch im Sommer 1938. Desider Friedmann und Robert Stricker wurden im Februar 1939 zwar freigelassen, die Auswanderung blieb ihnen trotz vorhandener Immigrationszertifikate nach Palästina jedoch verwehrt. Ende 1942 wurden sie nach Theresienstadt und darauf nach Auschwitz deportiert, wo sie 1944 ermordet wurden.

Ende März 1938 bestellte Eichmann mehrere führende Persönlichkeiten verschiedener jüdischer Institutionen und Fraktionen ins Palästina-Amt, um die künftigen Aufgaben und Befugnisse der Organisationen anzuordnen. Was sich bei diesem Treffen bereits herauskristallisierte, war die Strategie, mit welcher die nationalsozialistischen Machthaber die Verfolgungs- und Vertreibungspolitik umzusetzen trachteten: Wie Doron Rabinovici in seiner Studie „Instanzen der Ohnmacht" aufzeigt, gehörte die erzwungene Zusammenarbeit jüdischer Funktionäre mit dem NS-Regime von Beginn an zur Taktik der Nationalsozialisten.[359] Entgegen der Annahme der zionistischen Führung, die eine Zentralisierung der österreichischen Alijah in der „Deutschen Abteilung" der Jewish Agency beschlossen hatte, lag die Verschmelzung des jüdischen und zionistischen Apparates in Österreich mit den Institutionen im „Altreich" nicht im Interesse der nationalsozialistischen Machthaber. Abgeschnitten von der Hilfe anderer jüdischer und zionistischer Organisationen des Reichs und auch innerhalb Österreichs isoliert, sollte eine bedingungslose Kooperation hergestellt werden. Der systematischen Umstrukturierung der jüdischen Administration, der Wiedereinsetzung von „nützlichen" Institutionen sowie der genauen Festlegung der Aktivitäten wurde in den Wochen nach dem „Anschluss" von den nationalsozialistischen Behörden deshalb oberste Priorität

358 Unter den 151 Häftlingen befanden sich 60 Juden, ein zweiter, am 23. Mai 1938 abgegangener Zug erfasste 50 Juden. Einen Tag später befahl die Gestapo die unverzügliche Verhaftung von 2.000 gut situierten, „unliebsamen" oder kriminellen Juden, deren Überführung nach Dachau in vier Transporten, am 30. Mai, am 2. und 16. Juni und am 15. Juli, erfolgte. Die meisten wurden in den Folgemonaten ins KZ Buchenwald überstellt und dort zum Barackenbau eingesetzt. Grundlage der erstmals durchgeführten Massenverhaftungen war die im Deutschen Reich im Februar 1933 in Kraft getretene „Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat", die zwar den Begriff der „Schutzhaft" nicht enthielt, Inhaftierungen jedoch durch die Außerkraftsetzung des Grundrechtes auf persönliche Freiheit legalisierte. Kennzeichnend waren drei Merkmale: Die „Schutzhaft" erfolgte ohne richterliche Anordnung auf Befehl von Exekutivorganen, der Vollzug war generell unbefristet und in staatlichen Konzentrationslagern zu vollstrecken und gegen ihre Verhängung gab es kein Rechtsmittel. Der „Schutzhaft"-Gedanke war zwar nicht neu, die nationalsozialistische Interpretation ließ allerdings ein Polizeihaft- und Lagersystem entstehen, das sowohl in quantitativer wie in qualitativer Hinsicht nichts Vergleichbares kannte. Vgl. Michael P. Hensle, Die Verrechtlichung des Unrechts. Der legalistische Rahmen der nationalsozialistischen Verfolgung. In: Wolfgang Benz/Barbara Distel (Hg.), Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager, Bd. 1: Die Organisation des Terrors, München 2005, S. 76–90. Zum ersten „Österreichertransport" nach Dachau siehe Wolfgang Neugebauer/Peter Schwarz, Stacheldraht, mit Tod geladen … Der erste Österreichertransport in das KZ Dachau 1938, Wien 2008.

359 Neben Rabinovici siehe auch das 4. Kapitel in Dieter Hecht/Eleonore Lappin-Eppel/Michaela Raggam-Blesch, Topographie der Shoah. Gedächtnisorte des zerstörten jüdischen Wien, Wien 2015, S. 122–138.

zugemessen. Schon für die Bestimmung der künftigen Tätigkeiten setzte Eichmann hauptsächlich jüdische Funktionäre ein: Adolf Böhm und Alois Rothenberg, der zum Leiter des Palästina-Amtes ernannt wurde, wurden mit der Ausarbeitung eines Planes für die Reorganisation des „Zionistischen Landesverbandes" beauftragt. Das Ziel war die Bildung einer einzigen zionistischen Organisation, wobei sich Untergruppen mit spezifisch zionistischen Anschauungen mit Genehmigung und unter ständiger Aufsicht des Landesverbandes bilden konnten, aber keinen parteiähnlichen Charakter annehmen durften. Zu den Agenden sollten die Vertretung gegenüber den deutschen Behörden sowie der Jewish Agency und der gesamtzionistischen Organisation gehören, als Institutionen waren das Palästina-Amt, der KKL und der KH, als Referate z. B. solche für Umschichtung und Hachscharah, Jugend und Sport sowie Propaganda und Presse geplant. Sämtliche bislang bestehenden zionistischen Vereine sollten entsprechend ihrem Zwecke zusammengefasst und dem betreffenden Referat des Landesverbandes unterstellt werden.[360] Rothenberg, der bereits vor 1938 das Palästina-Amt geleitet hatte und von Georg Landauer von der „Deutschen Abteilung" als „gutwilliger, arbeitsamer, aber schwacher, sehr kranker und von seinem Verkehr mit der Gestapo völlig erschöpfter, manchmal sogar verschüchterter Zionist"[361] beschrieben wurde, wurde zum direkten Befehlsempfänger Eichmanns und musste regelmäßige Berichte vorlegen. Bedeutung kam nach dem „Anschluss" vor allem dem vormaligen Amtsdirektor der Kultusgemeinde Josef Löwenherz zu. Als einer der wenigen Inhaftierten entging er der Deportation, wurde freigelassen und mit der Erstellung eines Organisationsplanes für die künftige Arbeit der IKG und des Palästina-Amtes beauftragt. Offiziell übernahm der mit administrativen und bürokratischen Fragen vertraute Jurist die Leitung der Gemeinde erst im Mai, nachdem das Amt seinen Betrieb – unter völlig veränderten Bedingungen und mit der Schwerpunktsetzung auf Auswanderung und Fürsorge – wieder aufgenommen hatte.

Auch jüdische Privatpersonen und ausländische Organisationen brachten sich in die Diskussion um die Wiedereinsetzung der österreichischen jüdischen Institutionen ein. Vorschläge, wie sie etwa von Frank van Gheel Gildemeester gemacht wurden, zielten in erster Linie auf die Förderung der jüdischen Emigration ab.[362] Die „Reichsvertretung der Juden in Deutschland" legte im April 1938 den Plan „Zur Organisation der jüdischen Sozialarbeit in Österreich" vor, der unter anderem die Einrichtung von Abteilungen für Palästina-Auswanderung, für Auswanderung in

360 Vorschlag zur Neuordnung der Zionistischen Organisation in Deutschösterreich, o. D. CZA, S7/721, S. 241–243.

361 Georg Landauer an Martin Rosenblüth, 9. 5. 1938. CZA, S7/512, S. 156.

362 Die im Frühjahr 1938 in Wien gegründete „Aktion Gildemeester" sah vor, dass Wohlhabende die Auswanderung mittelloser Jüdinnen und Juden mitfinanzieren sollten. Teilnehmen konnten jene, die nicht Mitglieder der Israelitischen Kultusgemeinde waren („Nichtglaubensjuden"). Der „Gildemeester-Fonds", in den die Auswanderungswilligen bestimmte Teile ihres Vermögens einzahlen mussten, wurde 1939 in den „Auswanderungsfonds Wien" überführt. Siehe dazu das grundlegende Werk Theodor Venus/Alexandra-Eileen Wenck, Die Entziehung jüdischen Vermögens im Rahmen der Aktion Gildemeester. Eine empirische Studie über Organisation, Form und Wandel von „Arisierung" und jüdischer Auswanderung in Österreich 1938–1941 (= Veröffentlichungen der Österreichischen Historikerkommission, Bd. 20/2), Wien-München 2004.

andere Länder und für Wohlfahrtspflege vorsah.[363] In seinem Bericht über die Situation der Wiener Gemeinde, den er im Zuge einer im April 1938 unternommenen Reise verfasst hatte, appellierte der Direktor der „Zionistischen Weltorganisation", Leo Lauterbach, an die „Zionistische Exekutive", Kontakt zu den Wiener Zionisten herzustellen und sie bei der angestrebten Wiedereröffnung des Palästina-Amtes sowie der Vorbereitung und Durchführung der Emigration österreichischer Jüdinnen und Juden nach Palästina zu unterstützen. Ebenfalls wären eine sofortige Zuteilung von Zertifikaten aller Kategorien und finanzielle Zuwendungen (u. a. für die Errichtung und Erhaltung von Hachscharah-Plätzen und für die Jugend-Alijah) notwendig. Darüber hinaus sollten mit den deutschen Behörden unverzüglich Verhandlungen über die Ausweitung des Haavara-Programmes, das Palästina-Emigrantinnen und -Emigranten die Mitnahme von Besitz und Kapital ermöglichte, auf Österreich aufgenommen werden.[364]

Umstrukturiert zu einem reinen Vollzugsorgan der Nationalsozialisten nahm die Kultusgemeinde am 2. Mai 1938 ihren Betrieb wieder auf, einen Tag später wurden das Palästina-Amt und die angegliederten zionistischen Büros wieder geöffnet. Die dringlichste Aufgabe sämtlicher Stellen war von diesem Zeitpunkt an die Organisation und Förderung der jüdischen Emigration sowie die dieser dienenden Berufsumschichtung. Resultierend aus der durch Entlassungen und Firmenschließungen herbeigeführten Massenarbeitslosigkeit einerseits und den geringen, zumeist nur bestimmten Berufsgruppen offen stehenden Einwanderungsmöglichkeiten andererseits, war die Initiierung eines umfassenden Berufsumschichtungswerks zur dringlichen Notwendigkeit geworden. Bis zum August 1938 hatten sich bereits 6.392 Männer und 3.613 Frauen für die verschiedenen Kurse angemeldet. Insgesamt absolvierten bis Ende 1939 28.760 Personen (14.931 Männer und 13.829 Frauen) einen der über 2.000 angebotenen Kurse, wobei die meisten Teilnehmerinnen und Teilnehmer jene für den Haushalt, die Bekleidungs- und Metallindustrie sowie der Lebensmittelbranche verzeichnet hatten.[365] Daneben rückten die Aufrechterhaltung und Vergrößerung des Fürsorgebetriebes ins Zentrum der Gemeindearbeit. Die systematische Enteignung sowie die zunehmende Verdrängung aus dem Erwerbsleben führten nicht nur zu einer rapiden Verarmung der jüdischen Bevölkerung – im April 1938 galt bereits ein Drittel der Wiener Jüdinnen und Juden als fürsorgebedürftig –, sie verringerten im Endeffekt auch die Auswanderungschancen. Der steigende Bedarf an finanziellen Zuschüssen erforderte immense Unterstützungszahlungen von ausländischen Hilfsorganisationen; zu den wichtigsten Tätigkeiten Löwenherz' gehörte deshalb die Verhandlung vor allem mit der amerikanischen

363 YVA, O-30/27.

364 Leo Lauterbach an Central Bureau for the Settlement of German Jews, London, 27. 4. 1938. CZA, S6/4564. Vgl. Rabinovici, Instanzen, S. 77 f.

365 A. Schmerler, Die Umschichtungsaktion der Auswanderungsabteilung der Wiener Israelitischen Kultusgemeinde im Jahre 1938 und ihre Erfolge. Archiv der IKG Wien/Bestand Wien/A/VIE/IKG/II/AUS/1/4.
Statistische Daten der Umschichtungsstelle für Berufsausbildung und Umschichtung. Stichtag 31. Dezember 1939. Archiv der IKG Wien/Bestand Wien/A/VIE/IKG/II/AUS/1/1.

Organisation „Joint“, dem britischen „Council for German Jewry“ und der in Paris ansässigen HICEM[366]. Einzig Auslandsreisen, die auf die Akquirierung von Mitteln für Auswanderungszwecke abzielten, wurden Löwenherz und einigen anderen Funktionären von den deutschen Behörden erlaubt. Unter der Bedingung, dass die zur Verfügung gestellten Fremdwährungen nicht der Reichsbank, sondern direkt der Kultusgemeinde zufließen würden, stellten die Hilfsorganisationen der IKG ab Mai 1938 monatlich insgesamt 100.000 US-Dollar zur Verfügung. Den Ausführungen Charles J. Kapralik (1895–1993) zufolge, der im Juni mit der Einrichtung und Leitung einer gleichermaßen für Kultusgemeinde und Palästina-Amt zuständigen Beratungsstelle für Devisenangelegenheiten beauftragt wurde, stimmte Eichmann der Vereinbarung trotz der angespannten Devisenlage des Reichs zu, sodass die vom Ausland stammenden Beträge auf ein Dollar-Spezialkonto bei der Länderbank überwiesen wurden, über welches die IKG nur mit Genehmigung der Auswanderungsabteilung der Devisenstelle Wien verfügen konnte. Dadurch konnte Eichmann auch die Verwendung von Devisen, die von ausländischen jüdischen Hilfsorganisationen stammten, kontrollieren.[367]

Georg Landauer beschrieb das Palästina-Amt bereits kurz nach seiner Wiedereröffnung als „phantastisch überlaufen“, den Betrieb als völlig unorganisiert: „Es hat weder einen Apparat, noch auch nur einen Beamten, der die Situation in Palästina beherrscht und das Publikum beraten könnte. Es spielen sich aufregende Szenen: Hilfesuchen von Seiten des Publikums und Ratlosigkeit auf Seiten des Palamtes [Palästina-Amtes, Anm.] ab.“[368] Im Juli 1938 lagen der Registratur der Abfertigungsabteilung über 30.000 Emigrationsfragebögen vor, wodurch sich inklusive der Angehörigen eine Zahl von 84.615 angemeldeten Auswanderinnen und Auswanderern ergab.[369] Im August erreichten die tatsächlichen Auswanderungszahlen, die nach der Verhaftungswelle im Mai sprunghaft angestiegen waren, mit 9.729 ihren ersten Höhepunkt.[370] Der große Andrang machte die Errichtung einer eigenen Auswanderungsberatungsstelle im Rahmen der IKG notwendig: Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter informierten die jüdische Bevölkerung über Emigrationsmöglichkeiten, Einwanderungsbestimmungen und andere Einzelheiten der Zielländer.[371]

366 Die Hilfsorganisationen verhalfen zigtausenden europäischen Jüdinnen und Juden mittels gesammelten Spendengeldern zur Emigration. Die HICEM war 1927 durch den Zusammenschluss der „Hebrew Sheltering and Immigrant Aid Society“ (HIAS) in New York, der „Jewish Colonization Association“ (ICA) in Paris und „Emigdirekt“ in Berlin entstanden. Der „Joint“ (American Jewish Joint Distribution Committee) akquirierte zwischen 1939 und 1945 mehr als 50 Millionen US-Dollar, die besonders an deutsche, österreichische und osteuropäische Gemeinden weitergegeben wurden. Siehe dazu Yehuda Bauer, American Jewry and the Holocaust. The American Jewish Joint Distribution Committee 1939–1945, Detroit 1981.

367 Kapralik, Erinnerungen, S. 60; Hecht/Lappin-Eppel/Raggam-Blesch, Topographie, S. 168.

368 Georg Landauer an Martin Rosenblüth, 9. 5. 1938. CZA, S7/512, S. 156 f.

369 Der Aufgabenkreis der Israelitischen Kultusgemeinde Wien und die Aufbringung der erforderlichen Mittel, Juli 1938, S. 6. CAHJP A/W 2491.

370 Jonny Moser gibt für März/April 4.710, für Mai 3.668, für Juni 8.083 und für Juli 1938 8.804 Auswanderungen von Jüdinnen und Juden an. Moser, Demographie, S. 27.

371 CAHJP, A/W 2591, 2592.

„Auswanderungswillige“ standen nicht nur finanziellen Hürden und – wie nachfolgend gezeigt wird – einem unglaublich bürokratischen Prozedere gegenüber, ein gravierendes Problem war zudem die Tatsache, dass die Bereitschaft zur Aufnahme von Jüdinnen und Juden in den Zielländern drastisch nachließ. Dan Diner beschreibt die Situation der verfolgten jüdischen Bevölkerung als ausweglose Lage, „die sich zu einem Horrorszenario auswuchs und für die jüdische Katastrophe *vor* der Katastrophe der Massenvernichtung von zentraler Bedeutung werden sollte: *Auswanderung* aus dem von den Nazis beherrschten mitteleuropäischen Bereich ohne ihr adäquate *Einwanderungsmöglichkeiten* [Hervorhebungen im Original, Anm.]“.[372] Während einige Staaten mittellosen jüdischen Emigrantinnen und Emigranten die Einreise insgesamt verweigerten (darunter die Schweiz und Frankreich), ließen die meisten überseeischen Länder im Wesentlichen nur bestqualifizierte Handwerker und Arbeiter zu.[373] Ausgenommen waren jene Kategorien, die von bereits im Emigrationsland lebenden Verwandten angefordert wurden und/oder über ein entsprechendes Kapital („Vorzeigegelder“ oder „Landungsgelder“) verfügten.[374] Die größten Erfolgschancen wurden folgenden Möglichkeiten eingeräumt: mittels Affidavits nach Amerika oder mittels Zertifikaten nach Palästina zu

372 Dan Diner, Die Katastrophe vor der Katastrophe. Auswanderung ohne Einwanderung. In: Dirk Blasius/Dan Diner (Hg.), Zerbrochene Geschichte. Leben und Selbstverständnis der Juden in Deutschland, Frankfurt am Main 1991, S. 142.

373 In ihrem mit dem Deutschen Buchpreis 2012 prämierten Roman „Landgericht“ beschreibt Ursula Krechel die zermürbenden Versuche des Hauptprotagonisten Richard Kornitzers, zu einer Fluchtmöglichkeit zu gelangen und die hohen Anforderungen, die an „Auswanderungswillige“ gestellt wurden: „Er [Richard Kornitzer, Anm.] rannte von Pontius zu Pilatus, das war ein altes Bild, das nicht mehr passte, aber vielleicht doch das Beschämende der Situation traf. Etwas musste doch gelingen. Man drückt ihm ein hektographiertes Blatt in die Hand. Luxemburg: Die Grenze für Einwanderer und Durchwanderer ist gesperrt. Das Justizministerium der Niederlande teilt mit: Ein Flüchtling werde in Zukunft als ein unerwünschter Fremdling zu betrachten sein. Das Generalkonsulat der Vereinigten Staaten in Berlin teilt mit: Infolge der außerordentlich großen Zahl von Einwanderungsanträgen seien die für die nächste Zeit verfügbaren Quotennummern erschöpft. Gesucht wurden für die Fidschiinseln: ein jüdischer Pastetenbäcker und ein alleinstehender Uhrmacher, der nicht jünger als 25 und nicht älter als 30 Jahre sein durfte, für Paraguay ein perfekter, selbständiger Bonbonkocher, für die Kap-Provinz ein perfekter Kürschner, für Mittelafrika ein jüdischer lediger Schlächter (spezialisiert auf die Herstellung von grober Cervelatwurst), für San Salvador ein unverheirateter jüdischer Ingenieur für den Bau elektrischer Maschinen. Am größten waren noch die Chancen in dem von den Japanern gegründeten Operettenstaat Mandschuko. Gesucht wurde dort für ein Kabarett ein jüdischer Regisseur, der gleichzeitig Ballettmeister sein musste und mit der ersten Ballerina als Partner tanzen sollte, und ein Ballett von sechs bis acht Tänzerinnen, die imstande waren, auch als Solistinnen aufzutreten. Außerdem brauchte man dort ein jüdisches Damenorchester und eine Pianistin, die auch Akkordeon spielen konnte. Es war niederschmetternd, am besten wäre der Auswanderungswillige eine eierlegende Wollmilchsau.“ Ursula Krechel, Landgericht, Salzburg 2012, S. 261.

374 „Die Deutschen hatten nur die Ausfuhr von zehn Reichsmark erlaubt, die Kubaner wollten Landungsgeld sehen und eine Sicherheit zum Vorweisen. Entweder übertrat man die Ausreise-Bedingung und machte sich straffällig, oder man machte sich bei der Einreise gleich schuldig, fiel in ein Loch und wurde zurückgewiesen, dazwischen gab es nichts.“ Ebda., S. 277. Als Beispiele für „Landungsgelder“ können Australien mit RM 1.924,– (pro Familie, ohne Bürgschaft), Bolivien mit RM 500, Kanada mit RM 24.600,– (Nichtlandwirte) und Kuba mit RM 1.250,– genannt werden (Stand Oktober 1938). CAHJP A/W 2596.

emigrieren, wobei letztere Destination vor allem für die Jugend in Frage kam.[375] Verbesserte und neue Einwanderungsmöglichkeiten erhoffte man sich von der vom amerikanischen Präsidenten Roosevelt initiierten „Zwischenstaatlichen Konferenz von Évian", zu der im Juli 1938 Delegierte aus 29 Staaten zusammentrafen und an der auch Löwenherz und der spätere Leiter des „Ausschusses für jüdische Überseetransporte", Berthold Storfer, teilnahmen. Die Zusammenkunft entsprang der Notwendigkeit, geregelte Wanderungsbewegungen herbeizuführen, „weil die Auswanderung beträchtliche Formen angenommen hat und das Schicksal der Betroffenen ein Problem darstellt, das zwischenstaatlich erörtert werden muss […] und die Zufluchts- und Ansiedlungsländer zu Problemen Stellung nehmen müssen, die nicht nur wirtschaftlicher und sozialer Natur sind, sondern auch die öffentliche Ordnung betreffen und die Bereitwilligkeit der Behörden ebenso wie die Aufnahmefähigkeit der Einwanderungsländer ernsthaft geprüft werden soll"[376]. Erfolge konnte die Konferenz allerdings keine verbuchen – die mangelnde Bereitschaft fast aller Staaten, zur Erleichterung der jüdischen Auswanderung aus Deutschland und Österreich beizutragen, rechtfertigten die Repräsentanten großteils mit wirtschaftlichen Bedenken, sprachen aber auch die Befürchtung eines importierten „Rassenproblems" an.[377] Die Frage der Palästina-Wanderung wurde auf Druck der Briten überhaupt gänzlich ausgeklammert. Unter dem Eindruck der Geschehnisse des Novemberpogroms ließen einige Staaten zumindest vorübergehend von ihren restriktiven Einreisebestimmungen ab, andere reagierten mit einer neuerlichen Verschärfung.[378]

Auch andere Probleme verschärften sich zusehends: Die zahlreichen Behördengänge, die zur Erledigung der Auswanderungsformalitäten notwendig waren, verlangten den Emigrantinnen und Emigranten die letzten Kräfte ab.[379] Der wachsende Andrang auf die Beratungsstellen hatte außerdem zu unzumutbaren Verhältnissen gleichermaßen für Bedienstete und Ratsuchende geführt. Zur Erlangung eines Auslandsreisepasses, der vor der Gründung der „Zentralstelle für jüdische Auswanderung" vom Passamt im 5. Wiener Bezirk ausgestellt wurde, mussten sich Jüdinnen und Juden zunächst Ausreisebewilligung und steuerliche Unbedenklichkeitserklärung (Bestätigungen über Einkommens-, Erwerbs-, Warenumsatzsteuer, Mietzins etc.) besorgen. Gemeinsam mit einer schriftlichen Verpflichtung, „ohne

375 Georg Landauer an Central Bureau for the Settlement of German Jews in Palestine, London, 8.5.1938. TNA, CO 733/365/3, 75156/13/38.

376 Resolution vom 14.7.1938, S. 1. CAHJP A/W 2491.

377 Das Statement der australischen Delegation lautete diesbezüglich: „Da wir kein eigentliches Rassenproblem haben, wünschen wir auch keines zu importieren." Zit. in: Rosenkranz, Verfolgung, S. 99. Siehe allgemein: Dennis R. Laffer, The Jewish Trail of Tears: The Evian Conference of July 1938, MA Thesis, University of South Florida 2011.

378 Einen Überblick liefern u.a. die Ausführungen bei: Gabriele Anderl, Flucht und Vertreibung 1938–1945. In: Traude Horvath/Gerda Neyer (Hg.), Auswanderungen aus Österreich. Von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart, Wien 1996, S. 236–275.

379 Dass die Behördengänge oftmals zur Odyssee und nervlichen Belastungsprobe wurden, wird etwa im Bericht eines Juden deutlich, der seine Erfahrungen unter dem Pseudonym „Moritz Deutschösterreicher" veröffentlichte. Moritz Deutschösterreicher (Pseudonym), Eine jüdische Erzählung zwischen Assimilation und Exil. Hg. v. Jürgen Egyptien, Graz 1988.

besondere behördliche Bewilligung in das Deutsche Reich nicht zurückzukehren", konnte danach um Reisepapiere angesucht werden. Genaue Vorschriften über die Mitnahme von Werten, die unter die Devisenordnung fielen, gab es zu diesem Zeitpunkt noch nicht. Die im Mai 1938 in Wien eingerichtete Devisenstelle der Reichsbank entschied jeweils im Einzelfall.[380]

Angesichts des komplizierten Vorgangs waren bereits vor dem „Anschluss" von verschiedenen Seiten Ideen zur Vereinfachung der jüdischen Auswanderung formuliert worden. Befürworter fanden sich auch in jüdischen Organisationen. Berthold Storfer etwa sprach sich für die Etablierung einer zentralisierten Auswanderungsorganisation aus, die die Ausreise von Jüdinnen und Juden erleichtern sollte. Ein höchstwahrscheinlich im Auftrag Eichmanns ausgearbeitetes Aktionsprogramm einer zu gründenden „Zentralstelle für die Auswanderung der Juden in Österreich" wurde schließlich Mitte 1938 von Löwenherz und Rothenberg vorgelegt. Gemäß dem Entwurf bräuchte es eine Institution, die sich der Vorbereitung und Durchführung der Ausreise in alle Länder außer Palästina widmen würde, da bislang lediglich die Auswanderung in dieses Land in organisierter Form erfolgt wäre und die Palästina-Wanderung nicht imstande wäre, den gesamten Auswandererstrom aufzunehmen. Als wichtigste Arbeitsziele wurden die Registrierung, Informierung und Betreuung der Wanderungswilligen definiert; konkret ging es um die Sammlung und Bereitstellung von Informationen über potentielle Zielländer (Gesetze, Lebensbedingungen, Berufsaussichten, Klima etc.) und über pass-, devisen- und vermögensrechtliche Bestimmungen, darüber hinaus sollte die Kontaktaufnahme zu verschiedenen ausländischen Hilfsorganisationen erleichtert werden.[381] Gabriele Anderl hält fest, dass ein Teil dieser Aufgaben ohnehin bereits von der Kultusgemeinde wahrgenommen worden war und dass man der später gegründeten „Zentralstelle" wohl kaum beratende oder unterstützende Funktionen zusprechen könne.[382] Auch wenn Planung und Aufbau der „Zentralstelle" nicht im Detail nachvollzogen werden können, so sind vermutlich einige Überlegungen des oben beschriebenen „Aktionsprogramms" in den „Bürckel-Erlass"[383] vom 20. August 1938, in dem die Gründung der Stelle bekannt gegeben wurde, eingeflossen. Da sich bei der jüdischen Emigration „unliebsame Störungen und Verzögerungen ergeben" hätten und einzelne Dienststellen diesbezüglich „unzweckmäßig" agieren würden, ordnete der „Reichskommissar für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich", Gauleiter Josef Bürckel, „zur Förderung und beschleunigten Regelung der Auswanderung der Juden" die Errichtung der „Zentralstelle für jüdische Auswanderung" in Wien (IV. Bezirk, Prinz-Eugen-Straße 22), im ehemaligen Rothschild-Palais, an. Im Zusammenwirken mit den zuständigen Stellen sollten

380 Nach Anderl/Rupnow, Zentralstelle, S. 67–73. Zu den Aufgaben der von Carlheinz Raffegerst geleiteten Auswanderungsabteilung der Devisenstelle zählten die Bewilligung des jüdischen Umzugsguts und die Zuteilung von für die Emigration benötigten Devisen. Die in der IKG eingerichtete Devisenabteilung übernahm vorbereitende Tätigkeiten für die Devisenstelle.

381 Entwurf des Aktionsprogramms einer zu gründenden „Zentralstelle für die Auswanderung der Juden Österreichs." YVA, O-30/69. Vgl. Rosenkranz, Verfolgung, S. 121 f.

382 Anderl/Rupnow, Zentralstelle, S. 189.

383 Abgedruckt bei Rosenkranz, Verfolgung, S. 122 f. Siehe dazu Anderl/Rupnow, Zentralstelle, S. 113.

Einreisegenehmigungen und Devisen beschafft und die Ausreise technisch durchgeführt werden. Ferner sollten Umschulungsstätten eingerichtet und überwacht sowie „jüdisch-politische und andere Auswanderungsorganisationen bezüglich ihrer Haltung in der Auswanderungsfrage" insgesamt beobachtet werden. Alle Parteidienststellen und Behörden wurden angewiesen, sämtliche Auswanderungsansuchen umgehend weiterzuleiten und „auswanderungslustige (!) Juden" hatten sich künftig nur noch an die „Zentralstelle" zu wenden. In Anbetracht des Bestrebens, alle bisherigen mit der Auswanderung befassten Stellen in einer Einrichtung zusammenzufassen, um dadurch die Vertreibung der jüdischen Bevölkerung noch schneller und „effizienter" zu koordinieren, verwundert es, dass Jüdinnen und Juden auch nach Gründung der „Zentralstelle" noch mehrere Behörden aufsuchen mussten, darunter das Finanzamt, die Bezirkshauptmannschaft und das Rathaus zum Begleichen der Steuern, das Palästina-Amt, die IKG bzw. die „Aktion-Gildemeester" zum Besorgen der Fragebögen bzw. letztere zwei zur Bemessung der so genannten „Passumlage"[384], das Polizeiamt, den Amtsarzt etc.[385] Dass alle erforderlichen Dokumente an nur einer Stelle besorgt werden konnten, entsprach offensichtlich ebenso wenig den Tatsachen, wie die Behauptung Eichmanns, die Beschaffung von Pässen würde nur mehr acht Tage und die eines polizeilichen Führungszeugnisses höchstens 48 Stunden dauern. Die Hoffnung auf eine schnellere Passerledigung, die vor allem deshalb wichtig war, weil Reisepässe von Jüdinnen und Juden laut Verordnung vom 7. Oktober 1938 nur dann gültig waren, wenn sie mit einem „J" gekennzeichnet wurden, und der Wunsch nach einer insgesamt vereinfachten Abwicklung der Formalitäten erklärt, warum die Gründung der „Zentralstelle" von jüdischer Seite nicht ausschließlich auf Ablehnung stieß. Tatsächlich blieben die meisten Hindernisse jedoch vor allem deshalb bestehen, weil die Wiener Institution – wie Anderl konstatiert – in der Phase der forcierten Auswanderung im Grunde nichts anderes als ein Pass- und Abgabenamt war, das sich weder um Ausreisegenehmigungen kümmerte, noch irgendeine Art von beratenden Funktionen erfüllte.[386] Von Relevanz waren ausschließlich die Planung und konsequente Realisierung einer radikalen Vertreibungs- und Plünderungspolitik, deren von Eichmann „perfektionierte" Techniken zum Maßstab für weitere „Zentralstellen" im von Deutschland besetzten Europa wurden und den Begriff des „Wiener Modells" prägten.[387]

---

384 Die „Passumlage" war die einzige Steuer, die tatsächlich von der „Zentralstelle" vorgeschrieben und vereinnahmt wurde und diente „der Förderung der jüdischen Auswanderung" bzw. vor allem der Unterstützung unbemittelter Auswanderinnen und Auswanderer. Bemessungsgrundlage für Jüdinnen und Juden deutscher Staatsangehörigkeit war das gesamte in- und ausländische Barvermögen mit Stichdatum 1. Januar 1938. Vgl. Anderl/Rupnow, Zentralstelle, S. 251–257.

385 Das mühselige Unternehmen, eine Steuerunbedenklichkeitserklärung zu erhalten, veranschaulicht etwa der Erfahrungsbericht von Oskar Hirschfeld (20. 12. 1938). Zit. in: Ben Barkow/Raphael Gross/Michael Lenarz (Hg.), Novemberpogrom 1938. Die Augenzeugenberichte der Wiener Library, London-Frankfurt am Main 2008, S. 823 f.

386 Ebda., S. 355.

387 Nach Wiener Vorbild wurde in Berlin Anfang 1939 sowie in Prag im Sommer 1939 eine lokale „Zentralstelle für jüdische Auswanderung" geschaffen.

Flucht nach Palästina

Voraussetzungen, Organisation und Durchführung

Während die Israelitische Kultusgemeinde Wien in erzwungener Zusammenarbeit mit der „Zentralstelle für jüdische Auswanderung“ die Emigration der jüdischen Bevölkerung Österreichs in alle Länder außer Palästina organisierte, waren das Palästina-Amt und seine angegliederten Verbände für die Vorbereitung und Durchführung der Auswanderung nach Palästina zuständig. Basierend auf dem von Alois Rothenberg ausgearbeiteten Entwurf wurden dem reorganisierten, von Eduard Pachtmann geleiteten „Zionistischen Landesverband“ folgende Organisationen angeschlossen, die im Oktober 1938 insgesamt rund 16.800 Mitglieder zählten (in Klammer soweit vorhanden die jeweilige Mitgliederzahl): die zionistische Frauenorganisation „WIZO“[388] mitsamt ihrer Jugendgruppe (ca. 1.700), der Sportverband „Makkabi“ (2.000), der „Misrachi“-Verband, der „Zionistische Jugendverband“ (4.000), sowie der KKL und der KH (zusammen 10.000). Dem Palästina-Amt gehörten in der Folge der von Willy Ritter geführte „Hechaluz“ (4.000) und zwei weitere chaluzische Vereinigungen, der religiöse Verband „Agudat Israel“, der „Verband jüdischer Kriegsopfer“ und später auch die Jugend-Alijah an.[389]

Nachdem das Personal des Palästina-Amtes in den Jahren zuvor sukzessive vermindert worden war, machte der große Andrang von Jüdinnen und Juden, die nach dem März 1938 eine Auswanderung nach Palästina anstrebten, eine Vergrößerung erforderlich. Auch die IKG stellte zusätzliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein, aufgrund der Berufsverbote waren die Posten sehr begehrt. Laut einer Aufstellung, die vermutlich aus dem Jahr 1939 stammt, waren nach der Wiedereröffnung 26 Angestellte für das Palästina-Amt und weitere sieben Personen für die Palästina-Amts-Kommission tätig. Für den KH arbeiteten insgesamt zehn Personen, für den KKL sechs und für die „Beratungsstelle der Jugend-Alijah“ sogar 27 Personen. Der „Jüdische Kulturbund“ und das „Jüdische Nachrichtenblatt“ (siehe unten) beschäftigten zusammen 25 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.[390] Auch wenn die Einrichtungen allein aufgrund ihrer Funktion als Emigrationsstellen existieren durften, versuchten die Nationalsozialisten das Personal kontinuierlich abzubauen und ebenfalls zum Verlassen des Landes zu bewegen. In einigen Fällen konnte die Kündigung von Angestellten durch Intervenieren des Palästina-Amtes verhindert oder verschoben werden. Später vermochte die Leitung einige Male bei bevorste-

388 Die „Women's International Zionist Organisation“ wurde 1920 in Großbritannien gegründet. In der Folge entstanden in fast allen europäischen Ländern Niederlassungen (in Österreich 1921), die sich vorrangig sozialen und pädagogischen Bedürfnissen jüdischer Frauen annahmen und diese bei der Vorbereitung und Durchführung der Alijah unterstützten.

389 Rosenkranz, Verfolgung, S. 74f u. 115; Anderl, Emigration, S. 202; Budischowsky, Jüdisch-politische Organisationen, S. 438.

390 Archiv der IKG Wien/Bestand Jerusalem/A/W 2698.

henden Wohnungskündigungen und zuletzt auch bei drohenden Deportationen erfolgreich einzuschreiten.

Im Unterschied zu Deutschland, wo die jüdische Presse nach 1933 nicht sofort und vollständig eingestellt worden war, wurden in Österreich noch am Tag des „Anschlusses" sämtliche jüdischen Zeitungen verboten. In der Folge genehmigten die Nationalsozialisten die Herausgabe eines einzigen jüdischen Blattes, das unter dem Namen „Zionistische Rundschau" zwischen 20. Mai und 4. November 1938 wöchentlich in Wien erschien. Eichmanns Motivation, die Veröffentlichung der Zeitung zu bewilligen, lag unter anderem in der Möglichkeit begründet, die nationalsozialistischen Verordnungen und neuen Rechtsbestimmungen zu publizieren und damit große Teile der jüdischen Bevölkerung zu erreichen. Im Zentrum der Berichterstattung lagen Auswanderungsangelegenheiten, wobei neben allgemeinen Informationen zu Emigrationsmöglichkeiten, Devisen- und Gepäckbestimmungen etc. dem Zielland Palästina die größte Aufmerksamkeit zuteilwurde. Schon in der ersten Ausgabe nahmen die Herausgeber die Gelegenheit wahr, auf die Bedeutung Palästinas für die Emigration der österreichischen Jüdinnen und Juden und die Zukunft des Judentums im Allgemeinen hinzuweisen:

> „Unser Lebensraum in der Diaspora ist karg bemessen, unsere Rechtsstellung gemindert, und wir müssen uns auch mit dem Gedanken vertraut machen, dass wir uns hier in einem befristeten Provisorium befinden. […] Wir wissen aber, dass eine Wanderung, die nicht die Erhaltung der jüdischen Nation zum Ziele hat und die sich rein nach augenblicklichen geographischen Gesichtspunkten orientiert, nur eine für kurze Zeit ausreichende Erleichterung bedeutet. Wir müssen aber eine Lösung des Problems anstreben, die einerseits das Judentum aus seiner bedrängten Lage befreit, andererseits ihm die Möglichkeit schafft, sein Schicksal selbst zu formen. Wird die Diaspora von heute in eine andere Diaspora umgestaltet, so bedeutet dies nur eine Fortsetzung eines Zustandes, der die Seele zermürbt. Unser Volk muss auf öffentlich-gesichertem Boden seinen Staat erhalten, auf einem für die Millionen der zur Wanderung Gezwungenen ausreichendem Gebiet. Und das ist nur Palästina und kann nur Palästina sein, mit dem wir in einer historischen Verbundenheit stehen, die von allen Mächten als historische Tatsache anerkannt worden ist."[391]

Obwohl die Inhalte einer strengen Kontrolle und Zensur unterlagen, wurde unter der Leitung des Chefredakteurs Emil Reich ebenfalls über Politik und Wirtschaft in Palästina, über bedeutende jüdische Persönlichkeiten und Sporterfolge berichtet. Dass in mehreren Artikeln an das jüdische Selbstbewusstsein appelliert[392] und

---

391 „Besinnung und Einkehr". In: Zionistische Rundschau, Jg. 1 (1938) Nr. 1, S. 1.

392 Etwa in Form eines Aufrufs an die Juden Wiens von Amtsdirektor Löwenherz und Oberrabbiner Taglicht: „Wir aber wollen uns mit Würde und in strenger Disziplin den neuen Verhältnissen anpassen und durch ausgedehnte Selbsthilfe und Opferbereitschaft unserer Gemeinde die Möglichkeit einer weiteren gedeihlichen Arbeit schaffen, damit wir nicht den einzigen Mittelpunkt des jüdischen Lebens verlieren. Unsere Kinder sollen nicht namenlos, ohne Halt und Selbstvertrauen

der Weg der Assimilation verurteilt wurde, war – so Doron Rabinovici – ganz im Sinne der Nationalsozialisten, deren Antisemitismus sich von Beginn an vor allem gegen die assimilierten Jüdinnen und Juden gerichtet hatte. Zudem waren die Zeilen bloß an die Verfolgten adressiert und erreichten die „Volksgemeinschaft" ohnehin nicht.[393]

Am 9. November 1938 von der Gestapo eingestellt, folgte auf die „Zionistische Rundschau" das „Jüdische Nachrichtenblatt – Ausgabe Wien". Prinzipiell erlaubte das „Ministerium für Volksaufklärung und Propaganda" die Herausgabe eines einzigen Nachrichtenblattes im Deutschen Reich, für die „Ostmark" wurde Ende 1938 die Produktion einer vierseitigen Beilage zu dem in Berlin erscheinenden „Jüdischen Nachrichtenblatt" bewilligt. Die vom stellvertretenden Leiter des Palästina-Amtes Mauricy Moses Grün geführte Zeitung erschien ab 3. Februar 1939 zweimal wöchentlich und befasste sich mit ähnlichen Inhalten wie das Vorgängerblatt. Im Zentrum standen Auswanderungsangelegenheiten, wobei nicht nur Informationen vermittelt wurden, sondern mehrmals explizit zur Emigration aufgerufen wurde:

> „Ruf an alle! In einem ernsten Augenblick, im Schatten schwerwiegender Ereignisse, richtet die Israelitische Kultusgemeinde an die in Wien wohnenden Juden die Aufforderung: Haltet auch weiterhin fest am bisherigen Ziel […]. Mit Unterstützung der jüdischen Wanderungsorganisation und mit Hilfe der im Ausland lebenden Freunde und Verwandten konnte die Israelitische Kultusgemeinde Wien ihre Aufgabe, jedem in Wien wohnenden Juden bei seiner Auswanderung behilflich zu sein, auch in den letzten Monaten gerecht werden. Diese Aufgabe wird aber erst dann voll und ganz erfüllt sein, bis alle in Wien lebenden auswanderungsfähigen, der jüdischen Glaubensgemeinschaft angehörigen Personen das ihnen vorschwebende Ziel der Auswanderung erreicht haben werden. Es gilt daran festzuhalten, es gilt zu beweisen, dass die Frage der jüdischen Auswanderung aus Wien lösbar ist und daher gelöst werden muss."[394]

Gleich wie beim Vorgängerblatt nahm Palästina im Hinblick auf die Zielländer zunächst den größten Raum ein. Ausführlich wurde beispielsweise über das „Weißbuch" von 1939, die britische Palästina-Politik im Allgemeinen sowie über Siedlungs- und berufliche Möglichkeiten berichtet. Wie bereits in der „Zionistischen Rundschau" fanden sich auch im „Jüdischen Nachrichtenblatt" ein Englisch-, später auch ein Spanischkurs für Anfängerinnen und Anfänger, Inserate für Wohnungen, Kaufangebote etc. Zahlreiche Ausgaben enthielten außerdem Angebote zur Eheschließung (häufig Scheinehen, die für die Ausstellung von Auswanderungs-

---

in die Welt ziehen; sondern als Träger einer großen Idee, ausgestattet mit innerer Sicherheit und mit seelischem Adel …". In: Ebda.

393 Rabinovici, Instanzen, S. 102; siehe auch Budischowsky, Jüdisch-politische Organisationen, S. 440–442; Rosenkranz, Verfolgung, S. 75–77.

394 In: Jüdisches Nachrichtenblatt, Jg. 2 (1940) Nr. 39, S. 1.; http://deposit.ddb.de/online/jued/jued.htm [Abruf: 1.7.2014]. Mittlerweile ist die Zeitschrift nicht mehr online in der Deutschen Nationalbibliothek verfügbar.

papieren geschlossen wurden)[395], sowie eine Rubrik zur Ermittlung von Adressen von Verwandten und Freunden, die den vor der Emigration stehenden Personen Affidavits oder andere notwendige Papiere beschaffen konnten. Verboten waren unter anderem eine tendenziöse Berichterstattung zur Schaffung eines Judenstaates in Palästina und Inserate von Nichtjüdinnen und -juden; Verordnungen und Verfügungen wurden in der Rubrik „Was jeder wissen muss“ publiziert. Der Auflagenhöchststand wurde mit 13.000 Abonnentinnen und Abonnenten im August 1939 erreicht, danach sanken die Zahlen kontinuierlich. Nach Kriegsbeginn rückte die Berichterstattung über Überseeländer in den Vordergrund, die Seitenanzahl wurde verringert. Ab Mai 1943 erschien die Zeitung nur noch alle zwei Wochen, bis sie schließlich am 31. Dezember 1943 eingestellt wurde.[396]

Die Finanzierung des Palästina-Amtes, seiner angeschlossenen Organisationen und auch der Alijah war zunächst unklar und stellte vor allem aufgrund der Konfiskation der Vereinsvermögen durch die deutschen Behörden und die Vielzahl an unbemittelten Auswanderungsbewerberinnen und -bewerbern ab Sommer 1938 eines der Hauptprobleme dar. Am 17. November 1938 wandte sich die Amtsleitung an die Wiener Devisenstelle und ersuchte diese, die blockierten Konti und Einlagebücher umgehend freizugeben, da die Sperre der Verfügungsberechtigung eine vollkommene Lahmlegung des ganzen Auswanderungsbetriebes bedeuten würde.[397] Obwohl zunächst versucht wurde, sich allein durch Zahlungen der Jewish Agency zu finanzieren, war die Aufrechterhaltung des Betriebes ab Mitte 1938 nur durch die regelmäßige Subventionierung durch Hilfsorganisationen wie dem „Joint“ möglich.[398] Auf deren Wunsch hin legte das Palästina-Amt ab Anfang 1939 seinen Budgetvorschlag nicht mehr separat, sondern gemeinsam mit jenem der Kultusgemeinde vor, wobei dieser die Dotierung für die zionistischen Institutionen überlassen wurde.[399]

Abgesehen von der Abhängigkeit von der Zuteilung eines Einwanderungszertifikates, die für die nach Palästina auswandernden Jüdinnen und Juden eine zusätzliche Hürde darstellte und das außerdem nur begrenzt gültig war[400], unterschied sich

---

395 Zwei Beispiele: „Vermögender symp. Herr hochanst., mit erstkl. Auslandsberuf, sprachkund., heiratet feinerz. hübsche, auch arme Jüdin, 20 bis 34 J. Sp. ev. gem. Ausreise. Mdch. mit selbst. Beruf od. Ausl.-Verbindung bevorzugt. Ausf. Vorschläge unter ‚Gesich. Zukunft 7805‘.“ „Fesche Dame, Ende 40, symp., jugendl. Äußeres und Gestalt, Jüdin, sucht Ehe mit Zertif.-Besitzer. Unter ‚Glückauf 7839‘.“ In: Jüdisches Nachrichtenblatt, Jg. 1 (1939) Nr. 1, S. 8.

396 Löwenherz-Bericht, YVA, O-2/595, S. 8 f.; Budischowsky, Jüdisch-politische Organisationen, S. 451 f.; Rosenkranz, Verfolgung, S. 204 f.; Rabinovici, Instanzen, S. 144–146.

397 Archiv der IKG Wien/Bestand Jerusalem/A/W 2955. Zum Vermögen des Palästina-Amtes siehe den Stiko-Akt Archiv der IKG Wien/Bestand Wien/A/VIE/IKG/I-III/VEREI/Palästina-Amt/1/1.

398 Von den Zionistinnen und Zionisten wurde die finanzielle Unterstützung aus dem Ausland nicht nur positiv gesehen: „So unangenehm es auf der einen Seite ist, dass die Hicem oder der Joint das Palästinaamt Wien subventionieren sollten, um daraus allenthalben politisches Kapital zu schlagen, so schwierig ist es auf der anderen Seite, wirklich beträchtliche Summen aus den Geldmitteln der Agency für die administrativen Zwecke des Palästinaamtes Wien abzuzweigen.“ Georg Landauer an Martin Rosenblüth, 4. 7. 1938. CZA, S6/3691. Vgl. Anderl, Emigration, S. 205 f.

399 CAHJP, A/W 2510.

400 Die Zertifikatsinhaberinnen und -inhaber mussten innerhalb der jeweils laufenden Schedule in Palästina einwandern. Für die Vorbereitung und Durchführung sämtlicher Schritte waren also nur vier Monate Zeit.

das Auswanderungsprozedere für Palästina-Emigrantinnen und -Emigranten im Wesentlichen nicht von jenem für Auswanderinnen und Auswanderer mit anderen Fluchtdestinationen. Einzig der erforderliche Fragebogen war nicht bei der Kultusgemeinde, sondern beim Palästina-Amt einzuholen.[401] Bei der Devisenberatungsstelle musste um die Aushändigung von Devisenbeträgen für das benötigte Einreisegeld (im Falle Palästinas 30 Pfund Sterling) angesucht werden. In zahlreichen Fällen stellte das Palästina-Amt Zertifikatsinhaberinnen und -inhabern Befürwortungsschreiben für die Erwirkung von Devisen und für Reisekostenzuschüsse aus. Je nach Verfügbarkeit gewährte die Fürsorgezentrale der Kultusgemeinde mittellosen Auswanderinnen und Auswanderern Unterstützungszahlungen etwa für Visa- und Transportgebühren.

Der Auswandererfragebogen musste in der Folge der in der IKG angesiedelten Gebührenbemessungsstelle vorgelegt werden, wo bekanntzugeben war, welche Reiseunterlagen (Pass, Führungszeugnis, Wohnungsnachweis, Steuerunbedenklichkeitsbescheinigung, Bewilligung zur Mitnahme von Umzugsgut etc.) benötigt wurden. Mit sämtlichen Unterlagen, darunter Personaldokumente (Geburts- und Heimatschein, Meldezettel, Trauungsschein), einer Bestätigung, dass die oder der Ansuchende „Volljüdin“ oder „Volljude“ ist, einem Nachweis über die bezahlten städtischen Steuern, Bewilligungen über die Mitnahme von Devisen (erlaubt waren fremde Zahlungsmittel im Gegenwert von RM 30,–) und Umzugsgut etc. hatten sich die Bewerberinnen und Bewerber danach an die Palästina-Amts-Expositur in der „Zentralstelle für jüdische Auswanderung“ zu wenden, wo nach genauer Überprüfung der Pass ausgestellt wurde.[402]

Lagen der Kultusgemeinde und dem Palästina-Amt bereits in den Sommermonaten tausende Auswanderungsanträge vor, so stieg der Parteienverkehr nach dem Novemberpogrom ins Unermessliche. Angetrieben durch die seit Monaten praktizierten Übergriffe und scheinbar legitimiert durch das Attentat eines jungen Juden auf den Diplomaten Ernst vom Rath, entlud sich die nationalsozialistische Gewalt im gesamten Deutschen Reich in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 in einer beispiellosen Hetzjagd auf die jüdische Bevölkerung, die das letzte Alarmsignal vor der bevorstehenden Katastrophe werden sollte. Im Auftrag Hitlers und von Goebbels, Himmler und Heydrich geplant, wurden landesweit tausende Synagogen und Geschäfte geplündert, demoliert und gebrandschatzt, Jüdinnen und Juden brutal aus ihren Wohnungen vertrieben und zu Tausenden in Gefängnisse und Konzentrationslager gesperrt. Nicht wenige starben noch in derselben Nacht an den Folgen der gewaltvollen Ausschreitungen oder begingen Selbstmord.

Bei der Suche nach Auswanderungsmöglichkeiten, die besonders rasch für die zahlreichen „Schutzhäftlinge“ gefunden werden mussten, stießen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von IKG und Palästina-Amt bald an ihre Grenzen. Aufgrund des erwarteten Flüchtlingsstroms aus den deutschen Gebieten hatte eine Reihe von

401 „Nichtglaubensjüdinnen“ und „Nichtglaubensjuden“ egal welchen Auswanderungszieles hatten sich an die „Aktion Gildemeester“ zu wenden.

402 Anleitung zur Erlangung eines Reisepasses sowie aller übrigen Reisedokumente (Merkblatt Nr. 4). CAHJP, A/W 2594.

Aufnahmestaaten ihre Einwanderungsbestimmungen noch einmal verschärft. Nach der Einschätzung des „Council for German Jewry" stellten sich die Möglichkeiten für die jüdische Bevölkerung Österreichs Mitte 1939 folgendermaßen dar: Monatlich könnten 1.000 Personen in die USA emigrieren, weitere 1.000 nach England, 700 nach Südamerika, Australien und in andere Überseeländer, 500 in europäische Staaten und weitere 500 nach Palästina. Die maximal mögliche Auswanderung wurde demnach mit 3.700 Personen beziffert, der gegenwärtige Emigrationsdrang wäre aber doppelt so groß.[403] Von einer Vielzahl an österreichischen Jüdinnen und Juden (auch Nichtzionistinnen und -zionisten) wurde Palästina zu diesem Zeitpunkt erstmals überhaupt als Fluchtoption in Betracht gezogen. Die wenigen an Österreich zugeteilten Einwanderungszertifikate stellten die Emigrantinnen und Emigranten allerdings vor ein nahezu unüberbrückbares Hindernis. Noch im Mai 1938 hatte die Leitung des Palästina-Amtes in der Mitteilung über die Wiedereröffnung der zionistischen Büros bei der Einwanderungsabteilung der Jewish Agency gegen die Anzahl an Immigrationsbewilligungen, die, obwohl die jüdische Bevölkerung der deutschen Gebiete bevorzugt behandelt wurden, völlig unzureichend waren, protestiert. Das erforderliche Minimum wurde zu diesem Zeitpunkt mit 5.000 Zertifikaten festgelegt, wobei jene für die Jugend-Alijah, für Schüler und Studenten darin nicht inkludiert waren. Wenngleich diese Forderung seitens der Jewish Agency als realistisch eingeschätzt wurde, hieß es im Antwortschreiben, dass bei den damals vorliegenden Bedingungen eine Alijah in diesem Ausmaß leider noch nicht in Frage käme. Trotz kontinuierlicher Verhandlungen mit der britischen Regierung könnte Österreich von den insgesamt 650 Arbeiterzertifikaten der aktuellen Schedule nur rund 90, vom Kontingent für „Vatikim"[404] ca. 50 erhalten. Eine größere Menge an Einwanderungsgenehmigungen könnte allein aus der „Kapitalisten"-Kategorie abgezweigt werden.[405] Noch bevor das Schreiben in Wien ankam, setzte das Palästina-Amt eine neuerliche Protestnote auf, da Gerüchte über den Verteilungsschlüssel der neuen Schedule Anlass zu Sorge und Empörung gegeben hatten. Wie die Zahlen belegen würden, stünde die Quote in keinem Verhältnis zum ungeheuren Auswanderungsdrang der Jüdinnen und Juden in Österreich: Mit den 3.000 bereits vor dem Machtwechsel angemeldeten und den 5.000 neu registrierten Personen verzeichnete das Amt im Mai insgesamt rund 8.000 Bewerberinnen und Bewerber aller Kategorien. Für die kommenden Wochen würde erwartet werden, dass die Gesamtzahl der Anmeldungen auf 20.000 ansteigen würde.[406] Auch wenn die Registrierungen vielleicht etwas zu hoch beziffert wurden, wird die Diskrepanz zwischen vorhandenen und benötigten Immigrationsgenehmigungen allein durch die oben angegebenen Mitgliederzahlen der zionistischen Organisationen deutlich. Als erste Reaktion hob die Jewish Agency die Quoten für Kinder und Jugendliche sowie Familienangehörige von österreichischen Einwanderinnen und Einwanderern an.

403 Council for German Jewry, Report on a Visit to Vienna, 17. 8. 1939. JDC Archives, Collection 1933/1944, File 442. Ich bedanke mich bei Gabriele Anderl für das Überlassen einer Kopie.

404 Hebr.: „Altzionisten".

405 Palästina-Amt an Jewish Agency, 11. 5. 1938; Jewish Agency an Palästina-Amt, 26. 5. 1938. CZA, S6/3691.

406 Palästina-Amt an Jewish Agency, 20. 5. 1938, CZA, S6/3691.

Einem Artikel der „Zionistischen Rundschau“ zufolge konnte das Palästina-Amt zwischen der Wiedereröffnung im Mai und der ersten September-Woche insgesamt 801 Palästina-Emigranten abfertigen – bis 30. Juni 108, im Juli 210, im August 315 und danach weitere 159 Personen.[407]

Druck wurde auf die zionistische Führung in Jerusalem nicht nur von den Diaspora-Ländern, sondern gleichermaßen von Verbänden und Organisationen in Palästina ausgeübt. Die Jewish Agency versuchte ihrerseits auf die Mandatsbehörden einzuwirken und die Quoten zu erhöhen.[408] In die Auseinandersetzungen um die Forderung nach einer stärkeren Berücksichtigung Österreichs bei der Zertifikatsverteilung (vor allem für die Kategorie Jugend-Alijah, siehe unten) schalteten sich infolge der Ereignisse des Novemberpogroms auch andere Institutionen ein, darunter der „Zionistische Landesverband“ und die „Hitachduth Olej Austria“.

Die „Hitachduth Olej Austria“

1924 als erster landsmannschaftlicher Zusammenschluss jüdischer Einwanderinnen und Einwanderer in Palästina gegründet, fungierte die „Hitachduth Olej Austria“ (HOA) als Anlaufstelle und Hilfsorganisation für die österreichischen Immigrantinnen und Immigranten und entwickelte im Laufe der Jahre ein über das ganze Land ausgebreitetes Netz von Ortsgruppen und Zweigstellen. Die Vereinigung der „Hitachduth Olej Austria“ und der „Hitachduth Olej Germania“ (HOG) zur „Hitachduth Olej Germania ve Austria“ (HOGOA) im Sommer 1938 erfolgte in erster Linie aus organisatorischen Gründen, kann aber auch als Folge des „Anschlusses“ betrachtet werden, als Diskussionen zwischen den zionistischen Institutionen aufgekommen waren, ob eine komplette Verschmelzung der österreichischen und deutschen Alijah erstrebenswert wäre. Obwohl die „Deutsche Abteilung“ der Jewish Agency bereits zuvor gleichermaßen für die Organisation und Durchführung der Einwanderung von Jüdinnen und Juden aus Österreich zuständig gewesen war, lehnte der Großteil der österreichischen zionistischen Funktionäre einen ganzheitlichen Zusammenschluss ab, befürchteten sie doch einen Nachteil beim Verteilungsschlüssel der Zertifikate. Ein Bündnis der Immigrantenorganisationen kam nichtsdestotrotz zustande,[409] wobei das Stärkeverhältnis zwischen HOA und HOG in sämtlichen Organen 1:2 betrug. Die österreichischen Mitglieder des Präsidiums bildeten die „Österreichische Kommission“, die in allen spezifisch österreichischen Fragen (speziell im Zusammenhang mit Zertifikaten und finanziellen Angelegenheiten) zu konsultieren war.[410] Als Ergänzung zu obiger Darstellung der

407 Zionistische Rundschau, Jg. 1 (1938) Nr. 17, S. 3.

408 Vgl. Niederland, Immigration, S. 354–364.

409 Dagegen sprach sich lediglich die Tel Aviver Zweigstelle der HOA aus, die ihre Selbständigkeit behielt.

410 Beschlüsse der Landesleitung der HOA vom 1. Juni 1938 betr. die Beziehungen zur HOG. CZA, S6/3691.

HOA-Arbeit in den 1930er Jahren sollen die Aufgaben der HOGOA nachfolgend in aller Kürze skizziert werden.

Wie dem Tätigkeitsbericht für den Zeitraum Jänner 1939 bis September 1940 zu entnehmen ist, zielte die HOGOA darauf ab, die Einwanderinnen und Einwanderer „zu einem organischen Bestandteil des jüdischen Jischuw zu machen und den Boden vorzubereiten für diejenigen, denen der Weg ins Land noch geebnet werden kann […]".[411] Dementsprechend gliederte sich die Arbeit in drei Hauptbereiche: Bemühungen um neue Alijah; Bemühungen um die wirtschaftliche und soziale Einordnung der Neueinwanderinnen und -einwanderer sowie um die wirtschaftliche und soziale Hilfe für die sich bereits im Land befindlichen Einwanderinnen und Einwanderer; kulturelle und staatsbürgerliche Erziehung der aus Deutschland und Österreich eingewanderten Jüdinnen und Juden. Neben der direkten Unterstützung der Immigrantinnen und Immigranten erfüllte die Vereinigung auch andere Funktionen, etwa als Initiatorin und Verwalterin mehrerer selbständiger Institutionen sowie als ausführendes Organ der „Deutschen Abteilung". Hatte sie sich bis November 1938 auf die Erfassung und Beratung[412] derjenigen Einwanderinnen und Einwanderer konzentriert, die die Anforderung von Angehörigen beabsichtigten, machte der drastisch gestiegene Auswanderungsdruck eine Erweiterung des Aufgabenkreises erforderlich, sodass die HOGOA begann, den Prozess der Alijah von der Antragsstellung bis hin zur tatsächlichen Immigration zu begleiten und dabei mit der Jewish Agency, den Palästina-Ämtern und den Britischen Konsulaten zu kooperieren. Als durch die Novemberereignisse die schnelle und direkte Hilfe in Form von Einwanderungsbewilligungen erforderlich wurde, die meisten der in dieser Schedule verfügbaren Zertifikate aber bereits ausgegeben worden waren, erwirkte die Leitung die Ausstellung von ca. 3.000 Bescheinigungen über die Erlaubnis, später einzuwandern, wodurch zahlreiche inhaftierte österreichische und deutsche Jüdinnen und Juden befreit werden konnten. Eine weitere durch die Notlage in den Herkunftsländern und den Mangel an Zertifikaten bedingte Aufgabe der HOGOA war das Organisieren von Transitaufenthalten, bis die Weiterwanderungsmöglichkeit nach Palästina gegeben war. Zu den mit der Integration der Einwanderinnen und Einwanderer verbundenen Tätigkeiten zählte die berufliche und wirtschaftliche Beratung und Unterstützung (Vermittlung von Arbeitsplätzen, Vorschläge für den Existenzaufbau, Gewährung von Krediten etc.) sowie die soziale Fürsorge etwa durch die Errichtung von Immigrantenheimen, Übergangslagern und -schulen. Einen besonderen Stellenwert nahm die Betreuung von Flüchtlingen, älteren Personen, Kindern und Jugendlichen ein, wobei das Hauptaugenmerk jenen jungen Einwanderinnen und Einwanderern zuteilwurde, die ohne Eltern ins Land gekommen waren. Im Rahmen des von der HOGOA initiierten „Schüler- und Studentenwerks" wurden Zertifikate beschafft, Ausbildungsplätze finanziert

411 Tätigkeitsbericht der Hitachduth Olej Germania w'Olej Austria, Haifa vom 1. Januar 1939 bis 30. September 1940. CZA, S6/1410. Der Ortsgruppe Haifa gehörten in diesem Zeitraum mehr als 1.000 Mitglieder an. Das Büro der HOGOA wurde täglich von 150 bis 250 Personen konsultiert.

412 Die ausgegebenen Fragebögen dienten vor allem der Feststellung der finanziellen und beruflichen Verhältnisse. Verhindert werden sollte, dass die nachkommenden Verwandten auf die soziale Fürsorge angewiesen sein würden.

und Stipendien vergeben. Schließlich versuchte die Organisation die Hebräisierung voranzutreiben und bot neben zahlreichen Sprachkursen auch Veranstaltungen und Vorträge zu kulturellen, politischen und historischen Themen an.[413] Während sich die Führung des Yishuvs und die zionistischen Institutionen in Palästina aufgrund der politisch und wirtschaftlich schwierigen Situation des Landes in Bezug auf die Ereignisse in Österreich vom März 1938 zunächst abwartend verhielten – eine Haltung, die in der Folge von verschiedenen Seiten massiv kritisiert wurde –, reagierte der zu diesem Zeitpunkt noch als HOA agierende Immigrantenverband rasch und deutlich.[414] Neben der Deklaration als führende Kraft bei den Hilfsaktionen für die österreichischen Jüdinnen und Juden und einem an den Yishuv gerichteten Aufruf in der Presse, energisch zu protestieren und materielle Hilfe zu leisten[415], wandte sich die HOA Jerusalem als Vertretung des Landesverbandes auch direkt an die Einwanderungsabteilung der Jewish Agency.[416] Der Anspruch, in dieser Angelegenheit das Wort zu erheben, wurde dahingehend gerechtfertigt, dass die leitenden zionistischen Stellen in Österreich als eigentliche Interessenvertretung der jüdischen Bevölkerung ausgeschaltet, die Führer verhaftet und das Palästina-Amt selbst in seiner freien Meinungsäußerung empfindlich gehemmt wäre. Ferner müsste vermieden werden, „dass etwa in irriger Auffassung eines Stillschweigens unsererseits der Ernst der Lage irgendwie unterschätzt werde". Auch wenn die jüdische Führung auf die nationalsozialistische Machtübernahme in Österreich vollkommen anders als auf jenen in Deutschland reagierte – 1933 hatten in Palästina Protestversamm-

413 1942 spaltete sich die HOGOA in zwei Körperschaften: in die politische Organisation „Alija Chadascha" und in die eigentliche Nachfolgeorganisation „Irgun Olej Merkas Europa". Die Vereinigung der Einwanderinnen und Einwanderer mitteleuropäischer Herkunft besteht bis heute und nimmt karitative, gesellschaftliche und kulturelle Aufgaben wahr. Bedeutend war das seit 1933 zunächst als Wochenzeitschrift erschienene Mitteilungsblatt des „Irgun", das die Immigrantinnen und Immigranten mit Nachrichten in deutscher und hebräischer Sprache versorgte. Siehe Rafaela Stankewicz, Der Irgun Olej Merkaz Europa (IOME). [http://www.noam.org.il/]; Adunka, Exil, S. 17–31. Siehe ebenfalls Michael Volkmann, Neuorientierung in Palästina. Erwachsenenbildung deutschsprachiger jüdischer Einwanderer 1933 bis 1948, Köln 1994, v.a. S. 164–182.

414 Niederland, Immigration, S. 341–348.

415 Der Wortlaut eines Aufrufs im Mitteilungsblatt der HOA: „In Wien stehen zweihunderttausend Juden vor Selbstmord, Elend und Vernichtung. Die Katastrophe, von der man erwarten konnte, sie werde sich in dieser Form auf die Zeit des ersten Ausbruchs beschränken, währt nun doch schon mehr als ein Vierteljahr und steigert sich sogar immer noch weiter. Die Vorgänge dulden keinen Vergleich mit dem, was in Deutschland geschah. Und man weiß nicht, was mehr Grauen hervorzurufen vermag: ob die Ereignisse selbst, ob die Stumpfheit einer Welt, die all dies zur Kenntnis nimmt und schweigend registriert. Die Stumpfheit einer Welt – und das ist der furchtbarste Schlag –, zu der auch wir selber gehören. Ja, auch wir selber – der Jischuw dieses Landes, die Zionistische Organisation und ihre berufenen Vertreter – sind von einer lähmenden Stumpfheit befallen. Wir nehmen die Nachrichten, die uns täglich ereilen, wie Hammerschläge, die uns betäuben, und nicht wie Stiche ins Fleisch, die zu jähem Aufbäumen führen und letzte Energien erwecken. […] Ich sehe auf die Stimmung des Jischuw und ich vergleiche sie mit 1933. Wo sind die Proteste? Ich meine nicht die Versammlungsproteste, in denen man Volkserregung organisiert; ich meine den echten Aufschrei, wie er hier 1933 spontan aus dem Herzen drang. Ich meine die Stimmung, die nicht auf die Tätigkeit der Exekutive wartet und ihren mangelnden Elan kritisiert, sondern sie durch den eigenen Schwung mitreißt zur Tat. […]." Gustav Krojanker, Zertifikate für Wien. In: Mitteilungsblatt der HOA (Juli 1938) S. 7 f.

416 HOA Jerusalem an die Einwanderungsabteilung der Jewish Agency, 25. 3. 1938. CZA, S6/3691.

lungen stattgefunden und das Land hatte sich dem Boykott gegen deutsche Waren angeschlossen –, ging die HOA davon aus, dass die österreichischen Jüdinnen und Juden gleich wie damals die deutschen eine größere Anzahl an Zertifikaten bekommen würden. Allein eine geringe Bevorzugung bei der Quote würde angesichts der besonders harten und plötzlich einsetzenden Notsituation in Österreich nicht genügen. Der österreichische „Alijahdrang" wäre vergleichsweise vor allem deshalb größer, weil die Jüdinnen und Juden Deutschlands „allmählich und in relativer Ordnung sowohl nach Palästina als auch nach anderen Ländern, deren Tore damals noch halbwegs offenstanden", entkommen konnten. Die HOA verlangte deshalb die Zuweisung von zwei Drittel der auf Gesamtdeutschland entfallenen Quote für die österreichischen Einwanderinnen und Einwanderer, außerdem Zusatzzertifikate und besonders viele Genehmigungen der „Kapitalisten"-Kategorie. In einem weiteren Brief an die „Deutsche Abteilung" wurden die Forderungen folgendermaßen spezifiziert: „[…] die Ermöglichung der Einwanderung von Familienangehörigen von bereits in Erez Israel lebenden Juden österreichischer Herkunft; die Zuweisung einer bedeutend höheren Zahl von Zertifikaten im Rahmen der Pionier-Alijah aus Österreich; die Erweiterung des Rahmens der Jugend-Alijah und des Haavara-Abkommens auf das gesamte erweiterte Gebiet des Deutschen Reiches".[417] Noch deutlicher wurde ein von einem breiten Personenkomitee (darunter namhafte Personen wie Chaim Weizmann und Jitzhak Ben-Zwi und österreichische Zionistinnen und Zionisten wie Oskar Grünbaum, Egon Zweig und Anitta Müller-Cohen) unterstützter Appell an den Yishuv formuliert, in dem die Bereitstellung der notwendigen Mittel für die österreichische Alijah gefordert wurde:

> „[…] Rasche und energische geldliche Hilfe ist erforderlich, um Tausende jüdische Familien aus Höllenqualen zu retten, um TAUSENDEN VON JÜDISCHEN JUGENDLICHEN [Hervorhebung im Original, Anm.], die in der Hölle Österreichs verkommen, die Möglichkeit zu geben, nach Erez Israel zu gehen und sich in unserer Heimat zu verwurzeln. Der Jischuw, der im Jahre 1933 hingebungsvoll seine nationale Pflicht gegenüber den Juden Deutschlands erfüllt hat, wird heute wieder aufgefordert, dem Hilferuf der österreichischen Juden sich nicht zu versagen, ihnen Hilfe und Stütze in ihrem Unglück zu sein […]."[418]

Um gesicherte Informationen über die Lage der von den Nationalsozialisten bedrohten jüdischen Bevölkerung zu erhalten und das Ausmaß der bevorstehenden österreichischen Alijah abschätzen zu können, entsandte die Jewish Agency die Funktionäre Georg Landauer und Leo Lauterbach nach Österreich. Beide kamen zu dem Schluss, dass Hilfsaktionen und speziell die Auswanderung nach Palästina erst nach der Wiedereröffnung des Palästina-Amtes gestartet werden sollten. Wie Doron Niederland mit Nachdruck betont, leiteten die Jewish Agency und der „Waad

417 Zit. in: Niederland, Immigration, S. 344.
418 „An den Jischuw in Erez Israel!" o. D. CZA, S7/721, S. 5.

Leumi“[419] die ersten *konkreten* politischen und organisatorischen Aktivitäten erst im Juni 1938, also drei Monate nach dem „Anschluss“ ein. Dass der an die Öffentlichkeit gerichtete Aufruf zur Unterstützung der verfolgten Jüdinnen und Juden und der an die verantwortlichen Institutionen und Personen adressierte Appell, die Einwanderungsmöglichkeiten für Flüchtlinge aus Österreich und Deutschland nach Palästina zu vermehren, kurz vor der „Konferenz von Évian“ erging, war ein Mittel, mit dem die auf der Zusammenkunft vertretenen Repräsentanten unter Druck gesetzt werden sollten.

Entgegen Niederlands Verweis, wonach auch die Jewish Agency erst erstaunlich spät auf die Vorgänge reagierte, liegt ein Schreiben selbiger Institution vor, in der das britische Colonial Office noch im März 1938 darum gebeten wurde, die Gültigkeit einiger hundert ungenützter Zertifikate der mit 31. März endenden Schedule zu verlängern und sie Angehörigen von in Palästina lebenden Österreicherinnen und Österreichern zur Verfügung zu stellen. Ferner wurde darum ersucht, die Arbeiterzertifikate der kommenden Schedule ehest möglich auszustellen und dabei die österreichischen Bewerberinnen und Bewerber bevorzugt zu behandeln.[420]

Zusätzlich zum Versuch, bei der Jewish Agency zu intervenieren, wandte sich auch die HOA an die britische Regierung, und zwar direkt an den Hochkommissar Harold MacMichael. Da die Zuweisung von Einwanderungsgenehmigungen für das laufende Halbjahr *vor* dem „Anschluss“ erfolgt war, könnte das „brennende Bedürfnis“ nach Zertifikaten jeder Kategorie auch nicht nur annähernd befriedigt werden. Durch die Befürwortung einer „großzügigen Bewilligung von zusätzlichen Zertifikaten“ seitens der Mandatsregierung könnte „das Leben tausender unschuldiger und wertvoller Menschen gerettet und damit zugleich das Aufbauwerk in Palästina befruchtet werden.“[421] Der Korrespondenz zwischen dem Colonial Office und dem Foreign Office ist zu entnehmen, dass im August 1938 ein Besuch des Commissioner of Migration and Statistics in Palestine (E. Mills) in Deutschland und ins ehemalige Österreich geplant war, um die Bedingungen und den möglichem Umfang der Auswanderung nach Palästina beurteilen zu können. Ob und wann dieses Vorhaben umgesetzt wurde, geht aus dem Briefwechsel nicht hervor.[422]

Der Konflikt um die Zertifikatsverteilung spielte sich nicht nur zwischen den verschiedenen Ländern und der Jewish Agency ab, sondern wurde auch unter den einzelnen zionistischen Gruppierungen und Institutionen ausgetragen. Zu scharfen Auseinandersetzungen war es besonders zwischen Palästina-Amt und „Hechaluz“ gekommen. Während Alois Rothenberg vom Palästina-Amt vor allem den „Vatikim“, den älteren, verdienten Zionisten zu Einreisegenehmigungen verhelfen wollte, setzte sich Willy Ritter als Leiter des chaluzischen Dachverbandes für die Jugendlichen ein.[423] Ständig benachteiligt fühlte sich der orthodoxe Verband „Agudas

419 Der „Waad Leumi“ war eine Art Nationalrat, der zwischen 1920 und 1948 als gewählte regierende Körperschaft des Yishuvs agierte.

420 Selig Brodetsky an John Shuckburgh, 30. 3. 1938. TNA, CO 733/365/3, 17313/3/33.

421 Landesleitung der HOA an Harold A. MacMichael, 16. 5. 1938. CZA, S6/3691.

422 TNA, FO 372/3278, T10185/766/378.

423 Siehe dazu ausführlich Rosenkranz, Verfolgung, S. 117–119.

Jisroel". Obwohl die Zertifikatsanzahl für jede Kategorie zumeist von der Jewish Agency vorgegeben bzw. zuvor in Verhandlungen mit der britischen Regierung festgelegt worden war, die eigens dafür eingerichtete Palästina-Amts-Kommission Bevorzugungen von einzelnen Fraktionen verhindern sollte und zudem ein strenges Auswahlverfahren existierte, das nur geeignete Personen nach Palästina immigrieren lassen sollte, wurden erbitterte Kämpfe um die wenigen Zertifikate ausgefochten. Angesichts des Stellenwertes, dem der Rettung der Jugend zugemessen wurde, gewann der Konflikt innerhalb der Jugend-Alijah noch einmal an Schärfe.

Die Jugend-Alijah

Entstehung und Hintergrund

> „Wie hunderte andere, hatte auch ich den Weg zur Jugend-Alijah gefunden. Mein erster Gedanke war nicht, nach Palästina zu fahren. Daran dachte ich damals noch nicht, zuerst, weil sowohl meine Eltern, als auch ich, etwas besseres [Hervorhebung im Original, Anm.] mit mir vor hatten. Ich sollte in einem westeuropäischen Staat meine Studien fortsetzen, und dann schreckten mich die unsicheren Zustände in Palästina, die mich abgehalten hatten, diesen beschwerlichen Weg der Chaluzioth zu beschreiten. Ohne irgendwie schlecht oder verachtungsvoll vom Aufbau Erez Israels zu denken – Palästina war für mich ein Land wie jedes andere […]."[424]

Aus dem Rückblick eines jungen österreichischen Juden, der zum Zeitpunkt des Verfassens dieser Zeilen auf seine Auswanderung mit der Jugend-Alijah („Alijah Hanoar") wartete, geht einmal mehr die Beliebigkeit des Ziellandes Palästina hervor, das zahlreichen Jüdinnen und Juden nach wenigen Monaten der nationalsozialistischen Herrschaft in Österreich als einzige Fluchtmöglichkeit geblieben war. Auch bei dieser Einwanderungskategorie bestand ein krasses Missverhältnis zwischen benötigten und verfügbaren Zertifikaten, doch gestaltete sich die Situation für junge Bewerberinnen und Bewerber weitaus günstiger, denn der Rettung von Kindern und Jugendlichen wurde sowohl von den zuständigen jüdischen bzw. zionistischen Stellen in Österreich und Palästina, als auch von der britischen Mandatsregierung oberste Priorität zugemessen.[425] Trotz widrigster Umstände wird die Zeit im Ausbildungs- und Fluchtprogramm in zahlreichen biographischen Aufzeichnungen von Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Jugend-Alijah als bedeutende Phase geschildert, die von Idealen und Gemeinschaft geprägt war. Auch wenn viele junge Jüdinnen und Juden dem Zionismus vor ihrer Anmeldung zur Jugend-Alijah fern

424 YVA, O-30/67.

425 Siehe dazu Dvora HaCohen, British Immigration Policy to Palestine in the 1930s. Implications for Youth Aliyah. In: Middle Eastern Studies 37/4 (2001) S. 206–218.

gestanden waren und nur im Einzelfall zionistisch erzogen worden waren, war das Vorbereitungsprogramm aus der Retrospektive häufig ein signifikantes Erlebnis.[426]

Die Jugend-Alijah[427] wurde 1932 von Recha Freier (1892–1984), der Frau des von 1926 bis 1939 in Berlin tätigen Rabbiners Moritz Freier (1889–1969) ins Leben gerufen und zielte einerseits darauf ab, jüdische Jugendliche im Alter von 15 bis 17 Jahren, die in Deutschland im Erwerbsleben zunehmend diskriminiert wurden, auszubilden und ihnen zu einer beruflichen Zukunft zu verhelfen. Andererseits bezweckte das Programm, junge Jüdinnen und Juden mit den zionistischen Inhalten und mit Palästina vertraut zu machen und dem Land damit qualifizierte Arbeitskräfte zuzuführen, die für den Aufbau dringend benötigt wurden. Vorgesehen war eine einjährige, vorrangig landwirtschaftliche Schulung in Hachscharah-Lagern, an die nach der Einwanderung in Palästina eine zweijährige Arbeit zumeist in einem Kibbuz, einem Moschaw oder einer WIZO-Lehrfarm anschloss. Nachdem Freier bereits 1932 eine Kindergruppe ins Jugenddorf Ben Schemen[428] gebracht hatte, gaben die politischen Ereignisse ein Jahr später den Ausschlag, das Konzept der Jugend-Alijah auszubauen und auf einer breiteren Basis umzusetzen. Ihre Ideen stießen zunächst sowohl bei den Eltern und Pädagogen als auch bei Teilen der zionistischen Bewegung auf Skepsis und Widerstand. Die Jewish Agency könne sich nicht um die Erziehung von Kindern kümmern, ebenfalls solle die Kultivierung des Landes nicht Jugendlichen, sondern ausgebildeten Fachkräften anvertraut werden.[429] Erst mit der zur Organisation der deutschen Alijah eingerichteten „Deutschen Abteilung" innerhalb der Jewish Agency konnte mit der Realisierung des Vorhabens begonnen werden. Als Generalsekretär in Jerusalem fungierte der Deutsche Hans Beyth (1901–1947); Henrietta Szold (1860–1945), Erzieherin und Gründerin der amerikanisch-zionistischen Frauenorganisation „Hadassah", wurde mit der Leitung in Palästina betraut, Recha Freier mit jener in Deutschland. Letztere richtete 1933 in Berlin die „Jüdische Jugendhilfe" ein, die die Auswahl der den verschiedenen zionistischen Jugendbünden angehörenden Jugendlichen sowie die Organisation der Hachscharah und der Reise nach Palästina vornahm. Die

---

426 Vgl. Victoria Kumar, Das Ausbildungs- und Fluchtprogramm der Jugend-Alijah – Retrospektiven. In: Das Ende der Kindheit? Jüdische Kindheit und Jugend ab 1900 (Juden in Mitteleuropa. Zeitschrift des Instituts für jüdische Geschichte Österreichs, Ausgabe 2014) S. 44–53.

427 Das Kapitel zur Jugend-Alijah stützt sich in erster Linie auf die Ausführungen bei Anderl, Emigration, S. 218–276; auf einzelne Unterkapitel bei Rosenkranz, Verfolgung; sowie auf Aktenbestände des CZA und CAHJP; siehe außerdem Recha Freier, Let the children come. The early history of Youth Aliyah, London 1961; Brian Amkraut, Between home and homeland. Youth Aliyah from Nazi Germany, Tuscaloosa 2006; ferner das von Herbert Rosenkranz geführte Interview mit Yehuda Brott (Juda Weissbrod), Jerusalem 1977, YVA, O-3/3912; sowie allgemein zur Flucht der jüdischen Jugend aus Deutschland während des Nationalsozialismus Walter Laqueur, Geboren in Deutschland. Der Exodus der jüdischen Jugend nach 1933, Berlin-München 2000.

428 Das Kinder- und Jugenddorf Ben Schemen wurde 1927 vom Berliner Pädagogen Siegfried Lehmann zur Unterbringung von jüdischen Waisen gegründet und nahm sich das Konzept der Waldorfschule zum Vorbild. Siehe dazu Siegfried Lehmann, Eine jüdische Kinderrepublik in Palästina. Das Kinder- und Jugenddorf Ben Schemen. In: Palästina, Jg. 13 (1930) Nr. 3, S. 73–79.

429 Susanne Urban, Die Jugend-Alijah 1932–1940. Exil in der Fremde oder Heimat in Erez Israel? In: Kindheit und Jugend im Exil – Ein Generationenthema (= Exilforschung. Ein Internationales Jahrbuch, Bd. 24), München 2006, S. 35.

„Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugend-Alijah", zu der die „Jüdische Waisenhilfe für das Jugenddorf Ben-Schemen" und das Berliner „Kinderheim Ahawah"[430] gehörten, widmete sich der Informations- und Werbearbeit und den finanziellen Angelegenheiten. In den ersten beiden Jahren gelangten bereits knapp 1.000 junge deutsche Jüdinnen und Juden im Rahmen der Jugend-Alijah nach Palästina, wo sie überwiegend in landwirtschaftlichen Siedlungen, zum Teil in Ben Schemen oder in „Ahawah"-Heimen untergebracht wurden. Durch die sich verschlechternde politische und wirtschaftliche Situation verzeichnete das Programm in den Folgejahren einen rasanten Anstieg an Bewerber- und Auswandererzahlen, ebenfalls vergrößerte sich das Gebiet, aus dem die Jugendlichen ihre Alijah antraten, und letztlich veränderte sich auch der Charakter der Jugend-Alijah: Ideologische und pädagogische Ziele wichen hinter den rein pragmatischen Zweck, den jüdischen Kindern zur Flucht zu verhelfen, zurück.

Die österreichische Jugend-Alijah

Bestrebungen, die Jugend-Alijah auf Österreich auszuweiten, kamen bereits im März 1938 auf, konnten allerdings erst nach der Wiedereröffnung der mit dem „Anschluss" geschlossenen jüdischen Institutionen sowie nach Verhandlungen mit den Briten umgesetzt werden. Zur Organisation und Durchführung wurde im Juni im Rahmen des Palästina-Amtes die „Beratungsstelle der Jugend-Alijah" eingerichtet, als deren Rechtsträger der „Zionistische Jugendverband" agierte. Unter der Leitung von Georg Überall vereinte der der Berliner Jugendhilfe ähnelnde Verband sämtliche chaluzischen Jugendbünde. Mit dem Aufbau der österreichischen Jugend-Alijah nach deutschem Vorbild wurde Marduk Schattner, ein Emissär aus Palästina („Schaliach"), nach Wien entsandt, zu dessen von August bis Oktober 1938 ausgeübten Tätigkeiten unter anderem die Auswahl der Kandidatinnen und Kandidaten und die Regelung der Finanzen zählten. Schattners Arbeit gestaltete sich aufgrund der seit längerem bestehenden Spannungen und Kompetenzstreitigkeiten zwischen Palästina-Amt und „Hechaluz" und der zum Teil mangelnden Unterstützung der Kultusgemeinde schwierig.[431] Das konfliktreiche Verhältnis der einzelnen Stellen schlug sich auch im Bereich der Finanzierung nieder: Prinzipiell war vorgesehen, dass die von verschiedenen Organisationen (z. B. der „Hadassah") akquirierten Spenden für die in Palästina anfallenden Kosten (Aufbau und Erhaltung der Ausbildungsstätten, Ausbildung und Versorgung der Jugendlichen) herangezogen werden sollten, während die mit der Administration, Vorbereitung und Auswanderung verbundenen Kosten[432] von den jüdischen Institutionen im

430 Zur Geschichte des „Ahawah"-Heims siehe Ayelet Bargur, Ahawah heißt Liebe. Die Geschichte des jüdischen Kinderheims in der Berliner Auguststraße, München 2006.

431 Beispielsweise beklagte Schattner, dass ihm die benötigen Räumlichkeiten und Küchen nicht zur Verfügung gestellt wurden. Später ging es auch um finanzielle Zuwendungen, die seitens der Kultusgemeinde ausgeblieben waren. CAHJP, A/W 2508; vgl. Anderl, Emigration, S. 229 f.

432 Die größten Posten des Budgets waren die Miete und Erhaltung der „Hachscharah"-Plätze, des Büros und der Jugend-Alijah-Schule, Personal-, Reise- und Ausrüstungskosten sowie ärztliche Hono-

Herkunftsland und von den Eltern getragen werden sollten. Die zum Zeitpunkt der Initiierung der österreichischen Jugend-Alijah bereits weit fortgeschrittene verfolgungsbedingte Verarmung der jüdischen Bevölkerung Österreichs machte die Übernahme des Konzeptes jedoch fast unmöglich. Dem Tätigkeitsbericht des Jahres 1939 zufolge waren kaum 10 Prozent der Eltern angemeldeter Kinder in der Lage, einen materiellen Beitrag für das Erziehungswerk zu leisten. Der Prozentsatz der Eltern, die arbeiteten und über ein regelmäßiges Einkommen verfügten, war noch geringer.[433] Durch das Ungleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben waren beträchtliche Zuschüsse notwendig, deren Beschaffung aufgrund verschiedener Abhängigkeits- und Konkurrenzverhältnisse großes diplomatisches Geschick erforderte.[434]

Erheblich schwieriger und mitunter zermürbender waren jene Aufgaben, welchen von den zionistischen Funktionären in Jerusalem am meisten Bedeutung zugemessen wurde: die Auswahl der Kandidatinnen und Kandidaten und die Verteilung der Zertifikate. Nachdem in die erste Auswanderergruppe nur Jugendliche eingereiht worden waren, die eine langjährige chaluzische Erfahrung vorweisen konnten,[435] legten die Organisatorinnen und Organisatoren in der Folge das Hauptaugenmerk auf die Errichtung von Vorbereitungslagern speziell für landwirtschaftliche Umschulungskurse und auf die entsprechende Ausbildung. Unter der Leitung von Jugendführern („Madrichim") und Lehrkräften sollten „arbeitsfreudige und einsatzfähige Menschen" herangebildet werden, hatte sich die oder der „Nur-Auswandern-Wollende" zu einem „neuen Menschen" zu verwandeln, „in dem die Bereitschaft wachgerufen werden sollte, sich einer Gemeinschaft einzuordnen, in diesem Sinne zu denken und zu handeln". Die Ausbildung erfolgte zunächst in provisorischen Kursen und danach in der Jugend-Alijah-Schule (JUAL-Schule), wo sich die Jugendlichen jeweils halbtags theoretische (u. a. Hebräisch, jüdische und zionistische Geschichte, Palästinakunde, Naturlehre und Erste Hilfe) und praktische Fähigkeiten anzueignen hatten. Der Werkstätten-Unterricht bot beispielsweise Kurse in Schlosserei, Spenglerei, Elektrotechnik, Schneiderei und Krankenpflege. Bedingt durch den Ausschluss jüdischer Schülerinnen und Schüler aus den öffentlichen Schulen und der Schließung des Großteils der jüdischen Schulen übernahm die zunächst im Dr.-Krüger-Heim, danach in den Räumlichkeiten des Palästina-Amtes untergebrachte JUAL-Schule neben dem Chajes-Gymnasium zunehmend die Funktion einer „normalen" Pflichtschule.[436] Der Schwerpunkt des Unterrichts lag nichtsdestoweniger auf der zionistischen Erziehung und der Vorbereitung auf

rare. Aufstellungen über die in der Zeit vom 1. 5. 1938 bis 31. 3. 1939 seitens der Beratungsstelle für Jugendalijah getätigten Einnahmen und Ausgaben. Archiv der IKG Wien/Bestand Jerusalem/A/W 2710,1.

433 Jugend-Alijah-Tätigkeitsbericht 1939. CAHJP, A/W 178,1.

434 Anderl, Emigration, S. 228 f.

435 Zwischen März und September 1938 gelangten 467 Jugendliche nach Palästina. 271 wurden in Kwuzot in landwirtschaftlichen Siedlungen (z. B. in Givat Chaim, Tel Josef und En Schemer), der Rest in Moschawoth und entsprechenden Institutionen untergebracht.

436 Zum Ausschluss von jüdischen Lehrerinnen, Lehrern, Schülerinnen und Schülern siehe u. a. Hecht/Lappin-Eppel/Raggam-Blesch, Topographie, S. 101–118.

die Alijah. Speziell nach Kriegsausbruch, als die Hachscharah und die tatsächliche Auswanderung nur mehr äußerst reduziert möglich waren, ging es in der JUAL-Schule immer häufig darum, die Kinder irgendwie zu beschäftigen, um sie damit nicht zuletzt vor dem Arbeitseinsatz zu bewahren. Unter dem Motto „Werk und Tag“ fand im Herbst 1940 eine Ausstellung statt, in der die schulischen Tätigkeiten präsentiert wurden.[437]

Nach positiver Absolvierung der dreimonatigen Schulung war der Eintritt in eines der Vorbereitungslager möglich, die seit Anfang 1939 in Form von gepachteten Grundstücken bestanden und wo die Bewerberinnen und Bewerber einige Wochen für den betreffenden Besitzer oder Bauer arbeiten mussten. Im Lager Moosbrunn in Gramat-Neusiedl konnten 135, in Otterthal im Wechselgebiet 90 Personen untergebracht werden; die für die religiösen Kinder vorgesehenen Stätten in Markhof und Wödern umfassten 40 bzw. 20 Plätze. Die in Abgrenzung zur vom „Hechaluz“ betriebenen Hachscharah bezeichnete „Mittlere Hachscharah“ der Jugend-Alijah legten 1939 860 Jugendliche ab. Abgesehen von einem geringen Anteil, der aufgrund von mangelnden Fähigkeiten vom Programm ausgeschlossen oder zur Wiederholung der Lagerzeit angehalten wurde, hatten sich die Mädchen und Jungen damit für die Alijah qualifiziert. Die letzte „Hürde“ war eine ärztliche Untersuchung, in der die körperliche und geistige Verfassung aufs Genaueste überprüft wurde.

Dem Tätigkeitsbericht der Jugend-Alijah zufolge hätten die ärztlichen Kontrollen ein „unerfreuliches Bild“ über den Gesundheitszustand der Jugendlichen ergeben – große Mängel wurden im Bereich der Mund- und Zahnpflege und bei der Sehleistung festgestellt, besonders schlecht ernährt waren die auf rituelle Kost angewiesenen Kinder. Von den im Jahr 1939 1.276 untersuchten Personen wurden allerdings nur 86 ärztlich nicht bestätigt und weitere 49 temporär zurückgestellt.

Der Versuch, ein möglichst zutreffendes Gesamtbild der Bewerberinnen und Bewerber zu erstellen, sollte gewährleisten, dass sich die jungen zukünftigen Immigrantinnen und Immigranten in jeder Hinsicht für das Leben in Palästina eignen und mit all den damit verbundenen Veränderungen (die Trennung von den Eltern und der gewohnten Umgebung, die Lebensform des Kibbuz, klimatische und kulturelle Unterschiede etc.) umgehen können würden. Die penibel durchgeführten Untersuchungen, die ständige Beobachtung während der Ausbildung und das als strenge „Selektion“ zu bezeichnende Auswahlverfahren verhinderten nicht, dass zahlreiche Jugendliche der Situation als Neueinwanderinnen und Neueinwanderer nicht gewachsen waren. Wie aus der Korrespondenz zwischen den Jugend-Alijah-Stellen in Wien und Jerusalem hervorgeht, waren es offenbar besonders häufig Kinder österreichischer Herkunft, die sich nicht einzuordnen vermochten und den harten Anforderungen nicht gerecht wurden. Regelmäßige Beschwerden erreichten die

437 YVA, O-30/67; Anderl, Emigration, S. 239–241; Rosenkranz, Verfolgung, S. 178–180, 243–251. Der religiöse Verein „Haschomer Hadati“ (hebr.: Der religiöse Wächter) richtete ebenfalls eine Jugend-Alijah-Schule ein, die auch für nicht-religiöse Jugendliche offen stand und sie auf die Auswanderung vorbereitete. Interview von Herbert Rosenkranz mit Seew Wolf Gottlieb, „Haschomer Hadati und die Jugendalijah-Schule in Wien“ (Jerusalem 20. 3. 1977) YVA, O-3/3917.

„Beratungsstelle der Jugend-Alijah" über den aus Unterernährung resultierenden schlechten körperlichen Zustand der Einwanderinnen und Einwanderer, hinzu kamen Fälle von psychischen Krankheiten, die als Folge einer Verlusterfahrung oder anderer traumatischer Erlebnisse aufgetreten waren. In einem Schreiben vom 25. April 1939 kritisierte der Generalsekretär der Jugend-Alijah, Hans Beyth, dass von den Verantwortlichen in Wien Fälle bestätigt wurden, von denen bereits bei der Ankunft oder noch auf dem Schiff klar war, „dass sie untragbar für die Jugendalijah und für das Land sind". Als Beispiele führte er sechs „Härtefälle" an, die er unter anderem als „debil-infantil", „hysterisch und nervös", „klein und schwächlich" (und deshalb für die landwirtschaftliche Arbeit ungeeignet) charakterisierte.[438] Offenbar versuchten mehrere Ärzte, vor allem nach dem Novemberpogrom auch Kinder als „geeignet" einzustufen, die es nach den strengen Kriterien eigentlich nicht waren. Auf den Vorwurf, „Großlieferant" für problematische Fälle zu sein, reagierte Juda Weissbrod mit der Schilderung der Ausgangslage der Wiener Jugend-Alijah, die verglichen mit Deutschland vor allem deshalb viel schwieriger war, weil auf keine Erfahrungen zurückgegriffen werden konnte, noch keine Vorbereitungslager bestanden hatten und die sich rapide verschlechternde Gesamtsituation in Österreich eine besonders rasche Abwicklung erforderlich machte.[439] Die Relevanz einer sorgfältigen und strengen Selektion der Kandidatinnen und Kandidaten begründete Dr. Noack, Vertrauensarzt der Jugend-Alijah in Jerusalem, in einem Brief an die Beratungsstelle mit vier wesentlichen Argumenten, die ob ihrer Aussagekraft ausführlich wiedergegeben werden sollen. In erster Linie würde ein rigides Auswahlverfahren im Interesse des Jugendlichen selbst liegen:

> „Es ist zu berücksichtigen, dass die Jugendlichen außer ihrer eigenen körperlichen Entwicklung zugleich die Anpassung an ein fremdes Milieu, an ein neues Klima und an schwere Arbeitsbedingungen vollziehen müssen, dass sie geeignet sein müssen, diese Entwicklung reibungslos zu vollziehen, dass sie nach 2 Jahren als arbeitende Menschen in der Landwirtschaft selbst ihr Brot verdienen müssen. Das können nur wirklich gesunde und leistungsfähige Menschen. Jugendliche, die dieser Situation nicht gewachsen sind, geraten in eine schwierige Lage; eine Umstellung ist kaum möglich, immer mit erneuten Schwierigkeiten verknüpft; ein Scheitern löst fast immer seelische Krisen aus; es besteht die Gefahr, dass sie unproduktive Elemente werden, die nicht auf eigenen Füßen stehen können. […] 2. in zweiter Linie das Interesse der anderen Jugendlichen. Es ist zu bedenken, dass ein Kranker höhere Kosten verursacht; ein Kranker oder minder Leistungsfähiger, der besondere Maßnahmen erfordert, verhindert gewissermaßen die Alijah anderer gesunder Jugendlicher. […] 3. in dritter Linie das Interesse der gesamten Jugendalijah. Je besser und restloser die Einordnung der Jugendlichen gelingt, umso größer wird das Vertrauen zur Einrichtung der Jugendalijah, umso größer wird die Aussicht auf Erlangung weiterer Certifikate von der

438 Hans Beyth an Juda Weissbrod, 25.4.1939. CZA, S75/860, S. 22–24.
439 Juda Weissbrod an Hans Beyth, 7.5.1939. CZA, S75/1142, S. 241 f.

Regierung und auf die Aufbringung der erforderlichen Geldmittel. […] 4. in vierter Linie das nationale Interesse der Bewegung. Wir dürfen nicht vergessen, dass Palästina erst im Aufbau begriffen ist, dass wir gesunde, arbeitsfähige Menschen brauchen […].[440]

Die aus Österreich stammenden Jugendlichen fielen offenbar auch öfter durch „disziplinäres Fehlverhalten“ auf, etwa indem die Ausbildungsplätze verlassen wurden, um bei den Behörden Einwanderungsgenehmigungen für Familienmitglieder zu erwirken. Abgesehen davon, dass das Vorhaben aufgrund der Immigrationsbestimmungen (das Zertifikat war vom betreffenden Palästina-Amt im Herkunftsland auszustellen) aussichtslos war, war ein Entfernen von den Siedlungen und Einrichtungen strikt verboten.[441] Große Einsamkeit veranlasste den gemeinsam mit seinem Bruder Ari im November 1938 eingewanderten Meshulam Rath dazu, von seinem Kibbuz fortzulaufen:

„Meshulam und ich mussten uns trennen. Da er schon siebzehn Jahre alt war, hatten die Leiter der Jugend-Alijah ihn dem Kibbuz Gvat zugeteilt. Dort, zwanzig Kilometer östlich von Haifa, lebte bereits eine Gruppe von gleichaltrigen Jungen und Mädchen aus Wien. Der Abschied fiel uns sehr schwer. Während unserer Kindheit und Jugend in Wien hatten wir oft gestritten, doch das gemeinsame Schicksal und die Schiffsreise hatten uns einander näher gebracht. Zwar hatten wir bereits bei der Abreise gewusst, dass wir in Palästina in verschiedenen Orten leben würden, doch nun schien uns diese Trennung unerträglich. Meshulam war in Gvat sehr unglücklich. Er kannte niemanden, und die körperliche Arbeit fiel ihm schwer. Im Dezember 1938 unternahm er zu Chanukka einen ersten Ausbruchsversuch. Er schlug sich bis Haifa durch, und wir verbrachten gemeinsam bei entfernten Verwandten einige Tage zusammen. Die Leitung der Jugend-Alijah in Jerusalem und sein Madrich, eine Art Erzieher, in Gvat, Lolik, konnten jedoch in Erfahrung bringen, wo er sich aufhielt. Im persönlichen Gespräch gelang es ihnen, meinen Bruder zu überzeugen, in den Kibbuz zurückzukehren. Bald aber lief er erneut davon und versuchte in einem Studentenheim in Kirjat Motzkin aufgenommen zu werden. Dort wohnte sein bester Freund aus Wien, Erich/Eli Preminger, der im Technion von Haifa studierte. Zudem war es von Kirjat Motzkin nicht weit zu meinem neuen Zuhause in Kirjat Bialik, sodass wir uns öfters hätten sehen können. In seiner Einsamkeit sehnte er sich danach, mit mir zusammen zu sein. Als er sich im Studentenheim anmelden wollte,

440 Dr. F. Noack an Beratungsstelle der Jugend-Alijah Wien, 28. 8. 1938. CZA, S75/628, S. 237 f. Vgl. Rosenkranz, Verfolgung, S. 147.

441 Henrietta Szold an Hilde David und Juda Weissbrod, 10. 12. 1938. CZA, S75/1141, S. 113 f. Vgl. Anderl, Emigration, S. 233. Rosenkranz beschreibt die Ausbildungsplätze in Palästina als nahezu „klösterlich“, da die Siedlungen im Grunde nur im Rahmen gemeinschaftlicher Jahresausflüge verlassen werden durften. Rosenkranz, Verfolgung, S. 145.

wussten die Beamten sofort, wer er war. Meshulam musste wieder nach Gvat zurückkehren und lernen, dort zu leben."[442]

Ungeachtet bei der Kritik am Verhalten und an der Verfasstheit der österreichischen Immigrantinnen und Immigranten seitens der Organisatoren blieben augenscheinlich die Umstände der Flucht, die im Vergleich zu jenen deutscher Teilnehmerinnen und Teilnehmern noch einmal ungünstiger waren und in die die zuständigen Stellen in Palästina wenig Einblick hatten: Erstere flüchteten zumeist Hals über Kopf, nachdem sie und ihre Angehörigen massiver nationalsozialistischer Verfolgung ausgesetzt worden waren, und sie ließen häufig Familienmitglieder zurück. Folgen dieser traumatischen Ereignisse konnten schwere psychische und physische Probleme sein. Die strenge Auswahl der Kandidatinnen und Kandidaten kann zum Teil mit dem Erfolgsdruck gegenüber der für die Einwanderung verantwortlichen britischen Mandatsregierung erklärt werden; die Intention der Organisatoren war allerdings gewiss auch eine beinharte Anpassung der Jugendlichen an die an das Programm geknüpften zionistischen Ideale.[443] Auch muss angezweifelt werden, dass die für die Untersuchungen und Befragungen herangezogenen „Vertrauensärzte" und Pädagoginnen und Pädagogen ein hohes Maß an Einfühlsamkeit gehabt haben.

Ein nicht nur auf die österreichische Jugend-Alijah bezogenes Problem bestand im Zusammenhang mit den religiösen Kandidatinnen und Kandidaten. Aufgrund der mangelnden Anzahl an Plätzen, die sich – sowohl in Österreich als auch in Palästina – für die Unterbringung und Ausbildung von strenggläubigen Jugendlichen eigneten, wurden diese zwangsläufig in nicht-religiöse Siedlungen eingeordnet, wo die Gebote allerdings nicht oder nur sehr schwierig eingehalten werden konnten. Als Reaktion darauf, dass sie ihren Überzeugungen und Gebräuchen nicht treu bleiben konnten, zogen sie sich vielfach von der Gruppe zurück. Da sich die beschränkten Unterbringungsmöglichkeiten auch auf die Zertifikatszahl auswirkten, verschwiegen die Kinder bei der Anmeldung zur Alijah nicht selten ihre Religiosität, obwohl diese unter Anwesenheit der Eltern und eines Vertreters des religiösen Komitees unbedingt angegeben werden musste, wollten danach in Palästina aber gemäß den Glaubensvorschriften leben.[444]

Insgesamt fiel es vermutlich jenen Jugendlichen leichter, in Palästina „anzukommen" und sich zu integrieren, die im Herkunftsland eine gewisse Zeit einem zionistischen Jugendverband angehört hatten. Im Zuge der Vorbereitungskurse waren Vorstellungen über die Lebensverhältnisse und zumeist gewisse Hebräischkenntnisse vermittelt worden. Trotzdem konnten alltägliche Dinge, wie das ungewohnte Klima und Essen, vielen Schwierigkeiten bereiten. Die mit einer Gruppe von Wiener Jugendlichen im November 1939 nach Palästina geflohene Eva Levy beschrieb ihre Wahrnehmungen in der ersten Zeit im Kibbuz Kiriat Anavim wie folgt:

442 Rath, Erinnerungen, S. 45 f.
443 Anderl, Emigration, S. 231.
444 Henrietta Szold an Juda Weissbrod, 30. 10. 1938. CZA, S75/1141, S. 326 f. Vgl. Anderl, Emigration, S. 237f; Amkraut, Youth Aliyah, S. 129–140.

> „In der Jugendorganisation war alles sehr, sehr idealistisch. In Otterthal war ich vier Wochen auf Hachschara. Wir haben dort Landwirtschaft gelernt, von der wir davor keine Ahnung hatten. Als wir nach Israel gekommen sind, haben wir alle die Realität des Landes erlebt, und die war eigentlich sehr wenig idealistisch damals. Etwa im Kibbuz: Die Kibbuznikim haben kaum ein Wort mit uns gesprochen. Wir waren eine vollkommen geschlossene Gruppe innerhalb vom Kibbuz, die fremd war. Die Kibbuznikim haben sich überhaupt nicht um uns gekümmert, oder so etwas wie Psychologie betrieben, das war ein Wort, das man damals nicht gekannt hat. Denn immerhin waren wir 15- bis 16jährige Jugendliche, die total aus ihrem Leben herausgerissen wurden […]. Wir waren vollkommen auf uns selbst gestellt und fremd. Ich glaube, wenn man uns nach China geschickt hätte, wäre es genau dasselbe gewesen.“[445]

Andere Erinnerungen belegen den positiven Beitrag, den die Kibbuz-Bewegung in Zusammenarbeit mit der Jugend-Alijah bei der Integration der Jugendlichen in Palästina leistete. Das dichte Programm von Unterricht, Arbeit und sozialem Gruppenleben konnte die Trennung von der Familie und die Entwurzelung erleichtern, ließ aber gleichzeitig wenig Raum zur persönlichen Entfaltung und individuellen Lebensgestaltung.[446] An die mangelnde Privatsphäre und den strengen Verhaltenskodex im Kibbuz konnten sich viele junge Neueinwanderinnen und Neueinwanderer ebenfalls schwer gewöhnen.

Zertifikatsverteilung: Streitigkeiten zwischen Ländern, Jugendbünden, Wien und der Provinz

Selbst wenn die Kandidatinnen und Kandidaten sämtliche Bedingungen erfüllten, galt es keineswegs als gesichert, dass sie die Alijah tatsächlich antreten konnten – die Auswanderung der Jugendlichen war letztlich davon abhängig, über wie viele Zertifikate zunächst die Wiener „Beratungsstelle“ und in der Folge die zionistischen Bünde verfügten. Angesichts der besonders großen Notsituation wurde Österreich bei der Verteilung zu Beginn von den Berliner und Jerusalemer Stellen bevorzugt behandelt, im Zuge der veränderten Verhältnisse in Deutschland („Altreich“) und der ehemaligen Tschechoslowakei („Protektorat“) musste der Verteilungsschlüssel jedoch adaptiert werden. Die Anzahl der Einwanderungsgenehmigungen wurde auf monatlich stattfindenden Treffen eines seit Sommer 1938 bestehenden Komitees („Irgun“) beschlossen, das sich aus Vertreterinnen und Vertretern der Berliner Jugendhilfe und der Wiener und Prager Jugend-Alijah-Büros zusammensetzte und der Zentrale in Jerusalem unterstand.[447] Festgelegt wurde der Schlüssel unter

445 Zit. in: Hagen/Nittenberg, Flucht, S. 491 f.

446 Vgl. Ludwig Liegle, Familie und Kollektiv im Kibbutz. Eine Studie über die Funktion der Familie in einem kollektiven Erziehungssystem, Weinheim-Basel 1973, S. 108.

447 CZA, S75/860, S. 68.

Berücksichtigung der Bevölkerungszahlen der jüdischen Jugend, ebenfalls wurde versucht, auf die jeweilige politische und wirtschaftliche Situation der Länder einzugehen. Dennoch war es gerade der Aspekt der Dringlichkeit, der den österreichischen Stellen zufolge völlig außer Acht gelassen wurde. Sowohl die „Beratungsstelle" als auch das Palästina-Amt beschwerten sich über den im Frühjahr 1939 gültigen Verteilungsschlüssel, wonach Berlin 43, Wien 23, Prag 18 und Bratislava 16 Prozent der Bewilligungen erhielten. Auch wenn die Quoten auf einer Sitzung des „Irgun" beschlossen worden waren, forderten sie eine Neuverhandlung und verwiesen dabei unter anderem auf die „unabwendbare Liquidierung der österreichisch-jüdischen Gemeinschaft im Laufe des nächsten halben Jahres".[448]

Erbittert wurde der Kampf zwischen den ideologisch unterschiedlich ausgerichteten zionistischen Jugendbünden ausgefochten. Nach dem „Anschluss" war nur mehr ein einheitlicher „Chaluzverband" zugelassen; innerhalb dieses „Zionistischen Jugendverbandes" durften die einzelnen, auf die Auswanderung abzielenden Jugendorganisationen aber weiter bestehen. Mit Verweis auf ihre Mitgliederstärke und ihre chaluzische Erfahrung forderten die Vereine beharrlich eine stärkere Berücksichtigung bei der Zertifikatsverteilung.[449] Wie einer Erhebung des „Jugendverbandes" vom Oktober 1938 zu entnehmen ist, waren der „Hanoar Zioni", der „Makkabi Hazair" und der „Tcheleth-Lawan" mit jeweils 900 bis 1.000 Mitgliedern die größten Organisationen, darauf folgten der „Barak"[450] und der „Nachmania"[451] mit 400 bis 500, der „Misrachi" mit 200 bis 250 und der „Haschomer Hazair" und der „Haschachar"[452] mit 150 bis 200 Mitgliedern.[453] Kompetenzstreitigkeiten und -unklarheiten hatten dazu geführt, dass sich die eher links stehenden Organisationen beim „Hechaluz" und die Vereine der „Allgemeinen Zionisten" („Hanoar Zioni") und der „Judenstaatspartei" („Barak") beim Palästina-Amt zur Jugend-Alijah anmeldeten. Der Verteilungsschlüssel wurde von der „Jugendhilfe" und der „Beratungsstelle" bestimmt und sah im Falle der Ende 1938 für Österreich zur Verfügung stehenden 300 Zertifikate folgendermaßen aus: „Makkabi Hazair" und „Nachmania" erhielten 60 bis 70 Zertifikate, „Tcheleth-Lawan" 60 bis 65, „Hanoar Zioni" 40 bis 45, „Misrachi" 40 bis 45, „Barak" 25 bis 30, „Haschomer Hazair" 25 bis 30 und „Haschachar" 20 bis 25 Zertifikate.[454] Der revisionistische „Betar" war seit 1935 weitgehend von der Vergabe ausgeschlossen. Beschwerden erreichten die zuständigen Stellen nicht nur über die Höhe der Quote, sondern auch über die Art der Unterbringung in Palästina. Ging es den „Misrachi"-Jugendlichen vorrangig

448 CZA, S75/1142, S. 181 f.

449 Angesichts zahlreicher „Scheineinschreibungen", die die Wahrscheinlichkeit, ein Zertifikat zu erhalten, vergrößern sollten, waren die Mitgliederzahlen im Grunde wenig aussagekräftig. Marduk Schattner an Henrietta Szold und Georg Landauer, 6. 10. 1938. CZA, S75/1141, S. 451. Vgl. Anderl, Emigration, S. 225.

450 Hebr.: Blitz.

451 Der Jugendbund der rechtssozialistischen Zionistinnen und Zionisten „Nachmania" war der Nachfolger des Vereins „Gordonia".

452 Der „Haschachar" war der Jugendverband der „Allgemeinen Zionisten A", der sich mit dem religiösen „Akiba" zusammengeschlossen hatte.

453 Marduk Schattner an Henrietta Szold und Georg Landauer, 6. 10. 1938. CZA, S75/1141, S. 450.

454 Marduk Schattner an Henrietta Szold, 30. 11. 1938. CZA, S75/11421, S. 152.

um die Einhaltung der religiösen Vorschriften, kritisierten andere Jugendgruppen (z. B. der „Barak“) das Fehlen geeigneter Plätze aufgrund des Umstands, dass es durch die Zusammenlegung unterschiedlicher Verbände stets zu ideologischen Spannungen kam.

Im Kontext der Zertifikatsverteilung gestaltete sich nicht zuletzt das Verhältnis zwischen Wien und den übrigen Bundesländern äußerst konfliktreich. Dies betraf speziell die Kategorie der Jugend-Alijah. Die jüdische Bevölkerung der Provinz stand vielfach unter noch größerem Druck, das Land zu verlassen, sollten die Gemeinden doch auf Befehl der Nationalsozialisten bis Ende 1939 aufgelöst werden. Besonders tragische Umstände – die Inhaftierung oder der Tod der Eltern, oder wenn die Auswanderungsbestimmungen eine gemeinsame Flucht verhinderten – konnten eine Situation entstehen lassen, in der die Jugendlichen alleine und mittellos in Österreich zurückgelassen wurden. Nach der Zwangsumsiedlung nach Wien mussten sich die jüdischen Institutionen deshalb speziell diesen Kindern annehmen, sie unterbringen und versorgen und ihnen bei der Beschaffung von Auswanderungspapieren helfen.

Obwohl sie über die Bestimmungen der Jugend-Alijah und die Vorgehensweise bei der Zertifikatsverteilung informiert waren, wandten sich zahlreiche verzweifelte Eltern angesichts fehlender Alternativen auch direkt an die „Beratungsstelle“ und konfrontierten diese nicht selten mit Vorwürfen. So beklagte etwa Arthur Löwy in einem Schreiben vom August 1939, dass sein Sohn bereits seit 15 Monaten für die Jugend-Alijah angemeldet wäre und die Wartezeit mit schwerster körperlicher Arbeit (als Tiefarbeiter im Harz) verbringen würde. Nur die Einberufung zu einer Hachscharah oder die Zulassung zur Jugend-Alijah würde ihn davor befreien.[455] Wenngleich der „Beratungsstelle“ und dem Palästina-Amt wiederholt Protektionismus vorgeworfen wurde, waren private Gesuche um ein Zertifikat eher aussichtslos.

Trotz des Erfolges der Jugend-Alijah wurde von verschiedenen Seiten von Beginn an kritisiert, dass sich das Programm nur an Jugendliche im Alter von 15 bis 17 Jahren richtete. Parallel zum Aufbau der Jugend-Alijah wurden deshalb Anstrengungen unternommen, auch jüngeren Kindern die Auswanderung nach Palästina zu ermöglichen. Abgesehen von der Unterbringung in den Kinderheimen Ben Schemen und „Ahawah“ gelangten zahlreiche Kinder mit der so genannten „Kinderanforderungsaktion“ ins Land. Die britische Regierung bewilligte, dass bereits in Palästina lebende Verwandte Kinder „anfordern“ durften, um ihnen auf diesem Wege zur Flucht zu verhelfen. Die „Beratungsstelle“ richtete dafür eine eigene Registrierungsstelle ein, wo die Kinder – auch hier je nach Eignung und Dringlichkeit – ausgewählt wurden. Die im Jahr 1939 nach Wien gesandten 116 „Kinderanforderungszertifikate“ konnten den eigentlichen Bedarf freilich nicht einmal annähernd decken.[456] Der Vollständigkeit halber seien an dieser Stelle auch die ebenfalls begrenzten Schüler- und Studentenzertifikate genannt, mit welchen Jugendliche im Rahmen der legalen Einwanderung nach Palästina gelangen konnten.

---

455 Arthur Löwy an Beratungsstelle der Jugend-Alijah, 24. 8. 1939. YVA, O-30/67.

456 Jugend-Alijah-Tätigkeitsbericht 1939. CAHJP, A/W 178,1.

Kriegsbedingte Veränderungen

Der Kriegsausbruch im September 1939 veränderte die Rahmenbedingungen der Flucht aus dem nationalsozialistischen Machtbereich grundlegend und brachte für die Jugend-Alijah neben personellen Änderungen – abgesehen von Aron Menczer (1917–1943), der Juda Weissbrod als Sekretär der Wiener Jugend-Alijah ablöste, floh der Großteil der zionistischen Funktionäre in den Folgemonaten ins Ausland – auch andere Aufgabenbereiche. Nachdem die Hachscharah-Plätze mehrheitlich geschlossen worden waren,[457] richtete die „Beratungsstelle" zur Beschäftigung der Jugendlichen „Fortgeschrittenenkurse" ein, die der ursprünglichen Ausbildung im Prinzip glichen. Im Sommer 1940 arbeiteten rund 320 Jungen und Mädchen in den noch verbliebenen Werkstätten, die JUAL-Schule wurde Ende des Jahres von ca. 590 Jugendlichen und 300 Kindern besucht.[458] Daneben wurde verstärkt versucht, Bewerberinnen und Bewerber in Umschichtungslagern im Ausland unterzubringen. Insgesamt 335 österreichische Jüdinnen und Juden absolvierten 1939 die „Auslandshachscharah", überwiegend bei jüdischen und nichtjüdischen Bauernfamilien in England, Dänemark und Schweden. Die Hachscharah war eine der wenigen Möglichkeiten, die Jugendlichen vor dem drohenden Zwangsarbeitseinsatz zu bewahren. Trotz gewisser Vorbehalte – in erster Linie wegen ideologischer Bedenken und weil ein enger Kontakt mit der Bewegung nicht aufrechterhalten werden konnte – wurde die Jugend-Alijah schrittweise auf andere Länder ausgeweitet. Infolge der Geschehnisse des Novemberpogroms und der erneuten Einschränkung der jüdischen Immigration nach Palästina wuchs der Druck der Weltöffentlichkeit auf die britische Regierung, die schließlich (unter gewissen Bedingungen) die Einwanderung von 5.000 jüdischen Kindern und Jugendlichen nach England erlaubte. Noch im Dezember 1938 ging der erste Kindertransport ab. Weitere Aufnahmeländer der „Kinderverschickungsaktion" waren Schweden, Holland, Belgien, Frankreich, Australien und die Schweiz. Untergebracht wurden die jungen Flüchtlinge sowohl bei jüdischen als auch nichtjüdischen Familien, Unterstützung erhielten sie von lokalen jüdischen und philanthropischen Organisationen.

Der Kriegsausbruch reduzierte die Auswanderungsmöglichkeiten generell auf ein Minimum. Im Falle Palästinas kam hinzu, dass die britische Regierung die Einreise von Flüchtlingen aus nationalsozialistisch kontrollierten Gebieten – abgesehen von Personen, die ihre Zertifikate schon vor dem 1. September 1939 erhalten hatten – verbot. Die Jugend-Alijah setzte ihre Arbeit dennoch fort und legte ihr Hauptaugenmerk auf die Organisation der Weiterwanderung von Kindern in Transitländer. Dass trotz der veränderten Rahmenbedingungen und transportbedingten Schwierigkeiten zwischen September 1939 und Oktober 1940 über 400 Kinder aus Österreich fliehen konnten, war vor allem auf das unermüdliche Engagement des

457 Im April 1940 erstellte die „Beratungsstelle" ein Exposé über die Wiederaufnahme der Hachscharah. Vorgesehen war das Lager in Moosbrunn, wo rund 100 Jugendliche untergebracht werden sollten. CAHJP, A/W 2508.

458 Mauricy Moses Grün an Chaim Barlas, 8.1.1940. Archiv der IKG Wien/Bestand Jerusalem/A/W 2706.

charismatischen Jugend-Alijah-Leiters Aron Menczer zurückzuführen. Obwohl er mehrmals die Chance hatte, seiner Familie in die Emigration nach Palästina zu folgen, blieb er bis zuletzt in Wien, um möglichst vielen Jugendlichen zur Flucht zu verhelfen. 1942 wurde Menczer nach Theresienstadt verschleppt und danach mit hunderten Kindern, denen er sich angenommen hatte, nach Auschwitz deportiert, wo er 1943 ermordet wurde.[459]

Behördlich im Mai 1941 aufgelöst, existierte die Jugend-Alijah inoffiziell noch bis September 1942 weiter, musste sich allerdings weitgehend auf Erziehungs- und Kulturarbeit beschränken.

Tausende junge Jüdinnen und Juden konnten aus dem nationalsozialistischen Österreich mithilfe des Rettungsprogramms der Jugend-Alijah nach Palästina oder in andere Länder fliehen. Laut einer Aufstellung der IKG Wien waren von den 15.738 Zehn- bis Achtzehnjährigen jüdischen Österreicherinnen und Österreichern bis Ende Juli 1940 13.598 ausgewandert, davon nicht wenige im Rahmen der Jugend-Alijah.[460]

Die „Alijah Beth“

Die Sonderstellung, die Palästina für Jüdinnen und Juden im Vergleich zu anderen Fluchtdestinationen aus dem Machtbereich der Nationalsozialisten einnimmt, liegt in erster Linie in ideologischen Ursachen begründet, ist aber in großem Maße auch darauf zurückzuführen, dass – abgesehen von individuellen oder in Kleingruppen erfolgten Grenzübertritten zumeist in Nachbarstaaten – nur im Falle dieses Landes eine organisierte illegale Einwanderungsbewegung existierte, die tausenden europäischen Jüdinnen und Juden das Leben rettete. Von großer Bedeutung war die „Alijah Beth“ für die jüdische Bevölkerung Österreichs, deren Suche nach Fluchtmöglichkeiten zu einem Zeitpunkt begann, als die legale Immigration nach Palästina aufgrund politischer und wirtschaftlicher Überlegungen von den Briten erneut eingeschränkt worden war und zahlreiche andere Staaten bereits eine restriktive Aufnahmepolitik gegenüber jüdischen Flüchtlingen verfolgten. Im Gegensatz zur Situation der Jüdinnen und Juden in Deutschland, welchen nach 1933 noch relativ viele Fluchtwege offen gestanden und welchen im Falle Palästinas in Form des „Haavara-Abkommens“ sogar Anreize zur Emigration geschaffen worden waren, kristallisierte sich in Österreich rasch heraus, dass die geschlossenen Tore potentieller Zielländer einerseits und die Kluft zwischen Kapazität und Nachfrage der

459 Zur Biographie Menczers siehe Israelitische Kultusgemeinde (Hg.), Trotz allem … Festschrift Aron Menczer 1917–1943, Wien 1993; Elisabeth Klamper, „Auf Wiedersehen in Palästina“. Aron Menczers Kampf um die Rettung jüdischer Kinder im nationalsozialistischen Wien, Wien 1996; Anderl, Emigration, S. 249 f.; Rabinovici, Instanzen, S. 355–361.

460 CAHJP, A/W 2508.

legalen Palästina-Wanderung andererseits das Schaffen von Alternativen erforderte, die schließlich mit der „Alijah Beth“ gefunden wurden.[461]

Für die Zionistinnen und Zionisten war die illegale Alijah nicht nur eine organisierte, zu großen Teilen selbst bestimmte Rettungsbewegung vor dem Nationalsozialismus, sondern gleichzeitig eine Reaktion auf die britische Immigrationspolitik.[462] Aus der Perspektive der britischen Mandatsmacht gesetzeswidrig, betrachtete die zionistische Bewegung die Alijah als unumstößliches Recht und bezeichnete deshalb auch die Einreise ohne Papiere nicht als „illegale“, sondern als „freie“ und „unabhängige“ Einwanderung. In der zionistischen Terminologie wird dennoch zwischen „legaler“ („A-Einwanderung“) und „illegaler“ („B-Einwanderung“) Alijah – der Begriff der „Alijah Beth“ bezieht sich demnach auf den zweiten Buchstaben des hebräischen Alphabets – sowie personenbezogen zwischen „Olim“ und „Ma’apilim“ unterschieden.[463] Die „Alijah Beth“ war innerhalb der jüdischen Gemeinschaft nicht unumstritten: Selbst zahlreiche führende zionistische Persönlichkeiten (darunter Chaim Weizmann) sprachen sich lange Zeit gegen eine organisierte illegale Einwanderung aus, da sie die diplomatischen Beziehungen mit den Briten und die kontinuierliche wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung des Landes nicht gefährden wollten. Zudem versuchte die zionistische Bewegung weithin nach Herzls Vorstellungen, also innerhalb internationaler Legalität und Anerkennung, zu agieren. Die ablehnende Haltung änderte sich in den meisten Fällen spätestens nach den Geschehnissen des Novemberpogroms 1938. Zum Meinungsumschwung trug aber auch die mit dem Weißbuch von 1939 einsetzende Verschärfung der Immigrationspolitik bei sowie nicht zuletzt die Art und Weise, wie die Briten auf die „Alijah Beth“ reagierten – im schlimmsten Fall wurden die „Ma’apilim“ interniert oder gar deportiert. Auf der anderen Seite brachte die britische Kriegserklärung an Deutschland die Zionisten in eine noch schwierigere Lage: „It created paradoxes of basic interests: an opposition to British White Paper policy and a strong support and identification with Great Britain in its war against Nazi Germany.“[464] Auch die Position der Wiener

---

461 Der erste illegale Transport, der von Deutschland abging, verließ Berlin im März 1939. Bis zum August 1940 sollen es nur sechs weitere gewesen sein. Über Wien und andere Abfahrtsorte gelangte allerdings eine Vielzahl deutscher Jüdinnen und Juden nach Palästina. Vgl. Wetzel, Auswanderung, S. 473.

462 Die Bedeutung der „Alijah Beth“ für die zionistische Bewegung war auch den Briten bewusst. Der britische Geheimdienstbericht vom 17. Mai 1939, in dem die vorliegenden Informationen zur Organisation der illegalen Einwanderung zusammengefasst wurden, beginnt mit folgender Einleitung: „The present intensive illegal immigration campaign is attributable to two main factors: First, the Jews cannot dissociate the refugee problem from Palestine. To thousands of persecuted Jews in Europe Palestine stands as a haven of refuge and in attempting to reach it they have behind them the pressure of anti-semitic Government and the sympathy of the entire Jewish and a great part of the non-Jewish civilized world. Secondly, the present restriction on legal immigration, governed by political considerations rather than absorptive capacity, has caused the Zionists to resort to illegal immigration as a necessary means to the fulfilment of their aims.“ TNA, CO 733/396,5.

463 Nach Anderl, Emigration, S. 256–308, hier S. 256. Ebenfalls wird im Hebräischen für die illegale Immigration der Begriff „Ha’apala“ verwendet. Siehe dazu auch Artur Patek, Jews on route to Palestine 1934–1944. Sketches from the history of the Aliyah Bet – Clandestine Jewish Immigration, Krakow 2012, S. 37 f.

464 Ofer, Holocaust, S. 23.

Kultusgemeinde und des Palästina-Amtes wandelte sich im Zuge der radikalisierten antijüdischen Politik – zunächst strikt abgelehnt, wurde die illegale Migration vor allem nach Kriegsbeginn im September 1939 nicht nur geduldet, sondern bisweilen inoffiziell gefördert.

Dem folgenden Kapitel, das die Organisation und Durchführung der illegalen Palästina-Wanderung und deren Relevanz für die Flucht der österreichischen Jüdinnen und Juden ab 1938 darlegt, seien einige Anmerkungen zur Quellenproblematik vorangestellt: Wie bereits festgehalten, sind quantitative Angaben zu Migrationsströmen, vor allem wenn diese vor dem Hintergrund von Verfolgung und Vertreibung und deshalb fluchtartig und unorganisiert erfolgen, nur unter Vorbehalt möglich. Das beim Zielland Palästina bestehende Phänomen der zumeist in Form von illegalen Schiffstransporten durchgeführten „Alijah Beth" bringt zusätzliche Probleme mit sich. Umfangreiche Korrespondenz zur Planung und Realisierung der Unternehmungen (sowohl zwischen den verschiedenen zionistischen Institutionen als auch zwischen Zionisten und Nationalsozialisten[465]) liegt zwar vor und informiert etwa über die Finanzierung oder über Haltung und Druck der deutschen Behörden. Personenbezogene Aufzeichnungen zu den Teilnehmenden wurden allerdings in den wenigsten Fällen gemacht, wäre dies doch dem Konzept der Aktion aufs Gröbste zuwidergelaufen. Grundsätzlich wurden weder exakte Informationen zu den Personen dokumentiert, die sich für die Transporte anmeldeten und sich in der Folge tatsächlich an Bord der einzelnen Schiffe befanden, noch erfolgte – logischerweise – eine freiwillige Registrierung nach der Ankunft. Wurden die Flüchtlinge von den Briten aufgegriffen, verweigerten sie häufig jegliche Auskunft zur Herkunft und zur Abwicklung der Transporte. Wenn die Passagiere überhaupt über Pässe und andere Dokumente, die die Identität bezeugen konnten, verfügten, wurden diese spätestens an Bord vernichtet. Aufgrund der Quellensituation müssen viele Detailfragen zur illegalen Einwanderung offenbleiben. Fehlende bzw. lückenhafte Aufzeichnungen zu den Transportteilnehmerinnen und -teilnehmern lassen beim Versuch, die gesamte „Alijah Beth" zu quantifizieren und dabei ebenfalls den Anteil einzelner Länder zu ermitteln, nur grobe Schätzungen zu.[466]

Frühe illegale Einwanderung und „Alijah Beth"-Arbeit der zionistischen Arbeiterbewegung

Illegale Migrationsbewegungen von Jüdinnen und Juden nach Palästina hatten schon Ende des 19. Jahrhunderts existiert, nahmen parallel zum allgemeinen Anstieg der Alijah aber erst in den 1920er und 1930er Jahren zu. Im 1937 veröffentlichten britischen „Peel-Bericht" werden drei Formen der jüdischen illegalen Einwanderung unterschieden: 1. die illegale Einreise durch Umgehung der Grenz-

465 Aufgrund zahlreicher Gegnerinnen und Gegner auch innerhalb des eigenen Lagers wurden von Zionisten und Nationalsozialisten nicht selten Codenamen wie „Sondertransporte" und „Sonderhachscharah" gebraucht.

466 Niederland, Immigration, S. 366.

kontrolle; 2. die legale Einreise von Reisenden, die danach über die erlaubte Zeit des temporären Aufenthaltes im Land blieben; 3. die Eheschließung ausländischer Frauen mit a) palästinensischen Bürgern oder b) dauernd Aufenthaltsberechtigten, die nicht palästinensische Bürger waren. Zu letzterem Punkt wurde vermerkt, dass die Ehen zwar gesetzlich wären, ihnen aber die „wirkliche eheliche Absicht" fehlen würde: Es gäbe eine Klasse von „gewerbsmäßigen Ehemännern", „die sich immer wieder formal verheiraten und scheiden lassen, wenn nur die Taxen und ein Entgelt für sie selber bezahlt werden."[467] Nach Informationen der Briten wäre der bisherige Höhepunkt mit 22.400 illegal immigrierten Jüdinnen und Juden in den Jahren 1932 und 1933 erreicht worden, davon hätten 17.900 die Frist des Touristenvisums unrechtmäßig überschritten. Ebenfalls erwähnt der Bericht die arabische illegale Einwanderung, die als gelegentlich, zeitweilig und saisonbedingt beschrieben wurde.[468]

In den Jahren vor 1938 erfolgte die „Alijah Beth" noch häufig auf dem Landweg – vor allem von Jüdinnen und Juden, die aus den arabischen Nachbarstaaten kommend die Grenze passierten –, danach nahezu ausschließlich auf dem Seeweg. Die ersten illegalen Schiffstransporte wurden ab 1934 als Reaktion auf die Diskrepanz zwischen der Anzahl an auswanderungswilligen Pionieren und verfügbaren Arbeiterzertifikaten von der zionistischen Arbeiterbewegung[469] organisiert und brachten überwiegend polnische Chaluzim nach Palästina. Während das Schiff „Velos" rund 300 seiner Mitglieder im Sommer 1934 erfolgreich nach Palästina schleuste, wurde der zweite im selben Jahr abgehende Transport von den Briten abgefangen und die Passagiere nach Polen zurückgeschickt. Dieses Scheitern führte zur vorläufigen Einstellung der illegalen Aktivitäten, die erst mit der Gründung des „Mossad le ‚Alija Beth'" („Ausschuss für illegale Einwanderung") Anfang 1939 in größerem Umfang wieder aufgenommen wurden. An der Organisation der nun einsetzenden, auf die zionistische Arbeiterbewegung zurückgehenden Transporte waren mehrere Stellen beteiligt: Die Leitung oblag der jüdischen Untergrundarmee „Haganah", mit den praktischen Fragen – etwa Verhandlungen mit den Schiffsreedern, technische Transportvorbereitung etc. – waren die „Mossad"-Zentrale in Paris und die einzelnen Palästina-Ämter und chaluzischen Verbände betraut. Um in einen Transport eingereiht zu werden, mussten prinzipiell dieselben Bedingungen erfüllt werden, die auch für den Erhalt eines chaluzischen Zertifikates Voraussetzung waren (Hachscharah, einwandfreie körperliche und geistige Verfassung etc.). Finanziert wurde die Aktion großteils von der „Zionistischen Weltorganisation" und der Organisation „Joint".[470] Maßgeblich verantwortlich für die von Österreich ausgehenden

467 Die hohe Scheidungsrate von 40 Prozent wäre dem „Peel-Bericht" zufolge nur auf die unzähligen auf die Einbürgerung abzielenden Scheinehen zurückzuführen.

468 Peel-Bericht, S. 328–330.

469 Zur von der zionistischen Arbeiterbewegung organisierten „Alijah Beth" siehe vor allem Ehud Avriel, Open the Gates! A Personal Story of „Illegal" Immigration to Israel, New York 1975.

470 Die Haltung des „Joint" zur „Alijah Beth" war zwiespältig. Prinzipiell unterstützte er die Unternehmungen und ließ den Organisationen, die er finanziell subventionierte, bei der Verwendung des Budgets freie Hand. Vor allem zur Versorgung von an verschiedenen Orten gestrandeten Flüchtlingen (u. a. für die „Kladovo-Gruppe") wurden große Summen des „Joint" herangezogen.

Aktivitäten des „Mossad" war Mosche Agami (Averbuch), der ursprünglich als Emissär nach Wien entsandt worden war, um an der Vorbereitung der Auswanderung mitzuwirken und sich dann in die Dienste des „Mossad le ‚Alija Beth'" stellte. Mit dem ersten Transport im März 1939 gelangten 400 Personen über Jugoslawien nach Palästina, der zweite blieb aufgrund britischer Intervention erfolglos. Mit dem tragischen Ausgang des „Kladovo-Transports", dessen Scheitern in erster Linie durch organisatorische Unzulänglichkeiten bedingt war[471], fanden die „Alijah Beth"-Aktivitäten des „Mossad" ein Ende.

Die „Alijah Beth"-Arbeit der zionistischen „Revisionisten"

Der durch den Austritt aus der Zionistischen Weltorganisation herbeigeführte Ausschluss von der Zertifikatsverteilung einerseits und die zu einem ihrer Hauptziele definierte rasche Masseneinwanderung nach Palästina andererseits führten zwangsläufig dazu, dass die „Revisionisten" zu den Hauptinitiatoren der illegalen Palästina-Wanderung wurden.[472] Im Gegensatz zur ambivalenten Haltung anderer jüdischer und zionistischer Gruppierungen sprachen sie sich dezidiert für eine organisierte „Alijah Beth" aus, in erster Linie um ihr kompromissloses politisches Programm zu verwirklichen, aber auch um ihrem Protest gegenüber der britischen Palästina-Politik in Form von praktischen Aktionen Ausdruck zu verleihen. Mehr noch würde diese Form der Immigration nach Vladimir Jabotinsky zur Formung des „zionistischen Charakters" beitragen, da dadurch Selbstkontrolle über das eigene Schicksal erlangt werden könnte.[473]

Noch vor dem Zerwürfnis mit der Weltorganisation fühlte sich der „revisionistische" Jugendbund „Betar" bei der Vergabe von Einwanderungsgenehmigungen übergangen und sah die der zionistischen Linken zugehörigen Verbände eindeutig bevorzugt behandelt. Die seit Beginn der 1930er Jahre beträchtlich gestiegene Anzahl speziell an osteuropäischen „Betarim", die nach Absolvierung des besonders straffen Ausbildungsprogrammes ihre Alijah antreten wollten, veranlasste die „Revisionisten" im Jahr 1934 zur Organisation illegaler Einwanderergruppen sowohl auf

471 Der überwiegend aus österreichischen, deutschen und polnischen Jüdinnen und Juden bestehende Transport gelangte Ende 1939 über die Donau ins jugoslawische Kladovo. Von den rumänischen Behörden an der Fahrt bis zum Schwarzen Meer gehindert, harrten die Flüchtlinge in Erwartung des Eintreffens eines für die Weiterreise bestimmten Schiffes mehrere Monate in der Hafenstadt aus, bis sie im September 1940 nach Sabac verlegt wurden. Abgesehen von ca. 250 Jugendlichen, die durch von der Jewish Agency ausgestellte Zertifikate gerettet werden konnten, wurden sämtliche „Kladovo-Passagiere" von Truppen der 1941 nach Jugoslawien einmarschierenden Wehrmacht ermordet. Grundlegend dazu Gabriele Anderl/Walter Manoschek, Gescheiterte Flucht. Der „Kladovo-Transport" auf dem Weg nach Palästina 1939–1942, Wien 2001; Anderl, Emigration, S. 297–308; Avriel, Open the Gates, S. 81–103; Perl, Operation Action, S. 176–215; Ofer, Holocaust, S. 42–58.

472 Zur „revisionistischen" Alijah Beth siehe vor allem Victoria Kumar, „Kampf an vier Fronten": Die „Alijah Beth" der österreichischen revisionistischen Zionisten in den 1930er Jahren. In: Gabriele Anderl/Simon Usaty (Hg.): Schleppen, Schleusen, Helfen – Flucht zwischen Rettung und Ausbeutung, Wien 2016, S. 259–271; Perl, Operation Action; Ofer, Holocaust, S. 69–88.

473 Ofer, Holocaust, S. 69.

dem Landweg als auch auf dem Seeweg. Erfolgreich war zunächst allerdings nur der von polnischen und litauischen Chaluzim durchgeführte Schiffstransport „Union". Einen größeren Umfang nahm die „revisionistische" „Alijah Beth" ebenfalls erst drei Jahre später an.

Im Frühjahr 1937 kam auf Betreiben des jungen palästinensischen Juden Moshe Krivoshein („Galili") und mehrerer Wiener „Revisionisten" (darunter Willy Perl, Wolfgang von Weisl, Hans Perutz u. a.) der erste, unter den Decknamen „Af-Al-Pi"[474] laufende Schiffstransport zustande, der allerdings nur 16 „Betarim" über Athen nach Palästina brachte. An Bord von zwei weiteren Schiffen, die noch vor dem „Anschluss" nach Palästina abgingen, emigrierten 188 fast ausschließlich osteuropäische „Betar"-Mitglieder. Diese waren zu diesem Zeitpunkt im Unterschied zu österreichischen „Betarim" dazu bereit, ihre Heimat zu verlassen.

Nach dem „Anschluss" 1938 entwickelte sich die Anwaltskanzlei von Willy Perl[475], der, nachdem führende „Revisionisten" noch im März 1938 geflüchtet waren, die Leitung der Organisation übernommen hatte, zum Zentrum der österreichischen „Alijah Beth"-Aktivitäten und „Die Aktion" – wie die „Revisionisten" das Unternehmen bezeichneten – wurde zu einer der wichtigsten Rettungsaktionen europäischer Jüdinnen und Juden aus dem faschistischen Europa. Im Frühjahr 1938 legten Perl und Galili den nationalsozialistischen Behörden in Wien und Berlin einen Plan[476] vor, der die „visalose" Einwanderung zahlreicher Jüdinnen und Juden nach Palästina vorsah. Mit dem Argument, durch die Transporte die jüdische Auswanderung zu fördern und die Briten in Palästina zu provozieren, erreichten sie schließlich eine Genehmigung. Der erste Transport nach dem „Anschluss" und die bis zu diesem Zeitpunkt größte illegale Gruppe ging im Juni 1938 von Wien ab. Zur Anmeldung wurden ausschließlich junge Jüdinnen und Juden aufgerufen: „For the upcoming battle for the liberation of our Jewish homeland from the British colonial yoke, the first ones to be saved must be Jews able and willing to carry arms."[477] Verabschiedet mit einer eindrucksvollen patriotischen Rede[478] und der jüdischen Nationalhymne „Hatikwah"[479] und unter Beisein mehrerer Gestapo-Beamten verließen am 9. Juni 1938 über 380 Mitglieder verschiedener zionistischer Verbände den Wiener Südbahnhof und gelangten über Jugoslawien nach Griechenland und

474 Hebr.: Trotz allem.

475 Willy Perl, Operation Action. Rescue from the Holocaust, Ann Arbor 1983, S. 2–8. Siehe auch Willy Perl, The Four Front War. From the Holocaust to the Promised Land, New York 1979; sowie das Porträt über Perl von Gabriele Anderl, in: Hagen/Nittenberg, Flucht, S. 191–199.

476 „Memorandum betreffend die Auswanderung der Juden und Unterbreitung eines konkretisierten Auswanderungsvorschlags".

477 Perl, Operation, S. 23.

478 „You are leaving, but you are also coming. You are leaving the country in which most of you were born, but in which you always were part of a minority, sometimes treated better, sometimes worse, but always as a minority. You are going home, to the country in which we will shape our own future. To the country which God promised us, in which we were great and heroic. To this land of which each inch is drenched with Jewish blood and which has never ceased to be the center of our dreams. […] A happy homecoming. Happy Alija!" Zit. in: Ebda., S. 71.

479 Hebr.: Hoffnung.

von dort per Schiff nach Palästina.[480] Darunter war auch der aus Leoben stammende Gideon Röhr, der über seine Flucht wie folgt berichtete:

> „Der Transport umfasste 360 Teilnehmer im Alter von 15 bis 30 Jahren, davon vier aus Leoben. Die ersten Schwierigkeiten traten schon beim Grenzübergang in Spielfeld auf, wo ein Teil der Teilnehmer zurückgehalten wurde. Erst nach zähen und schwierigen Verhandlungen und nach einer äußerst strengen Grenzkontrolle, wobei jegliche Gegenstände wie Ringe, Uhren und Armbänder rücksichtslos beschlagnahmt wurden, durften wir am nächsten Tag die Weiterreise durch die Balkanländer in plombierten Waggons antreten. Nach kurzem Aufenthalt in Griechenland wurden wir auf drei ausgediente Fischkutter eingeschifft, deren Besatzung sich nicht mit Fischerei, sondern mit Menschen- und Waffenschmuggel beschäftigte. Nach zehntägiger Reise ohne richtige Verpflegung und unter miserablen sanitären Verhältnissen wurden wir auf offener See auf einen der Fischkutter umgebootet und so zusammengepfercht dauerte es noch Tage, bis wir die palästinensische Küste erreichten. Die Ausbootung geschah in der Dunkelheit, um nicht von britischen Polizeipatrouillenbooten entdeckt zu werden. Von der Küste aus wurden Lichtsignale gegeben, auf Grund derer Rettungsboote flott gemacht wurden, die uns in die Nähe des Strandes brachten. Den Rucksack am Rücken, meine Geige in der erhobenen rechten Hand, sprang ich aus dem Boot und kämpfte mich durch die Brandung an Land.“[481]

Nachdem das von internationalen jüdischen Organisationen, jüdischen Privatiers, und teils von der Wiener Kultusgemeinde mitfinanzierte Unternehmen bekannt wurde, stiegen die Mitgliederzahlen des „Betars“ sprunghaft an und es meldeten sich immer mehr Personen zu Schiffstransporten an. Angesichts der beschränkten Aufnahmefähigkeit der Schiffe wurde an der strengen Auswahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die ein Vorbereitungsprogramm absolvieren und eine einwandfreie körperliche und geistige Verfassung haben mussten, zumeist aber festgehalten.

Perl und der Großteil der anderen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter waren im Sommer und Herbst 1938 selbst emigriert, das Büro am Stubenring wurde im Januar 1939 von den Nationalsozialisten geschlossen. Im März 1940 übernahm der „Ausschuss für jüdische Überseetransporte“ unter der Leitung von Berthold Storfer die Funktion der zentralen Koordinationsstelle für sämtliche aus dem Reich abgehende Palästina-Transporte (siehe unten).

Trotz der vor allem auf den weit verzweigten Netzwerken basierenden großen Erfolge der Gruppe um Perl ist eine erstaunlich hohe Anzahl an „revisionistischen“ Transporten von den Briten aufgegriffen worden. Zahlreiche Einzelheiten zur Pla-

---

480 Vgl. Wolfgang von Weisl, Illegale Transporte. In: Ders. (Hg.): Die Juden in der Armee Österreich-Ungarns, Tel Aviv 1971, S. 23–34.

481 Victoria Kumar, In Graz und andernorts. Lebenswege und Erinnerungen vertriebener Jüdinnen und Juden, Graz 2013, S. 132.

nung und Durchführung sowie der Großteil der an den Unternehmungen beteiligten Personen werden etwa im britischen Geheimdienstbericht vom Mai 1939 angeführt. Wien und das Büro am Stubenring werden in der Korrespondenz zwischen den Regierungsstellen wiederholt als Zentrum der jüdischen illegalen Einwanderung bezeichnet.[482] Mehr als die Hälfte der gesamten „Ma'apilim" soll mithilfe der „revisionistischen" Bewegung und kleinerer Gruppen bzw. Privatpersonen ins Land gekommen sein. Die Aktivisten um Perl und Weisl[483] sollen insgesamt mehr als 3.700 Personen zur Flucht verholfen haben. Zu den Erfolgen zählte auch die „Sakarya"[484], das größte Flüchtlingsschiff, auf dem europäische Jüdinnen und Juden nach Palästina gelangt sind. Nach einer mehrmonatigen Vorbereitungszeit erreichten über 2.100 Flüchtlinge, vor allem aus Wien, Prag und Budapest im Februar 1940 über Rumänien Palästina, wo sie vorübergehend in Anhaltelagern inhaftiert, dann aber freigelassen wurden.

„Alijah Beth" unter nationalsozialistischer Kontrolle: Der „Ausschuss für jüdische Überseetransporte"

Obwohl der Vorschlag zur Gründung einer eigenen, für die Organisation von Übersee-Transporten zuständigen Stelle offenbar von Seiten der Kultusgemeinde eingebracht wurde, muss die Errichtung des „Ausschusses für jüdische Überseetransporte" im Jahr 1939 gleich wie jene der „Zentralstelle für jüdische Auswanderung" vor dem Hintergrund des nationalsozialistischen Ziels, die jüdische Bevölkerung aus Österreich und anderen Teilen des Reichs schnellstmöglich zu vertreiben, betrachtet werden.[485] Unter der Leitung des Wiener Juden Berthold Storfers (1880–1944) war das Büro in der Rotgasse 8/7, Wien I., für die Durchführung der als „Sondertransporte" bezeichneten Auswanderergruppen in erster Linie nach Palästina, aber auch nach Überseeziele wie Shanghai zuständig. Während sich der Handlungsrahmen der zionistischen Organisationen im Hinblick auf die „Alijah Beth"-Aktivitäten zunehmend reduziert hatte, übernahm der „Ausschuss"

482 Z. B. in einem Bericht des Colonial Office vom April 1940: „Vienna, has, of course, been notorious as the centre of Jewish illegal immigration from Germany and German occupied territory since the days of Dr. Willy Perl and the Stubenring office with its Gestapo partner." TNA, FO 371/25241, W 6011/38/48.

483 Der 1941 in die USA geflohene Jurist William Perl war nach Kriegsende an der juristischen Aufarbeitung von NS-Verbrechen in Deutschland beteiligt und erhielt für seine Tätigkeiten als Fluchthelfer zahlreiche Auszeichnungen von Israel und Österreich. Wolfgang von Weisl kämpfte nach seiner Einwanderung nach Palästina weiterhin für den jüdischen Staat, auch aktiv als Artilleriekommandant im Unabhängigkeitskrieg. Später war er Mitglied des „Jüdischen Nationalrats", des Direktoriums des „Jüdischen Weltkongresses" und Vorsitzender der „Österreichisch-Israelischen Freundschaftsgesellschaft".

484 Zur „Sakarya" siehe u. a. Anderl, Emigration, S. 290–297; Eri Jabotinsky, The Sakariya Expedition (1941). The Jabotinsky Institute in Israel [http://jabotinsky.org/jabo_multimedia/files/ ערי ז'בוטינסקי/א].

485 Nach Gabriele Anderl, „9096 Leben". Der unbekannte Judenretter Berthold Storfer, Berlin 2012; Rabinovici, Instanzen, v.a. S. 184–193; Ofer, Holocaust, S. 98–127.

im März 1940 die Funktion der zentralen Koordinationsstelle für sämtliche aus dem Reich abgehenden, vorwiegend illegalen Palästina-Transporte. Gleich wie die übrigen jüdischen Institutionen sich nach dem „Anschluss“ – der Großteil war im März 1938 ohnehin aufgelöst worden – ausschließlich unter nationalsozialistischer Kontrolle betätigen durften und für die Zwecke der Machthaber instrumentalisiert wurden, agierte auch Storfer nach strikten Vorgaben der Nationalsozialisten. Nicht nur der Aufgabenkreis war klar umrissen, Eichmann und die „Zentralstelle“ bestimmten die Verwendung des Budgets und beeinflussten auch die Auswahl der Transportteilnehmerinnen und -teilnehmer. Dafür wurde ein eigenes Komitee eingerichtet, das u. a. aus Vertretern der Kultusgemeinde, des Palästina-Amtes und des „Ausschusses“ bestand und die Personen grundsätzlich nach den für Palästina üblichen Anforderungen (Gesundheitszustand, Alter, Beruf etc.) auswählte, gewisse Gruppen aber bevorzugt einreihte. Auf einer Besprechung vom 28. Jänner 1940 wurde festgelegt, dass für den nächsten Transport vorrangig Personen, die derzeit in den Konzentrationslagern Buchenwald und Dachau oder anderen Orten interniert waren, sowie polizeilich endgültig Ausgewiesene in Frage kommen würden. Besonders berücksichtigt wurden auch Jüdinnen und Juden, die bereits Angehörige in Palästina hatten und die seit vielen Monaten zur Auswanderung registriert waren.[486] Nach Vorgabe der Nationalsozialisten kam als Kriterium hinzu, dass wohlhabende Bewerberinnen und Bewerber einen finanziellen Beitrag zu den mit der Reise verbundenen Kosten leisten sollten, um dadurch unbemittelten Personen ebenfalls die Emigration zu ermöglichen. Zahlreiche Jüdinnen und Juden wandten sich direkt an das Büro in der Rotgasse und baten – zumeist mit Hinweis auf die besondere persönliche Eignung für Palästina[487] – um Einreihung in einen Transport. Vor der endgültigen Aufnahme hatten die Kandidatinnen und Kandidaten eine Erklärung zu unterzeichnen, dass sie auf eigene Gefahr und eigenes Risiko reisen würden und dass ihnen die Strapazen und Schwierigkeiten der Reise bewusst waren. Ferner musste zur Kenntnis genommen werden, dass die Reiseleitung für den positiven Ausgang und den Verlauf des Unternehmens nicht verantwortlich gemacht werden konnte.[488] Den Emigrantinnen und Emigranten wurden darüber hinaus strikte „Verhaltensmaßregeln“[489] auferlegt: Zu den allgemeinen Auswanderungs-

486 CAHJP, A/W 2515.

487 Ein Beispiel: „Endesgefertigte erlaubt sich mit dem höflichen Ersuchen an Sie heranzutreten, in den nächsten abgehenden Transport eingereiht zu werden. […] Mein Ansuchen begründe ich damit, dass ich gar keine andere Aussicht zu meiner dringenden Ausreise aus dem Deutschen Reich habe und außerdem für Palästina gut vorbereitet bin. Ich besitze mehrmonatige Zeugnisse zweier Wiener Spitäler für Säuglings- und Kinderpflege, Zeugnis einer Näh- und Kochschule und da ich viele Jahre selbständig die Küche meines väterlichen Hotel- und Gastbetriebes leitete, ist es mir auch möglich, in diesem Berufszweig in Palästina zu arbeiten. Ich spreche auch gut hebräisch und englisch. […] Schließlich will ich noch bemerken, dass ich sehr viele Verwandte und Bekannte in Palästina habe. Ich hoffe, dass Sie mich, da ich nationale religiöse Jüdin bin, deren Ziel immer Erez Israel war und in Anbetracht der angeführten Gründe würdig finden, meiner Bitte um Einreihung in den nächsten Transport Gehör zu schenken.“ Friederike Baron an Ausschuss für jüdische Überseetransporte, 25. 1. 1940. Archiv der IKG Wien/Bestand Wien/A/VIE/IKG/II/AUS/4/5.

488 Archiv der IKG Wien/Bestand Wien/A/VIE/IKG/II/AUS/3/1.

489 CAHJP, A/W 2511.

bestimmungen etwa über die notwendigen Papiere und das erlaubte Reisegepäck kamen mehrere Vorschriften, die auf ein „tadelloses und diszipliniertes Verhalten" abzielten. Streng verboten war die Mitnahme von Fotoapparaten, Briefen, Aufzeichnungen und Adressen von Personen, die im nichtneutralen Ausland lebten, sowie von Schriften in fremder Sprache. Der „Ausschuss" bestimmte aus den Reihen der Teilnehmenden eine Transportleitung, die für „die reibungslose Abwicklung des täglichen Lebens auf dem Schiffe" und die Aufgabenverteilung (Ordnungs-, Wasch-, Küchendienst etc.) zu sorgen hatte.

Bedeutung kam Storfer und seiner Arbeit im „Ausschuss für jüdische Überseetransporte" vor allem durch die Organisation eines Gruppentransportes nach Palästina zu, mit dem Ende 1940 über 3.500 Jüdinnen und Juden aus dem Reichsgebiet fliehen konnten.[490] Nach monatelangen Vorbereitungen reisten verschiedene Auswanderergruppen aus Österreich, Deutschland, Böhmen und Mähren Anfang September 1940 mit vier DDSG-Dampfern von Wien und Bratislava ab. Im rumänischen Tulcea wurden sie auf die Hochseedampfer „Atlantic", „Pacific" und „Milos" umgeschifft, deren Weiterfahrt sich jedoch wegen erneuten Schwierigkeiten verzögerte. Während die „Pacific" und die „Milos" in der Folge weitgehend problemlos nach Palästina segelten, hatte die „Atlantic" u. a. mit technischen Problemen zu kämpfen und erreichte erst Wochen später das Ziel. Um ein deutliches Exempel zu statuieren, beschloss die britische Regierung, die Flüchtlinge aufzugreifen und nach Mauritius zu deportieren, und rechtfertigte diesen Schritt wie folgt:

> „Es kann kein Zweifel bestehen, dass diese Personen als illegale Einwanderer bezeichnet werden müssen, d. h. dass es Leute sind, welche bestrebt sind, gegen das wohlbekannte gesetzliche Verbot nach Palästina einzureisen. S.M. Regierung hat Sympathien für die Flüchtlinge aus den von Deutschland kontrollierten Gebieten, sie ist aber verantwortlich für die Verwaltung von Palästina und muss darauf sehen, dass die Gesetze des Landes nicht offen gebrochen werden […]."[491]

Trotz massiven Protests der Transportleitung und der Jewish Agency wurde damit begonnen, die Passagiere auf die für die Deportation bestimmte „Patria" zu transferieren, als das Schiff plötzlich explodierte und auf den Meeresgrund sank. Die Wucht des als Protest angelegten Bombenanschlags der „Haganah", der die Briten dazu zwingen hätte sollen, die Flüchtlinge an Land gehen zu lassen, war stärker als geplant und forderte über 260 Menschenleben. Während zumindest die Geretteten in Palästina (wenn auch in einem Internierungslager) bleiben durften, wurden die rund 1.500 noch nicht umgeschifften überlebenden Personen nach Mauritius deportiert, wo sie das Kriegsende ausharrten. 124 Personen starben während dieser Zeit, die übrigen konnten nach 1945 großteils einwandern.

490 Anderl, Emigration, S. 304–308.

491 Zit. in: Wolfgang Benz, Die Illegale Einwanderung nach Palästina. In: Claus-Dieter Krohn (Hg.), Jüdische Emigration. Zwischen Assimilation und Verfolgung, Akkulturation und jüdischer Identität, München 2001, S. 136.

Insgesamt konnten mithilfe des „Ausschusses für jüdische Überseetransporte" 7.054 Personen aus dem ganzen Reichsgebiet, darunter 1.740 aus Österreich, auswandern. 2.042 österreichischen Jüdinnen und Juden wurde die Flucht direkt von Storfers Büro finanziert.[492] Dennoch blieben Person und Tätigkeiten Storfers stets umstritten: Auch wenn er wie die anderen jüdischen Beamten, die nach 1938 im Dienste der Gemeinde und ihrer Einrichtungen standen, ausschließlich unter Anweisung und Aufsicht der Nationalsozialisten tätig war, machte er sich durch die enge Kooperation mit der SS zahlreiche Gegner. Vor allem die „Alijah Beth"-Aktivisten, denen Storfer bei der Organisation der Transporte zur Konkurrenz erwachsen war, betrachteten ihn als Rivalen und bezichtigten ihn der Kollaboration mit dem Feind.[493] Nach der Schließung des Büros und dem Erlass des Auswanderungsverbots war Storfer noch eine Zeit lang in anderen Funktionen tätig. Der Deportation konnte er trotz seiner einstweiligen einflussreichen Position nicht entgehen. Im Sommer 1943 wurde er nach Auschwitz verschleppt und später ermordet.

Britische Gegenmaßnahmen

Willy Perl, der die maßgeblich von ihm getragenen „Alijah-Beth"-Aktivitäten der österreichischen „Revisionisten" in einer ausführlichen Publikation beschrieben hat, bezeichnete die Bemühungen, Jüdinnen und Juden illegal nach Palästina zu bringen, als „Vierfrontenkrieg":

> „One front was, of course, the Nazis, who were bound first on persecuting and later on exterminating Jews. They could arrest us at any time, send us to a concentration camp, or kill any of us on the spot. The second front, and for us the most active, was the British. They did not want a Jewish majority in Palestine. They did not view the Jews as likely to remain colonial subjects for long and saw in Jewish Palestine a danger to their principle of ‚Rule Britannia'. […] Unlikely as it may seem, the third front we had to face during the war was the Jewish establishment itself. Most of the Jewish leaders held our youth and lack of experience against us. They judged our undertakings as too risky. […] Many Jewish leaders were Anglophiles who found it impossible to stand up to the British, even though the British were blocking the escape of those who fled Hitler's firing squads and gas ovens. […] The fourth front we had to fight was that of the elements. […] They [the Jews, Anm.] were at the mercy of storms and rough seas and easily fell prey to the effects of cold, hunger and epidemics."[494]

Perls Schilderung verdeutlicht die enormen Schwierigkeiten und Risiken, die mit der „Alijah Beth" im Allgemeinen und mit jedem einzelnen Schiffstransport im

492 Anderl, Emigration, S. 261.
493 Ebda., S. 271.
494 Perl, Operation, S. 2–8.

Besonderen verbunden waren. Für die erfolgreiche Abwicklung war es ihm zufolge in erster Linie notwendig, jene Hindernisse zu überwinden, die den „Revisionisten“ und anderen Organisatoren der illegalen Palästina-Wanderung von Seiten der britischen Regierung in den Weg gelegt wurden. Dass nicht die Nationalsozialisten, sondern die Mandatsmacht zum primären Feind erklärt wurde, verwundert nur auf den ersten Blick: Die nationalsozialistische Politik zielte in den ersten Jahren der Herrschaft auf die Vertreibung der jüdischen Bevölkerung ab. Aktionen, die zur Erreichung dieses Ziels beitragen konnten, kamen den NS-Behörden deshalb gelegen und wurden, sofern sie nicht den eigenen Interessen entgegen liefen, auch unterstützt (oder zumindest geduldet), wenn sie von jüdischer oder zionistischer Seite initiiert wurden.

Bei der Bekämpfung der gesetzeswidrigen Immigration scheuten die Briten keine Anstrengungen und ergriffen die unterschiedlichsten Maßnahmen. Über den Umfang der unerlaubten Immigration und über die Erfolge der Bekämpfungsmaßnahmen hatte der Hochkommissar regelmäßig nach London zu berichten, wo die illegale Einwanderung europäischer Jüdinnen und Juden nach Palästina Gegenstand zahlreicher Parlamentsdebatten war.[495] Bis Mitte 1939 beschränkten sich die Tätigkeiten auf die Beschaffung von Informationen sowohl in den Herkunftsländern als auch in Palästina, etwa mittels Befragungen von illegalen Einwanderinnen und Einwanderern und durch die Überwachung der verdächtigen Stellen und Personen sowie das Abfangen von deren Korrespondenz.[496] Wie der bereits zitierte Geheimdienstbericht belegt, verfügten die Briten bereits sehr früh über detaillierte Kenntnisse über die meisten in die „Alijah Beth“ involvierten Gruppierungen, über die Finanzierung, die Bedingungen, die an die Teilnehmenden gestellt wurden, etc. Durch die deutlich gestiegene Anzahl an illegalen Einwanderinnen und Einwanderern infolge der Veröffentlichung des Weißbuchs im Mai 1939 – allein im August gingen sieben Schiffe mit mehr als 5.000 österreichischen, deutschen und tschechoslowakischen „Ma’apilim“ nach Palästina ab – sah sich die Regierung dazu gezwungen, umfassende „Abwehrstrategien“ zu entwickeln und umzusetzen. Zur Koordination wurde ein aus Vertretern des Colonial Office, Foreign Office, Home Office und der so genannten „Danube Commission“ bestehendes Komitee gegründet, das am 10. Juli 1939 mehrere Vorschläge zur Eindämmung der unerlaubten Immigration einbrachte.[497] Das Komitee forderte Maßnahmen in den Transitländern und Schritte, die in Palästina – in den Gewässern und im Land – unternommen werden müssten. Erstere sollten auf Form und Ausmaß der Involvierung der einzelnen Staaten abgestimmt werden. Grundsätzlich sollten die Regierungen der betroffenen Länder – vor allem Rumänien, Bulgarien, Griechenland, Jugoslawien und Ungarn – dazu angehalten werden, an der Zerschlagung von lokalen „Alijah Beth“-Organisationen beizutragen und Jüdinnen und Juden keine Transitvisa aus-

---

495 Aus einem Schreiben des Hochkommissars vom 19. Juli 1939 geht beispielsweise hervor, dass zum Aufgreifen der Transporte an Land 180, zur See 79 Männer zum Einsatz kommen sollten. TNA, FO 371/24095, W 11760/1369/48.

496 Agent’s Reports on the movements of ships from European ports, carrying illegal immigrants bound for Palestine. TNA, FO 371/23246, E 794/31/31.

497 TNA, FO 371/24092, W 10993/1369/48.

zustellen, sofern keine Visa für die Enddestination vorhanden waren. Um welches Reiseziel es sich dabei handelte, spielte offenbar keine Rolle, denn Perl und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschafften den Flüchtlingen paraguayische Visa:

> „In vain, the British officials pointed out that one hardly travels to Paraguay via the Danube and the Black Sea! But the formal requirement of a „valid visa of final destination" had been fulfilled. It apparently never occurred to anyone that one cannot sail to Paraguay any more than one can sail to Switzerland, as Paraguay is a landlocked country and at least one other South American visa would have been required to get there."[498]

Besonderes Augenmerk wurde von den Briten auf Rumänien gelegt: Aus geographischen und politischen Gründen wurde der Weg nach Palästina ab 1939 nicht mehr über Griechenland, sondern hauptsächlich über rumänische Häfen genommen. Die Vorteile dieser Route waren einerseits, dass keine Transitvisa für die Balkanländer eingeholt werden mussten; andererseits verfolgte die rumänische Regierung eine äußerst tolerante Haltung zur jüdischen Emigration.[499] Noch im Jahr 1938 wurde den Flüchtlingen die Durchreise, den „Alijah Beth"-Aktivisten die Einreise erlaubt. Die Abwicklung der Transporte, die von Wien oder Prag über die Donau direkt nach Constanta oder Sulina geschifft werden konnten, war dadurch erheblich erleichtert worden.[500] Obschon Rumänien jegliche Verantwortung für die Flüchtlinge, die auf einem internationalen Wasserweg reisen und in der Regel ohnehin nicht an Land gehen würden, ablehnte, erhielten die zuständigen Behörden wiederholt Aufforderungen, bei der Bekämpfung der illegalen Palästina-Wanderung zu kooperieren – etwa dahingehend, dass verdächtige Schiffe an der Einschiffung und am Auslaufen gehindert werden würden.

Auch die in Palästina umzusetzenden Maßnahmen brachten mehrere Schwierigkeiten mit sich. Das Ziel, die Transporte und die verantwortliche Crew abzufangen, bevor die Passagiere auf kleinere Boote umgeladen wurden, war rechtlich problematisch, da die Umschiffung in internationalen Gewässern erfolgte. Uneinigkeit herrschte zunächst auch bei der Frage, wie mit den aufgegriffenen Flüchtlingen umzugehen wäre. Die illegalen Immigrantinnen und Immigranten lediglich eine Woche unter Quarantäne zu stellen wurde als unzureichende Bestrafung betrachtet und würde keine abschreckende Wirkung erzielen. Gegen eine Inhaftierung sprachen der Mangel an „geeigneten" Internierungscamps (in Palästina und anderswo)[501] sowie der personelle und finanzielle Aufwand; außerdem wurden

---

498 Perl, Operation, S. 159 f.

499 Großbritannien erklärte sich diese Haltung mit einer gewissen Furcht Rumäniens vor Deutschland, das eine Verhinderung der jüdischen Auswanderung nicht goutieren würde.

500 Ofer, Holocaust, S. 77 f.

501 Diskutiert wurden die (später umgesetzten) Möglichkeiten, Internierungscamps auf Mauritius und Zypern einzurichten, wobei die dortigen Gegebenheiten als zu „angenehm" erachtet wurden: „Our primary object is to deter illegal immigrants. Climatically Cyprus is so agreeable and geographically so close to Palestine that Jews of Eastern European States would probably welcome internment there, relying on their ultimate transfer to Palestine." TNA, CO 733/445/15.

Proteste von Seiten der jüdischen Bevölkerung Palästinas erwartet.[502] Prinzipiell wurde die Festnahme aber vom Komitee befürwortet:

> „The deterrent value would be weakened in so far as the illegal immigrants might realize that they were at least in Palestine and could hardly be detained forever, and many of them might consider a Palestine concentration camp preferable to a German one. But it was considered that the psychological effect, if well publicized, would still be valuable, and the administrative difficulties must be weighed against those of a deterioration in the position in Palestine.“[503]

Neben der Internierung wurde auch die Möglichkeit diskutiert, die Flüchtlinge in ihre Herkunftsländer zurückzuschicken. Geplant war außerdem die Errichtung eines eigenen Zivilgerichtes, das sich um die Verfahren gegen Flüchtlinge und Organisatoren kümmern sollte.

Eine Vielzahl an Vorschlägen, die von oben erwähnter Kommission und anderen Stellen erarbeitet wurden, flossen in ein gemeinsam vom Colonial Office und Foreign Office im Januar 1940 veröffentlichtes Memorandum, in dem die Motive, die Organisation und Methoden sowie die Gegenmaßnahmen zur illegalen Einwanderung dargelegt wurden.[504] Diese wurde nicht primär als Flüchtlingsbewegung, sondern als politisches Unternehmen der Zionistinnen und Zionisten definiert, die eine jüdische Mehrheit in Palästina herstellen und gegen die britische Palästina-Politik protestieren wollten. Die Unterstützung und Beteiligung der Gestapo hatte ihre Ursache nach Ansicht der Briten im doppelten Nutzen, den die deutsche Regierung aus den illegalen Unternehmen ziehen würde: Die Vertreibung der Jüdinnen und Juden würde dadurch vorangetrieben und gleichzeitig könnte die britische Regierung bloßgestellt werden. Das in erster Linie zur Abschreckung dienende Strafausmaß wurde wie folgt festgelegt: Personen, die ohne gültige Papiere ins Land kamen, mussten mit einer sechsmonatigen Inhaftierung und/oder Deportierung, die Schiffscrew und Organisatoren (letztere konnten allerdings in den wenigsten Fällen ausfindig gemacht werden) mit acht Monaten Haft und einer Geldstrafe von 1.000 Pfund rechnen.[505] Ob die Schiffe von der Regierung konfisziert wurden, hing vom Gewicht ab. Die Effizienz der eingesetzten Küstenwache und Seepatrouille wurde als unbefriedigend beschrieben, da diese zwar prinzipiell zum Gebrauch ihrer Waffen berechtigt wären, die erwartbaren politischen Konsequenzen ein gewaltsames Stoppen der Transporte aber nicht zulassen würden.[506] Die Aufgaben der Wachen beschränkten sich demzufolge auf das Aufspüren der Schiffe und die Festnahme

---

502 Internationaler Protest sowohl von jüdischer als auch nichtjüdischer Seite wurde zu diesem Zeitpunkt offenbar noch nicht befürchtet.

503 TNA, FO 371/24092, W 10993/1369/48.

504 TNA, FO 371/25238/, W 766/38/48.

505 Das Strafausmaß wurde mehrmals geändert und konnte – offenbar abhängig von der Anzahl der beförderten Personen – im Falle von Organisatoren und Schiffscrew bis zu zwei Jahre Haft betragen.

506 Nichtsdestotrotz wurde das Schiff „Tiger Hill“ im September 1939 vor der Küste Palästinas von den Briten beschossen. Zwei Passagiere starben.

der Passagiere. Angesichts des gestiegenen Risikos, von den Briten aufgegriffen zu werden, und des hohen Strafrahmens forderten zahlreiche private Organisatoren, Reeder und Schiffspersonal eine deutlich höhere finanzielle Entschädigung.

Eine weitere Form der Reaktion auf den Anstieg der illegalen Einwanderung war schließlich, die Anzahl der Personen, die unerlaubt immigrierten, von der legalen Quote abzuziehen. Nach Aufzeichnungen der Briten kamen im Zeitraum April bis September 1939 9.050 Jüdinnen und Juden auf legale und 11.314 auf illegale Weise ins Land, sodass insgesamt 20.364 Zertifikate von der im Weißbuch festgesetzten Quote von 75.000 erlaubten Immigrantinnen und Immigranten in den nächsten fünf Jahren abgezogen wurden.[507]

Die britische Regierung rechtfertigte die Bekämpfung der illegalen jüdischen Einwanderung nach Palästina primär mit der Befürchtung eines neuerlichen Ausbruchs arabischer Unruhen und der Notwendigkeit, die Stabilität in Palästina und im Nahen Osten im Allgemeinen sicherzustellen. Trotz weltweitem Protest und massiver Kritik von jüdischer wie nichtjüdischer Seite am rigiden Umgang mit den Flüchtlingen hielten die Briten an ihrem strikten Kurs fest. Im Gesamtblick blieben die Anstrengungen zur Eindämmung der unerlaubten Immigration erfolglos. Insbesondere der Versuch, diplomatischen Druck auf die Anrainerstaaten auszuüben, schlug fehl, u. a. weil sich die Staatsführungen weigerten, den freien Verkehr auf der Donau und den Meerengen des Bosporus einzuschränken. Peter Heumos führt das Scheitern der Gegenmaßnahmen nicht zuletzt auf die uneinheitliche Linie der zuständigen britischen Stellen zurück – der Hochkommissar und die Beamten des Foreign Office und des Colonial Office hatten zum Teil nicht nur unterschiedliche Ansichten über die Lösung des Problems, sondern behinderten sich zudem gegenseitig an der Umsetzung.[508] Der nach 1939 einsetzende quantitative Rückgang der „Ma'apilim" (siehe unten) ist wohl nur in zweiter Linie auf die britischen Abwehrmaßnahmen zurückzuführen; er lag hauptsächlich an den kriegsbedingten Veränderungen der Auswanderungserfordernisse und dem Wandel der nationalsozialistischen „Judenpolitik", der die Vertreibungsphase mit dem generellen Emigrationsverbot vom Oktober 1941 beendete.

Zahlen

Das „Statistical Handbook of Jewish Palestine" liefert nach Aufzeichnungen der Jewish Agency für die Jahre 1939 bis 1942 und 1945 Zahlen zur legalen und illegalen Einwanderung nach Palästina: Insgesamt kamen 18.148 „Ma'apilim" ins Land, davon 11.156 im Jahr 1939 (61,5 Prozent), 3.851 1940 (21,2 Prozent), 2.239 1941 (12,3 Prozent), 844 1942 (4,7 Prozent) und 58 im Jahr 1945 (0,3 Prozent). Von rund 15.000 jüdischen Immigrantinnen und Immigranten, die in diesem Zeitraum mit

507 Illegal Immigration and its deduction from the quotas (Quota period April – September 1939). TNA, CO 733/393/15.

508 Peter Heumos, Die Emigration aus der Tschechoslowakei nach Westeuropa und den Nahen Osten 1938–1945 (= Veröffentlichungen des Collegium Carolinum, Bd. 63), München 1989, S. 121–123.

der „Alijah Beth“ nach Palästina gelangten, wurden auch andere Daten erhoben – beispielsweise waren knapp zwei Drittel männlich und wanderten (bezogen auf die familiären Verhältnisse) alleine ein, mehr als ein Drittel war zwischen 21 und 30 Jahre alt. Im Hinblick auf die Herkunft der Jüdinnen und Juden wurde ermittelt, dass 4.561 aus der Tschechoslowakei kamen (30,5 Prozent), 2.471 aus Polen (16,5 Prozent), 2.187 aus Österreich (14,7 Prozent), 1.715 aus Deutschland (inklusive Danzig, 11,5 Prozent), 1.334 aus Rumänien (8,9 Prozent), 1.302 aus Ungarn (8,7 Prozent) und 769 aus Bulgarien (5,2 Prozent). 483 „Ma’apilim“ stammten aus anderen Ländern (3,1 Prozent), 132 waren staatenlos (0,9 Prozent) und von 3.194 lagen in dieser Kategorie keine Angaben vor.[509] Die israelische Historikerin Dalia Ofer gibt für den Zeitraum 1919 bis Mai 1948 mehr als 100.000 illegale Einwanderinnen und Einwanderer an.[510] Allein im Zeitraum 1938 bis zum Kriegsbeginn im September 1939 kamen 40.147, darunter 17.240 auf illegalen Wegen. Aufschlussreich sind auch die Zahlen zum Anteil der „Alijah Beth“ an der gesamten Auswanderung bzw. Flucht aus den nationalsozialistischen Gebieten („Altreich“, „Ostmark“, „Protektorat Böhmen und Mähren“): 7,4 Prozent der 257.878 in dieser Periode geflohenen Jüdinnen und Juden immigrierten illegal nach Palästina, davon waren 70 Prozent aus Deutschland und Österreich.[511] Aufgeteilt auf die einzelnen Jahre stellt sich der Umfang der „Alijah Beth“ von 1939 bis 1942 wie folgt dar (in Klammern die legal Eingewanderten): Zwischen Januar und August 1939 wanderten 6.286 „Ma’apilim“ (12.313) ein, bis Jahresende zusätzliche 4.330 (4.092), 1940: 3.851 (4.547), 1941: 2.239 (3.641) und 1942: 1.539 (2.194). Dass für die Jahre 1943 und 1944 keine Zahlen verfügbar sind, erklärt Ofer dahingehend, dass die Flüchtlinge in der Regel via Istanbul reisten und dort mit Zertifikaten ausgestattet wurden. Während des Zweiten Weltkriegs immigrierten 50.000 Jüdinnen und Juden nach Palästina, 16.500 kamen mit der „Alijah Beth“ ins Land. 1.200 sollen beim Versuch, illegal einzuwandern, umgekommen sein.[512] Jonny Moser geht unter Berücksichtigung einer Reihe von Quellen von 6.000 bis 7.000 österreichischen Jüdinnen und Juden aus, die zwischen 1938 und 1940 illegal nach Palästina emigriert sind.[513]

---

509 Statistical Handbook of Jewish Palestine, S. 110.

510 Sie bezieht sich dabei auf britische Statistiken, wonach von den zwischen 1919 und 1948 insgesamt immigrierten 485.800 Jüdinnen und Juden ca. 77.000 illegal einwanderten. Dazu kamen 30.000 „Ma’apilim“, die u. a. als Touristinnen und Touristen ins Land kamen und nicht wieder ausreisten. Ofer, Holocaust, S. IV und VII.

511 Ebda., S. 14; vgl. Anderl, Emigration, S. 259.

512 Ofer, Holocaust, S. 318 f.

513 Moser, Demographie, S. 69.

Ankunft, Niederlassung und Einordnung österreichischer Flüchtlinge in Palästina/Israel in den 1930er und 1940er Jahren

> „Am Ende ihres Lebens fühlte sie sich in Israel ‚displaced', als eine Fremde in einem Land, das sie mit aufgebaut hat, wenn auch ohne innere Überzeugung."[514]

Noch an Bord des Schiffes, auf dem sie 1934 nach Palästina gelangte, sehnte sich die in Wien geborene Anny Robert nach Österreich zurück und hoffte auf eine baldige Rückkehr in ihre Heimat. Nicht der Zionismus, sondern einzig allein das „Muss" – sie folgte ihrem Ehemann, der mangels beruflicher Perspektiven schon etwas früher ausgewandert war – führte ihrem Erinnerungsbericht zufolge dazu, dass sie in Palästina landete, dort aber nie richtig ankam.

Palästina war in den 1930er und 1940er Jahren für Tausende österreichische Jüdinnen und Juden zum Zufluchtsort geworden. Zum Zeitpunkt der Ankunft noch britisches Mandatsgebiet, wurde das Land lange nicht als selbstverständliche Heimat betrachtet, hatten die Flüchtlinge doch kaum in einem anderen Land größere Einordnungsprobleme als in Palästina.[515] Schon für die Immigrantinnen und Immigranten der 1920er und 1930er Jahre war die Alijah mit massiven Veränderungen sämtlicher Lebensbereiche und -gewohnheiten verbunden: die fremde Sprache und Kultur, die politischen und klimatischen Gegebenheiten sowie eine Wirtschaftsstruktur, die zumeist eine fundamentale berufliche Umstellung erforderte und in vielen Fällen zur Deklassierung und Verarmung führte.

Die Schwierigkeiten, die mit dem Ankommen und der Integration in Palästina verbunden waren, trafen für den Großteil der Einwanderinnen und Einwanderer zu – bei der österreichischen Alijah kamen jedoch gewichtige Momente hinzu, die deren Angehörige, aber auch den Yishuv vor besondere Herausforderungen stellte.[516] Doron Niederland, der sich in seiner Studie im Detail mit der österreichischen

---

514 Anny Robert, Herrlich ist's in Tel Aviv – aus der Wiener Perspektiv'. Hg. v. Daniela Ellmauer/Miguel Herz-Kestranek/Albert Lichtblau, Wien-Köln-Weimar 2006, S. 253 f.

515 Unabhängig vom Aufnahmeland und den dortigen Gegebenheiten waren Emigrantinnen und Emigranten häufig mit denselben Problemen konfrontiert. Neben dem Verlust und/oder der Trennung von Familienangehörigen waren die radikale Entwurzelung und die verlorene Heimat für viele Flüchtlinge besonders schmerzvoll. Hinzu kamen völlig neue Lebensbedingungen, die die gesellschaftliche und berufliche Einordnung schwierig machten. Ausmaß und Tempo des Integrationsprozesses waren von mehreren Faktoren abhängig. Die persönliche Verarbeitung des Heimatverlustes und der Fluchtumstände, die jeweilige Einstellung zum Aufnahmeland, Alter, Zeitpunkt der Ankunft, Flexibilität und Reife des Individuums, berufliche und familiäre Situation, Sprachbegabung, Bildungsstand, Rückhalt im Freundeskreis, in politischen bzw. religiösen Vereinigungen oder kulturellen Zirkeln, Wohngegend sowie die Einstellung der Aufnahmegesellschaft zu den Immigrantinnen und Immigranten konnten sich fördernd oder hemmend auf die Integration auswirken. Besonders eine sinngebende berufliche Beschäftigung konnte sich positiv auf den Integrationsprozess auswirken. Arbeit sicherte den Einwanderinnen und Einwanderern einen Platz in der neuen Gesellschaft und stabilisierte die eigene Position. Vgl. DÖW (Hg.), USA, S. 255.

516 Zur Immigration österreichischer Jüdinnen und Juden in Palästina siehe u. a. Doron Niederland, Die Immigration. In: Weinzierl/Kulka, Vertreibung, S. 339–444; Evelyn Adunka, Exil in der Heimat.

Immigration und den sozio-ökonomischen Kennzeichen der Immigrantinnen und Immigranten auseinandergesetzt hat, zeigt auf, dass diese „weder in der Altersstruktur und der Familiensituation, noch durch ihre berufliche Schichtung oder auf der Ebene ihrer sprachlichen Voraussetzungen und ideologischen Einstellung" den Lebensbedingungen des Landes entsprachen.[517]

Problematisch war vor allem die wirtschaftliche Situation: Zum Zeitpunkt, zu dem der Großteil der österreichischen Jüdinnen und Juden nach Palästina kam, war der Arbeitsmarkt aufgrund der Massen an vorangegangenen Einwanderergruppen kaum noch aufnahmefähig. Der „Haavara-Transfer", der deutschen Emigrantinnen und Emigranten die Mitnahme von Kapital und Besitz ermöglicht hatte, war von den Nationalsozialisten nicht auf das Gebiet des ehemaligen Österreichs ausgeweitet worden, wodurch österreichische Flüchtlinge überwiegend mittellos ins Land kamen. Großteils ursprünglich im Mittel- und Kleinhandel oder in freien Berufen tätig gewesen, verfügte die Mehrheit nicht über die für die Wirtschafts- und Berufsstruktur Palästinas erforderlichen Qualifikationen. Zum Aufbau des Landes war körperliche Arbeit in der Landwirtschaft und im Handwerk gefragt und jene, die die notwendige physische Kraft und technischen Kenntnisse nicht mitbrachten, galten in den Augen des Yishuvs als „nicht-konstruktive Elemente".[518] Vor allem jüngere und ältere Personen mussten sich nach ihrer Ankunft erst entsprechend aus- oder umbilden, waren häufig mehrere Monate auf finanzielle Unterstützung und Fürsorge angewiesen und schlugen sich zunächst mit den unterschiedlichsten Gelegenheitsarbeiten durch.[519]

Der für die Immigrantenorganisation „Hitachduth Olej Germania" tätige Shlomo Krolik entwarf im Sommer 1938 ein Programm für die Aufnahme von österreichischen Immigrantinnen und Immigranten – er ging von einer Zahl von 4.500 aus –, in welchem er die Ansiedlung der mittellosen Einwanderinnen und Einwanderer in Kibbuzim, Moschawoth, Kwuzoth und in Siedlungen an den städtischen Peripherien empfahl. Vorteilhaft für die Integration würden sich seiner Ansicht nach u. a. die besseren Beschäftigungsmöglichkeiten und der geringere Lebensstandard in den gemeinschaftlichen Ansiedlungen auswirken. Tatsächlich entschieden sich gerade wegen der einfachen Lebensverhältnisse und der landwirtschaftlichen Arbeit, nur wenige Immigrantinnen und Immigranten, hauptsächlich junge Unverheiratete, für ein Leben in einem Kibbuz oder einem anderen Kollektiv, darunter z. B. die Kibbuzim Givat Chaim, Givat Mordechai und En Gev. Anschaulich beschreibt Karl

---

Über die Österreicher in Israel (= Österreich-Israel-Studien, Bd. 2), Innsbruck u. a. 2002; Brigitte Halbmayr, Emigration – Flucht – Vertreibung. Migrationsbewegungen österreichischer Jüdinnen und Juden nach Palästina 1934–1948. In: Angelika Hagen/Joanna Nittenberg (Hg.), Flucht in die Freiheit. Österreichische Juden in Palästina und Israel, Wien 2006, S. 79–89.

517 Niederland, Immigration, S. 382. Siehe dazu auch Christian W. Haerpfer, Israelische Bürger österreichischer Herkunft. Eine statistische Analyse der quantitativen Befragung. In: Erika Weinzierl/Otto D. Kulka (Hg.), Vertreibung und Neubeginn. Israelische Bürger österreichischer Herkunft, Wien-Köln-Weimar 1992, S. 445–487.

518 Niederland, Immigration, S. 375.

519 In der Wiener zionistischen Zeitschrift „Stimme" veröffentlichte der Schriftsteller Z. F. Finkelstein die Artikelserie „Wiener in Israel", in der österreichische Einwanderinnen und Einwanderer porträtiert, aber auch die Benachteiligungen im Yishuv thematisiert werden.

Pfeifer seine Erfahrungen im Kibbuz Maabarot (gelegen zwischen Haifa und Tel Aviv), den er mit völlig anderen Erwartungen betrat:

> „Obwohl es mein sehnlicher Wunsch war, in einem Kibbuz zu leben, erwartete mich ein radikaler Bruch mit meinen bisherigen Lebensgewohnheiten. In Budapest hatte ich als Lehrling schon körperlich gearbeitet, aber das war nichts im Vergleich zu der Arbeit, die ich im Kibbuz kennen lernte. Hier wurde ein unterentwickelter Junge – ich war noch keine fünfzehn, sah aber wie ein Dreizehnjähriger aus – sofort zu schwerster landwirtschaftlicher Arbeit herangezogen. Aufgrund der humorvollen Erzählungen, die wir in Ungarn über den Kibbuz vorgelesen bekommen hatten, hatte ich mir das ganz anders vorgestellt. […] Im Kibbuz drehte sich alles um die Arbeit. Der erste Arbeitsplatz, den wir zugewiesen bekamen, war ein Orangenhain, die Aufgabe war das Pflücken von Orangen. Wir wurden um 5 Uhr in der Früh geweckt und arbeiteten bis 10 Uhr Vormittag, mit einer halbstündigen Frühstückspause. Im Januar/Februar 1943 war es in der Früh noch kalt, die Orangen waren nass vom Tau und es war keine Freude, diese pflücken zu müssen. Die Hände waren klamm und wir hätten sie am liebsten in die Taschen gesteckt. Aber wir waren im sozialistischen Wettbewerb und mussten rasch unsere Orangen pflücken. Da ich zu den kleinsten und schwächsten gehörte, war ich immer am langsamsten und hatte am Ende die wenigsten Orangen gepflückt. Mir war diese Arbeit verhasst und ich fühlte sehr bald, gescheitert zu sein. Wenig erfolgreich zu sein, war eine sehr harte Erfahrung für mich.“[520]

Österreichische Jüdinnen und Juden ließen sich in Palästina vorwiegend in den großen Städten Tel Aviv, Haifa und Jerusalem nieder, wo sich in den 1930er Jahren Landsmannschaften gebildet hatten, denen sie sich vielfach anschlossen. Vor allem in den ersten Jahren sozialisierten sich Neuankömmlinge innerhalb von Emigrantinnen- und Emigrantenkreisen. Bei jungen Einwanderinnen und Einwanderern handelte es sich dabei oft um ein temporäres Phänomen, war die jüngere Generation doch generell offener für die Möglichkeiten, die das neue Land zu bieten hatte.[521] Ältere hingegen erweiterten ihren Bekanntenkreis meist langsamer, blickten oft nostalgisch auf ihr Herkunftsland und versuchten die Verbindung zu Österreich etwa durch die Verwendung der deutschen Sprache und dem Bewahren österreichischer Traditionen (Lebensstil, Freizeitgestaltung, Kulinarik) aufrechtzuerhalten. Auf die Kontinuität kultureller Komponenten, die die Immigrantinnen und Immigranten in ihr neues Land mitbrachten, verweist Yotam Hotam und verwendet dabei den Begriff der „Sub-Identität“: Trotz des mit dem Migrationsakt einhergehenden fundamentalen Bruches „kann der Migrant nicht umhin, viele Komponenten der

520 Pfeifer, Palästina, S. 58.

521 Die Adoleszenz wird als jene Lebensphase angesehen, in der die Offenheit für neue Bindungen am stärksten ist. Vgl. Felix de Mendelssohn, Funktionen und Folgen der Auswanderung und Integration aus psychologischer Sicht. In: Hagen/Nittenberg, Flucht, S. 543 f.

Welt und der Kultur seines Herkunftslandes weiter mit sich zu führen. […] Jede Migrantengesellschaft charakterisiert der Versuch, die bewahrte (Sub-)Identität zu rechtfertigen, was das Zugehörigkeitsgefühl zur Herkunftskultur und zugleich die Distanzierung von der neuen, sie nach der Migration umgebenden Kultur befördert, bis hin zu einem Gefühl kultureller Überlegenheit."[522] Gerade die „Jeckes" wurden mit dem Vorwurf konfrontiert, sich im Vergleich zur übrigen Bevölkerung für etwas Besseres zu halten. Viele versuchten, den gewohnten Lebensstandard aufrechtzuerhalten, und weigerten sich, sich den hiesigen Gegebenheiten anzupassen. Wie Klaus Hillenbrand festhält, waren andererseits weite Teile des Yishuvs unwillig, sich mit der deutschen Kultur im positiven Sinn auseinanderzusetzen.[523]

Die Geschwindigkeit und der Grad der Eingliederung in Palästina hingen besonders von der persönlichen Haltung zum Zionismus und der eigenen jüdischen Identität ab, wobei für die österreichischen Einwanderinnen und Einwanderer ein breites Spektrum an Identitätskonzepten charakteristisch war. Rund die Hälfte der für eine Studie zur österreichischen Alijah befragten Personen gab an, dass die sprachliche und kulturelle Eingliederung langsam oder schwierig verlaufen wäre, wohingegen die andere Hälfte, zumeist Jugendliche, den Übergang zum Hebräischen relativ schnell schaffte, dies nicht zuletzt aufgrund des sozialen Drucks, den die Aufnahmeinstitutionen (Jugendheime, Universitäten, Kibbuzim) auf die jungen Einwanderinnen und Einwanderer ausübten. War das Aneignen der hebräischen Sprache für die Einzelne und den Einzelnen vor allem erforderlich, um beruflich Fuß zu fassen und gesellschaftlich „anzukommen", so sahen die Zionistinnen und Zionisten das Hebräische als konstitutives Element zur Schaffung einer gemeinsamen Identität. Der Gebrauch einer anderen Sprache wurde vom Yishuv und besonders von den Kibbuzniks verpönt und als „Diaspora-Eigenschaft" kritisiert.[524] Radikale Zionistinnen und Zionisten, die die deutsche Sprache als Sprache Hitlers ansahen, gingen mitunter soweit, gewaltsam gegen den Vertrieb deutschsprachiger Zeitungen (z. B. die „Jedioth Chadaschoth") oder die Abhaltung deutschsprachiger Kulturveranstaltungen vorzugehen. Mit großem Widerstand – reichend von Zensureingriffen und Boykottandrohungen bis zu einem Bombenattentat – sah sich etwa der Herausgeber der von 1942 bis 1943 veröffentlichten Wochenzeitschrift „Orient" konfrontiert. Wolfgang Yourgau erklärte sich in der ersten Ausgabe wie folgt:

> „Unsere Zeitschrift erscheint in deutscher Sprache. Zu dieser Tatsache könnten wir uns selbst die verschiedensten Kommentare und die schärfsten Polemiken liefern. Dieses Blatt soll den Leser erreichen, dem die Beherrschung der hebräischen Sprache für die Zeitdauer dieses Krieges ein unerreichbares Ziel bleiben wird. Wir wenden uns nur an diesen Kreis. […] Diese Zeitschrift ist *kein* Organ der Emigranten-Literatur. Unsere Plattform steht dem alten

---

522 Yotam Hotam, Emigrierte Erinnerung. Zu Sprache, Identität und Konversion deutsch-jüdischer Emigranten. In: Yotam Hotam/Joachim Jacob (Hg.), Populäre Konstruktionen von Erinnerung im deutschen Judentum und nach der Emigration, Göttingen 2004, S. 176.

523 Hillenbrand, Fremde in neuen Land, S. 25.

524 Niederland, Immigration, S. 408–411.

> zionistischen Aktiven nicht anders zur Verfügung als dem Einwanderer, der noch hierzulande um die Klärung seiner politischen Überzeugung ringt. […]“[525]

Durch die Entscheidung, unmittelbar nach seiner Ankunft nur mehr Hebräisch zu sprechen, erlernte Ari Rath die Sprache umgehend:

> „Am 8. November 1938, einem Dienstag, liefen wir nachmittags bei strömendem Regen in den Hafen von Haifa ein. Vier Wochen später fassten mein Bruder und ich den feierlichen Entschluss, von jetzt an nur noch Hebräisch miteinander zu sprechen und zu korrespondieren – ein ziemlich radikaler Entschluss, denn wir sprachen damals nur das rudimentäre Hebräisch, das wir zur Vorbereitung auf unsere Bar Mitzwa gelernt hatten. Aber wir wollten uns symbolisch von unserer Jugend in Wien und der deutsch-österreichischen Kultur trennen. Bis heute ist Hebräisch unsere gemeinsame Sprache geblieben. Nur bei gesellschaftlichen Anlässen mit anderen Leuten, die kein Hebräisch verstehen, sprechen wir manchmal Deutsch oder Englisch miteinander.“[526]

Dass österreichische Jüdinnen und Juden vor allem in Palästina Schwierigkeiten hatten, sich dauerhaft niederzulassen und zu integrieren, zeigen letztlich die Zahlen zur Remigration.[527] Insgesamt war die Remigration der von den Nationalsozialisten vertriebenen Österreicherinnen und Österreicher ein klares Minderheitenphänomen, doch kehrten die meisten Remigrantinnen und Remigranten neben Shanghai aus Palästina zurück – wenn auch insgesamt nur 4,5 Prozent aller österreichischen Palästina-Emigrantinnen und -Emigranten. Als Sprachorgan derjenigen, die eine Rückkehr nach Österreich anstrebten, fungierte das „Free Austrian Movement“, das 1942 unter Willy Verkauf-Verlon (1917–1994) in Palästina eine Zweigstelle errichtet hatte.[528] Der berufliche Einstieg gestaltete sich vor allem für ältere Personen, für Angehörige freier Berufe, für Künstlerinnen und Künstler sowie Literatinnen und Literaten, die ihres Ausdrucksmittels, der deutschen Sprache, beraubt waren, sowie für Studierende aufgrund des unausgereiften Universitätswesens problematisch. Häufig wurde der Entschluss, sich wieder in der ehemaligen Heimat niederzulassen, außerdem von der Hoffnung beeinflusst, die Rückerstattung des geraubten Vermögens zu erwirken. Österreich stellte dabei vielfach nur eine Zwischenstation auf dem

---

525 Orient. Unabhängige Wochenschrift für Zeitfragen, Kultur, Wirtschaft. Nr. 1 (1942) S. 2. Siehe dazu auch Hotam, Emigrierte Erinnerung, S. 173–195.

526 Rath, Erinnerungen, S. 44 f.

527 Nach Helga Embacher, Eine Heimkehr gibt es nicht? Remigration nach Österreich. In: Claus-Dieter Krohn (Hg.), Jüdische Emigration. Zwischen Assimilation und Verfolgung, Akkulturation und jüdischer Identität, München 2001, S. 187–209. Die Gesamtzahl der jüdischen Remigrantinnen und Remigranten wird auf rund 8.000 geschätzt. Im Sommer 1947 kehrten ca. 1.600 Personen aus Shanghai und Palästina und weitere 1.000 aus westlichen Emigrationsländern zurück. Ebda., S. 187 u. 190. Siehe auch: Helga Embacher/Margit Reiter, Gratwanderungen. Die Beziehungen zwischen Österreich und Israel im Schatten der Vergangenheit, Wien 1993, S. 36–40.

528 Siehe dazu Adunka, Exil, S. 35–44.

Weg in ein weiteres Emigrationsland dar. So kehrte der vor 1938 in Graz ansässige Bernard Lichtenstein 1950 mit seiner Frau für einige Zeit nach Österreich zurück und entschloss sich dann nach Kanada und schließlich in die USA auszuwandern:

> „1950 bin ich gemeinsam mit meiner Frau nach Österreich gefahren, einige Zeit geblieben und dann nach Israel zurückgekehrt. Wir wollten nicht in Österreich, aber auch nicht in Israel bleiben – dort gab es nichts zu essen! Einmal pro Woche konnte ich mir ein Abendessen in einem Touristenhotel leisten. Meine Frau konnte nichts am Markt kaufen. Durch eine Verbindung zu jemandem aus dem Konsulat erhielten wir zumindest einmal in der Woche Fleisch. In die USA wollten wir nicht wegen McCarthy – ein Phänomen, das ich nie verstand, dass es sich so lange halten konnte. Schließlich haben wir uns für Kanada entschieden. Ich qualifizierte mich für die Einwanderung und legalisierte mich einige Monate später. Meine Frau kam nach und wir wurden kanadische Staatsbürger. Nach sieben Jahren fassten wir den Entschluss, doch in die Staaten auszuwandern.“[529]

Auch für Otto Pollak war die Rückkehr nach Österreich keine dauerhafte. Nachdem er sich in Palästina mit den unterschiedlichsten Arbeiten in verschiedenen Orten und Kibbuzim durchgeschlagen hatte, kehrte er 1948 zur Beendigung seines Medizinstudiums vorübergehend nach Graz zurück, entschied sich einige Jahre später aber für ein Leben in Israel.

> „Die Entscheidung, nach Graz zurückzukehren und mein Studium abzuschließen, habe ich mir nicht leicht gemacht. Zehn Jahre davor musste ich fliehen, um mein Leben zu retten und meine Verwandten zurücklassen. Ich war mittlerweile 33 Jahre alt und ich wusste, dass ich meine Ausbildung nur in Graz beenden konnte – in Palästina war ich illegal, ich hatte kein Geld und beherrschte die Sprache nicht. Außerdem gab es damals nicht einmal eine Universität. Das „Heimkommen“ nach Graz habe ich nur vage in Erinnerung. Traumatisch war es, die Häuser meiner Familie zu sehen, und auch die Oper und den Stadtpark mit all den Walnussbäumen. Ich konnte mich an jeden Weg, den ich mit meinen Eltern gegangen bin und jede Bank, auf der meine Großeltern gesessen sind, erinnern. Und nicht zuletzt: mein geliebter Schlossberg. Als Maturathema hatte ich das Thema „Meine Vaterstadt Graz“ gewählt – um zu beweisen, wie sehr mir die Stadt am Herzen liegt. Es hat lange gedauert, bis ich es ablegte, in jedem zweiten Bürger einen möglichen Mörder zu sehen. Es war bei Gott nicht einfach, den dicken Wälzer nach zehn turbulenten Jahren noch einmal zu öffnen, die Stadt leer, mit fast keinen Freunden. Es war einfach schwierig.“[530]

---

529 Kumar, In Graz und andernorts, S. 101.
530 Ebda., S. 128

Zionistinnen und Zionisten goutierten die Remigrationsbestrebungen einstmaliger Immigrantinnen und Immigranten nach Kriegsende keineswegs. Die Rückkehr nach Europa wurde zur „Charaktersache“ gemacht und als „Davonschleichen“ betrachtet, Rückkehrwillige wurden an der Ausreise gehindert und vereinzelt sogar tätlich angegriffen. Erneuten Ärger löste das 1952 erlassene israelische Staatsbürgerschaftsgesetz aus, als sämtliche Einwohnerinnen und Einwohner eine Staatsbürgerschaft annehmen mussten und viele ehemalige Österreicherinnen und Österreicher ihren Pass nicht gegen einen israelischen eintauschen wollten.

Flucht und Vertreibung österreichischer Jüdinnen und Juden 1938 bis 1945: Zahlen und Destinationen

Nachdem der „Zionistische Landesverband“ bereits am 1. März 1940, der KKL am 1. Mai und der KH am 31. Dezember aufgelöst worden waren, erging am 12. Mai 1941 die Weisung, auch den Betrieb des Palästina-Amtes, das seit der Auswanderung Alois Rothenbergs von Mauricy Moses Grün geleitet wurde, und das Jugend-Alijah-Programm einzustellen. Der Rechnungsabschlussbericht wurde der „Zentralstelle für jüdische Auswanderung“ und der Gestapo Wien am 20. Mai vorgelegt.[531] Die einzige noch existierende jüdische Institution war die Wiener Kultusgemeinde, deren Bemühungen, den noch in Wien verbliebenen Jüdinnen und Juden und insbesondere den zahlreichen „Schutzhäftlingen“ zur Auswanderung zu verhelfen, hinfällig wurden, als am 23. Oktober 1941 eine Verfügung Himmlers bekannt wurde, wonach die jüdische Emigration generell und mit sofortiger Wirkung zu verhindern wäre. Das Auswärtige Amt erhielt Mitte November die Weisung Eichmanns, „dass im Hinblick auf die kommende Endlösung der europäischen Judenfrage die Auswanderung von Juden aus den von uns besetzten Gebieten zu unterbinden ist. […] Lediglich in ganz besonders gelagerten Einzelfällen, z. B. bei Vorliegen eines positiven Reichsinteresses, kann durch das Reichssicherheitshauptamt der Auswanderung einzelner Juden stattgegeben werden.“[532] In der „Ostmark“ galt die „normale Auswanderung mit ganz wenigen Ausnahmen“ ab 10. November 1941 eingestellt; im Hinblick auf die ersten Deportationen aus Wien (Oktober 1939 und Februar und März 1941) war die Periode der Zwangsauswanderung bereits schrittweise in die Deportationsphase übergegangen.

Die Zahlen zur jüdischen Flucht aus Österreich belegen, dass die umfassenden antijüdischen Initiativen ihr Ziel nicht verfehlt hatten: Die Praxis, mit der Jüdinnen und Juden gedemütigt, entrechtet und beraubt außer Landes getrieben wurden, erwies sich als derart effektiv, dass sie zum Vorbild und Maßstab für andere Teile des Reichsgebietes wurde. Anders als in Deutschland, wo die Emigration in der ersten Phase des NS-Regimes keineswegs die Hauptreaktion auf die Verfolgung bildete, entschlossen sich vor allem führende Zionistinnen und Zionisten, Künstlerinnen und Künstler und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler noch im März 1938 zur Flucht aus Österreich. Zwischen März und Dezember 1938 hatte sich die jüdische Bevölkerung von 181.882 (167.249 Jüdinnen und Juden lebten am 13. März in

531 Archiv der IKG Wien/Bestand Wien/A/VIE/IKG/I-III/VEREI/Palästina-Amt/1/3.

532 Adolf Eichmann an Auswärtiges Amt 19. 11. 1941. Abgedr. in: Jochen v. Lang (Hg.), Das Eichmann-Protokoll. Tonbandaufzeichnungen der israelischen Verhöre, Frankfurt am Main-Berlin 1985, o. S.

Wien und 14.633 in der Provinz)[533] durch Auswanderung und Sterblichkeit auf ca. 118.000 vermindert, wobei laut nationalsozialistischer Verfügung nur mehr Wien als Wohnort erlaubt war. In den folgenden sieben Monaten (Jänner bis Juli 1939) reduzierte sich die Zahl auf ca. 72.000. Laut einem Bericht der Kultusgemeinde konnten von den bis Ende Juli 1939 ausgewanderten 104.000 Personen ca. 41.500 nur mit finanzieller Hilfe der IKG emigrieren. Auch die übrigen Auswanderinnen und Auswanderer nahmen bei der Vorbereitung und Durchführung der Ausreise irgendeine Form der Unterstützung in Anspruch.[534]

Detaillierte Informationen zur Bevölkerungsentwicklung (neben Auswanderungszahlen werden u. a. auch Daten zur beruflichen Umschichtung, Fürsorge und finanzielle Situation der Gemeinde angeführt) liefert der Tätigkeitsbericht der IKG für den Zeitraum 1. September 1939 bis 31. August 1940:[535] Nach dieser Statistik war die jüdische Bevölkerung von 67.000 auf 48.465 Personen gesunken. Zwischen Mai 1938 und August 1939 emigrierten insgesamt 105.759 Jüdinnen und Juden, davon 51.152 in europäische Länder, 5.230 nach Palästina, 9.374 nach Süd- und Zentralamerika und 19.717 in andere Überseestaaten. Bedingt durch den Wegfall von Fluchtrouten und Transportmöglichkeiten sowie durch Einwanderungssperren zahlreicher europäischer Länder kamen nach Kriegsausbruch fast nur mehr Überseestaaten als Destinationen in Frage. Die Auswanderungszahlen für die Folgemonate werden wie folgt angegeben (in Klammer die Zahlen für Palästina): September 1939: 1.157 (151), Oktober: 3.390 (347), November: 4.601 (1.300), Dezember: 2.087 (809), Jänner 1940: 1.030 (22), Februar: 965 (11), März: 1.135 (61), April: 820 (37), Mai: 631 (20), Juni: 59 (-), Juli: 165 (-) und August: 133 (-). Die Gesamtauswanderung zwischen Mai 1938 und August 1940 betrug demnach 121.932. 7.988 österreichische Jüdinnen und Juden hatten in diesem Zeitraum Palästina als Ziel.

Auskunft über die Auswanderung und die demographischen Veränderungen der jüdischen Bevölkerung Österreichs geben auch die Abbildungen zweier großformatiger Wandplakate, die die IKG vermutlich im Auftrag der „Zentralstelle für jüdische Auswanderung“ anfertigte.[536] Neben den für die Emigration relevanten Ämtern und Stellen wurden die Berufsumschichtung, Sterblichkeit und Geburtenraten sowie die Zielländer der emigrierten Jüdinnen und Juden und die dazugehörigen Zahlen dargestellt. Ebenfalls wurde die Auswanderung aus dem „Altreich“ und dem „Protektorat Böhmen und Mähren“ quantifiziert. Zwischen 2. Mai 1938 und 31. Dezember 1941 hatte sich die Zahl von 206.000 österreichischen Jüdinnen und Juden (davon 180.000 „Glaubensjuden“) auf 42.987 (davon 35.122 „Glaubensjuden“)[537] reduziert. Im angegebenen Zeitraum waren dieser Quelle zufolge aus dem Gebiet der „Ost-

533 Moser, Demographie, S. 16.

534 Israelitische Kultusgemeinde, Wien. Auswanderung – Umschulung – Fürsorge. YVA, O-30/1.

535 Israelitische Kultusgemeinde, Vienna. Activity during twelve months of war. 1. 9. 1939–31. 8. 1940. YVA, O-30/11.

536 CAHJP, A/W 2529, 1–3. Vgl. Anderl/Rupnow, Zentralstelle, S. 144 f.

537 Auf Basis der „Nürnberger Gesetze“ wurde die jüdische Bevölkerung in „Glaubensjuden“ und „Nichtglaubensjuden“ – Jüdinnen und Juden ohne mosaischen Glauben, die aber dennoch unter die „Rassegesetze“ fielen – geteilt. Zu Details zu den Kategorisierungen siehe Moser, Demographie, S. 16–19.

mark“ insgesamt 110.328 Jüdinnen und Juden ausgewandert: 52.952 Jüdinnen und Juden in europäische Länder, 22.284 nach Nordamerika, 2.348 nach Zentralamerika, 6.133 nach Südamerika, 6.638 nach Palästina, 16.035 nach Asien, 2.343 nach Afrika und 1.592 nach Australien.

Der Historiker Jonny Moser, der unter Heranziehung einer Vielzahl an unterschiedlichen Quellen eine detaillierte demographische Darstellung der jüdischen Bevölkerung Österreichs zwischen 1938 und 1945 vorgelegt hat, kommt auf folgende Auswanderungszahlen:[538] Zwischen 13. März und 31. Dezember 1938 emigrierten insgesamt 58.340 Jüdinnen und Juden, im Jahr 1939: 63.351 (der Großteil davon in den ersten Monaten), 1940: 4.840 und 1941: 1.405. Zwischen 1938 und 1941 (im Oktober 1941 wurde ein generelles Auswanderungsverbot verhängt) emigrierten demnach 127.936 Jüdinnen und Juden aus Österreich. Unter Berücksichtigung von Grenzabschiebungen, illegalen Grenzübertritten und vereinzelten Ausreisen in den Jahren 1942 und 1943 sind zwischen 13. März 1938 und 15. April 1945 nach Mosers Angaben insgesamt 130.742 Jüdinnen und Juden ausgewandert – 69.390 in europäische Länder, 29.942 nach Nordamerika, 15.200 nach Palästina (darunter 6.000 bis 7.000 auf illegalem Wege), 7.190 nach Asien, 6.845 nach Lateinamerika, 1.125 nach Afrika und 1.050 nach Australien.[539]

Im Hinblick auf die Auswanderungswellen sind drei Hauptphasen feststellbar, die jeweils einem einschneidenden Ereignis folgten: dem „Anschluss“, dem Novemberpogrom und dem Kriegsausbruch. Geringfügig unterschiedlich verlief die Flucht der österreichischen Jüdinnen und Juden nach Palästina. Folgende drei wesentliche Zeitabschnitte sind nach Doron Niederland festzumachen: von März bis Juni 1938, von Juni 1938 bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges im September 1939 und die Zeit des Krieges. Nachdem die jüdischen und zionistischen Institutionen von den nationalsozialistischen Behörden unmittelbar nach dem „Anschluss“ geschlossen worden waren, begann die Organisation der Auswanderung nach Palästina erst mit der Wiedereröffnung des Palästina-Amtes und der Kultusgemeinde im Mai 1938. Die ersten Emigrantinnen und Emigranten erreichten Palästina gegen Ende Juni. Der Höhepunkt der legalen und illegalen Immigration aus Österreich wurde in der zweiten Phase erreicht, bevor die Zahlen infolge des Kriegsausbruchs und der von den Briten verschärften Einreisebestimmungen wieder zurückgingen.[540] Noch einmal muss darauf hingewiesen werden, dass es sich insbesondere im Falle Palästinas bei der Quantifizierung der Einwanderung nur um Schätzungen handeln kann. Schwierigkeiten resultieren in erster Linie aus dem Phänomen der illegalen Immigration und aus der unterschiedlichen Auffassung von der Definition des Begriffes „Einwanderin/Einwanderer aus Österreich“, der sich – wie bereits dargelegt – auf Geburtsland, Nationalität und letzten Wohnsitz beziehen konnte.

Insgesamt schafften rund zwei Drittel der jüdischen Bevölkerung Österreichs den Weg in die Emigration, mindestens 65.000 österreichische Jüdinnen und Juden

538 Siehe die betreffenden Tabellen bei Moser. Er rechnet „Glaubensjuden“ und „Nichtglaubensjuden“ aus ganz Österreich mit ein.

539 Ebda., S. 65–71.

540 Niederland, Immigration, S. 371.

wurden in der Shoah ermordet – nicht wenige in europäischen Ländern, in die sie sich zuvor gerettet hatten, die im Laufe des Zweiten Weltkrieges aber von den Nationalsozialisten annektiert wurden. Nur 5.500 überlebten in Österreich.

Zusammenfassung

> „Meine Wurzeln waren in Europa, und ich war so sehr Teil davon, dass es sinnlos für mich gewesen wäre, Europa zu überleben; ich wollte lieber in Europa zugrunde gehen als Zuflucht in einem Lande suchen, das nichts anderes mehr als eine Zufluchtsstätte war. Dieser Entschluss wurde beim Untergang Frankreichs auf die Probe gestellt, als ich, statt nach Palästina oder in das neutrale Amerika, nach England flüchtete – was wieder zu einer Zeit der Einzelhaft führte, diesmal in einem Londoner Gefängnis während des Blitzkrieges. Aber selbst jene Gefängniszelle in Pentonville war Europa, meine Heimat.
> Andererseits gab es sechs Millionen zum Untergang verdammte Menschen in Deutschland und Osteuropa, die keine andere Wahl hatten und denen Palästina die einzige Chance zum Überleben bot. Ob man sie willkommen hieß oder nicht, das blieben unwichtige Fragen, da die Alternative Konzentrationslager, Getto und zum Schluss die Gaskammer war. In diesem begrenzten, resignierten Nützlichkeitssinn war ich immer noch Zionist.“[541]

Dass die vorangehenden Zeilen der Autobiographie eines Mannes entstammen, der in den 1920er Jahren den Entschluss gefasst hatte, Österreich den Rücken zu kehren und als Chaluz nach Palästina aufzubrechen, ist kaum naheliegend. Der in Budapest geborene und seit 1919 in Wien lebende jüdische Schriftsteller und Politiker Arthur Koestler (1905–1983) fand über die Studentenverbindung „Unitas“ zur zionistischen Bewegung, wurde bald Anhänger Vladimir Jabotinskys und trat im Bestreben, „das Ende seiner Galutexistenz zum Beginn einer neuen Existenz zu machen“, 1926 seine Alijah an.[542] Nach kurzer Zeit im Kibbuz war er als Journalist und Parteisekretär der „Revisionisten“ tätig, doch befand er sich finanziell stets in einer unsicheren Situation. Die Entbehrungen des palästinensischen Alltags und sein großes Heimweh führten ihn 1929 nach Europa zurück, jenem Kontinent, dem er sich kulturell zutiefst verbunden fühlte. Koestler hielt an seinen Forderungen nach der Gründung eines jüdischen Staates und dem Aufgeben der Diaspora-Existenz fest, persönlich entschied er sich jedoch gegen eine permanente Niederlassung in Palästina und flüchtete vor den Nationalsozialisten über Frankreich nach England. Nach der Lektüre seiner anderen Schriften – besonders den drei Palästina-Essays[543] – fällt es schwer, oben zitierte Schilderung als Selbstbeschreibung zu lesen, wonach Palästina

541 Arthur Koestler, Die Geheimschrift. Bericht eines Lebens 1932–1940, Wien-München-Basel 1955, S. 403. Zur spannenden Biographie Koestlers, der in den 1930er Jahren der Kommunistischen Partei Deutschlands beigetreten war und u. a. als Korrespondent vom Spanischen Bürgerkrieg berichtete, siehe u. a. Christian Buckard, Arthur Koestler, München 2004.

542 Buckard, Koestler, S. 60.

543 Die Essays „The Melting Pot“, „This is an SOS for Palestine“ und „Partition – The Only Solution“ wurden im Dezember 1937 im „News Chronicle“ veröffentlicht.

bloßer Zufluchtsort für die aus dem faschistischen Europa vertriebenen Jüdinnen und Juden wäre. Koestlers Haltung ungeachtet traf diese Annahme für das Gros der nach 1938 ins Land Gekommenen tatsächlich zu. Palästina war für die Mehrheit rein zufällig oder aus fehlenden Alternativen zur Fluchtdestination geworden.

Für die österreichischen Jüdinnen und Juden hatte die Suche nach Auswanderungsmöglichkeiten zu einem Zeitpunkt begonnen, als zahlreiche Staaten bereits eine restriktive Aufnahmepolitik gegenüber jüdischen Flüchtlingen verfolgten. Im nationalsozialistischen „Exerzierfeld“ Österreich stellten sich die Rahmenbedingungen für die Verfolgten und Vertriebenen zudem völlig anders dar als in Deutschland. Mit dem „Anschluss“ im März 1938 erfuhr die antijüdische Politik einen massiven Radikalisierungsschub, der insbesondere die Vertreibungsmaßnahmen betraf. Zahlreiche unterschiedliche Instrumentarien wurden zu einem systematischen Vertreibungsprogramm gebündelt: Neben der rechtlichen Marginalisierung, wirtschaftlichen Enteignung und gesellschaftlichen Isolierung wurden auch körperliche Übergriffe und Inhaftierungen als Mittel zur Forcierung der jüdischen Abwanderung herangezogen. Mit der im August 1938 in Wien errichteten „Zentralstelle für jüdische Auswanderung“ wurde ein „rationalisiertes“ bürokratisches Verfahren gefunden, mit dem sich der Vertreibungs- und Beraubungsvorgang binnen kürzester Zeit abwickeln ließ.

Hatten österreichische Jüdinnen und Juden in den ersten Monaten nach dem „Anschluss“ vor allem europäische und nord- und südamerikanische Staaten als Destinationen „gewählt“, so wurde nach dem Novemberpogrom, als mehrere Länder ihre Einwanderungsbestimmungen aufgrund des erwarteten Flüchtlingsstroms aus den deutschen Gebieten verschärft hatten, verstärkt Palästina als Fluchtoption in Betracht gezogen. Das Land auf legalem Wege zu erreichen, war aufgrund der vom britischen Mandatar bestimmten restriktiven Einwanderungsquote nichtsdestotrotz schwierig. Für die Rettung der jüdischen Bevölkerung Österreichs spielte deshalb die „Alijah Beth“ eine bedeutende Rolle. Mithilfe der von mehreren zionistischen Gruppierungen organisierten und von den Briten mit großem Aufwand bekämpften illegalen Palästina-Wanderung konnten tausende europäische Jüdinnen und Juden auch nach Kriegsausbruch aus Europa fliehen. Weitgehend geduldet bis gefördert wurde die „Alijah Beth“ auch von den nationalsozialistischen Behörden, die Palästina bei der Erreichung ihres Zieles, die jüdische Bevölkerung vollständig zu vertreiben, besondere Relevanz zumaßen. Wenn auch innerhalb der Führungskreise kontrovers diskutiert, räumte der SD den zionistischen Organisationen in Deutschland und später auch in Österreich lange Zeit eine bevorzugte Stellung ein und bot außerdem wirtschaftliche bzw. finanzielle Anreize, die die Auswanderung nach Palästina vorantreiben sollten. So ermöglichte das Haavara-Abkommen zwischen 1933 und 1939 deutschen Emigrantinnen und Emigranten über den Export deutscher Waren die Überführung von Teilen ihres Vermögens nach Palästina. Obwohl die Auswanderung aus Deutschland durch dieses Arrangement beträchtlich gestiegen war, weigerten sich die Nationalsozialisten, das Transferprogramm auf Österreich (abgesehen vom Bundesland Steiermark) und andere kontrollierte Gebiete auszuweiten.

Im Gesamtblick ist der österreichische Anteil an den Alijoth ein sehr geringer. Die Bereitschaft österreichischer Jüdinnen und Juden, aktiv am zionistischen Projekt beizutragen, hielt sich in allen Immigrationsphasen in engen Grenzen. Zugehörigkeitsgefühle oder Sympathien für die zionistische Bewegung bedeuteten nicht zwangsläufig praktische Konsequenzen in Form einer Einwanderung nach Palästina. Überhaupt war der Zionismus in Österreich für seine Anhängerinnen und Anhänger vorwiegend eine Suche nach jüdischem Selbstbewusstsein sowie eine Reaktion auf den Assimilationsdruck einerseits und den Antisemitismus andererseits. Seinen Anfang nahm der österreichische Frühzionismus in Gestalt von Vereinsgründungen vorrangig in Wien, darunter Studenten- und Sportvereine, sowie Palästina-Kolonisationsvereine, die die Besiedelung propagierten und künftige Kolonisten finanziell unterstützten. Bei der Gewichtung von Gegenwarts- und Zukunftsarbeit bzw. nationaler Landesarbeit und Palästina-Arbeit (zunächst hauptsächlich in Form von Aufklärungs- und Werbetätigkeiten und Spendensammlungen) herrschte unter den verschiedenen zionistischen Fraktionen Uneinigkeit und auch die Rahmenbedingungen der Einwanderung nach Palästina (allmähliche Immigration geeigneter Personen vs. sofortige Masseneinwanderung) wurden kontrovers diskutiert. Eine konkrete Vorbereitung auf die Alijah erfolgte speziell von Seiten der zionistischen Jugendvereine, die in der Zwischenkriegszeit großen Zulauf erhielten und deren Mitglieder in den 1920er und 1930er Jahren trotz elterlichem Bedenken vereinzelt tatsächlich nach Palästina migrierten. Damit gaben sie auch der österreichischen Alijah einen starken Impuls.

Nachdem die jüdische Bevölkerung in Palästina als unmittelbare Folge der Bestimmungen des britischen Mandatsvertrags bereits in den 1920er Jahren deutliche Zuwächse verzeichnet hatte, stieg die Immigration von Jüdinnen und Juden während der Fünften Alijah dramatisch an. Diese Einwanderungswelle unterschied sich von den vorangegangenen Alijoth nicht nur aufgrund ihrer langen Zeitspanne (1929 bis 1939) und ihrem Umfang (insgesamt kamen in diesem Zeitraum mehr als 200.000 Immigrantinnen und Immigranten ins Land), sondern auch durch ihre Struktur: Unter den Einwanderinnen und Einwanderern war erstmals eine große Anzahl an deutschen Jüdinnen und Juden, die durch ihr Wissen und Know-how sowie das mitgebrachte Kapital auf das im Aufbau befindliche jüdische Palästina spürbaren Einfluss ausübten.

Die Einwanderinnen und Einwanderer trafen in Palästina auf eine äußerst heterogene Bevölkerung, die sich aus einer Vielzahl an Nationalitäten und Generationen mit verschiedenen Sprachen, Weltanschauungen und beruflichen Tätigkeiten zusammensetzte. Alleine deshalb gestaltete sich das Verhältnis zwischen dem Yishuv und den nachkommenden Immigrantinnen und Immigranten konfliktreich. Die mit der Fünften Alijah ins Land Gekommenen hatten häufig weder eine besondere Beziehung zum Judentum noch zum Zionismus. Mehrheitlich entsprachen sie kaum dem Wunschbild des Yishuvs von Einwanderern als junge, körperlich hart arbeitende Menschen, die aktiv zum Aufbau des jüdischen Staates beitragen. Speziell die deutschsprachigen Neuankömmlinge wurden keineswegs mit offenen Armen empfangen und ob ihrer mangelnden sprachlichen und beruflichen Anpassungsbereitschaft und der „fehlenden jüdischen Einstellung zur Frage des Yishuv“

kritisiert. Schon Vertreter früher Einwanderungswellen sahen sich mit dem Vorwurf konfrontiert, keine überzeugten Zionisten zu sein, die Diaspora nach Palästina „transferiert" zu haben und den zu diesem Zeitpunkt sozialistischen Charakter des Yishuvs zu gefährden. Die besonders seitens der zionistischen Arbeiterbewegung verfolgte selektive Einwanderungspolitik, wonach in erster Linie umfassend vorbereitete Pioniere ins Land gelassen werden sollten, war speziell nach 1933 nicht mehr haltbar und das „avantgardistische und elitäre Konzept des Pioniertums" musste weitgehend verworfen werden.[544] Auch seitens der Ankommenden galt es, die Erwartungen und Wünsche an Aufnahmeland und -gesellschaft zu korrigieren oder zumindest zurückzuschrauben. „Das Bewusstsein, mit ihrem Heimatgefühl einem Irrtum aufgesessen zu sein und nun in ein fernes Land emigrieren zu müssen, war für sie eine Katastrophe – ein Abstieg und nicht ein „Aufstieg" […]."[545] Die Alijah hatte vorrangig eine Rettungsfunktion und brachte weniger die von den Zionistinnen und Zionisten mit der Einwanderung nach „Erez Israel" implizierte persönliche „Höherentwicklung" einer jeden Jüdin und eines jeden Juden.

Die vorangehenden Ausführungen sollen die einzigartige Bedeutung Palästinas in der jüdischen Migrationsgeschichte verdeutlichen. In all ihren Phasen wies die Palästina-Wanderung einen „doppelten Charakter" auf, der sich durch das Aufeinandertreffen von der Fluchtbewegung für die verfolgten Diaspora-Jüdinnen und -Juden und der Verwirklichung der zionistischen Ideen ergab. Bedeutung kam „Erez Israel" zudem aufgrund der religiösen Komponente zu – die Entstehung der jüdischen Diaspora außerhalb des „Landes Israel" markierte gleichzeitig den Beginn der „Zionssehnsucht", der Hoffnung auf eine Rückkehr eben dorthin. Schließlich wird der besondere Stellenwert Palästinas auch durch die im Kontext der jüdischen Palästina-Wanderung auftauchende zionistische Terminologie deutlich. Angesichts der geringen Anzahl österreichischer Jüdinnen und Juden, die noch vor 1938 nach Palästina auswanderten, ist der beschriebene „doppelte Charakter" von Migrationsbewegungen nach Palästina für die österreichische Alijah weniger kennzeichnend. Als entscheidendes Motiv für die in den 1930er Jahren erfolgte Auswanderung muss – neben wirtschaftlichen Beweggründen – das zunehmend antisemitisch geprägte politische und gesellschaftliche Klima des zwischenkriegszeitlichen Österreichs angesehen und die Emigration in weiten Teilen als „präventive Flucht" charakterisiert werden. Für mehr als 15.000 österreichische Jüdinnen und Juden wurde Palästina nach dem „Anschluss" ein weitgehend beliebiger, aber rettender Zufluchtsort, der nach wenigen Monaten der nationalsozialistischen Herrschaft in Österreich als einzige Fluchtmöglichkeit geblieben war.

544 Avineri, Zionismus, S. 238.
545 Segev, Die siebte Million, S. 52.

Danksagung

Gedankt sei an dieser Stelle den vielen Personen und Institutionen, die das vorliegende Buch ermöglicht und bereichert haben.

Die Publikation ist das Ergebnis des Projekts „Emigration, Flucht und Vertreibung österreichischer Jüdinnen und Juden nach Palästina in den 1930er und 1940er Jahren", das durch die großzügige Förderung des „Nationalfonds der Republik Österreich", des „Zukunftsfonds der Republik Österreich" und des Landes Steiermark realisierbar war. Die Forschungsaufenthalte in Israel wurden auch durch die finanzielle Unterstützung des „David-Herzog-Fonds" der Universität Graz und des „Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung", das mir das Doctoral Research Fellowship 2009/10 an der „Hebrew University of Jerusalem" zugesprochen hat, möglich. Gedruckt wurde das Buch mit Unterstützung des „Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung" (FWF).

Die Recherche in den verschiedenen nationalen und internationalen Archiven und Bibliotheken konnte aufgrund der Hilfe der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unter optimalen Rahmenbedingungen erfolgen.

Ich danke außerdem den vielen Kolleginnen und Kollegen sowie Freundinnen und Freunden für ihre kontinuierliche Unterstützung und wertvollen Anregungen – allen voran Gerald Lamprecht, Heimo Halbrainer, Helmut Konrad, Dietmar Goltschnigg, Gabriele Anderl, Katharina Dick, Simon Hafner sowie Kornelia, Vijay und Sarah Kumar.

Glossar

Affidavit	Bürgschaftserklärung von US-Bürgerinnen und -Bürgern für künftige Immigrantinnen und Immigranten
Agudat Israel	Weltorganisation und Partei der orthodoxen Jüdinnen und Juden
Alijah/Alijoth	wörtlich: Aufstieg; jüdische Einwanderung nach Palästina/Israel, einzelne Immigrationsperioden
Alijah Beth	illegale Einwanderung nach Palästina/Israel; in der zionistischen Terminologie wird zwischen „legaler" („A-Einwanderung") und „illegaler" („B-Einwanderung") Alijah unterschieden. Beth ist der zweite Buchstabe des hebräischen Alphabets.
Alijah Hanoar	Jugend-Alijah
Betar	Abkürzung für „B'rith Trumpeldor", Jugendbund der „revisionistischen" Zionistinnen und Zionisten (Betarim)
Bricha	wörtlich: Flucht; Bezeichnung für die Flucht und Rettung der Shoah-Überlebenden nach Palästina
Chalukkah	wörtlich: Verteilung; Spendensammlung für bedürftige Jüdinnen und Juden
Chaluzot/Chaluzim	Pionierinnen/Pioniere, junge Jüdinnen und Juden, die nach Palästina einwandern, um dort Aufbauarbeit zu leisten
Chowewe Zion	wörtlich: Zionsfreunde; Zusammenschlüsse, die eine religiöse Erneuerung und eine Hinwendung nach „Zion" propagierten
Diaspora	wörtlich: ausstreuen, sich zerstreuen bzw. getrennt werden. In der Septuaginta, der ältesten durchgehenden Bibelübersetzung, bezeichnet „Diaspora" sowohl den Vorgang der „Zerstreuung" Israels unter die heidnischen Völker als auch die „Zerstreuten" selbst. Positiv konnotiert meint der Begriff auch die besondere Situation, dass unzählige Jüdinnen und Juden bis heute außerhalb des Landes Israels leben, ihre Beziehung zum Mutterland aber beständig pflegen (hebr.: Galuth).

Erez Israel	Land Israel, dem Wortsinn nach „Land (Boden, Stadt, Berg) des Heiligen“
Fünfte Alijah	die von 1929 bis 1939 erfolgte jüdische Einwanderung nach Palästina
Haavara	wörtlich: Transfer; Kapital- und Warentransferabkommen, vereinbart 1933 zwischen den Nationalsozialisten und Vertretern zionistischer bzw. jüdischer Organisationen zur Erleichterung der jüdischen Palästinawanderung aus Deutschland
Hachscharah	wörtlich: Vorbereitung; geistige, körperliche und berufliche Vorbereitung junger Jüdinnen und Juden für ein Leben in Palästina
Hadassah	eine 1912 in den USA gegründete zionistische Frauenorganisation
Haganah	wörtlich: Verteidigung, Schutz; die bis 1948 geheime Verteidigungsorganisation des Yishuv
Haschomer Hazair	wörtlich: junger Wächter; linkszionistischer Jugendverband
Hapoel Hazair	wörtlich: junger Arbeiter; linkszionistische Partei
Hatikwah	wörtlich: Hoffnung; Hymne der zionistischen Bewegung bzw. Nationalhymne Israels
Hechaluz	wörtlich: Pionier; Dachverband zionistischer Jugendbünde
Hitachduth	zionistischer Arbeiterverband
Hitachduth Olej Austria	Organisation österreichischer Einwanderinnen und Einwanderer in Palästina (HOA)
Irgun Olej Merkas Europa	Verband mitteleuropäischer Einwanderinnen und Einwanderer in Palästina
Iwrith	Hebräisch; die im 19. Jahrhundert neubelebte, durch moderne und neue Begriffe ergänzte Sprache der Bibel
Jeckes	deutschsprechende Einwanderinnen und Einwanderer in Palästina, meist negativ konnotiert
Jewish Agency	die 1922 gegründete öffentlich anerkannte Vertretung der Jüdinnen und Juden in Palästina
Joint	kurz für „American Jewish Joint Distribution Committee“, amerikanisch-jüdische Hilfsorganisation
Kadimah	wörtlich: vorwärts, nach Osten; nationaljüdische Studentenverbindung

„Kapitalisten“-Zertifikat	Einwanderungszertifikat für Palästina-Immigrantinnen und -Immigranten mit einem Kapital von mindestens 1.000 Palästinapfund
Keren Alijah	Auswanderungsfonds
Keren Hajessod	wörtlich: Grundfonds; Jüdischer Aufbaufonds (KH)
Keren Kajemeth Lejisrael	wörtlich: Ewiger Fonds; Jüdischer Nationalfonds (KKL)
Kibbuz/Kibbuzim	Zusammenschluss landwirtschaftlicher Siedler/innen zu gemeinsamer Arbeit und Wirtschaft
Kwuzah/Kwuzoth	Gruppe/n
Machlakath-Awodah	Abteilung für Arbeit
Madrich	Jugendleiter/in
Mai-Verfassung	vom Mai 1934 bis März 1938 geltende Verfassung des austrofaschistischen Ständestaates
Makkabi	zionistischer Sportverein
Makkabiah	größte internationale jüdische Sportveranstaltung, auch Makkabiade genannt
Misrachi	kurz für „Merchas Rukani“, wörtlich: geistiges Zentrum; Vereinigung religiöser Zionistinnen und Zionisten
Moschaw/Moschawoth	landwirtschaftliche nicht-kollektive Siedlung/en, dem europäischen Bauerndorf nachempfunden
Nürnberger Rassegesetze	bestehend aus dem „Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“ (sog. „Blutschutzgesetz“), dem „Reichsbürgergesetz“ und dem „Reichsflaggengesetz“, stellten die Diskriminierung, Ausgrenzung und Verfolgung von Jüdinnen und Juden während der NS-Zeit auf eine juristische Grundlage (ab 1935 in Deutschland, ab 1938 in Österreich gültig)
Ole/Olim	wörtlich: der/die Aufsteigende/n, der/die Neueinwanderer/in/nen
Orthodoxes Judentum	„thoratreues“, „gesetzestreues“ Judentum, das sich strikt an die „Halacha“, die jüdischen Gesetzesvorschriften, hält
Pessach	einwöchiges Fest, das an den Auszug aus Ägypten bzw. der Befreiung der Israeliten aus der ägyptischen Knechtschaft erinnert
Poale Zion	wörtlich: Arbeiter Zions; zionistischer Arbeiterverband

Rassco	„Rural and Suburban Settlement Company", 1934 in Palästina gegründete Baugesellschaft
„Revisionisten"	rechtszionistische Bewegung, die u. a. eine Revision der politischen Grundsätze des Zionismus und die Errichtung eines jüdischen Staates beiderseits des Jordan forderten
Schaliach	Emissär aus Palästina
Schutzhaft	Die von den Nationalsozialisten für politische und andere Gegnerinnen und Gegner angewandte „Schutzhaft" erfolgte ohne richterliche Anordnung auf Befehl von Exekutivorganen, der Vollzug war generell unbefristet und in staatlichen Konzentrationslagern zu vollstrecken und gegen ihre Verhängung gab es kein Rechtsmittel.
Ständestaat	autoritärer, nach Berufsgruppen (Ständen) organisierter Staat in Österreich von 1934 bis 1938 unter den Regierungen von Engelbert Dollfuß und Kurt Schuschnigg
Tchelet-Lawan	wörtlich: Blau-Weiß; sozialistisch-zionistischer Jugendverband
Thora	wörtlich: Gebot; die fünf Bücher des ersten Teils der hebräischen Bibel (Tanach)
UNRRA	United Nations Relief and Rehabilitation Administration; Hilfsorganisation der Vereinten Nationen, deren Hauptaufgabe die Repatriierung der so genannten „Displaced Persons" nach dem Krieg war
Vaterländische Front	1933 von Engelbert Dollfuß gegründeter Verband, der alle „regierungsfreundlichen" Organisationen sammeln sollte und nach Ausschaltung von Parlament und Opposition als Einheitspartei fungierte
Waad Leumi	eine Art Nationalrat, der zwischen 1920 und 1948 als gewählte regierende Körperschaft des Yishuvs agierte
WIZO	Women's International Zionist Organisation, 1920 in Großbritannien gegründet. Die europaweiten Niederlassungen nahmen sich vorrangig sozialen und pädagogischen Bedürfnissen jüdischer Frauen an und unterstützten diese bei der Vorbereitung und Durchführung der Alijah.
Yad Vashem	Holocaust-Gedenk-/Forschungsstätte und Museum in Jerusalem

Yishuv	wörtlich: Siedlung; Gesamtheit der jüdischen Bevölkerung in Palästina vor 1948 (auch: Jischuw)
Zeirei-Zion	wörtlich: die Jungen Zions; sozialistisch-zionistischer Jugendverband

Quellen- und Literaturverzeichnis

Quellen

Archive und Archivbestände

Bundesarchiv, Berlin (BA)
R 58 Reichssicherheitshauptamt

Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Wien (DÖW)
Online-Dokumentensammlung [http://www.doew.at/]

The Central Archives for the History of the Jewish People, Jerusalem (CAHJP)
Archiv der Israelitischen Kultusgemeinde Wien 1626–1945 (A/W)

The Central Zionist Archives, Jerusalem (CZA)
KKL 1–5 Jewish National Fund
S 6 Jewish Agency, Immigration Department Jerusalem
S 7 Central Bureau for the Settlement of German Jews in Palestine
S 75 Youth Aliyah Department
Z 4 The Zionist Organisation/The Jewish Agency for Palestine/Israel

The Israel State Archives, Jerusalem

Israelitische Kultusgemeinde Wien/Archiv der Anlaufstelle

The Jabotinsky Archive, Tel Aviv

The National Archives, London (TNA)
CO Colonial Office
FO Foreign Office
HO Home Office
PREM Prime Minister's Office

Österreichisches Staatsarchiv (ÖSta)/Archiv der Republik, Wien (AdR)
Bundeskanzleramt, Ministerium für innere und kulturelle Angelegenheiten (BKA)
Reichskommissar für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich (Bürckel)

The Yad Vashem Archives (YVA), Jerusalem
O-3 Yad-Vashem-Abteilung für mündliche Zeugenaussagen
O-30 Österreich-Sammlung

Zeitschriften

Die Neue Welt
Die Stimme
Die Welt
Jedioth Chadaschoth
Jüdisches Nachrichtenblatt, Ausgabe Wien
Menorah
Mitteilungsblatt der Hitachduth Olej Germania we Olej Austria
Orient
Ost und West
Palästina
Wiener Morgenzeitung
Zionistische Rundschau

Literatur

Aaronsohn, Ran: Rothschild and Early Jewish Colonization in Palestine, Lanham 2000.

Adunka, Evelyn: Die Wiener jüdische Presse in der Zwischenkriegszeit anhand von vier Beispielen. In: Susanne Marten-Finnis/Markus Winkler (Hg.), Die jüdische Presse im europäischen Kontext 1686–1990, Bremen 2006, S. 223–233.

Adunka, Evelyn: Exil in der Heimat. Über die Österreicher in Israel (= Österreich-Israel-Studien, Bd. 2), Innsbruck u. a. 2002.

Albrich, Thomas: Die zionistische Option. Israel und die Überlebenden des Holocaust in Österreich. In: Ders. (Hg.), Flucht nach Eretz Israel. Die Bricha und der jüdische Exodus durch Österreich (= Österreich-Israel-Studien, Bd. 1), Innsbruck-Wien 1998, S. 253–288.

Albrich, Thomas: Exodus durch Österreich. Die jüdischen Flüchtlinge 1945–1948, Innsbruck 1987.

Amkraut, Brian: Between home and homeland. Youth Aliyah from Nazi Germany, Tuscaloosa 2006.

Anderl, Gabriele/Jensen, Angelika: Zionistische Auswanderung nach Palästina vor 1938. In: Traude Horvath/Gerda Neyer (Hg.), Auswanderungen aus Österreich. Von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart, Wien 1996, S. 187–209.

Anderl, Gabriele/Manoschek, Walter: Gescheiterte Flucht. Der „Kladovo-Transport“ auf dem Weg nach Palästina 1939–1942, Wien 2001.

Anderl, Gabriele/Rupnow, Dirk (Hg.): Die Zentralstelle für jüdische Auswanderung als Beraubungsinstitution (= Veröffentlichungen der Österreichischen Historikerkommission, Bd. 20/1), Wien-München 2004.

Anderl, Gabriele: „9096 Leben“. Der unbekannte Judenretter Berthold Storfer, Berlin 2012.

Anderl, Gabriele: Emigration und Vertreibung. In: Erika Weinzierl/Otto D. Kulka (Hg.), Vertreibung und Neubeginn. Israelische Bürger österreichischer Herkunft, Wien-Köln-Weimar 1992, S. 167–337.

Anderl, Gabriele: Flucht und Vertreibung 1938–1945. In: Traude Horvath/Gerda Neyer (Hg.), Auswanderungen aus Österreich. Von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart, Wien 1996, S. 236–275.

Anderl, Gabriele: Generationenkonflikte. Die zionistische Auswanderung aus Österreich nach Palästina in der Zwischenkriegszeit. In: Frank Stern/Barbara Eichinger (Hg.), Wien und die jüdische Erfahrung 1900–1938. Akkulturation – Antisemitismus – Zionismus, Wien-Köln-Weimar 2009, S. 71–98.

Anderl, Gabriele: Porträts, Alfred und Otto Günter Klein. In: Angelika Hagen/Joanna Nittenberg (Hg.), Flucht in die Freiheit. Österreichische Juden in Palästina und Israel, Wien 2006, S. 227–235.

Anderl, Gabriele: Porträts, Willy Perl. In: Angelika Hagen/Joanna Nittenberg (Hg.), Flucht in die Freiheit. Österreichische Juden in Palästina und Israel, Wien 2006, S. 191–199.

Anderl, Gabriele: Vom Wunschland zum Fluchtland. Emigration und Flucht österreichischer Juden nach „Eretz Israel". In: Eva Grabherr (Hg.), Das Dreieck im Sand. 50 Jahre Staat Israel, Wien 1997, S. 49–62.

Arendt, Hannah: Eichmann in Jerusalem. Ein Bericht von der Banalität des Bösen, 15. Auflage, München-Zürich 2006.

Arlosoroff, Chaim: Was kann Palästina den deutschen Juden bieten? In: Jüdische Rundschau, Heft 41 (23. 5. 1933) S. 214 f.

Avineri, Shlomo: Herzl. Theodor Herzl und die Gründung des jüdischen Staates, Berlin 2016.

Avineri, Shlomo: The making of modern Zionism. The intellectual origins of the Jewish State, New York 1981.

Avriel, Ehud: Open the Gates! A Personal Story of „Illegal" Immigration to Israel, New York 1975.

Bargur, Ayelet: Ahawah heißt Liebe. Die Geschichte des jüdischen Kinderheims in der Berliner Auguststraße, München 2006.

Barkai, Avraham: German Interests in the Haavara-Transfer Agreement 1933–1939. In: Leo Baeck Year Book 25 (1990) S. 245–266.

Barkow, Ben/Gross, Raphael/Lenarz, Michael (Hg.): Novemberpogrom 1938. Die Augenzeugenberichte der Wiener Library, London, Frankfurt am Main 2008.

Bauer, Yehuda: American Jewry and the Holocaust. The American Jewish Joint Distribution Committee 1939–1945, Detroit 1981.

Bauer, Yehuda: Freikauf von Juden? Verhandlungen zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland und jüdischen Repräsentanten von 1933 bis 1945, Frankfurt am Main 1996.

Bauer, Yehuda: From Diplomacy to Resistance. A History of Jewish Palestine, Philadelphia 1970.

Bauer, Yehuda: My brother's keeper. A history of the American Jewish Joint Distribution Committee 1929–1939, Philadelphia 1974.

Bein, Alex (Hg.): Theodor Herzl. Briefe und Tagebücher, 7 Bände, Berlin-Frankfurt-Wien 1983–1996.

Beling, Eva: Die gesellschaftliche Eingliederung der deutschen Einwanderer in Israel. Eine soziologische Untersuchung der Einwanderung aus Deutschland zwischen 1933 und 1945, Frankfurt am Main 1967.

Beller, Steven: Vienna and the Jews 1867–1938. A cultural history, Cambridge 1990.

Bentwich, Norman: The Destruction of the Jewish Community in Austria 1938–1942. In: Josef Fraenkel (Hg.), The Jews of Austria; essays on their life, history and destruction, London 1967, S. 467–478.

Benz, Wolfgang (Hg.): Das Exil der kleinen Leute. Alltagserfahrung deutscher Juden in der Emigration, München 1991.

Benz, Wolfgang: Die Illegale Einwanderung nach Palästina. In: Claus-Dieter Krohn (Hg.), Jüdische Emigration. Zwischen Assimilation und Verfolgung, Akkulturation und jüdischer Identität, München 2001, S. 128–144.

Benz, Wolfgang: Die jüdische Emigration. In: Claus-Dieter Krohn (Hg.), Handbuch der deutschsprachigen Emigration 1933–1945, Darmstadt 1998, Sp. 5–16.

Benz, Wolfgang: Emigration als Rettung und Trauma. Zum historischen Kontext der Kindertransporte nach England. In: Ders. (Hg.), Die Kindertransporte 1938/39. Rettung und Integration, Frankfurt am Main 2003, S. 9–16.

Benz, Wolfgang: Von der Emanzipation zur Emigration. In: Wolfgang Benz/Marion Neiss (Hg.), Deutsch-jüdisches Exil: das Ende der Assimilation? Identitätsprobleme deutscher Juden in der Emigration, Berlin 1994, S. 7–14.

Bericht über Palästina erstattet durch die britische königliche Palästina-Kommission unter dem Vorsitz von Earl Peel und auf Befehl seiner Britischen Majestät vom Staatssekretär für die Kolonien dem Britischen Parlament vorgelegt im Juli 1937, Berlin 1937.

Berkley, George: Vienna and its Jews: The Tragedy of Success, 1880s–1980s, Cambridge 1988.

Berkowitz, Michael: Western Jewry and the Zionist Project 1914–1933, Cambridge 1997.

Betten, Anne/Du-nour, Miryam (Hg.): Wir sind die Letzten. Fragt uns aus. Gespräche mit den Emigranten der dreißiger Jahre in Israel, Gerlingen 1995.

Blasius, Dirk: Zwischen Rechtsvertrauen und Rechtszerstörung. Deutsche Juden 1933–1935. In: Dirk Blasius/Dan Diner (Hg.), Zerbrochene Geschichte. Leben und Selbstverständnis der Juden in Deutschland, Frankfurt am Main 1991, S. 121–137.

Botz, Gerhard/Oxaal, Ivar/Pollak, Michael (Hg.): Eine zerstörte Kultur – Jüdisches Leben und Antisemitismus in Wien seit dem 19. Jahrhundert, Wien 2002.

Brenner, Michael/Penslar, Derek J.: In Search of Jewish Community: Jewish Identities in Germany and Austria, 1918–1933, Bloomington 1988.

Brinkmann, Tobias: Jüdische Migration. In: Institut für Europäische Geschichte (IEG) (Hg.), Europäische Geschichte Online (EGO), Mainz 2010, o. S. [http://www.ieg-ego.eu/brinkmannt-2010-de]

Brinkmann, Tobias: Migration und Transnationalität, Paderborn 2012.

Brugger, Eveline u. a.: Geschichte der Juden in Österreich, Wien 2006.

Brunner, José (Hg.): Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte 41 (2013). Deutsche(s) in Palästina und Israel. Alltag, Kultur, Politik, Göttingen 2013.
Buckard, Christian: Arthur Koestler, München 2004.
Budischowsky, Jens: Assimilation, Zionismus und Orthodoxie in Österreich 1918–1938. Jüdisch-politische Organisationen in der Ersten Republik. Phil. Diss., Wien 1990.
Cohen, Michael J.: Appeasement in the Middle East. The British White Paper on Palestine, May 1939. In: The Historical Journal 16 (1973) S. 571–596.
Cohen, Michael J.: Britain's Moment in Palestine. Retrospect and Perspective 1917–1948, London 2014.
Cohen, Michael J.: The British White Paper on Palestine, May 1939, Part II. The Testing of a Policy, 1942–1945. In: Historical Journal 19/3 (1976) S. 727–758.
Curio, Claudia: „Unsichtbare" Kinder. Auswahl- und Eingliederungsstrategien der Hilfsorganisationen. In: Wolfgang Benz (Hg.), Die Kindertransporte 1938/39. Rettung und Integration, Frankfurt am Main 2003, S. 60–81.
Dachs, Gisela (Hg.): Jüdischer Almanach. Die Jeckes, Frankfurt am Main 2005.
De Mendelssohn, Felix: Funktionen und Folgen der Auswanderung und Integration aus psychologischer Sicht. In: Angelika Hagen/Joanna Nittenberg (Hg.), Flucht in die Freiheit. Österreichische Juden in Palästina und Israel, Wien 2006, S. 535–553.
Deutschösterreicher, Moritz (Pseudonym): Eine jüdische Erzählung zwischen Assimilation und Exil. Hg. v. Jürgen Egyptien, Graz 1988.
Diner, Dan: Die Katastrophe vor der Katastrophe. Auswanderung ohne Einwanderung. In: Dirk Blasius/Dan Diner (Hg.), Zerbrochene Geschichte. Leben und Selbstverständnis der Juden in Deutschland, Frankfurt am Main 1991, S. 138–160.
Duizend-Jensen, Shoshana: Jüdische Gemeinden, Vereine, Stiftungen und Fonds. „Arisierung" und Restitution (= Veröffentlichungen der Österreichischen Historikerkommission, Bd. 21/2), Wien 2004.
Edelheit, Abraham J.: The Yishuv in the Shadow of the Holocaust. Zionist Politics and Rescue Aliya, 1933–1939, Boulder 1996.
Edelheit, Hershel/Edelheit, Abraham J.: History of Zionism. A handbook and dictionary, Boulder 2000.
Elon, Amos: Theodor Herzl: Eine Biographie, Wien-München 1974.
Embacher, Helga/Reiter, Margit: Gratwanderungen. Die Beziehungen zwischen Österreich und Israel im Schatten der Vergangenheit, Wien 1993.
Embacher, Helga: Eine Heimkehr gibt es nicht? Remigration nach Österreich. In: Claus-Dieter Krohn (Hg.), Jüdische Emigration. Zwischen Assimilation und Verfolgung, Akkulturation und jüdischer Identität, München 2001, S. 187–209.
Embacher, Helga: Neubeginn ohne Illusionen. Juden in Österreich nach 1945, Wien 1995.
Erel, Shlomo: Kaleidoskop Israel. Deutschsprachige Einwanderer in Israel erzählen, Klagenfurt 1994.
Erel, Shlomo: Neue Wurzeln. 50 Jahre Immigration deutschsprachiger Juden in Israel, Gerlingen 1983.

Feilchenfeld, Werner/Michaelis, Dolf/Pinner, Ludwig: Haavara-Transfer nach Palästina und Einwanderung deutscher Juden 1933–1939 (= Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo-Baeck Instituts, Bd. 26), Tübingen 1972.
Freidenreich, Harriet Pass: Jewish Politics in Vienna 1918–1938, Indianapolis 1991.
Freier, Recha: Let the children come. The early history of Youth Aliyah, London 1961.
Freund, Florian/Safrian, Hans: Die Verfolgung der österreichischen Juden 1938–1945. Vertreibung und Deportation. In: Emmerich Talos u. a. (Hg.), NS-Herrschaft in Österreich. Ein Handbuch, Wien 2000, S. 767–794.
Friedländer, Saul: Das Dritte Reich und die Juden. Die Jahre der Verfolgung 1933–1939, München 2000.
Fuchs-Heinritz, Werner: Biographische Forschung. Eine Einführung in die Praxis und Methoden, Wiesbaden 2009.
Gaisbauer, Adolf: Davidstern und Doppeladler. Zionismus und jüdischer Nationalismus in Österreich 1882–1918, Wien u. a. 1988.
Gelber, Mark (Hg.): Theodor Herzl – From Europe to Zion, Tübingen 2007.
Granach, Gad: Heimat los! Aus dem Leben eines jüdischen Emigranten, Augsburg 1998.
Gruner, Wolf: Zwangsarbeit und Verfolgung. Österreichische Juden im NS-Staat, Innsbruck-Wien-München 2000.
HaCohen, Dvora: British Immigration Policy to Palestine in the 1930s. Implications for Youth Aliyah. In: Middle Eastern Studies 37/4 (2001) S. 206–218.
Haerpfer, Christian W.: Israelische Bürger österreichischer Herkunft. Eine statistische Analyse der quantitativen Befragung. In: Erika Weinzierl/Otto D. Kulka (Hg.), Vertreibung und Neubeginn. Israelische Bürger österreichischer Herkunft, Wien-Köln-Weimar 1992, S. 445–488.
Halamish, Aviva: Palestine as a destination for Jewish immigrants and refugees from Nazi Germany. In: Frank Caestecker/Bob Moore (Hg.), Refugees from Nazi Germany and The Liberal European States, New York 2010, S. 122–150.
Halbmayr, Brigitte: Emigration – Flucht – Vertreibung. Migrationsbewegungen österreichischer Jüdinnen und Juden nach Palästina 1934–1948. In: Angelika Hagen/Joanna Nittenberg (Hg.), Flucht in die Freiheit. Österreichische Juden in Palästina und Israel, Wien 2006, S. 29–98.
Halpern, Ben/Reinharz, Jehuda: Zionism and the Creation of a New Society, New York-Oxford 1988.
Haumann, Heiko: Geschichte der Ostjuden, München 1991.
Haumann, Heiko: Zionismus und die Krise jüdischen Selbstverständnisses. Tradition und Veränderung im Judentum. In: Ders. (Hg.), Der Traum von Israel. Die Ursprünge des modernen Zionismus, Weinheim 1998, S. 9–64.
Hecht, Dieter/Lappin-Eppel Eleonore/Raggam-Blesch Michaela: Topographie der Shoah. Gedächtnisorte des zerstörten jüdischen Wien, Wien 2015.
Hecht, Dieter: Die Stimme und Wahrheit der jüdischen Welt. Jüdisches Pressewesen in Wien 1918–1938. In: Frank Stern/Barbara Eichinger (Hg.), Wien und die jüdische Erfahrung 1900–1938. Akkulturation – Antisemitismus – Zionismus, Wien-Köln-Weimar 2009, S. 99–114.

Heimann-Jelinek, Felicitas: „Ein mächtiger Traum“ – Von Zionisten und Zionismus. In: Grabherr, Eva (Hg.): Das Dreieck im Sand. 50 Jahre Staat Israel, Wien 1997, S. 18–33.
Hensle, Michael P.: Die Verrechtlichung des Unrechts. Der legalistische Rahmen der nationalsozialistischen Verfolgung. In: Wolfgang Benz/Barbara Distel (Hg.), Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager, Bd. 1: Die Organisation des Terrors, München 2005, S. 76–90.
Herzl, Theodor: Der Judenstaat. Versuch einer modernen Lösung der Judenfrage, Zürich 1988.
Heumos, Peter: Die Emigration aus der Tschechoslowakei nach Westeuropa und dem Nahen Osten 1938–1945 (= Veröffentlichungen des Collegium Carolinum, Bd. 63), München 1989.
Hilberg, Raul: Die Vernichtung der europäischen Juden. 3 Bände, Frankfurt am Main 1990.
Hillenbrand, Klaus: Fremde im neuen Land. Deutsche Juden in Palästina und ihr Blick auf Deutschland nach 1945, Frankfurt am Main 2015.
Hödl, Klaus: „Jenseits des Nationalen“ – Ein Bekenntnis zur Interkulturation. In: Ders. (Hg.), Jenseits des Nationalen. transversal. Zeitschrift für jüdische Studien 1 (2004) S. 3–17.
Hödl, Klaus: Wiener Juden – jüdische Wiener. Identität, Gedächtnis und Performanz im 19. Jahrhundert, Innsbruck-Wien-Bozen 2006.
Hoeflich, Eugen: Der Weg in das Land. Palästinensische Aufzeichnungen, Wien-Berlin 1918.
Hoeflich, Eugen: Tagebücher 1915–1927. Hg. v. Armin A. Wallas, Wien-Köln-Weimar 1999.
Hotam, Yotam: Emigrierte Erinnerung. Zu Sprache, Identität und Konversion deutsch-jüdischer Emigranten. In: Yotam Hotam/Joachim Jacob (Hg.), Populäre Konstruktionen von Erinnerung im deutschen Judentum und nach der Emigration, Göttingen 2004, S. 173–195.
Huneidi, Sahar: A Broken Trust. Herbert Samuel, Zionism and the Palestinians 1920–1925, London 2001.
Israelitische Kultusgemeinde Wien (Hg.): Trotz allem … Festschrift Aron Menczer 1917–1943, Wien 1993.
Jahoda, Moshe H.: Hier, dort und andere Welten. Flucht und Suche nach Heimat, Wien 2013.
Jewish Agency for Palestine (Hg.): Statistical Handbook of Jewish Palestine, Jerusalem 1947.
Josephu, Johanna: Jüdische Jugendorganisationen vor 1938 und nach 1945. Ein soziologischer Vergleich. Phil. Diss., Wien 2000.
Jureit, Ulrike: Erinnerungsmuster. Zur Methodik lebensgeschichtlicher Interviews mit Überlebenden der Konzentrations- und Vernichtungslager (= Forum Zeitgeschichte, Bd. 8), Hamburg 1999.
Kahn, Bernhard: Die jüdische Auswanderung. In: Ost und West, Jg. 5 (1905) Nr. 7, Sp. 457–480.

Kapralik, Charles J.: Erinnerungen eines Beamten der Wiener IKG 1938–39. In: Bulletin des Leo Baeck Institutes 58 (1981) S. 52–78.

Klamper, Elisabeth: „Auf Wiedersehen in Palästina“. Aron Menczers Kampf um die Rettung jüdischer Kinder im nationalsozialistischen Wien, Wien 1996.

Kloke, Martin: Die Entwicklung des Zionismus bis zur Staatsgründung Israels. In: Institut für Europäische Geschichte (IEG) (Hg.), Europäische Geschichte Online (EGO), Mainz 2010, o. S. [http://www.ieg-ego.eu/klokem-2010-de]

Kochavi, Arieh J.: The struggle against Jewish Immigration into Palestine. In: Middle Eastern Studies 34/3, London 1998, S. 146–167.

Koestler, Arthur: Die Geheimschrift. Bericht eines Lebens 1932–1940, Wien-München-Basel 1955.

Kollek, Teddy/Kollek, Amos: Ein Leben für Jerusalem, Hamburg 1980.

Krämer, Gudrun: Geschichte Palästinas. Von der osmanischen Eroberung bis zur Gründung des Staates Israel, München 2006.

Krechel, Ursula: Landgericht, Salzburg-Wien 2012.

Krohn, Claus-Dieter (Hg.): Handbuch der deutschsprachigen Emigration 1933–1945, Darmstadt 1998.

Kumar, Victoria: Das Ausbildungs- und Fluchtprogramm der Jugend-Alijah – Retrospektiven. In: Das Ende der Kindheit? Jüdische Kindheit und Jugend ab 1900 (Juden in Mitteleuropa. Zeitschrift des Instituts für jüdische Geschichte Österreichs, Ausgabe 2014) S. 44–53.

Kumar, Victoria: Das Palästina-Amt Wien. In: transversal. Zeitschrift für Jüdische Studien (14. Jahrgang 2/2013) S. 125–144.

Kumar, Victoria: In Graz und andernorts. Lebenswege und Erinnerungen vertriebener Jüdinnen und Juden, Graz 2013.

Kumar, Victoria: „Kampf an vier Fronten“: Die „Alijah Beth“ der österreichischen revisionistischen Zionisten in den 1930er Jahren. In: Gabriele Anderl/Simon Usaty (Hg.): Schleppen, Schleusen, Helfen – Flucht zwischen Rettung und Ausbeutung, Wien 2016, S. 259–271.

Laffer, Dennis R.: The Jewish Trail of Tears: The Evian Conference of July 1938, MA Thesis, University of South Florida 2011.

Lamprecht, Gerald/Kriebernegg, Ulla: „Nach Amerika nämlich!“ – Jüdische Migrationen in die Amerikas im 19. und 20. Jahrhundert. In: Ulla Kriebernegg u. a. (Hg.), „Nach Amerika nämlich!“ Jüdische Migrationen in die Amerikas im 19. und 20. Jahrhundert, Göttingen 2012, S. 7–22.

Lang, Jochen v. (Hg.): Das Eichmann-Protokoll. Tonbandaufzeichnungen der israelischen Verhöre, Frankfurt am Main-Berlin 1985.

Lappin, Eleonore: Zwischen Tradition und Neubeginn. Die Beziehungen zwischen Österreich und dem jüdischen Palästina 1918 bis 1938. In: Das Jüdische Echo 47 (1998) S. 170–176.

Lappin-Eppel, Eleonore: Jüdische Lebenserinnerungen. Rekonstruktionen von jüdischer Kindheit und Jugend im Wien der Zwischenkriegszeit. In: Frank Stern/Barbara Eichinger (Hg.), Wien und die jüdische Erfahrung 1900–1938. Akkulturation – Antisemitismus – Zionismus, Wien-Köln-Weimar 2009, S. 17–38.

Lappin-Eppel, Eleonore: Von der Heimstätte zum Judenstaat: Der Aufbau des jüdischen Palästina in der Wiener zionistischen Presse (1928–1938). In: Susanne Marten-Finnis/Markus Winkler (Hg.), Die jüdische Presse im europäischen Kontext 1686–1990, Bremen 2006, S. 209–222.

Laqueur, Walter: Der Weg zum Staat Israel. Geschichte des Zionismus, Wien 1972.

Laqueur, Walter: Geboren in Deutschland. Der Exodus der jüdischen Jugend nach 1933, Berlin-München 2000.

Lichtblau, Albert: Antisemitismus 1900–1938. Phasen, Wahrnehmung und Akkulturationseffekte. In: Frank Stern/Barbara Eichinger (Hg.), Wien und die jüdische Erfahrung 1900–1938. Akkulturation – Antisemitismus – Zionismus, Wien-Köln-Weimar 2009, S. 39–58.

Lichtblau, Albert: Integration, Vernichtungsversuch und Neubeginn – Österreichjüdische Geschichte 1848 bis zur Gegenwart. In: Eveline Brugger u. a. (Hg.), Geschichte der Juden in Österreich, Wien 2013, S. 447–565.

Liegle, Ludwig: Familie und Kollektiv im Kibbutz. Eine Studie über die Funktion der Familie in einem kollektiven Erziehungssystem, Weinheim-Basel 1973.

Luft, Gerda: Heimkehr ins Unbekannte. Eine Darstellung der Einwanderung von Juden aus Deutschland nach Palästina vom Aufstieg Hitlers zur Macht bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs 1933–1939, Wuppertal 1977.

Maderegger, Sylvia: Die Juden im österreichischen Ständestaat 1934–1938, Wien-Salzburg 1973.

McCarthy, Justin: The population of Palestine. Population history and statistics of the late Ottoman period and the Mandate, New York 1990.

Mettauer, Philipp/Staudinger, Barbara (Hg.): „Ostjuden" – Geschichte und Mythos (= Schriftenreihe des Instituts für Jüdische Geschichte Österreichs, Bd. 1), Innsbruck u. a. 2015.

Miron, Guy: Ein Blick zurück. Judentum und traditionell-jüdische Erinnerungsmuster deutschstämmiger Juden in Palästina/Israel. In: Yotam Hotam/Joachim Jacob (Hg.): Populäre Konstruktionen von Erinnerung im deutschen Judentum und nach der Emigration, Göttingen 2004, S. 197–224.

Moser, Jonny: Demographie der jüdischen Bevölkerung Österreichs 1938–1945 (= Schriftenreihe des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes zur Geschichte der NS-Gewaltverbrechen, Bd. 5), Wien 1999.

Neugebauer, Wolfgang/Schwarz, Peter: Stacheldraht, mit Tod geladen … Der erste Österreichertransport in das KZ Dachau 1938, Wien 2008.

Nicosia, Francis R.: Hitler und der Zionismus. Das 3. Reich und die Palästina-Frage 1933–1939, Leoni am Starnberger See 1989.

Nicosia, Francis R.: Zionismus und Antisemitismus im Dritten Reich, Göttingen 2012.

Niederland, Doron: Die Immigration. In: Erika Weinzierl/Otto D. Kulka (Hg.), Vertreibung und Neubeginn. Israelische Bürger österreichischer Herkunft, Wien-Köln-Weimar 1992, S. 339–444.

O. A.: Die Arbeit der ‚Deutschen Abteilung'. Aus dem Bericht des Zentral-Büros für die Ansiedlung deutscher Juden bei der Jewish Agency. In: Jüdische Welt-Rundschau Nr. 22 (2. 8. 1939) S. 7–10.

O. A.: Kleine Chronik österreichischer Exilaktivitäten in Palästina. In: Siglinde Bolbecher/Konstantin Kaiser (Hg.): Zwischenwelt. Zeitschrift für Kultur und Literatur des Exils und Widerstands. 19. Jg. (2002) Nr. 4, S. 26–27.

O. A.: Tagungsbericht „Stimmen aus der Vergangenheit. Interviews mit Überlebenden der Shoah: Das David-Boder-Archiv und das ‚Archiv der Erinnerung'" (Berlin, 7./8. 6. 2007). In: H-Soz-u-Kult, 05. 10. 2007 [http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/tagungsberichte/id=1730].

Ofer, Dalia: Escaping the Holocaust. Illegal Immigration to the Land of Israel, 1939–1944, New York 1990.

Olson, Jess: Nathan Birnbaum and Jewish Modernity. Architect of Zionism, Yiddishism, and Orthodoxy, Stanford 2013.

Oz, Amos: Eine Geschichte von Liebe und Finsternis, Frankfurt am Main 2004.

Paetz, Andreas/Weiss, Karin (Hg.): „Hachschara" Die Vorbereitung junger Juden auf die Auswanderung nach Palästina, Potsdam 1999.

Palästina-Amt Wien (Hg.): Neues Palästina-Informationsbuch, Wien 1936.

Patek, Artur: Jews on route to Palestine 1934–1944. Sketches from the history of the Aliyah Bet – Clandestine Jewish Immigration, Krakow 2012.

Pauser, Wolfgang: Was heißt „artfremdes Blut"? In: Ulrike Davy u. a. (Hg.), Nationalsozialismus und Recht. Rechtssetzung und Rechtswissenschaft in Österreich unter der Herrschaft des Nationalsozialismus, Wien 1990, S. 97–123.

Pelinka, Anton: Emigration – aber nicht Flucht. Auswanderung aus Österreich nach Palästina vor 1938. In: Angelika Hagen/Joanna Nittenberg (Hg.), Flucht in die Freiheit. Österreichische Juden in Palästina und Israel, Wien 2006, S. 13–27.

Penslar, Derek J.: Zionism and Technocracy. The Engineering of Jewish Settlement in Palestine, 1870–1918, Indiana 1991.

Perl, William R.: Operation Action. Rescue from the Holocaust, New York 1983.

Petry, Erik: Ländliche Kolonisation in Palästina. Deutsche Juden und früher Zionismus am Ende des 19. Jahrhunderts (= Reihe Jüdische Moderne, Bd. 2), Köln-Weimar-Wien 2004.

Pfeifer, Karl: Einmal Palästina und zurück. Ein jüdischer Lebensweg, Wien 2013.

Philo-Atlas. Handbuch für die jüdische Auswanderung, Bodenheim bei Mainz 1998.

Porat, Dina: The blue and the yellow stars of David. The Zionist Leadership in Palestine and the Holocaust 1939–1945, Cambridge 1990.

Rabinovici, Doron: Die Suche nach dem Ausweg. Die Organisation von Flucht und Rettung 1938–1941. In: Angelika Hagen/Joanna Nittenberg (Hg.), Flucht in die Freiheit. Österreichische Juden in Palästina und Israel, Wien 2006, S. 99–128.

Rabinovici, Doron: Instanzen der Ohnmacht. Wien 1938–1945. Der Weg zum Judenrat, Frankfurt am Main 2000.

Rath, Ari: Ari heißt Löwe. Erinnerungen, Wien 2012.

Reifler, David: Days of Ticho. Empire, Mandate, Medicine and Art in the Holy Land, Jerusalem 2015.

Robert, Anny: Herrlich ist's in Tel Aviv – aus der Wiener Perspektiv'. Hg. v. Daniela Ellmauer/Miguel Herz-Kestranek/Albert Lichtblau, Wien-Köln-Weimar 2006.

Robertson, Ritchie: Theodor Herzl and the Origins of Zionism (Edinburgh 1997).

Rosenkranz, Herbert: „Reichskristallnacht“. 9. November 1938 in Österreich, Wien 1968.

Rosenkranz, Herbert: Entrechtung, Verfolgung und Selbsthilfe der Juden in Österreich, März bis Oktober 1938. In: Gerald Stourzh/Birgitta Zaar (Hg.), Österreich, Deutschland und die Mächte. Internationale und österreichische Aspekte des „Anschlusses“ vom März 1938, Wien 1990, S. 367–417.

Rosenkranz, Herbert: The Anschluss and the Tragedy of Austrian Jewry 1938–1945. In: Josef Fraenkel (Hg.): The Jews of Austria; essays on their life, history and destruction, London 1967, S. 479–545.

Rosenkranz, Herbert: Verfolgung und Selbstbehauptung. Die Juden in Österreich 1938–1945, Wien 1978.

Rozenblit, Marsha L.: Die Juden Wiens 1867–1914. Assimilation und Identität, Wien 1989.

Rubinstein, Amnon: Geschichte des Zionismus. Von Theodor Herzl bis heute, München 2001.

Ruppin, Arthur: Briefe, Tagebücher, Erinnerungen. Hg. v. Schlomo Krolik, Königstein 1985.

Sachar, Howard M.: A history of Israel. From the rise of Zionism to our time, New York 2010.

Safrian, Hans: Die Eichmann-Männer, Wien-Zürich 1993.

Schlör, Joachim: Endlich im Gelobten Land? Deutsche Juden unterwegs in eine neue Heimat, Berlin 2003.

Schmid, Armin/Schmid, Renate: Im Labyrinth der Paragraphen. Die Geschichte einer gescheiterten Emigration, Frankfurt am Main 1993.

Schoeps, Julius H. (Hg.): Palästinaliebe. Leon Pinsker, der Antisemitismus und die Anfänge der nationaljüdischen Bewegung in Deutschland, Berlin-Wien 2005.

Schoeps, Julius H. (Hg.): Zionismus. Texte zu seiner Entwicklung, Berlin 1983.

Schoeps, Julius H.: Theodor Herzl (1860–1904). Die Utopie des Judenstaats (= Jüdische Miniaturen, Bd. 6), Berlin 2003.

Schoeps, Julius H.: Theodor Herzl (1860–1904). Wenn ihr wollt, ist es kein Märchen. Eine Text-Bild-Monographie, Wien 1995.

Segev, Tom: Die ersten Israelis. Die Anfänge des jüdischen Staates, München 2008.

Segev, Tom: Die siebte Million. Der Holocaust und Israels Politik der Erinnerung, New York 1995.

Segev, Tom: Es war einmal ein Palästina. Juden und Araber vor der Staatsgründung Israels, München 2005.

Shapira, Anita: Israel – A history, Waltham 2012.

Shapira, Anita: Land and power: The Zionist Resort to Force 1881–1948, Stanford 1999.

Shavit, Jaacov: Jabotinsky and the Revisionist Movement 1925–1948, London 1988.

Sheffer, Gabriel: Intentions and Results of British Policy in Palestine. Passfield’s White Paper. In: Middle Eastern Studies 9/1 (1973) S. 43–60.

Shimoni, Gideon (Hg.): Theodor Herzl. Visionary of the Jewish State, Jerusalem 1999.

Shimron, Binyamin: Das Chajesrealgymnasium in Wien 1919–1938. Anlässlich des 70. Jahrestages der Gründung und des 50. Jahrestags der Auflösung. Herausgegeben von einer Gruppe ehemaliger Schüler, Tel Aviv 1989.

Silverstone, Paul H.: „Our Only Refuge Open the Gates!“ Clandestine Immigration to Palestine 1938–1948, New York 1999.

Stanislawski, Michael: Zionism and the Fin de Siècle. Cosmopolitism and Nationalism from Nordau to Jabotinsky, Berkely-Los Angeles-London 2001.

Stankewicz Rafaela, Der Irgun Olej Merkaz Europa (IOME). [http://www.noam.org.il/]

Stein, Leonard: The Balfour Declaration, Jerusalem-London 1983.

Tartakower, Arieh: Jewish Migratory Movements in Austria in Recent Generations. In: Josef Fraenkel (Hg.), The Jews of Austria; essays on their life, history and destruction, London 1967, S. 285–310.

Torczyner, Joshua, „Mörder“, schrie ich Eichmann an …, Tel Aviv 1975.

Urban, Susanne: Die Jugend-Alijah 1932–1940. Exil in der Fremde oder Heimat in Erez Israel? In: Kindheit und Jugend im Exil – Ein Generationenthema (= Exilforschung. Ein Internationales Jahrbuch, Bd. 24), München 2006, S. 34–61.

Venus, Theodor/Wenck, Alexandra-Eileen: Die Entziehung jüdischen Vermögens im Rahmen der Aktion Gildemeester. Eine empirische Studie über Organisation, Form und Wandel von „Arisierung“ und jüdischer Auswanderung in Österreich 1938–1941 (= Veröffentlichungen der Österreichischen Historikerkommission, Bd. 20/2), Wien-München 2004.

Vogel, Rolf: Ein Stempel hat gefehlt. Dokumente zur Emigration deutscher Juden, München-Zürich 1977.

Volkmann, Michael: Neuorientierung in Palästina. Erwachsenenbildung deutschsprachiger jüdischer Einwanderer 1933 bis 1948, Köln 1994.

Wallas, Armin A.: Erez Israel – Land der Hoffnungen, Land der Konflikte. Streiflichter zur Vorgeschichte des Staates Israel. In: Das Jüdische Echo 47 (1998) S. 34–57.

Wallas, Armin A.: Max Zweigs Israel-Triptychon. Davidia – Saul – Ghetto Warschau. In: Max Zweig. Kritische Betrachtungen. Hg. v. Eva Reichmann, St. Ingbert 1995, S. 171–206.

Wallas, Armin A: Palästina/Israel als Exilland. In: Siglinde Bolbecher/Konstantin Kaiser (Hg.), Zwischenwelt. Zeitschrift für Kultur und Literatur des Exils und Widerstands. 19. Jg. (2002) Nr. 4, S. 24–25.

Wasserstein, Bernhard: Britain and the Jews of Europe 1939–1945, Oxford-New York 1988.

Wasserstein, Bernhard: The British in Palestine. The Mandatory Government and the Arab-Jewish Conflict 1917–1929, London 1978.

Weinzierl, Erika: Das österreichische Judentum von den Anfängen bis 1938. In: Erika Weinzierl/Otto D. Kulka (Hg.), Vertreibung und Neubeginn. Israelische Bürger österreichischer Herkunft, Wien-Köln-Weimar 1992, S. 17–166.

Weinzierl, Erika: Zu wenig Gerechte. Österreicher und Judenverfolgung 1938–1945, Graz-Wien-Köln 1997.

Weisl, Wolfgang von: Der Kampf um das Heilige Land. Palästina von heute, Berlin 1925.

Weisl, Wolfgang von: Illegale Transporte. In: Ders. (Hg.), Die Juden in der Armee Österreich-Ungarns, Tel Aviv 1971, S. 23–34.
Weitz, Yechiam: Die jüdische Gemeinde in Palästina („Yishuv") 1934–1948. In: Angelika Hagen/Joanna Nittenberg (Hg.), Flucht in die Freiheit. Österreichische Juden in Palästina und Israel, Wien 2006, S. 131–153.
Wetzel, Juliane: Auswanderung aus Deutschland. In: Benz, Wolfgang (Hg.): Die Juden in Deutschland 1933–1945. Leben unter nationalsozialistischer Herrschaft, München 1988, S. 412–498.
Whiteman, Dorit Bader: Die Entwurzelten. Jüdische Lebensgeschichten nach der Flucht 1933 bis heute, Wien-Köln-Weimar 1995.
Wilder-Okladek, Friederike: The Return Movement of Jews to Austria after the Second World War. With special consideration of the return from Israel, The Hague 1969.
Wildt, Michael (Hg.): Die Judenpolitik des SD 1935 bis 1938. Eine Dokumentation, München 1995.
Wildt, Michael: Die Ungleichheit des Volkes. „Volksgemeinschaft" in der politischen Kommunikation der Weimarer Republik. In: Frank Bajohr/Michael Wildt (Hg.), Volksgemeinschaft. Neuere Forschungen zur Gesellschaft des Nationalsozialismus, Frankfurt am Main 2009, S. 24–40.
Winkler, Friederike Ruth: Jewish Immigration into the Land of Israel/Palestine during the 19th Century. In: Philipp Strobl/Manfred Kohler (Hg.), The phenomenon of globalization. A collection of Interdisciplinary Globalization Research Essays, Frankfurt am Main 2013, S. 263–272.
Wistrich, Robert S.: Die Juden Wiens im Zeitalter Kaiser Franz Josephs, Wien-Köln-Weimar 1999.
Zadek, Walter (Hg.): Sie flohen vor dem Hakenkreuz. Selbstzeugnisse der Emigranten. Ein Lesebuch für Deutsche, Reinbek bei Hamburg 1981.
Zenger, Erich: Einleitung in das Alte Testament, Stuttgart 2008.

Personenregister